

Teil II Politische Themen, Inhaltverzeichnis

Seiten A I bis A IV

Themen global, die uns auch bewegen

Seiten A 1 - A 11

- 01)** Dr. Norbert van Handel – Russland und der Westen
- 02)** Putins Russland gegen die Ukraine: Es schaukelt sich hoch. Von Ed Koch
- 03)** Facebook: Ohne „korrupte Trampel“ und „miese Volksverräterinnen“ von „Faschistenparteien“ gehts bergab
- 04)** Wer ist schuld am (Welt-)Krieg? Putin spricht Klartext: Atlantische Kriegstreiber demaskiert!

Sonderthema Corona-Pandemie

Seiten A 12 - A 13

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Wanderungen und Einwanderungen

Seiten A 14 – A 17

- 01)** Internes Papier: Sicherheitsbehörden warnen vor Faesers Migrations-Plan. Von N. Harbusch und P. Tiede
- 02)** EU-Länder sollen zur Migranten-Aufnahme per Strafzahlungen gezwungen werden
- 03)** Petition gegen Faesers Asylpolitik

Länder weltweit - im Überblick: Politische Themen **Seiten A 18 - A 36**

- 01)** Dr. Norbert van Handel – Ist die Neutralität gestorben?
- 02)** Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 11.02.2022
- 03)** Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 02.02.2022
- 04)** „Last Man Standing“-Games: Winterolympiade auf chinesisches

Länder außerhalb Europas: Politische Themen

Seite A 37

Keine Berichte

Europa, Europa und die Welt: Politische Themen Seiten A 38 – A 50

- 01) Frauen, die sich als Frauen bezeichnen sind sexistisch!
- 02) Winke, winke, Zuckerberg!
- 03) „Die Toleranz-Idologie des Westens ist ein neo-orwell’scher, multipluralistischer Toleranz-Totalitarismus“
- 04) „Die Größe ist wichtig“? Die demografische Krise in Osteuropa.
Von David Engels

Europäische Union (EU) (Seiten A 45 bis A 52)

- 05) Macron und polnische Illusionen. Ein Leitartikel von Paweł Lisicki

Mitteleuropa: Politische Themen Seite A 51

Keine Berichte

Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen Seiten A 52 – A 102

- 01) Gedanken zur Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten und was dieser nach seiner Wahl zu sagen hatte!
- 02) Die Zeit der ersten Lockerungen kommt jetzt“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (51, SPD) über die größten Gefahren für die Sicherheit in Deutschland und die Corona-Maßnahmen. Aus: B.Z. v. 13.02.2022, S.6/7
- 03) Auf Druck von Faeser: Sperren von TELEGRAM-Kanälen angelaufen – jetzt Apps-Stores im Visier
- 04) Verlängerter Arm von Schwab (WEF) zu Bearbock ins Außenamt Implantiert
- 05) Scholz – als Kanzler völlig talentfrei, international einfach nur peinlich
- 06) FDP-Abgeordnete feiern geplante Werbefreigabe für Abtreibungen in peinlicher Party-Laune_(Video)
- 07) US-Präsident Biden droht Deutschland indirekt: Kein Gas aus Russland!
- 08) Nie wieder Krieg, ohne uns – meint Ed Koch
- 09) „Grünen“-Chef fordert im Bundestag: „Teile der Scharia sollen angewendet werden“
- 10) Berlin – Was macht eigentlich der neue Senat? fragt Ed Koch uns gibt zugleich die Antwort!
- 11) Dank grüner Energiewende: Erste deutsche Stadt bereitet Bürger via Brief bereits auf „Blackout“ vor
- 12) Fall Faeser und Skandale bei den Linken: Niemals entschuldigen, niemals Reue zeigen, niemals nachgeben

- 13) „Energiewende“: Zerstörung eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands für Windräder hat begonnen
- 14) Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe!
- 15) Abgrenzungsprobleme: Innenministerin Faeser schrieb für verfassungsfeindliches Blatt. Von N. Harbusch
- 16) Anbiederung an Mainstream erfolglos: RT DE durch Medienaufsicht eingestellt

Österreich (Seiten A 94 – A 102)

- 17) Österreich: Hoffnung auf Unabhängigkeit der Verfassungsrichter schwindet – politische Färbung aufgedeckt
- 18) Österreich: Regierung mit Rücken an der Wand – Keine Antworten bei PK
- 19) Sideletter vom 1.1.2019 als Beweis für ein Türkis-Grünes Intrigantenstadl?

Ostmitteleuropa: Politische Themen

Seiten A 103 – A 141

- 01) Ex-Soros-Direktor enthüllt: Medienberichte gegen Ungarn und Polen sind bewusst manipuliert. Von unserem Ungarnkorrespondenten Elmar Forster

Polen (Seiten A 106 – A 110)

- 01) EU-Politiker und Vizechef der EPP droht unverhohlen: Werden polnischer Gesellschaft bei „Regime Change“ helfen
- 02) Die USA und das außenpolitische Dilemma Polens. Von DAVID ENGELS

Ungarn (Seiten A 111 - A 138)

- 04) Wie die ungarische Block-Opposition mit Alinsky-Methoden eine Verschwörung inszenierte
- 05) Streit um Rechtsstaatlichkeit Orban deutet erstmals Ungarns EU-Austritt an
- 06) Ungarische Links-rechts-Opposition plant den Verfassungs-Umsturz. Ein Gastkommentar von Krisztina Koenen
- 07) Ungarischer Außenminister zur Ukraine-Krise: Keine NATO-Truppen auf unserem Territorium (UPDATE). Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 08) Verleumdungs-Kampagnen westlicher Medien gegen Orban – Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn?

- 09)** Ungarischer Außenminister: Linke West-Eliten hassen uns, wegen erfolgreicher konservativer, nationaler, christlicher Politik.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

S l o w e n i e n (Seiten A 139 bis A 141)

- 10)** Auch in Slowenien mischt das Verfassungsgericht auf Seiten der Linken Mit

Osteuropa: Politische Themen

Seiten A 142 – A 149

- 01)** Feindbild Deutschland. Historiker deuten den Geschichtsstrategen Putin.
Von Joseph Crottoru. FAZ Nr. 33 vom 11.02.2022, Seite N 3

U k r a i n e (Seiten A 94 bis A 95)

- 02)** Ukrainekrise – was wirklich dahintersteckt. Von REDAKTION
03) Ukrainekrise: Britische Außenministerin denkt, Baltikum läge am Schwarzen Meer
04) Sarah Wagenknecht zum Rußland-Ukraine-Konflikt: „Der Profiteur ist Washington“

Südosteuropa: Politische Themen

Seiten A 150

Keine Berichte

Süd- und Westeuropa: Politische Themen

Seiten A 151 – A 187

I t a l i e n (Seiten A 151 bis A 155)

- 01)** Turin: Senegalesische Drogenhändler übernehmen ganzen Stadtteil
02) Zum politischen (Mitte-Rechts-)Katzenjammer der Präsidentschaftswahlen in Italien. Von Salvatore Dell’Olio

F r a n k r e i c h (Seiten A 156 bis A 185)

- 03)** Bernard Lugan: „Es sind im Wesentlichen unsere ehemaligen kolonialen ‚Untertanen‘, das Frankreich, ihr ehemaliges Mutterland, überschwemmen“
[Interview]

- 04) Jean-Marie Le Pen: „Die große Umvolkung findet vor unseren Augen statt, auch wenn diese Vorstellung bei vielen den Eindruck von Extremismus erweckt
- 05) Exklusives Interview mit Marine Le Pen: „Offensichtlich wurde meine Äußerung nicht verstanden“
- 06) Éric Zemmour: Frankreichs letzte Überlebenschance
- 07) Bruno Gollnisch zur Wahl in Frankreich: „Es besteht die Gefahr einer Spaltung des patriotischen Lagers“

S p a n i e n (Seiten A 186 bis A 187)

- 09) Spanien: Rechtspartei VOX als klarer Wahlsieger der Parlamentsneuwahl in der Region Kastilien und León. Von Eduardo García Serrano

Nordwest- und Nordeuropa: Politische Themen

Seiten A 188 – A 189

G r o ß b r i t a n n i e n (Seiten A 188 bis A 189)

- 01) Nächstes Desaster für UK-Außenministerin in Ukraine-Krise: Lavrov scherzte „als würde man mit einer Taubstummen debattieren“

Impressum

Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz

Seite A 190

Seite A 190

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“

Seite A 191

2 Karten zur Geschichte Westpreußens

Seite A 192

Westpreußen in Physisch-geographischen Karten

Seite A 193

Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920

Seite A 194

01) Dr. Norbert van Handel – Russland und der Westen

05. 02. 2022



Baron van Handel · Foto: privat

Festzuhalten ist, dass Russland auf eigenem Gebiet Manöver macht. Wie nahe oder ferne von der Grenze, ist eine zweite Frage. Die Bewegungen der NATO, dominiert von den USA, sind jedoch solche, die auf fremdem Gebiet, wenn auch in Bündnisverpflichtung gegenüber Mitgliedsstaaten der Nato, zu sehen sind.

Der westlichen Politik wäre es ein Leichtes gewesen Luft aus der Aggressionsblase zu nehmen, wenn zum Ausdruck gekommen wäre, dass es zwar den einzelnen Ländern überlassen bleiben muss, eine Mitgliedschaft bei der Nato anzustreben, dass aber seitens der Nato eine Aufnahme der Ukraine nicht angedacht ist. Eine Diplomatie dieser Art wäre wichtig gewesen, um langfristig die vor allem wirtschaftliche Partnerschaft mit Russland wieder auf normale Geleise zu bringen.

Wenn nun Präsident Putin mit Präsident Jinping spricht, so fragt man sich, was der Inhalt dieser Gespräche sein wird? Eine Überlegung wäre die, dass Putin Jinpingfragt, ob dieser bereit wäre das russische Gas zu westlichen Preisen anzunehmen. Würde China dies tun, könnte Putin mit einem Schlag vom Westen das bitter benötigte Gas abziehen.

Ein zweiter Teil des Gespräches könnte sein, dass eine wesentlich engere Verschränkung zwischen Russland und China stattfindet. China hat in etwa 10 mal so viel an Bevölkerung als Russland, während Russland eine zweimal so große Fläche hat. Das Bruttonationalprodukt Chinas andererseits ist etwa 10 mal so hoch, wie das Russlands. China ist reicher und moderner, Russland stärker. Stärker deshalb, weil die Truppenstärke als solches zwar in China etwa doppelt so groß ist, wie in Russland, andererseits aber Russland mehr als doppelt so viele Panzer und gepanzerte Kampffahrzeuge hat, weiters

Seite A 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

eine Artillerie, die mehr als doppelt so groß ist und schließlich über 20 Prozent mehr an Flugzeugen und Helikopter verfügt. Hinsichtlich der Schiffe verhält sich zwar die Relation so, dass China 742 und Russland 664 hat, wobei die Modernität und die Ausrüstung hier nicht beurteilt werden kann. Ganz wichtig ist jedoch, dass China nur 280 Atomsprengköpfe, Russland aber 6490 besitzt.

Alles in allem: Die aggressive amerikanische Politik könnte dazu führen, dass östlich von Europa ein riesiger sozialistischer Block entsteht, Partnerschaften mit Russland fast nicht mehr möglich sind, was Europa, vor allem am Rohstoff- und Energie Sektor, mehr als hart treffen würde. Das Ergebnis der so genannten westlichen Diplomatie wäre also ein Totalschaden, hauptsächlich für Europa. Nur als kleine Anmerkung: dass Boris Johnson wohl nicht nur aufgrund seiner innerpolitischen Probleme aufgeregt in die Ukraine reist, ist nur ein Momentum in diesem Desaster.

Wichtiger ist, dass die Engländer immer nach Gelegenheiten suchen, wo sie begeistert schießen dürfen. Das war schon immer britische Politik. Man erinnert sich, dass etwa Elisabeth I. im 16. Jahrhundert durch lizenzierte Seeräuberei die spanischen, mit Gold und Silber beladenen Gallonen konfiszieren ließ, was einen großen Teil ihres Reichtums ausmachte. Die angloamerikanische Politik war auch im 19. Jahrhundert nicht anders, als die USA den Spaniern und Mexikanern Kuba, Texas, Neumexiko und andere Länder abpressten.

Dazu noch eine kleine Geschichte: 1916, knapp vor dem Tod des Kaisers, wurde der damalige k.u.k. Innenminister Erasmus von Handel zur Audienz befohlen und Franz Josef fragte ihn, wer seiner Meinung nach die größten Feinde Österreich-Ungarns wären. Handel antwortete: „Natürlich die Italiener Majestät!“ Der Kaiser jedoch meinte: „Sie irren Baron Handel, es sind die Engländer.“ –und wie recht hatte der alte Herr. Alles in allem eine Ausgangslage, die alles andere als hoffnungsfroh stimmt.

Dr. Norbert van Handel

04.02.2022, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Putins Russland gegen die Ukraine: Es schaukelt sich hoch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 598-07

4. Februar 2022

47. Jahrgang

Es schaukelt sich hoch

Das ist nicht zu glauben. Da betreibt die russische Regierung einen Staatssender in Berlin ohne Lizenz. Quasi einen Piratensender. Das allein ist schlimm genug, ginge es nicht um „Russia Today“ (RT), einem üblen Propagandasender, der Verschwörungsmysmen und Lügen verbreitet. Es war überfällig, diesen Sender zu verbieten. Dass **Wladimir Putin** dieses Verbot als Angriff auf das, was er unter Pressefreiheit versteht, bewertet, war zu erwarten. Als Gegenschlag das Büro der *Deutschen Welle* in Moskau zu schließen, zeigt erneut, was Gelstes Kind der russische Präsident ist. Wo bleiben die Protesterklärungen von **Gerhard Schröder** und **Matthias Platzeck**? Sie schweigen zu allem, was Putin anstellt, kreischen aber los, wenn andere es wagen, Kritik an Zar Wladimir zu üben.

Selbst 100.000 Soldaten an der ukrainischen Grenze in Bereitschaft zu stellen, es aber als Provokation zu bezeichnen, wenn die USA 2.000 Soldaten in europäische NATO-Staaten entsenden, ist fast schon krankhaft. Es ist keineswegs abwegig, dass Putin einen Vorwand sucht, um sich die Ost-Ukraine unter den Nagel zu reißen. Den USA liegen entsprechende Informationen vor, denen man Glauben schenken sollte. Dass Putin in die Ukraine einmarschiert, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Die freie Welt, also wir, haben die Annexion der Krim meckern hingekommen. Die verhängten Sanktionen gingen Putin am Allerwertesten vorbei. Nach der Besetzung der Krim im März 2014 wurde Nord Stream 2 munter weitergebaut und im Juni und September 2021 fertiggestellt. Alle Sanktionsmöglichkeiten lagen auf dem Tisch, wenn Putin in die Ukraine einmarschiert, verkünden mantraartig die Mitglieder unserer Bundesregierung. Was soll denn das für ein Tisch sein, auf den die möglichen Sanktionen passen? Höchstens doch ein Beistelltisch 40 x 40 cm.

Unsere Abhängigkeit von Putin ist viel zu groß, als dass wir im Ernstfall nicht die Freiheit der Ukraine auf dem Gasrill opfern würden. 55 Prozent unseres Gasbedarfs kommt aus Russland. Putin, der sich schon öfter als völlig schmerzfrei erwiesen hat, könnte, wenn ihm unser Geschrei zu heftig wird, kurzfristig die Gastlieferungen stoppen. Sollte ihre Wohnung mit Gas beheizt werden, ist es sinnvoll, sich schon mal ein paar elektrische Heizkörper anzuschaffen, bevor sie im Bauhaus und bei Hornbach knapp werden. Sanktionen sind ein stumpfes Schwert. Am längeren Hebel sitzt Putin. Seit 884

v.Chr. gilt der „Olympische Frieden“, was bedeutet, dass während der Spiele keine Kriegshandlungen vorgenommen werden. Daran hat sich Putin 2014 gehalten und nicht während der Winterspiele in Sotchi im Februar, sondern erst danach im März die Krim besetzt.

Heute werden in Peking die beiden gefährlichsten Männer der Gegenwart, freundlich lächelnd und ihrer Überlegenheit bewusst, die Olympischen Winterspiele eröffnen. **Xi Jinping** und **Wladimir Putin** sind zwei Clanbosse der besonderen Art, weil alle ihre kriminellen Handlungen ohne Folgen bleiben. Xi hat es im Gegensatz zu Putin schon geschafft, in den Lehrplänen der Schulen seines Landes ein eigenes Unterrichtsfach implementiert zu haben. So wie früher jeder mit der kleinen Mao-Bibel unterwegs sein musste, gelten heute die weisen Worte des gottgleichen Führers Xi.

Durch unglaubliche Raubzüge in der westlichen Welt ist China zu seiner Spitzentechnologie gelangt. Die Plagiate „Made in China“ können wir für wenig Geld kaufen und unsere teureren Originale verrotten lassen. China kauft sich mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit durch die Welt. Alles, was sich links und rechts der neuen Seidenstraße befindet, hat China aufgekauft. Die Infrastruktur ist fest in chinesischer Hand. Die aggressive Beutepolitik Chinas in Afrika ist erschreckend. Den meist armen Staaten werden Infrastrukturprojekte geradezu geschenkt, wenn man dafür Zugriff auf die Rohstoffe erlangt, verbunden mit entsprechendem politischen Einfluss.

Zwar sind die USA mit 20,9 Billionen Dollar noch immer das Land mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt, aber China folgt auf Platz zwei mit 14,9 Billionen Dollar. Der Abstand schmilzt. Den Vergleich der militärischen Stärke mit den USA hat China längst nicht mehr zu fürchten. Unsere Abhängigkeit von China ist furchterregend. Schauen Sie sich alles an, was in Ihrer Wohnung steht, das Zeichen „Made in China“ werden Sie sehr häufig finden. Wir sind nicht einmal in der Lage, Masken und Corona-Tests selbst herzustellen. Auf jeder Packung steht „Made in China.“ China hat seine Stärke der Tatenlosigkeit und Unfähigkeit der freien Welt zu verdanken.

Xi Jinpings Lebensziel ist es, Taiwan „Heim ins Reich“ zu holen. Wir haben bei Hongkong zugeschaut und werden auch bei Taiwan zuschauen. Und noch während unsere Empörung anhält, unterschreiben wir den Bestellschein für ein paar Millionen Masken. Ein Glück, dass wir wenigstens einen eigenen Impfstoff haben.

Ed Koch

1

03) Facebook: Ohne „korrupte Trampel“ und „miese Volksverräterinnen“ von „Faschistenparteien“ gehts bergab

04. 02. 2022



Zensur und Datenschutz lässt Facebook-Aktie abstürzen. Glawischnig vs. Facebook - kein korrupter Trampel bei Facebook trägt nicht zur Beliebtheit der Plattform bei (Bildmontage unser-mittleuropa)

Facebook hat in den letzten Tagen nicht nur eine weitere Million User, sondern auch 220 Milliarden US\$ an Börsenwert verloren. ^{1.)}

Mark Zuckerberg trauert fast 20 Mrd. nach, nachdem der Aktienkurs von Facebook am Donnerstag innerhalb kürzester Zeit um rund 25 Prozent auf knapp 235 \$ fiel (und weiter fällt). Das Wachstum der Plattform blieb weit hinter den Erwartungen der Investoren zurück und zudem verliert Facebook immer mehr Nutzer, die vom Fratzenbuch und seinen Zensurmaßnahmen die Nase voll haben.

Dabei erweist sich nicht nur die wachsende Konkurrenz durch andere Plattformen wie TikTok, [Gettr](#), usw. sondern vor allem der Datenschutz als Hemmschuh. Insbesondere die Folgen von Apples Maßnahmen für mehr Datenschutz auf dem iPhone drücken die Gewinne. Viele iPhone-Kunden lehnen es nämlich ab ihr Verhalten zu Werbezwecken quer über verschiedene Dienste und Websites nachverfolgen zu dürfen, wodurch FB die Werbung nicht mehr genau auf die Zielgruppen zuschneiden kann, was jedoch der Kern von Zuckerbergs Geschäftsmodell wäre. Dazu erweist sich das „Metaverse“ als Verlustgeschäft. das bereits eine Minus von mehr als 10 Mrd. Dollar angehäuft hat.

Zensur als Hemmschuh für das Wachstum

Einen weiteren Schlag musste Facebook von Österreichs ehemaliger Parteiobfrau der Grünen, Eva Glawischnig-Piesczek einstecken: Sie war vor fünf Jahren gegen Facebook vor Gericht gezogen um zu verhindern, dass man sie dort als „*miese Volksverräterin*“, „*korrupten Trampel*“ und Mitglied einer „*Faschistenpartei*“ bezeichnet. Das Handelsgericht Wien hat entschieden, dass Facebook das Posting sowie wort- und sinngleiche Beiträge weltweit löschen und die Daten des verantwortlichen Nutzers bekanntgeben muss. Darüber hinaus muss das Urteil weltweit auf der FB-Startseite veröffentlicht werden.

Überraschend nahm Facebook das Urteil nun an und zeigt es ab sofort ein halbes Jahr lang für alle Besucher gut sichtbar in fettem Rahmen.

Solche Urteile halten natürlich weitere kritische User davon ab, Facebook zu nutzen und fördern deren Abwandern zu anderen, zensurfreien Plattformen.

Ob die Ex-Grüne, die 2017 von ihren politischen Ämtern zurücktrat um als Lobbyistin für den Glücksspielkonzern Novomatic tätig zu werden, gut beraten war, zu erzwingen, dass das Urteil weltweit in vollem Wortlaut zu veröffentlichen ist zweifelhaft. Bisher kannten sie noch nicht alle 2,91 Milliarden FB-User und nur ein geringer Promillesatz wusste was manche Menschen von ihr halten. Das sieht die Anwältin der Klägerin als „*Sieg auf allen Ebenen*“, wie im Kurier zu lesen war ^{2.)} Trotzdem prüft sie, ob es damit getan ist, dass man das Urteil erst nach einem Klick auf den Button in vollem Umfang sehen kann – sie würde es begrüßen, wenn jeder User sofort beim Aufrufen der Facebook Startseite den vollen Wortlaut des Urteils samt der Einschätzung des Hassposters (m, w, d !?) auf jedem Browser und in allen Landessprachen zu lesen bekommt. Nun, gut hier ist sie : (*Transdanubier*)



Facebook-Glawischnig Urteil: Kein korrupter Trampel, keine miese Volksverräterin und kein Mitglied einer Faschistenpartei. (Screenshot Cafe Puls4)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Wer ist schuld am (Welt-)Krieg? Putin spricht Klartext: Atlantische Kriegstreiber demaskiert!

01. 02. 2022



Bild: Screenshot YouTube

Wladimir Putin auf PK am 23.12.2021 in Simultanübersetzung:

https://www.youtube.com/watch?v=Y0CU_isi0aE

Atlantische Landeseliten rüsten zur letzten Schlacht

Seit seiner Rückkehr zur Macht am 20.1.2021 versucht der Tiefe Staat, die von Trump erfolgreich abgewürgte Kriegspolitik von noch Obama, wieder neu anzuzünden. Die Fieberträume der atlantischen Kriegstreiber sehen vor, über das Auslösen eines begrenzten Atomkriegs in Europa an den US-Siegerrglanz aus dem Jahr 1945 noch einmal anzuknüpfen. Nur über Krieg vermeint die vormalige Weltpolizei ihre immer weiter fortschreitende globale Demontage noch abwenden zu können. Als neues Sarajewo war (Abschuss Malaysia Airlines MH17) bzw. ist als Schauplatz einmal mehr die Ukraine ausersehen: Klappt es das nächste Mal?

Vor jenem Hintergrund teilte der russische Verteidigungsminister, Sergey Shoygu, am 21.12.2021 mit, dass private US-Militär-Kontraktoren des Westens in der Region Donezk ukrainische Spezialkräfte ausbildeten, um sie mit einer Provokation unter falscher Flagge – chemische Waffen inklusive – gegen Russland loszulassen. Wie so etwas abläuft, durfte man zuletzt dank sogenannter *Weißhelme* in Syrien erleben.

Zeitgleich wird aus patriotischen US-Kreisen kolportiert, dass der *Tiefe Staat* vor Ort in den USA einen Cyberangriff mit Kollateralschäden vorbereite und die Dienste über Medien im Nachgang versuchen würden, die Attacke nur Russland unterzuschreiben.

Vor diesem Hintergrund ist das Narrativ der atlantischen Lügenpresse zu verstehen: Mit geballter Medienmacht wird versucht der Russischen Föderation die Absicht auf einen Angriffskrieg anzudichten. Und die atlantischen Medienschreiber versuchen, über das Mittel der *Begriffsumkehr* – sprich Falschmeldungen – die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den dunklen Machenschaften der eigenen Seite wegzuziehen.

Putin erteilt der Systempresse Nachhilfeunterricht

Russlands Präsident Wladimir Putin hat auf seiner traditionellen Pressekonferenz zum Jahresende Fragen von Medien aus aller Welt beantwortet. Der Anlass bot Putin die Gelegenheit im Zuge der Fragen von der Russland Korrespondentin, Diana Magnay, von Sky News allen Opfern des westlichen Medienkartells den längst überfälligen Geschichts- & Politikunterricht zu erteilen.



Sky

News Korrespondentin an Putin: „... können Sie garantieren nicht anzugreifen?“

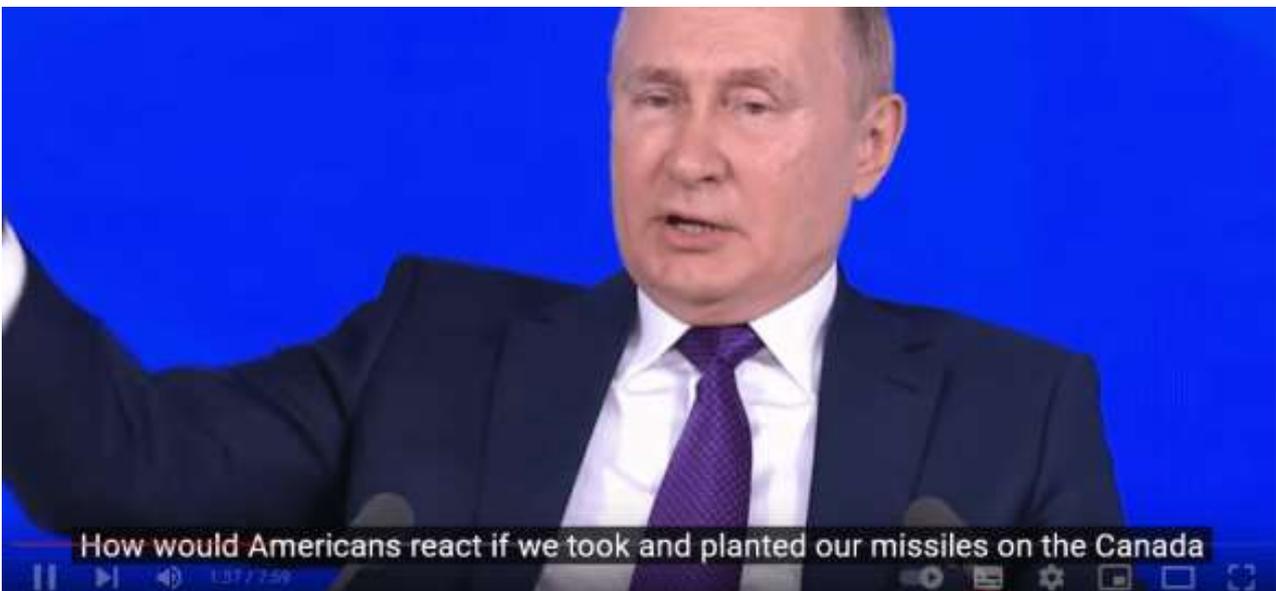
Sky News: Vielen Dank, dass Sie meine Fragen annehmen. Ich werde auf Englisch sprechen, wenn Sie gestatten:



Sie haben viel über Sicherheitsgarantien gesprochen und jetzt erleben wir neue Vorschläge. Sie sagten auch, dass Sie nicht die Absicht haben, die Ukraine anzugreifen. Können Sie unmissverständlich garantieren, dass Sie nicht die Ukraine oder einen anderen souveränen Staat wirklich angreifen werden oder wird das vom Fortgang der Verhandlungen abhängen?

Und noch eine Frage. Was kann der Westen, nach Ihrer Meinung an Russland oder seinen Absichten nicht verstehen? Danke!

Wladimir Putin: In Bezug auf Garantien bzw. ob irgendetwas vom Fortgang der Verhandlungen abhängen wird: Unsere Handlungen werden nicht vom Verlauf der Verhandlungen abhängen, sondern von der bedingungslosen Gewährleistung der Sicherheit Russlands heute und in historischer Perspektive. In dieser Hinsicht haben wir klar und deutlich gemacht, dass die weitere Ausdehnung der NATO in Richtung Osten inakzeptabel ist. Was ist hier nicht klar? Stellen wir Raketen in der Nähe der Grenzen der Vereinigten Staaten auf? Nein!

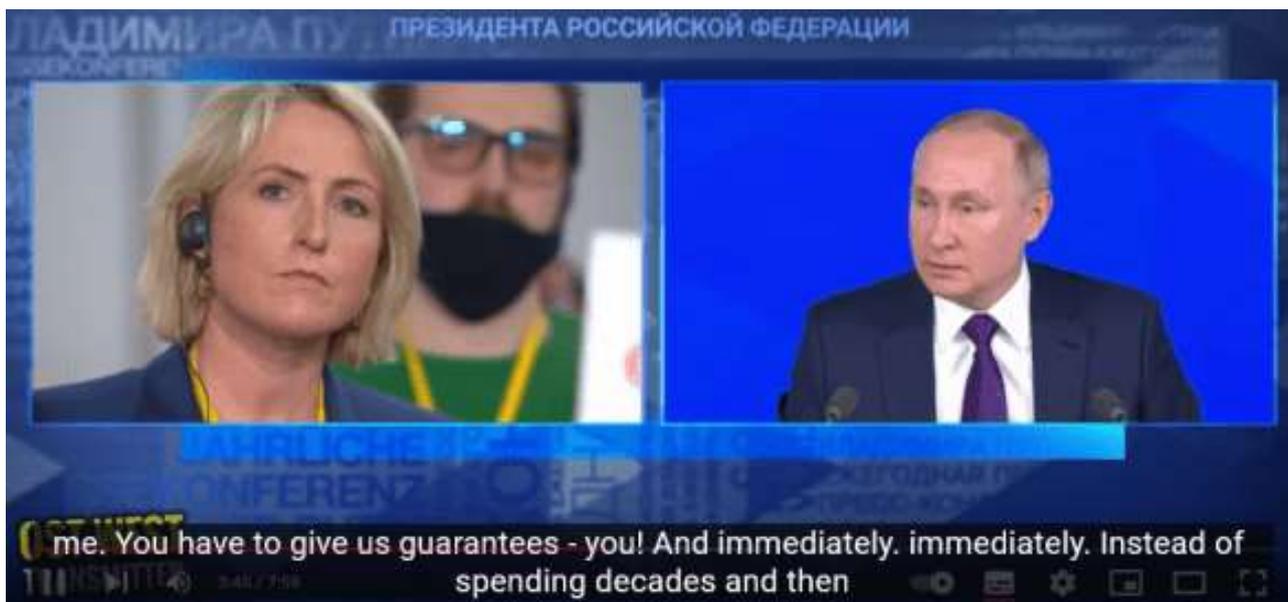


Andererseits sind es die USA, die mit ihren Raketen nahe unserer Heimat bzw. bereits auf der Türschwelle unseres Hauses stehen. Scheint es zu viel verlangt, auf eine Nicht-Verlegung von Angriffssystemen an unsere Landesgrenzen zu bestehen? Was ist hier ungewöhnlich? Wie würden die Amerikaner reagieren, wenn wir unsere Raketen an die US-Grenzen zu Kanada oder Mexiko gebracht und dort aufgestellt hätten?

Oder hatten Mexiko und die USA nie territoriale Probleme? Wem gehörte Kalifornien zuvor – wie steht es um Texas? Habt Ihr das vergessen? Okay, alles hat sich beruhigt, niemand will sich daran erinnern, wie man sich heute an die Krim erinnert? Wunderbar: Auch wir versuchen nicht zu erinnern, wie die Ukraine entstanden ist. Wer hat sie gegründet? Wladimir Iljitsch Lenin, als er die Sowjetunion gründete: Der Unionsvertrag von 1922 und 1924 mit der Verfassung. Zwar nach seinem Tod, aber nach seinen Grundsätzen wurde die Ukraine gegründet.

Das hier ist eine Frage der Sicherheit – lassen wir die Geschichte weg – es geht jetzt um die Gewährleistung der Sicherheit. Deshalb ist uns der Verhandlungsverlauf nicht wichtig, sondern das Ergebnis. Als ob wir das alles nicht wissen! Ich habe es schon oft gesagt, und Sie wissen es wahrscheinlich auch: Keinen Zentimeter nach Osten, hieß es in den 90er Jahren – und (was geschah)? (Wir wurden) betrogen! Sie haben uns einfach dreist belogen: Fünf Wellen an NATO-Erweiterungen – und jetzt? Jetzt sind es Rumänien und Polen, wo entsprechende Angriffssysteme aufgestellt werden.

Darum geht es – verstehen Sie es endlich? Nicht wir bedrohen jemanden. Sind wir etwa an die Grenzen der USA gekommen? Oder an die Grenzen von Großbritannien oder wo anders hin? Zu uns sind sie gekommen und jetzt sagen sie noch: Nein, jetzt wird die Ukraine auch in der NATO sein. Dann wird es auch dort die Systeme geben. Wenn nicht als NATO-Mitglied, dann gäbe es die Systeme auf bilateraler Basis. Davon reden wir hier!



Und Sie verlangen Garantien von mir. Sie müssen uns Garantien geben: Sie! Und zwar unverzüglich – sofort! Anstatt jahrzehntelang mit milden Worten über die Notwendigkeit von Sicherheitsversprechen zu reden, doch inzwischen das auszuführen, was sie vorhatten. Darum geht es. Bedrohen wir irgendjemanden?

Was war der zweite Teil (Ihrer Frage)? Wiederholen Sie das bitte.

Sky News: Was versteht der Westen, Ihrer Meinung nach, nicht an Russland?



Wladimir Putin: Wissen Sie, was wir verstehen, was Ihr versteht oder was Ihr nicht versteht: Manchmal kommt es mir vor, wie leben in verschiedenen Welten. Ich habe von offensichtlichen Dingen gesprochen – wie kann man das nicht verstehen? Ihr sagtet: „Wir werden nicht expandieren!“ Doch Ihr fährt fort, weiter zu expandieren. Ihr sagtet: „Es wird im Rahmen einer Reihe internationaler Abkommen gleiche Garantien für alle geben!“ Aber wir sehen, es gibt keine Gleichheit oder gleiche Sicherheitsgarantien.

Beachten Sie dies: Seinerzeit im Jahr 1918 sagte einer der Assistenten von Woodrow Wilson, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten: *„Die ganze Welt wäre heute ruhiger und sicherer, wenn das riesige Russland durch einen Staat in Sibirien und vier weitere in seinem europäischen Teil ersetzt werden könnte.“*

Das wurde 1918 gesagt und 1991 haben wir uns selbst geteilt: In 12 Teile meine ich – richtig! Aber ich habe den Eindruck, dass es unseren Partnern nicht reicht und ihnen Russland heute immer noch zu groß scheint. Europäische Länder haben sogar eine Union gegründet, weil die europäischen Staaten selbst zu klein geworden sind – keine großen Imperien, sondern kleine Staaten, mit 60 bis 80 Millionen Einwohnern. Und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sind noch 146 Millionen geblieben. Doch selbst das scheint dem Westen zu viel. Ich glaube, dass dies die einzige Erklärung für diesen konstanten Druck gegen uns darstellt. Seinerzeit in den 1990er Jahren tat die Sowjetunion alles, um normale Beziehungen zum Westen und zu den Vereinigten Staaten herzustellen. Ich habe es schon zuvor gesagt, doch wiederhole es gerne für Ihre Zuseher und Zuhörer – ich erinnere mich nicht, von welchem Medium Sie kommen – aber es spielt keine Rolle:

In unseren Einrichtungen für Atomwaffen – sprich im Bereich des Militärischen Komplexes – gab es Vertreter der zuständigen amerikanischen Dienste. Sie gingen dorthin zur Arbeit – in die Einrichtungen des russischen Atomwaffenkomplexes und verbrachten dort ganze Tage. Zahlreiche Berater arbeiteten innerhalb der russischen Regierung, darunter Mitarbeiter der CIA. Was wollten sie noch mehr? Warum sahen sie die Notwendigkeit, Terroristen im Nordkaukasus einzusetzen und terroristische Organisationen zu unterstützen mit dem Versuch die Russische Föderation aufzubrechen? Das genau taten sie und ich als ehemaliger Direktor des FSB weiß es genau: Wir arbeiteten mit Doppelagenten und diese

berichteten uns, welche Aufgaben ihnen die westlichen Nachrichtendienste gestellt hatten. Aber warum mussten sie das tun? Man hätte anders handeln und Russland ggf. als möglichen Verbündeten ansehen und stärken können. Aber das Gegenteil fand statt mit dem Versuch Russland aufzuspalten: Man begann die NATO in Richtung Osten zu erweitern. Natürlich sagten wir: „Tut das nicht – Ihr habt uns doch versprochen, das bleiben zu lassen.“ Doch sie sagen zu uns: „Wo steht das geschrieben? Nirgends? Was wollt Ihr? Verschwindet – was scheren uns Eure Sorgen!“ So ging es weiter von Jahr zu Jahr. Jedes Mal, wenn wir dagegen sprachen oder versuchten Einspruch zu erheben, war die Antwort: „Nein – Ihr könnt Bedenken haben, wie immer Ihr wollt, wir werden tun, was zu tun ist...“ Eins, zwei, drei, vier, fünf – fünf Expansionswellen mussten wir erleben: Was können sie nicht verstehen? Was ist hier unklar? Ich denke, alles ist mehr als klar: **Wir möchten unsere Sicherheit gewährleisten!**

Erstellung des Transkripts: Unser Mitteleuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPFZWANG“

30 Stk. runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

€ 19,⁹⁰ inkl. Porto

Jetzt mit einem [Klick](#) bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

**Limitierte
Auflage**

01) Internes Papier: Sicherheitsbehörden warnen vor Faesers Migrations-Plan.
Von N. Harbusch und P. Tiede

Berlin – **Als Olaf Scholz (63, SPD) sie am Nikolaustag 2021 als künftige Bundesinnenministerin vorstellte, kannte Nancy Faeser (51, SPD) nur ein Thema: „Kampf gegen rechts“. Mehr fiel ihr zur Sicherheitslage Deutschlands nicht ein.** Dafür sind jetzt die deutschen Sicherheitsbehörden alarmiert – und zwar wegen Faesers geplanter Migrationspolitik. Konkret geht es um die Ankündigung der Ministerin, sie wolle eine „Koalition der Willigen“ unter den EU-Staaten schmieden. Also eine Koalition, die mehr reguläre Migranten aufnehmen will.

Die Sicherheitsbehörden befürchten in einer internen Einschätzung für das Kanzleramt (liegt B.Z. vor): Das wird die Flüchtlingsströme spürbar beeinflussen. Demnach werde – neben Entwicklungen in der Türkei, Griechenland, Afghanistan und gezielten Aktionen anderer Staaten (zuletzt Belarus) – vor allem die deutsche Politik selbst entscheidend sein für den Druck auf die Schleuser- und Flüchtlingsrouten.

► Faesers „Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedsstaaten“ würde das Ausmaß der illegalen Migration direkt beeinflussen, warnten die Experten unter Berufung auf das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration“ in einer Runde mit Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (51, SPD) Anfang des Monats.

► Auch die Ankündigung, künftig Gruppen, die im Mittelmeer Flüchtlinge aufnehmen, zu unterstützen, würde zum Anstieg des Migrationsdrucks führen.

Am Wochenende hatte bereits ein früherer Artikel Faesers in der Zeitschrift „antifa“ des linksextremen VVN-BdA für heftigen Wirbel gesorgt (B.Z. berichtete). Nun die Warnung der Sicherheitsbehörden!

Der EU-Abgeordnete Markus Ferber (57, CDU) meint: „Die Bundesinnenministerin ist unserem Land und nicht der Antifa verpflichtet. **Ihre Reformversuche in der europäischen Flüchtlingspolitik werden für Deutschland zum Sicherheitsrisiko.**“

Innenministerin Nancy Faeser (51, SPD) soll sich auf Antrag der Union am 16. Februar vor dem Innenausschuss erklären.

Aus: B.Z. vom 08.02.2022, Seite 19.

02) EU-Länder sollen zur Migranten-Aufnahme per Strafzahlungen gezwungen werden

07. 02. 2022



Bild: shutterstock

LILLE – Länder der EU, die keine Migranten aufnehmen wollen, sollen künftig dafür zahlen müssen. „Wer keine Aufnahme von Flüchtlingen möchte, wird zu einem hohen finanziellen Beitrag verpflichtet“, sagte der französische Innenminister Gérald Darmanin nach einem informellen Treffen der EU-Innenminister am Donnerstag in Lille. Auf dieses Prinzip hätten sich die Teilnehmer einstimmig geeinigt, sagte er.

Allerdings müssten noch zahlreiche Details geklärt werden, insbesondere der Schlüssel der Verteilung und die Höhe der finanziellen Beteiligung. Er gehe davon aus, dass sich sehr viele Länder an der Aufnahme der Migranten beteiligen werde, sagte Darmanin.

Vorbild sei das Abkommen von Valletta, in dem sich 2019 erstmals mehrere Staaten auf eine geordnete Verteilung von Bootsflüchtlingen geeinigt hatten. Im Unterschied dazu solle die Aufnahme oder die finanzielle Beteiligung künftig aber verpflichtend sein.

Parallel dazu sollen Migranten nach ihrer Ankunft umfassender registriert und mit Blick auf ihre Asylaussichten gefiltert werden. „Wenn das an den EU-Außengrenzen so geschieht, wie wir uns das vorstellen, wird der Migrationsdruck abnehmen“, sagte Darmanin. Frankreich setzt sich unter anderem dafür ein, Migranten auch mit Fotos und biometrischen Daten zu erfassen und Datenbanken miteinander zu verknüpfen.

Auch da seien noch viele Details offen. „Bedeutet das, dass wir die Menschen an der Grenze festhalten? Wie lange? (...) Und unter welchen Bedingungen?“, sagte Darmanin. Diese Fragen sollten auf dem EU-Gipfel im März besprochen werden.

Dieser Beitrag erschien erstmalig auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Petition gegen Faesers Asylpolitik

02. 02. 2022



Petition gegen die unbegrenzte Zuwanderung und Faesers Migrationspläne (screenshot)

Vor dem Hintergrund der Asyl- und Migrationspolitik von Nancy Faeser (SPD), die zu einer neuen Migrationswelle wie im Herbst 2015 führen kann ruft der Verein Zivile Allianz e.V. von Sven von Storch dazu auf, eine [Petition](#) gegen die Pläne der Innenministerin zu unterzeichnen.

BUNDESKANZLER SCHOLZ, STOPPEN SIE FAESERS ASYLPOLITIK!

Lautet das Anliegen der Kampagne von [civil petition](#), mit dem Ziel, nicht nur die Politik Faesers, die mit den Prinzipien des Grundgesetzes (das feststellt, daß in Deutschland nur Asyl beantragen darf, wer nicht aus einem sicheren Drittstaat kommt) unvereinbar ist zu stoppen, sondern sie auch ihres Amtes zu entheben.

Einschränkung der Bürgerrechte aber offene Grenzen für Massenmigration ...

Wie geht das zusammen? Während Faeser einerseits die Bürgerrechte massiv beschneiden (die Bürger sollen „freiwillig“ auf ihre Grundrechte, wie das Recht sich zu versammeln, verzichten) und die Meinungsfreiheit einschränken will – wie z.B. indem sie die Plattform Telegram abzuschalten droht – öffnet Sie auf der anderen Seite einer neuen Invasionswelle in die Sozialsysteme Tür und Tor.

Faeser spaltet die Europäische Union

Nicht nur dass sie der polnischen Regierung, die die Außengrenze der EU schützt und illegale Migranten zurückgewiesen hat (siehe dazu [unsere Berichte](#)), in den Rücken gefallen ist. Auch ihr Vorstoß für eine „Koalition der Willigen“ ist in der EU bereits auf breiten Unwillen gestossen ([wir berichteten](#)). Nun hat sie entschieden, daß Deutschland mehr afghanische Migranten aufnehmen soll als alle anderen EU-Staaten zusammen. Jeder Migrant aus Afghanistan soll einen Integrationskurs erhalten, unabhängig davon ob er Anspruch auf Asyl hat oder nicht.

Faeser will Anreize für Millionen von Armutsmigranten schaffen.

Sie will dafür nicht nur den Familiennachzug ausweiten, sondern auch die Deutsche Staatsbürgerschaft inflationär vergeben, womit die Asylanten schon nach kurzer Zeit an alle Asylanten stimmberechtigt werden. Mit dieser Methode, sich das eigene Stimmvieh heranzuzüchten, spaltet sie erneut nicht nur die EU in der Migrationspolitik, sondern auch die Deutschen, die sich noch nicht einmal von Merkels Willkommenskultur erholen konnten.

Faeser will den Deutschen Steuerzahler ausbluten

Nun warten nicht nur mehr als 2,5 Millionen Afghanen als Flüchtlinge bereits außerhalb Afghanistans (vor allem in Pakistan und Iran) sowie der halbe Nahe Osten auf eine Einladung nach „Germoney“, auch auf dem Afrikanischen Kontinent stehen -zig Millionen Migrationswillige in den Startlöchern an die .

Gerade mitten in einer „Pandemie“ und der (nicht nur Corona-bedingten) Wirtschaftsflaute wären Faesers Pläne eine ungeheure zusätzliche Belastung für den Steuerzahler und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der bereits jetzt schwer unter den Belastungen durch die Asylanten und die Corona-Maßnahmen leidet – und letztlich ein weiter Schritt zur Zerstörung Deutschlands und Europas.

Es ist also im Interesse aller Europäer Faesers irrwitzigen Migrationsplan zu stoppen und solchen vermeintlichen Gutmenschen, die Europa mit Einwanderern aus anderen, vornehmlich muslimischen, Kulturkreisen überschwemmen wollen, ein für alle Mal das Handwerk zu legen. (*Transdanubier*)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Dr. Norbert van Handel – Ist die Neutralität gestorben?

14. 02. 2022



Norbert Baron van Handel

In der EU gibt es außer Österreich drei weitere Staaten, Irland, Finnland und Schweden, die zumindest formal neutral sind. Formal deshalb, weil natürlich der Beitritt zur EU und die zahlreichen EU-Normen die Neutralität zunehmend verwässern. Dennoch wäre es sinnvoll gewesen, wenn die neutralen Staaten sich zu einer Verständigungsmission zwischen Moskau, Washington und Brüssel aufgeschwungen hätten.

Von Österreich wäre dies besonders zu erwarten gewesen, da die österreichische Neutralität zur Erlangung des Staatsvertrages politisch notwendig war. Jenes Staatsvertrages, der von den vier Signatarmächten, USA, Sowjetunion, England und Frankreich, mit Österreich 1955 geschlossen wurde, und damit seine volle staatliche Souveränität wiedererlangte. Die Neutralität sollte nach dem Muster der Schweiz gelebt werden.

Die österreichische Außenpolitik der letzten Jahre scheint das Neutralitätsgesetz nicht zu kennen. So ist noch erinnerlich, wie vor ein paar Monaten, in einem der zahlreichen israelisch-palästinensischen Konflikte, am Ballhausplatz zwei israelische Fahnen aufgehängt wurden. Was für eine unangenehme, Österreich schädigende, Dummheit. Was da dem Außenminister eingefallen ist, weiß man nicht.

Die Neutralität verpflichtet verfassungsrechtlich Österreich überdies, sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Auch dies geschieht leider nicht, weil man schon Jahrzehnte lang die militärische Landesverteidigung schändlich ausgehungert hat. Das gilt nicht nur in der Infrastruktur, sondern vor allem auch in der Raum- und Luftverteidigung. Es

mutet seltsam an, wenn österreichische Truppen zwar in Mali französische Interessen verteidigen, im Inland aber nicht genug Geld für das absolute Mindestmaß einer effizienten Landesverteidigung vorhanden ist.

Vor allem im Ukraine Konflikt wäre es dem österreichischen Außenminister gut angestanden, eine Pendelpolitik zwischen Moskau, Brüssel und Washington ins Leben gerufen zu haben, allein oder mit anderen neutralen Staaten. Inhalt könnte etwa sein,

- dass eine Neutralität der Ukraine angedacht würde,
- dass die Nato ohne Konsultationen mit Russland nicht bereit ist die Ukraine aufzunehmen,
- dass Russland seine Truppen an der Grenze zurückzieht.

Mit einem Wort, ein Strauß von Ideen, der für beide Teile sinnvoll wäre. Stattdessen stellt man sich kompromisslos hinter die USA. Natürlich sind die Russen keine Heiligen, die Völkerrechtsverträge nach Punkt und Komma einhalten. Supermächte waren das nie, da sie eifersüchtig über ihre Einflussphären wachen.

Die USA zeichnet sich da besonders aus:

Sie führten nach 1945 sage und schreibe 23 Kriege, wobei deren völkerrechtliche Legitimität meist zweifelhaft war. Nachzulesen im Buch „Imperium USA“ des Schweizer Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser, Gründer und Leiter des „Swiss Institute for Peace and Energy Research“ in Basel.

Psychologisch fühlt sich Russland verständlicherweise vom Westen betrogen, da (leider nur mündlich aber durch zahlreiche Zeugnisse belegt) die Nato sich vereinbarungswidrig bis zu den russischen Grenzen vorschob und somit jede Pufferzone zwischen Russland und dem atlantischen Bündnis negierte. Insgesamt ist es mehr als seltsam, wenn Präsident Putin immer wieder feststellen lässt, dass die Russen keinen Krieg planen, umgekehrt aber der Westen und Präsident Biden immer behaupten, Russland wolle diesen schon.

Auch mit Provokationen kann man Kriege auslösen. Provokant mögen auch solche Gesten wirken, wenn einzelne Länder ihre Staatsbürger abziehen, während man in der Ukraine selbst wenig besorgt ist. Auch unser Schweizer Freund, Oberst im Generalstab Ralph Bosshard, einer der brilliantesten Militärfachleute, der langjährig militärischer Berater des Botschafters bei der ständigen Schweizer OSZE Vertretung in Wien war, glaubt in einem seiner letzten Beiträge über die militärische Situation an den Grenzen der Ukraine nicht an eine Vorbereitung einer Invasion Russlands.

Natürlich kann sich die Situation täglich ändern. Sanktionen funktionieren nicht.

In einem umfassenden Beitrag der seriösen „Wiener Zeitung“ weist Heinz Gärtner (Vorsitzender der Beiräte des International Institute for Peace (IIP) und der Wissenschaftskommission des österreichischen Bundesheers, sowie zahlreicher internationaler Funktionen an Universitäten in Deutschland, England und Amerika) wissenschaftlich nach, dass Wirtschaftssanktionen nicht funktionieren:

„Von Befürwortern von Sanktionen wird deren Wirksamkeit angeführt, wenn sie weh tun. Sanktionen haben tatsächlich vielfältige Auswirkungen auf den Zielstaat: Schwächung der Wirtschaft, Vergrößerung der Armut, Verschlechterung der medizinischen Versorgung, Stärkung autoritärer Tendenzen, Einschränkung der Menschenrechte – politische Erfolge sind damit aber nicht verbunden.“

Dies zeigt sich nicht nur in Kuba, dem Iran oder Venezuela, auch in Russland und China, die beide weder liberaler oder demokratischer geworden sind. Auch wenn, vor allem China,

aber teilweise auch Russland, nicht jene Systeme gesellschaftlichen Zusammenlebens haben, wie wir, -es geht uns nichts an. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass geopolitisch eben verschiedene Systeme existieren. Nicht-Einmischung ist leider kein Prinzip des Völkerrechts mehr. Sinnvoll wäre es eher, auch in jenen Staaten, mit denen man politisch nicht einer Meinung ist, die Wirtschaft zu fördern, denn gute Wirtschaftskontakte sind auch friedensbildend.

Ebenso, wie etwa der Sport. Es ist nichts dümmer, als Sport mit Politik zu verbinden. Gerade die Jugend der Völker sollte sich bei Ereignissen wie den Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften, kennenlernen, zusammenkommen und langfristige Bindungen miteinander eingehen. Dies wäre friedensbildend, nicht aber die ständige Intervention der USA, die ihr demokratisches Modell, dessen Zerfallserscheinungen täglich sichtbarer werden, der ganzen Welt aufoktroyieren wollen.

Dr. Norbert van Handel

14.02.2022, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 11.02.2022

11. 02. 2022



Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Abfall – Coronabedingt 10'000e Tonnen zusätzlicher medizinischer Abfall weltweit. ORF.at

Argentinien – Rivalisierende Drogen-Clans. 20 Tote nach Konsum von gepanschem Kokain. SRF.ch

Äthiopien – UNO-Kreisen ist der Chef der Weltgesundheitsorganisation WHO einfach Doktor Tedros. Dabei ist er gar kein Arzt. Doch das Kürzel lässt sich leichter merken als der volle Name des 56-jährigen Äthiopiens: Tedros Adhanom Ghebreyesus. Zu Beginn der Corona-Pandemie war er eine umstrittene Figur. Eine Wiederwahl schien ungewiss. Seine Organisation erntete Kritik, zu spät und zu zögerlich gehandelt zu haben. Tedros Ghebreyesus widersprach: Die WHO habe früh und immer wieder gewarnt. Er wurde so erfolgreich, dass seine Wiederwahl für weitere fünf Jahre gesichert ist. Die Europäer, China und die USA sowie viele Drittweltländer stehen hinter ihm. Pikante Ausnahme: Seine Heimat Äthiopien. Dort sieht die Zentralregierung Ghebreyesus, der aus der aufständischen Provinz Tigré stammt, neuerdings als Feind. SRF.ch

Australien – Das Aussterben des Koalabärs droht, vorallem auch wegen einer Geschlechtskrankheit. ABC.au

Bahrain – Das Land schließt eine Sicherheitskooperation mit Israel.
●US Flotte auf Besuch. KR.il

Belarus – Radiokrieg. Wegen der Spannungen hat Radio 700 in Euskirchen (+49 (2251) 146085) die Übertragungen von Radio Belarus International auf Deutsch auf Kurzwelle und im Internet eingestellt. Shortwaveservice.com

Börsen – weltweit mit schwachen Ergebnissen im Januar und schwachem Jahresauftakt. SRF.ch

Bulgarien – Die Niederlande haben zugesagt, Bulgarien zwei Kampfflugzeuge zur Verteidigung gegen Russland zu liefern. NPO.nl

China – Zwei Schiffen der Marine der Volksbefreiungsarmee liefen am 31.1. von Guangzhou aus, um Chinas Katastrophenhilfe nach Tonga zu bringen. CRI.cn
●Überraschende Entdeckung. Die Omikron-Variante könnte von Mäusen auf den Menschen übergesprungen sein. Ein Forschungsteam aus China legt Belege vor.
●Zwischen dem 4. und 20. 2. geht es für rund 1500 Athleten aus 92 Ländern um Gold, Silber und Bronze. Die Millionenmetropole setzte sich im Bewerbungsverfahren knapp vor Almaty (KZ) durch. Wie die Sommerspiele in Tokio im Jahr zuvor steht die zweiwöchige Veranstaltung ganz im Zeichen der Corona Pandemie. Dennoch hoffen die Veranstalter auf einen reibungslosen Ablauf. Insgesamt werden in 109 Wettbewerben 327 Medaillen vergeben. Die Eröffnungsfeier findet am 4. 2. um 13 Uhr MEZ statt. Putin trifft Xi.
●Korruption und Intrigen in Chinas Elite: Der Insider Desmond Shum (沈棟, 53) packt aus. Sein Buch gibt einen Einblick in den Luxus und die Intrigen der chinesischen Elite und die Willkür des Systems. Droemer HC, 2022, ISBN: 9783426278789, €22.; Red Roulette Jene, die sonst über China schrieben seien Experten, die China nur von außen betrachteten.SRF.ch

Dänemark – Pandemieende. Auch in Norwegen und Finnland Maßnahmen Ende. SRF.ch

Deutschland – Trotz Umsatzplus rechnet der Handelsverband mit 16'000 Ladenschließungen.

- Zwei Wilderer (~35) aus dem Saarland erschossen eine Politesse und einen Polizisten (~25) bei Kaiserslautern im Zuge einer Verkehrskontrolle. Nur einer soll geschossen haben. Da er Ausweis verlor, konnte man ihn aufspüren. Münchner Erzbischof Marx spricht sich für Priester-Heirat aus. SRF.ch
- Halbe Milliarde Steuergeld für den Milliardär René Benkő. ORF.at
- Die Münchner Rede Putins im Jahr 2007 mit Kritik an der Außenpolitik der USA und an ihrer Idee der einpoligen Weltordnung geübt hatte, ist in die Geschichte eingegangen. Der russische Präsident hatte sich damals gegen die Pläne zur Nato-Erweiterung und zur Stationierung der US-Raketenabwehr in Osteuropa ausgesprochen. Putin fehlt bei Sicherheitskonferenz in München, vom 18.–20. 2.

- Medienkrieg mit Russland. SNA.ru

- Das Wegener Institut schätzt, dass sich in den Meeren 100 Mio Tonnen Plastikmüll befindet, darunter hochgiftiges Mikroplastik.

- Einzelne Bundesländer lockern etwas, ein deutschlandweiter Lockerungsplan steht noch nicht fest. Außer der erhöhten Kapazitäten in Stadien, hat Deutschland noch keine Lockerungen vorgenommen.

- dm ist eine deutsche Drogeriemarktkette mit Sitz in Karlsruhe. Mit rund 3.850 Filialen und 66.000 Mitarbeitern ist dm im Jahr 2021 der größte Drogeriekonzern Deutschlands. Das erste Geschäft eröffnete der Unternehmensgründer Götz Werner 1973 in Karlsruhe. Er verstarb am 8.2. in Stuttgart kurz nach seinem 78. Geburtstag.

- Der deutsche Literaturwissenschaftler, Kulturtheoretiker und Schriftsteller Klaus Theweleit wurde am 7.2.1942 im ostpreußischen Ebenrode – heute Nesterow (RU) – geboren und wuchs nach der Flucht der Familie in Schleswig-Holstein auf. Er studierte Germanistik und Anglistik in Kiel und Freiburg. Mit seiner „summa cum laude“ bewerteten Dissertation Freikorpsliteratur: Vom deutschen Nachkrieg 1918–1923 wurde er 1976 zum Dr. phil. promoviert. Die Doktorarbeit war die Grundlage für das 1977/1978 erschienene zweibändige Werk Männerphantasien. Es war obszön, provozierend und machte Klaus Theweleit berühmt, berüchtigt und zum Pionier der Männer- und Gewaltforschung in Deutschland. Seine oft mehrteiligen Bücher passten buchstäblich in keine Schublade, bilanziert Theweleit: «Bis heute wissen Buchhändler nicht, wo sie die Männerphantasien hinstellen sollen. Zur Faschismus-Theorie, zur Genderforschung, zur Psychoanalyse oder sonstwo.» Körperwelten statt Faschismustheorie. Das Buch unternimmt den Versuch zu ergründen, warum Männer sich zusammenschließen, um barbarische Gewaltakte zu begehen. Auf nahezu 1300 Seiten untersucht Theweleit die Biografien von Freikorps-Männern, die in den Bürgerkriegswirren der frühen Weimarer Republik bestialische Massaker verübten. Er zeigt ihre pervertierte Sexualität, das Zerrissene ihrer fragmentierten Persönlichkeiten, die sich im Tötungsrausch eine «gereinigte» Welt konstruieren: Frei von jeder Weiblichkeit, die angeblich verweichlichen soll, blutend rot fließt und keinen Halt gibt. Buchhinweis: Klaus Theweleit: Männerphantasien. Matthes & Seitz Berlin 2020 ISBN: 9783957577597, €48.

- Berlinale 10.–16.2. SRF.ch

England – Vor den Pubs herrscht Gedränge, Masken sind nur selten zu sehen. Ende Januar sind in England die wenigen noch geltenden Maßnahmen ausgelaufen. Ob im Büro, im Stadion, im Fitnessstudio oder eben im Pub dürfen sich die Briten ohne Beschränkungen tummeln. SRF.ch

Frankreich – Die Massentötung von männlichen Küken soll verboten werden

- Auch in Frankreich gibt es laufend weniger Beschränkungen.
- Emmanuel Macron war der erste französische Präsident, der ein Atomkraftwerk vom Netz nahm: Fessenheim im Sommer 2020, knapp 50 Kilometer von Basel entfernt. Das bedeutet allerdings nicht den Beginn des Ausstiegs aus der Atomenergie. Im Gegenteil: Am Donnerstag kündigte Präsident Macron massive Investitionen in die Atomenergie an. Sechs neue Atomkraftwerke sollten gebaut, sowie die Errichtung von acht weiteren Kraftwerken bis 2050 geprüft werden, sagte Macron in Belfort. «Das ist die Renaissance der französischen Atomkraft.» Zugleich werde die Laufzeit aller bestehenden Kraftwerke verlängert, wenn die Sicherheit es erlaube. Es solle kein Kraftwerk mehr vom Netz gehen, wenn es keine zwingenden Sicherheitsgründe dafür gebe. Der Stromkonzern EDF sei angewiesen worden zu prüfen, ob die Laufzeit der Atomkraftwerke über 50 Jahre hinaus verlängert werden kann. SRF.ch

EU – Die von der EU im vergangenen Monat angekündigte 340-Milliarden-Dollar Global Gateway Initiative soll mit der von China geförderten „Belt and Road“-Initiative konkurrieren. Doch das wird nicht einfach. Ein Unterschied von Global Gateway besteht darin, dass es EU-Werte wie Transparenz, Gesetze und menschenwürdige Arbeitsbedingungen betont. Auf chinesischer Seite stammen die Finanzierungsstrukturen hauptsächlich aus Darlehen, während das europäische Programm sowohl auf Investitionen des öffentlichen als auch des privaten Sektors angewiesen ist. In Bezug auf den Zeitplan kann gesagt werden, dass das Global Gateway-Projekt der EU eine späte Initiative ist. Seit 2013 hat BRI bereits mit 138 Ländern zusammengearbeitet. Bis 2021 erreichte der Wert von BRI-Projekten einschließlich Projekten mit chinesischer Beteiligung 4,3 Billionen US-Dollar. TRT.tr

- Irisch wird neue Amtssprache statt engl. ORF.at

Frankreich – will Massentötung von männlichen Küken verbieten.

- Auch in Frankreich gibt es laufend weniger Beschränkungen.
- Emmanuel Macron war der erste französische Präsident, der ein Atomkraftwerk vom Netz nahm: Fessenheim im Sommer 2020, knapp 50 Kilometer von Basel entfernt. Das bedeutet allerdings nicht den Beginn des Ausstiegs aus der Atomenergie. Im Gegenteil: Am Donnerstag kündigte Präsident Macron massive Investitionen in die Atomenergie an. Sechs neue Atomkraftwerke sollten gebaut, sowie die Errichtung von acht weiteren Kraftwerken bis 2050 geprüft werden, sagte Macron in Belfort. «Das ist die Renaissance der französischen Atomkraft.» Zugleich werde die Laufzeit aller bestehenden Kraftwerke verlängert, wenn die Sicherheit es erlaube. Es solle kein Kraftwerk mehr vom Netz gehen, wenn es keine zwingenden Sicherheitsgründe dafür gebe. Der Stromkonzern EDF sei angewiesen worden zu prüfen, ob die Laufzeit der Atomkraftwerke über 50 Jahre hinaus verlängert werden kann. SRF.ch

Grönland – Das Eisschild ist um Billionen Tonnen geschrumpft. Mit dem Schmelzwasser der letzten 20 Jahre könnten die USA einen halben Meter tief unter Wasser gesetzt werden. SRF.ch

Guam – Nordkoreas neue Raketen bedrohen den US Stützpunkt. UNO berät. KGUM.gu

Guinea-Bissau – Möglicherweise gab es einen Putsch. Radiobantaba.com

Indien – Bei den Wahlen in Uttar Pradesh treten alle Parteien gegen Modi an. SRF.ch

Italien – Monica Vitti zählte zu den erfolgreichsten, italienischen Schauspielerinnen. Sie ist im Alter von 90 Jahren in Rom gestorben. SRF.ch

•Die Politiker erwägen ein Ende des Corona-Ausnahmestands. Die Maskenpflicht auch im Freien dürfte etwa Ende nächster Woche auslaufen. Alle Öffnungsschritte werden in Italien jedoch an die Impfungen gekoppelt. SRF.ch

Israel – Mit der Pegasus Software kann man über jedes Handy Menschen ausspionieren, indem alle Informationen weitergeleitet werden. Viele autokratische Länder bedienen sich der Software. Jetzt wurde sie auch in Israel lokalisiert, um den Sohn des ehemaligen Präsidenten Netanyahu auszuspionieren. NPO.nl Die israelische Polizei soll ohne gerichtliche Erlaubnis Menschen in Israel abgehört haben. Sie hat dafür das umstrittene Computerspionageprogramm סוספּ Pegasus eingesetzt. Die Polizei hat sich damit ohne deren Wissen Zugriff auf Daten Dritter verschafft. Erste Vorwürfe zur Verwendung der Software der israelischen א.א.ג. NSO-Group auch innerhalb Israels waren bereits im Januar durch die Zeitung כלכליסט Calcalist bekannt geworden. Es handelt sich um Spyware, also Spionagesoftware, die ohne Wissen der Besitzer in Handys implantiert werden kann. Entweder durch Phishingmails oder andere Methoden.» Die Telefone seien gehackt und somit der Zugang zu den Daten verschafft worden. Auch die Kamera lasse sich aus der Distanz aktivieren. Wenn man der Polizei nicht mehr trauen kann, dann erschüttert das einige Grundfesten. SRF.ch

Italien – Die Politiker erwägen ein Ende des Corona-Ausnahmestands. Die Maskenpflicht auch im Freien dürfte etwa Ende nächster Woche auslaufen. Alle Öffnungsschritte werden in Italien jedoch an die Impfungen gekoppelt. SRF.ch

Katar – Das Scheichtum soll offiziell ein wichtiger Nicht-Nato-Verbündeter der USA werden. Das kündigte US-Präsident Joe Biden nach einem Treffen mit dem Emir von Katar im Weißen Haus an. Katar sei nicht nur bezüglich seiner Energiepolitik ein wichtiger Partner des Westens, beschreibt Tobias Borck vom Royal United Services Institute in London die außergewöhnliche, schon beinahe weltpolitische Rolle des Emirats am Golf. SRF.ch

- USA haben Katar aufgefordert Flüssiggas nach Europa zu liefern als Ersatz für das russische Erdgas. Katar winkt ab, es hätte nicht ausreichend Gas. ORF.at
- Qatar Airways hat mit Boeing einen Vertrag über den Kauf von bis zu 102 Maschinen unterzeichnet. Washingtons Handelsministerin Raimondo sprach von einem „Deal mit historischer Bedeutung“ und pries die Geschäftsbeziehungen zwischen Katar und den USA. TRT.tr

Kanada – Die Proteste von Lastwagenfahrern gegen die Regierung weiten sich aus. Sie schwappen von Ottawa auf andere kanadische Städte über. Die Nerven in Ottawa liegen blank. Kein Wunder, bei dieser Lärmkulisse: Seit mehr als 2 Wochen hupen die Trucker, mit laufenden Motoren blockieren sie mit ihren großen Lastwagen die Innenstadt – und sie protestieren auf dem Parliament Hill, dort wo Kanadas Parlamentsgebäude steht. Die Behörden scheinen, wenigstens zeitweise, die Kontrolle über Ottawa verloren zu haben. Die Hauptstadt Kanadas erlebe die gravierendste Notsituation ihrer Geschichte, erklärte Bürgermeister Jim Watson. Die Behörden müssten verstärkt und rascher handeln, um die Ordnung auf Ottawas Straßen wiederherzustellen, Trucker Proteste weiten sich auf ganz Kanada aus und blockieren Grenze zu USA, Autoindustrie stellt Produktion ein.SRF.ch

Seite A 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Kroatien – Die Behörden werden im Falle eines Konflikts zwischen Russland und der Ukraine alle Truppen der NATO-Streitkräfte in Osteuropa zurückrufen, sagte Präsident Zoran Milanović am 1.2. im Fernsehen.

Libanon – Am 31.1.2022 wurden bei der größten landesweiten Razzia 17 israelische Spionagenetzwerke gesprengt. Sie arbeiteten „lokal und regional“, wurde der Innenminister Bassam Mawlawi von Agentur NNA zitiert. Der Minister ging nicht ins Detail über die Operation oder die Zahl der Personen, die während der von den internen Sicherheitskräften durchgeführten Operation festgenommen wurden. RD.sy

Madagaskar – Tropischer Zyklon «Batsirai» fordert Tote. Tausende Häuser stehen unter Wasser oder wurden komplett zerstört. Mindestens 55'000 Menschen wurden vorübergehend obdachlos. SRF.ch

Mexiko – Andrés Manuel López Obrador will die Beziehungen mit Spanien pausieren. «Eine Pause würde den beiden Ländern gut tun», sagt er. Er fordert, Spanien solle sich endlich für die Gräueltaten der Kolonialzeit entschuldigen.

Mali – Der französische Botschafter wurde wegen neokolonialen Verhaltens rausgeschmissen. Französ. Armee durch Gruppe Wagner ersetzt. Wohl auch bald die EU-Truppen. SRF.ch

Myanmar – Vor einem Jahr fand der Putsch statt: 1700 Tote, 8000 Inhaftierte. Am 1.2.2022 Tag des Stillen Protests in Yangon mit leeren Straßen. Aung San Suu Kyi jetzt auch wegen Wahlbetrugs verurteilt. SRF.ch

Neuseeland – Die Insel öffnet Grenzen für Australier, für andere Länder aber frühestens im Oktober. SRF.ch

Niederlanden – Die Inflationsrate liegt bei 7,6%. In der Türkei 50%, in Venezuela 690%. NPO.nl

Nordirland – Nordirland will Warenkontrollen stoppen. Im Streit um Brexit-Sonderregeln für Nordirland gefährdet ein Alleingang eines Ministers die Verhandlungen mit der EU. SRF.ch

Norwegen – Der Massenmörder und Freimaurer Anders Behring Breivik kommt nicht wie von ihm beantragt auf freien Fuß. Das zuständige Bezirksgericht hat seinen Antrag auf Haftentlassung auf Bewährung einstimmig abgewiesen. Im Sommer 2012 wurde er zur damaligen Höchststrafe von 21 Jahren Verwahrung mit einer Mindestdauer von zehn Jahren verurteilt. SRF.ch

Österreich – Innenminister Karner hat sich mit Interpol-Generalsekretär Stock zu einem Gespräch getroffen. Großes Lob zollte er dabei dem Interpol-Projekt „Silk Road“, bei dem man mit der Türkei gegen Schlepper vorgehe.
● Nach der ÖVP steht auch der Juniorpartner am Pranger. Aus einem Geheimpapier wurde bekannt: Österreichs Grüne erhalten im Tausch gegen ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen einen Sitz im Aufsichtsrat des ORF. TRT.tr

Panama – Der Panama-Kanal ist das berühmteste Bauwerk des Landes. Eine maritime Brücke zwischen Atlantik und Pazifik, nach dem Suezkanal die zweitwichtigste künstliche Wasserstraße der Welt. Einträglich für Panamas Staatskasse, einträglich auch für Panamas

Seite A 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Eliten. Doch der Kanal ist nicht der einzige Grund, weshalb der Begriff «Brücke» eine bedeutende Rolle im Selbstverständnis der Panamaer einnimmt. Das Land ist ein Schmelztiegel der Kulturen, ein Sammelbecken von Menschen aus aller Welt und dank seiner einzigartigen geographischen Lage auch ein Ort großer Artenvielfalt – aus Nord- und Südamerika. So sind zum Beispiel geschätzt rund 300'000 Insektenarten in Panama heimisch, genauso wie diverse Tierarten aus beiden Subkontinenten. Doch die fruchtbaren Regenwälder Panamas sind in Gefahr. Podcast „International“ SRF.ch

Paraguay – Das Land entwickelt sich zum Ziel tausender Corona Flüchtlingen aus Deutschland, aber auch aus der Schweiz und Österreich. Vor allem das deutschsprachige Hohenau zieht an. Es ist eine Stadt im Departamento Itapúa. Sie befindet sich 365 Kilometer von der Hauptstadt Asunción. Sie liegt am Río Paraná. Die Stadt wurde am 14. März 1900 von deutschen Kolonisten gegründet. 11'000 Einwohner. SRF.ch

Polen – Während die Tschechen den Langwellengrosssender 270 kHz in Uherske Hradište stilllegen, wird der polnische 1000kW LW Sender 225 kHz in Solec Kujawski ab sofort für Sendungen nach Belarus genutzt. RPI.pl

Russland – Als Reaktion auf die Schließung von Russia Today in Berlin sperrt Rußland am 3.2. die Büros der Deutschen Welle in Moskau DW.de

Schweiz – IKEA Schweiz in Spreitenbach verwendet im Hauptlager ein Heer von Robotern und Drohnen zum Ordnen und Zusammenräumen in der Nacht und am Sonntag.

- Die UBS hat dank des Börsenbooms 2021 das beste Ergebnis seit 15 Jahren eingefahren. Der Gewinn kletterte im abgelaufenen Jahr um 14 % auf 7.46 Milliarden Dollar, wie die grösste Schweizer Bank mitteilte. Für den Steuerstreit mit Frankreich hat die UBS eine Rückstellung von 740 Millionen Dollar vorgenommen.
- Ein Obwaldner trägt in Peking Ghanas Fahne. Skifahrer Carlos Mäder erfüllt sich mit 43 Jahren seinen Olympia-Traum. Der Weg nach Peking war aber kein leichter. Obwalden (Sursilvania) ist ein schweizer Urkanton von 1291.
- Nationalrat-Kommission lehnt Velohelmpflicht für Jugendliche ab.
- Hanftees, Schokolade oder Kaugummi mit CBD-Hanf oder auch Hanf-Öle. Viele dieser Produkte mit nicht berauschendem Cannabis sind nicht sicher. Zu diesem Schluss kommt der Verband der Kantonschemiker (VKCS). Er hat im vergangenen Jahr 100 CBD-haltige Lebensmittel untersucht, die in der Schweiz verkauft wurden. Von den untersuchten 100 Lebensmitteln wurden 85 beanstandet, wie der VKCS in einer Mitteilung schreibt. «Für 73 Produkte musste zum Schutze von Konsumenten ein Abgabeverbot ausgesprochen werden. Für diese Produkte kann eine Gesundheitsgefährdung nicht ausgeschlossen werden – sie sind lebensmittelrechtlich «nicht sicher.» 28 Produkte waren gesundheitsgefährdend, so dass Warenrückrufe angeordnet wurden. SRF.ch
- 24 Milliarden Dollar: Novartis verdreifacht den Gewinn.
- Kampffjet-Lärm. Lauter F-35: VBS publiziert genaue Angaben zur Lärmbelastung. Lauter beim Start, bei der Landung und beim Rollen. Der größere Lärm soll mit weniger Flügen kompensiert werden.SRF.ch
- Soll der Bund private Medien in der Schweiz zusätzlich fördern? In dieser Frage scheint sich die Schweizer Stimmbevölkerung nach wie vor noch nicht entschieden zu haben. Mit dem Maßnahmen Paket für die Medien, über das am 13.2. abgestimmt wird, will das Parlament die Medien über sieben Jahre mit zusätzlich 123 Mio. Franken direkt und indirekt fördern. Auch für private Radio- und Fernsehsender sollen jährlich 28 weitere Millionen bereitgestellt werden.
- Laut Blick und Tages-Anzeiger soll Gesundheitsminister Alain Berset den Kantonen heute zwei Ausstiegs-Varianten vorschlagen. Die eine Variante sieht eine schrittweise

Seite A 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Abschaffung der verbleibenden Maßnahmen vor. In der zweiten Variante würden alle Maßnahmen auf einmal aufgehoben. Am 16.2. will der Bundesrat dann definitiv entscheiden.

●Endo Anaconda wird am 6.9.1955 in Burgdorf als Andreas Flückiger geboren. Die Mama ist Österreicherin, der Papa ist Schweizer. Als dieser 1959 stirbt, zieht er mit seiner Mutter nach Kärnten. Mit 12 kommt er ins Internat nach Klagenfurt und entdeckt seine Liebe zur Musik. Der Berner Mundartkünstler Endo Anaconda ist tot. Er stirbt 66-jährig in der Nacht zum 2.2. SRF.ch

●Die Luzerner Fasnacht kommt bald. Am 24.2. ist Schmutziger Donnerstag und damit Start in die 5.Jahreszeit. Nach der Absage der Fasnacht im letzten Jahr, fiebert man in Luzern, der Fasnachtshochburg der Zentralschweiz, dem bunten Treiben entgegen.

●Bedenken: Schweizer Investoren werden kaum in Gas- oder Atomkraftwerke investieren.

●Die Mafia ist auch in der Schweiz aktiv. Erst letzten November verhaftete die Polizei in den Kantonen Graubünden, Zürich, St. Gallen und Tessin sechs Verdächtige. Bei den Ermittlungen zeigte sich, dass die Mafiosi die Schweiz als Rückzugsort nutzen, aber auch als logistische Basis für Drogen und Waffen.SRF.ch

●Die Menschheit steht „kurz vor dem Erwachsenwerden“. So sieht es der Autor des Buches „Wir sind die Evolution“. Darin blickt er auf die Pandemie-Krise. Einen hoffnungsvollen und zuversichtlichen Ausblick für die Zeit nach der Covid-19-Pandemie will Andreas Koch aus der Schweiz mit seinem Buch geben. Das zeigt bereits der Untertitel: „Neue Weltordnung? Ja – aber ganz anders“. Wir befinden uns als Menschheit im Moment in einer Evolution des kollektiven Bewusstseins. Eine „neue Weltordnung“ stehe vor der Tür, gestaltet von den Menschen. Sie soll nicht von Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum Davos geprägt sein. im „Zeitgeist“-Verlag. ISBN: 9783943007350, €19.90. SNA.ru

Singapur – Ein weiterer US-Marinekommandeur hat sich im größten Bestechungsskandal in der US-Marine als schuldig bekannt. Laut Medienberichten gestand der Kommandeur Stephen Shedd, 250'000 Dollar und Prostitutionsdienstleistungen von dem Unternehmen Glenn Defense Marine Asia (GDMA) im Austausch gegen US-Staatsgeheimnisse erhalten zu haben. GDMA ist in Singapur ansässig. TRT.tr

Slowakei – 44 % der Bevölkerung unzufrieden mit dem „Waffengeklapper“. NATO und Amerikaner sind für die eskalierende Situation verantwortlich. Sie finden es unverantwortlich, dass diese jetzt mit militärischer Unterstützung aufwarten wollen. Das findet auch der kroatische Präsident. Er nannte die Ukraine „eines der korruptesten Länder der Welt, das nicht in die Nato gehört“. RSI.sk

Tonga – Wie befürchtet erste Coronafälle auf den Inseln. SRF.ch

Syrien – USA haben in der Provinz Idlib in Syrien den Anführer des Islamischen Staat (IS) Abu Ibrahim al-Haschimi al-Kuraschi (1976* أبو إبراهيم الهاشمي القرشي) getötet. Kritik zu viele tote Frauen und Kinder. SRF.ch

Tschechien schickt 115 Sportler nach Peking. RP.cz

Ukraine stockt die Armee auf. ORF.at
Staatsbesuch von Rutte (NL) und Johnson (UK) bei Zelensky in Kiew am 1.2. NPO.nl

●Ungarnminderheit (140'000) wird ignoriert. MR.hu

Ungarn – Ministerpräsident Orbán am 1.2. auf Freundschaftsbesuch in Moskau. Unter anderem geht es um einen Milliardenkredit für das AKW Paks, aber auch um die erste Pharmafabrik zur Herstellung des Sputnik-V Impfstoffes in der EU in Debrecen. Fast eine

Mio. Ungarn wurden mit Sputnik geimpft, und haben nur die besten Erfahrungen“. Ungarn bekommt Vorzugspreis – fünfmal billiger – für russisches Gas bis 2036. Budapest wird Sitz der Russischen Investmentbank. SRF.ch

- Ungarischer Astronaut soll für Russland zur Raumstation „ISS“. ORF.at
- Die Kraftstoffpreise in Ungarn gehören dank Orbán zu den niedrigsten in der EU, 480 Forint (1,30 EUR) pro Liter
- Verteidigungsminister General Tibor Benkő (*1955 in Birkenkirchen im Dreiländereck HU-SK-UA) hofft auf ein baldiges Ende des Säbelrasselns im Osten. Er steht im Ranking sehr hoch nach MP Orbán und Aussenminister Szijjártó. MR.hu

UNO – In der Sprache des Sports ausgedrückt, endete die Sitzung des UNO-Sicherheitsrats 1:1 zwischen Russland und den USA. Ein Unentschieden, garniert mit reichlich Gehässigkeiten. Zehn der fünfzehn Mitglieder des Sicherheitsrats unterstützten den Antrag der USA, die Krise rund um die Ukraine zu thematisieren – und zwar gegen den dezidierten Willen Moskaus. Russlands UNO-Botschafter Wassily Nebenizia tat die Debatte als nutzlose «Megafon»-Diplomatie ab, konnte sie aber nicht verhindern. Doch das von Washington erhoffte Bild weltumspannender Einigkeit entstand trotzdem nicht. Zumal China sich voll hinter Russland stellte und damit unterstrich, wie eng die beiden großen Autokratien der Welt derzeit kooperieren. Kenia, Gabun und das gewichtige Indien enthielten sich der Stimme. Der russische Botschafter Nebenizia warf den Amerikanern «Hysterie» vor. SRF.ch

USA – Längster Blitz in der Geschichte mit 768km gemessen. Rekordverdächtig auch ein 17 Sekunden langer Blitz über Uruguay und Argentinien. NPO.nl

- Guillermo del Toros «Nightmare Alley» läuft in den Kinos – in voller Farbe. Doch in den USA konnte der Kult-Regisseur mit seinem neuen Neo-noir-Film bisher nicht die Eintrittszahlen verbuchen, die sich Verleiher Disney erhofft hatte. Darum wird «Nightmare Alley» gleich noch einmal lanciert: in einer Schwarzweiss-Version. SRF.ch
- Radiokrieg: Wegen der Spannungen hat der Sender WCRW 1190 kHz bei Washington DC die Ausstrahlung von Radio China International eingestellt. Sendet jetzt religiöse Programme auf Englisch, Spanisch, Amharisch. Tel. 703–532-0400, WCRW1190.com
- „Reporter ohne Grenzen“ und andere bekannte NGOs setzen sich in einer breiten Allianz für den inhaftierten Wikileaks-Gründer Assange ein. Kanzler Scholz solle sich bei seinem USA-Besuch dafür einsetzen, dass dessen Anklage fallengelassen wird. ORF.at

VAE – Ursprünglich hätte der Wettbewerb im Dezember 2021 in Japan stattfinden sollen. Japan hatte allerdings im August wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Risiken einer weiteren Virus-Ausbreitung die Rolle als Ausrichter zurückgegeben. Schon die Austragung zuvor war wegen Corona vom Dezember in den Februar verlegt worden. Am 4.2. beginnt mit den Olympischen Winterspielen in Peking ein großes Sport-Highlight des Jahres. Dass am Tag zuvor die Klub-WM im Fußball in Abu Dhabi startet, gerät dabei zur Randnotiz. Der Event, bei welchem sich die 6 Sieger der kontinentalen Champions League sowie der Meister des Gastgeberlandes um den Titel duellieren, stößt – zumindest aktuell – auf wenig Interesse. SRF.ch

Vietnam – Die weltweit kleinste Landschnecke «Angustopila psammion» ist kleiner als ein Sandkorn. SRF.ch

Wetter – Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Stürme haben in Europa zwischen 1980 und 2020 wirtschaftliche Schäden von rund einer halben Billion Euro verursacht. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 02.02.2022

02. 02. 2022



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Хрюша / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Armenien – Die Niederlage Armeniens im jüngsten Krieg um Berg-Karabach ist noch nicht lange her. Im Herbst 2020 besiegten die Truppen des benachbarten Aserbaidschan innert weniger Wochen die armenischen Streitkräfte. Die militärische Hilfe der mit Aserbaidschan verbündeten Türkei machte das erst möglich. Dies bestärkte viele Armenier in ihrer Überzeugung, dass die Türkei eine Bedrohung ist. Umso erstaunlicher sind die freundlichen Töne, die aus Ankara und Eriwan ertönen. Mitte Januar trafen sich zum ersten Mal die Unterhändler der beiden Länder. Man wolle weiter verhandeln, hiess es danach, bis zur vollständigen Normalisierung der Beziehungen und der Öffnung der Grenzen. Am 2. Februar soll es erstmals wieder Direktflüge zwischen den Metropolen Istanbul und Eriwan geben. SRF.ch

Australien – Eine Milliarde australische Dollar will der Staat Australien zum Schutz des Great Barrier Reefs ausgeben. Verteilt auf neun Jahre soll ein Grossteil des Geldes dafür verwendet werden, die Verschmutzung des Riffs durch schädliche Abwässer aus der Landwirtschaft zu verhindern. Ein Viertel soll für die Bekämpfung des Dornenkronenseesterns eingesetzt werden. Dieser frisst die Korallen. SRF-Mitarbeiter Urs Wälterlin über die guten Absichten und die politischen Hintergedanken des australischen Premiers Scott Morrison. SRF.ch

Seite A 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

- Australien hat angeboten, zusätzliches verflüssigtes Erdgas nach Europa zu liefern, falls Russland beschliesst, die Energieversorgung einzustellen. Auch Algerien und Katar bieten Gas und Flüssiggas an. [VOA.us](https://www.voa.us)

Burkina Faso – Die UNO fordert Ende der Militärdiktatur, doch das Volk steht hinter dem Militär. SRF.ch

China – Den Staatsmedien zufolge würden Athleten von den USA dafür bezahlt, bei den Olympischen Winterspielen für Unruhe zu sorgen. Die USA würden eine „weltumspannende Kampagne“ gegen China führen. Die US-Botschaft widersprach den Anschuldigungen. CRI.cn

- Vom 04. bis 20. Februar finden in Peking die Olympischen Winterspiele statt – unter strengen Bedingungen. Das Land verfolgt seit Ausbruch der Pandemie eine strikte Null-Covid-Strategie. Im Herbst hatte das Land Covid weitgehend unter Kontrolle. Anfang Dezember begannen aber die Fallzahlen wieder zu steigen. Mitte Januar, nur drei Wochen vor der Eröffnung der Olympischen Winterspiele, entdeckte China in Pekings Nachbarstadt Tianjin den ersten Omikron-Fall. Die chinesische Gesundheitsbehörde meldete per 30. Januar 1937 bestätigte Covid-Fälle. Wie viele davon Omikron sind, weist sie nicht aus. Die Organisatoren setzen auf eine geschlossene Olympia-Blase, dem sogenannten Closed Loop. Das ist ein in sich geschlossenes System. Ein Aufenthalt ausserhalb des Closed Loop ist nicht erlaubt. Das soll sicherstellen, dass die ausländischen Gäste zu keinem Zeitpunkt in Kontakt mit der chinesischen Bevölkerung kommen. Für die Einreise nach China gelten strenge Regeln. Die ausländischen Teilnehmer müssen entweder vollständig geimpft sein oder müssen 21 Tage in Quarantäne. Ab 14 Tage vor Abflug gilt es den Gesundheitszustand über eine App zu dokumentieren. Zusätzlich braucht es bei der Abreise zwei negative PCR-Tests. Ein weiterer Test erfolgt direkt nach der Landung in China. Innerhalb des Closed Loop gilt überall eine FFP2-Maskenpflicht. Die Maske darf nur zum Essen, Trinken und Schlafen abgenommen werden. Es werden täglich PCR-Tests durchgeführt und Teilnehmer müssen ihre Temperatur überwachen. Die einzelnen Wettkampfstätten sind unterschiedlich abgeriegelt. Während man sich in Peking bis auf Sichtweite dem olympischen Park nähern kann, ist in Yanqing in den Bergen, wo die Bob- und Skirennen stattfinden, das ganze Tal abgesperrt. Bei einem positiven Test kommen Personen ohne Symptome in ein Quarantäne-Hotel. Personen mit Corona-Symptomen in ein Krankenhaus. Wer zweimal innerhalb von 24 Stunden negative PCR-Tests vorweisen kann, wird aus der Isolation entlassen. Mittlerweile ist Omikron auch in Peking angekommen. Kurz nachdem der erste Fall publik wurde, stoppten die Organisatoren den offiziellen Ticketverkauf. Die Karten werden nun amtlich verteilt. SRF.ch

- In China beginnt am 1.2. das Jahr des Tigers (虎). CRI.cn

Deutschland – Die New European Pipeline AG besitzt die Pipeline Nord Stream 2 zum Transport von Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland. Sie hat ihren Sitz in Zug (CH) und gehört zu 100 % dem Unternehmen Gazprom. Am 26. Januar 2022 wurde die Tochtergesellschaft Gas for Europe GmbH mit Sitz in Schwerin gegründet und soll im Sommer zertifiziert werden. Auf dieses Gastransportunternehmen wurde das Eigentum an dem 54 Kilometer langen deutschen Abschnitt der Pipeline sowie die Anlandestation in Lubmin übertragen. Dem Ende Dezember 2021 zum Aufsichtsratsvorsitzenden berufenen Ex-Diplomat Dieter W. Haller, wurde diese Tätigkeit bereits Ende Januar 2022 vom Auswärtigen Amt wieder untersagt. (www.nord-stream2.com). Gas for Europe soll sich mehrheitlich in russischem Besitz befinden. ORF.at

Seite A 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

- Bei Kaiserslautern wurden 2 Polizisten bei Verkehrskontrollen erschossen. NPO.nl
- Die Uefa geht juristisch gegen eine Pizzeria in Giessen vor. Der europäische Dachverband hat eine Kanzlei eingeschaltet, weil «Pizza Wolke» eine Pizza unter dem Namen «Champignons League» anbietet. Dies gab die Pizzeria selbst auf Instagram bekannt und stellte das Schreiben der Kanzlei ins Netz. Die hessische Firma verstösst offensichtlich gegen das Lizenzrecht der Uefa, die sich den Begriff «Champions League» für die Königsklasse im europäischen Klub-Fussball hat schützen lassen. Die Uefa bestätigte auf Anfrage das Vorgehen der Rechtsabteilung. SRF.ch

Euroraum – Laut der Statistikbehörde Eurostat zeigten sich Portugal und Spanien besonders robust. Hier wuchs die Wirtschaft um 1.5 %, respektive um 2 %, im vierten Quartal. Auch Frankreich und Italien konnten weiterwachsen. Ganz anders Deutschland: Die grösste Volkswirtschaft der Eurozone schrumpfte im letzten Quartal um 0.7 %. Noch deutlicher fiel das Minus im benachbarten Österreich aus.

Frankreich – Präsidentschaftswahl 2022. Kaum Chancen aufs Elysée: Frankreichs Linke kannibalisiert sich. Mit einer Volksbefragung soll die ideale linke Präsidentschaftskandidatur bestimmt werden – doch linke Führungsfiguren ignorieren sie. SRF.ch

- Der weltweite Absatz von Champagne stieg 2021 auf 322 Millionen Flaschen. Das ist ein Wachstum von 32% gegenüber 2020. Der französische Markt wuchs um 25% auf knapp 142 Millionen Flaschen und erreichte damit wieder das Niveau von 2019. Der Export stieg weiter und erreichte einen neuen Rekord von 180 Millionen Flaschen. RFI.fr

Grossbritannien – Boris Johnsons Gegner Tom Tugendhat (48) bringt sich in Stellung. Im «Party Gate»-Skandal bringen sich nun öffentlich Kandidaten für die Nachfolge des Premierministers in Stellung. Er werde kandidieren, falls es zu einer Abstimmung komme, sagte der konservative Abgeordnete Tom Tugendhat dem Sender Times Radio. Der Chef des Auswärtigen Ausschusses im Parlament gilt als parteiinterner Kritiker Johnsons. SRF.ch

Guam – Am 25.01.1972 wurde ein kaiserlich-japanischer Soldat entdeckt, der nicht gemerkt hatte, dass der Krieg schon lang zu Ende war. Schneider Yokoi Shoichi war damals 57. Er starb 1997. KGUM.gu

Italien – Präsidentschaftswahl: Gewonnen hat Italien – verloren haben die Parteien. Der alte Staatspräsident Sergio Mattarella ist auch der neue. Er wurde mit einer klaren Mehrheit wiedergewählt. Premierminister Mario Draghi hat Mattarella am Samstag am Rande einer Veranstaltung persönlich getroffen und ihn offenbar überzeugen können, zum Wohle des Landes weiterzumachen. Es waren nicht die italienischen Parteien, es war Draghi. Das bedeutet: Mattarella hat seine Bereitschaft an das Weiterbestehen der Regierung Draghi geknüpft. Als Duo wollen Mattarella und Draghi Italien auf dem Reformkurs halten und dazu die 190 Milliarden Euro Coronahilfen aus Brüssel sinnvoll einsetzen. Gewonnen hat Italien. Auch die Menschen wollten eine zweite Amtszeit von Sergio Mattarella. Fast alle Parteien appellierten an Mattarella. Verloren haben die italienischen Parteien. Der übliche Politpoker interessierte die Italienerinnen und Italiener kaum. Im Gegenteil, er sorgte für Ärger. Und das Spiel ging nicht auf. Vor allem der Chef der Lega, Matteo Salvini, versagte. Als Chef der stärksten Partei, als Leader des Mitte-Rechts-Lagers, hätte er eine Kandidatur mit Zugkraft präsentieren müssen. Aber alle seine Vorschläge erwiesen sich als Platzpatronen. Zunächst sprach er sich gegen Mattarella aus, dann für eine Frau, und am Samstag musste er dann doch für den Amtsinhaber votieren. Verloren haben auch die populistischen Cinque Stelle:

Ihr Aussenminister Luigi di Maio hatte Mattarella 2018 mit einem Amtsenthebungsverfahren gedroht, das es so in Italien gar nicht gibt. Doch an diesem Samstag haben alle Parteien ausser der postfaschistischen Fratelli d'Italia Staatspräsident Sergio Mattarella gebeten, sich erneut zur Verfügung zu stellen. Und die Bilanz nach einer zermürbenden Woche? Typisch Italien, könnte man sagen. Das stimmt, wenn man dieses politische Kopfweh-Prozedere Revue passieren lässt. Aber ehrlicherweise funktioniert Politik so nicht nur in Italien. Die anachronistischen Manöver und Politspiele im Kapitol in Washington sind noch verschlungener und trickreicher. Nur nennen wir es dort «schwierige politische Verhandlungen». SRF.ch

Kanada – Coronabedingter LKW Streik in der Hauptstadt Ottawa. SRF.ch

Namibia – Der Völkermord an den Herero und Nama geschah während und nach der Niederschlagung von Aufständen gegen die deutsche Kolonialmacht in Deutsch-Südwestafrika während der Jahre 1904 bis 1908. Deutschland wollte Wiedergutmachung leisten, doch verhandelten sie nicht mit den Betroffenen, sondern mit der Regierung, die es damals noch nicht gab. Herero lehnen ab, sie wollen mehr. SRF.ch

Nordeuropa – Unwetter-Warnung. Orkanböen und Sturmfluten erfassen Europa. Der Sturm «Malik» und das Sturmtief «Nadia» halten derzeit Nordeuropa in Atem. Feuerwehren waren im Dauereinsatz. SRF.ch

Nordirland – gedenkt der Opfer. 50 Jahre «Bloody Sunday» – Am 30. Januar 1972 hatten britische Soldaten in Londonderry 13 unbewaffnete katholische Demonstranten erschossen. SRF.ch

Nordkorea – Ein Geschosswurde Richtung Meer abgefeuet. Die selbst erklärte Atommacht hat ihren grössten Raketentest seit 2017 unternommen. Nordkorea hat am 30.01.2022 eine Mittelstreckenrakete abgefeuert, die etwa 800 km in Richtung offenes Meer geflogen sei, teilte der Generalstab der südkoreanischen Streitkräfte mit. Mit dem Test brach Nordkorea sein selbst gesetztes Moratorium für Tests von Mittel- und Langstreckenraketen. SRF.ch

Österreich – Bei den Gemeinderatswahlen in Waidhofen/Ybbs (NÖ) am 30.1. legt die impfkritische Partei MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte) einen Start mit 17% hin.

- 100'000 Impfzertifikate ab 1.2. ungültig. ORF.at

Portugal – Die vorgezogene Parlamentswahl findet am 30.1. statt. Knapp elf Millionen Wahlberechtigte sind trotz der derzeit auch in Portugal besonders hohen Zahl an Corona-Infektionen zur Abgabe ihrer Stimme aufgerufen. Menschen, die in häuslicher Quarantäne sind, dürfen ausnahmsweise das Haus verlassen. Costa schafft die Absolute mit 41,6%, die neue rechte Chega schafft 28%. SRF.ch

Schweiz – Der Tag mit den grossen Lockerungen der Corona-Massnahmen oder Tag der Freiheit kommt vielleicht schon bald. Gesundheitsminister Alain Berset hat das diese Woche angedeutet. Und das hören alle Bundesratsparteien gerne. Nur beim Tempo ist man nicht einer Meinung.

- Der Arzt und Genfer CVP-Politiker Bertrand Buchs hat einen Vorstoss lanciert, der zuckerhaltige Getränke im Kanton über eine Zuckersteuer teurer machen soll. «Wir sehen eine enorme Zunahme von chronischen Krankheiten wie Diabetes oder Fettleibigkeit, die

Seite A 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

durch Zuckerkonsum ausgelöst werden», sagt er. Auch viele Jugendliche würden daran erkranken. «Darum müssen wir diese Krankheiten und ihre Ursachen bekämpfen.»

- Depressive Jugendliche kommen bei Bauernfamilien unter. Wegen der Pandemie sind die Jugendpsychiatrien überbelegt. Betreuungsplätze bei Gastfamilien sind gefragt denn je.
- Die Schweiz bekommt Rüge von der UNO wegen Rassismus gegenüber Afrikanern. Ausserdem müsse die Schweiz viel mehr Afrikaner aufnehmen.
- Waldbrand im trockenen Tessin.
- Schweiz exportiert eine Rekordmenge an Käse. Heimischer Käse ist im Ausland stark gefragt. Im letzten Jahr wurden fast 82'500t exportiert.
- Tausende Zertifikate laufen am 01.02.2022 ab. Die Lage auf den Intensivstationen stabilisiert sich. Wozu also noch die Zertifikatspflicht?
- Seit einem Jahr sind in 8 Bundesasylzentren muslimische Seelsorger unterwegs. Der Bund will das Projekt weiterführen. SRF.ch

Singapur – Der Smartphone-Hersteller Omix will in einer neuen Produktionsstätte eine Million Handys in der Türkei herstellen. Dafür hat das Unternehmen eine Investition von 100 Millionen US-Dollar eingeplant. TRT.tr

Spanien „Eine der grössten Heldentaten in der Geschichte des Sports“. Nach seinem 21. Grand-Slam-Sieg wird Rafael Nadal von der Presse überschwänglich gefeiert. In Rafael Nadals Heimat überbieten sich die Medien mit Superlativen zu seinem Sieg an den Australian Open. Neben dem Rekordsieg werden die Kämpferqualitäten des zuvor verletzten Mallorquiners gefeiert: Mit 35 führte er eine Aufholjagd gegen einen zehn Jahre jüngeren Spieler an, wie sie im goldenen Buch des Tennis und des Sports stehen bleiben wird. Vor vier Monaten ging er noch an Krücken und mit dem linken Bein in Gips, und an diesem Sonntag ist er bereits der Grösste aller Zeiten. SRF.ch

Syrien – Letzte Woche haben IS-Kämpfer im Nordosten Syriens ein Gefängnis überfallen. Bis am Mittwoch brauchten syrisch-kurdische Streitkräfte mit US-Unterstützung, um die Lage wieder einigermaßen unter Kontrolle zu bringen. Insgesamt kamen mehr als 160 Menschen ums Leben. Es war der grösste IS-Angriff seit 2017, und er weckte böse Erinnerungen: Mit Angriffen auf Gefängnisse wie in der Stadt Hasaka hatte der IS 2014 die Eroberung grosser Teile Syriens und des Irak begonnen. Der jüngste IS-Anschlag sei eine Warnung – auch an Europa, meint der Vizedirektor des Kurdischen Roten Halbmonds in Nordsyrien. Erste Hilfe für alle – auch Terroristen. Das Personal des Kurdischen Roten Halbmonds war in den letzten Tagen gefordert. Rund 100 IS-Kämpfer verschafften sich mit zwei Autobomben Zugang zu einem Gefängnis in der nordsyrischen Stadt Hasaka. Dort wollten sie inhaftierte Anhänger befreien, und in der Stadt Terror verbreiten. Der Kurdische Rote Halbmond sei mit 14 Ambulanzen aufgeboten worden, erzählt Sherwan Bery; er arbeitet seit acht Jahren für die Hilfsorganisation. Bevor er Vizedirektor wurde, war er Sanitäter. „Die Behörden sagten uns, im Gefängnis befänden sich 5000 inhaftierte IS-Mitglieder aus aller Welt mitsamt ihrer Kinder.“ Beim Sturm auf das Gefängnis seien IS-Mitglieder geflüchtet, andere hätten im Gefängnis Geiseln genommen. Es kam zu heftigen Kämpfen zwischen den IS-Kämpfern und dem Militärbündnis der Demokratischen Syrischen Kräfte, die viele Dutzende von Toten und Verletzten forderten. Menschen aus dem Quartier, in dem das Gefängnis steht, wurden evakuiert oder flüchteten vor der Gewalt. SRF.ch

Türkei – Ab Juni werden neun Synagogen in Izmir als Freilichtmuseen auf ihre Besucher warten. Es wird davon ausgegangen, dass zunächst etwa 300'000 Touristen die jüdischen Gotteshäuser besichtigen werden. TRT.tr

Ukraine – Laut Präsident Wladimir Zelensky hat sich der Kapitalabfluss aus der Ukraine aufgrund der Panik vor einer möglichen Invasion Russlands seit Ende Herbst bereits auf 12,5 Milliarden Dollar belaufen. „Unsere Nation kann solche Herausforderungen nicht alleine bewältigen. Wir stabilisieren unsere nationale Währung aus staatlichen Reserven, was die Ukraine viel kostet. Ich denke, dass wir über 4–5 Milliarden Dollar ausgeben werden, um unsere Wirtschaft zu stabilisieren“, sagte der ukrainische Staatschef. Er hoffe auf Finanzhilfen aus den USA und mehr Kredite vom IWF. 100€ (Griwnij) sind bereits auf drei Euro abgestürzt. Vesti.ru

Ungarn – Die NATO erwägt in Reaktion auf den Truppenaufmarsch nahe der Ukraine, Kampftruppen nicht nur in Rumänien und Bulgarien zu stationieren, sondern auch in der Slowakei und Ungarn. Erwogen werden jeweils Battlegroups mit bis zu je 1500 Soldaten. Die Antwort vom ungarischen Verteidigungsministerium: Ungarn ist ein loyales NATO-Mitglied, aber es liegt im ungarischen Interesse an einer friedlichen Verhandlungslösung der ukrainisch-russischen Konflikte. Es ist gut für Ungarn, wenn an der Ostgrenze Frieden herrscht und kein bewaffneter Konflikt. MR.hu

USA – Heftiger Schneesturm trifft die Ostküste. Die Behörden forderten in zahlreichen Bundesstaaten die Bevölkerung dazu auf, zu Hause zu bleiben.

- In Pittsburgh ist eine schneebedeckte Brücke mit einer wichtigen Verkehrsverbindung eingestürzt. Die Brücke ist knapp 20 Meter tief auf einen Fussgängerweg in einem Park gestürzt. Drei Personen wurden verletzt. Nach dem Einsturz einer Brücke im US-Bundesstaat Pennsylvania hat Präsident Joe Biden grössere Anstrengungen bei der Sanierung von bis zu 45'000 maroden Brücken im Land angemahnt.

- „Youtube betreibe lediglich eine willkürliche Löschpolitik“ werfen weltweit 80 Organisationen, die sich den medialen Faktenchecks widmen, Youtube in einem offenen Brief vor und man tue zuwenig gegen Falschinformationen. SRF.ch

VAE – Huthi Raketen aus dem Jemen beginnen die Emirate zu destabilisieren. Die Emirate sind hochgerüstet, aber können die Waffensysteme nicht bedienen. 1.Israelischer Staatsbesuch in den VAE.SRF.ch

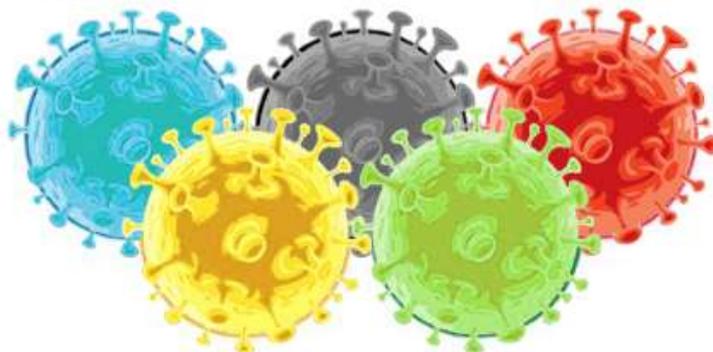
Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

04) „Last Man Standing“-Games: Winterolympiade auf chinesisches

04. 02. 2022

BEIJING 2022



Olympia 2022 - Last Man Standing in Peking - Winterspiele im Zeichen der Corona-Diktatur

Diese Olympiade wird als bizarrer „Last Man Standing-Bewerb“ in die Geschichte eingehen. Die Hälfte der Teilnehmer ist bereits vor dem Beginn der XXIV. Olympischen Winterspiele in Peking ausgeschieden. Der Rest wird isoliert und ausspioniert.

Nach den endlosen Tests wurden zahlreichen Sportler positive Corona-Ergebnisse attestiert. Darunter befinden sich viele der als Favoriten gehandelten Olympioniken. Schon vor deren Abreise mussten viele ihre Teilnahme in den Wind schreiben. 287 Teilnehmer fielen noch nach ihrer Ankunft im „Land des Lächelns“ ^{1.)} wegen Corona aus, wie der Stern unter dem Titel „Eine völlig unfaire Veranstaltung“ ^{2.)} berichtet.

Wer es trotzdem bis China, aus dem Flughafen und Quarantänehotel geschafft hat, um vom 4. bis zum 20. Februar 2022 an der Winterolympiade teilzunehmen, findet sich in einer „Olympia-Bubble“ wieder, die eher einem Hochsicherheitstrakt denn einem Olympiadorf gleicht. ^{3.)}

Die Sportler sind isoliert, können ihre Zellen oder „olympischen Blasen“ nur zum Hofgang auf der Sportstätte verlassen, werden täglich (oft mehrmals) auf Corona getestet und dürfen ihre Masken nur zum Essen und Schlafen abnehmen. Dagegen dürfte Alcatraz ein Freizeitpark gewesen sein. Das Essen wird wegen der Corona-Hysterie von Robotern ^{4.)} zubereitet und serviert, die Drinks von Robotern gemixt. Damit wird der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung weitgehend unterbunden. Dass dies nur wegen der Fledermaus-Grippe passiert darf man bezweifeln. Das Regime möchte wohl lieber verhindern dass sich das Volk mit Freiheitsgedanken infiziert.

Olympiade der Diktaturen

Sportler, Funktionäre und Journalisten sind durch meterhohe Zäune und Sperrzonen von der Außenwelt getrennt und werden rund um die Uhr überwacht ^{5.)}. Ihre Handydaten werden ausgelesen, die Gespräche abgehört ^{6.)} und an jeder Ecke stehen chinesische Spione um die Ausländer zu überwachen. Es bietet sich ein mehr als bizarres Bild von der Machtdemonstration einer „kommunistischen“ totalitären Diktatur, die wohl den Olympischen Sommerspielen von 1936 in Nichts nachstehen, sondern sie wohl in vielerlei Hinsicht um ein Vielfaches übertreffen dürften.

Aus dem Deutschen Olympia-Team wurden kurz vor der Eröffnungsfeier nochmals sechs Teammitglieder positiv auf das Coronavirus getestet. Obwohl symptomfrei wurden sie nochmals weiter isoliert, wie die SZ berichtet ^{7.)}. Letztlich dünnt China die Athleten dermaßen aus, dass es verwundert, wenn überhaupt noch ein Land genug „Corona-freie“ Team-Teilnehmer hat um zu Mannschaftsbewerben antreten zu können.

Diese Olympiade ist ein Weg „durch die Hölle und zurück und dann zurück in die Hölle“, wie es die belgische Skeletonfahrerin Kim Meylemans nach ihrer Corona-Odyssee auf der Welt ^{8.)} beschreibt.

Wer da noch mitspielt muss schon einen gewaltigen Schaden haben.

Letztlich wird es nur noch darum gehen wer zuletzt noch die meisten Sportler ohne Corona in den Bewerben hat. Ich wette es wird China sein. (*Transdanubier*)

QUELLENANGABEN:

- 1.) Die Lehar-Operette „Land des Lächelns“ hieß in seiner ersten Fassung übrigens „Die gelbe Jacke“ – Heute sollte man es „Die gelbe Zwangsjacke“ nennen.
- 2.) Der Stern bezeichnet es als eine völlig [unfaire Veranstaltung](#)
- 3.) [Corona-Regeln](#) für die Olympia-Teilnehmer – Alcatraz ist dagegen fast schon ein Freizeitpark
- 4.) Roboter servieren das Essen im chinesischen Olympia Irrenhaus ([YT-Video](#))
- 5.) [Überwachungsstaat](#) China
- 6.) [Verpflichtende App](#) um die Gespräche abzuhören und zu zensieren
- 7.) [SZ](#) berichtet von der bizarren Olympiade
- 8.) *Durch die Hölle und zurück und dann zurück in die Hölle* ([Welt](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

01) Frauen, die sich als Frauen bezeichnen sind sexistisch!

12. 02. 2022



Adele als "Frau" bei den Brit-Awards im Shitstorm der queeren nichtbinären LGTBQIA2S+ Woke Community. (Bildmontage unser-mittleuropa)

Dass Männer, Männerähnliche, Diverse oder sonstige nicht-gebärende Personen, die menstruierende Personen als „Frauen“ bezeichnen (ein Wort das inzwischen ebenso abwertend ist wie „Mutter“ statt „Austragendes Elternteil“) verachtenswerte Sexisten sind, ist bekannt. Ebenso wie alle, die das böse N-Wort verwenden, Rassisten sind.

Nicht so bekannt dürfte es sein, daß auch menstruierende Personen, die sich selber in machomäßiger Art und Weise als „Frauen“ bezeichnen, Sexist*INN*en (oder heißt das jetzt Sexistende oder Sexismuspraktizierende?) sind.

Doch jetzt musste auch die Sängerin Adele diese Erfahrung machen und wegen ihrer von ihr offen ausgesprochenen Geschlechtlichkeit einen Shitstorm über sich ergehen lassen. Die britische Künstlerin hatte sich nämlich anlässlich der Preisverleihung beim Brit-Award ^{1.)} als „Frau“ bezeichnet. Noch dazu als eine bekennende Frau, die den als geschlechtsneutralen ausgeschriebenen Preis zum „Artist of the Year“ mit den Worten „**Ich liebe es, eine Frau zu sein**“ kommentierte. Und sich damit vor allem für die Riege derer, die sich noch nicht für ein Geschlecht entschieden haben, klar sexistisch äußerte. Die 33-Jährige, die sich auch als Künstlerin (weiblich! sie hat es weiblich gesagt!) sieht, konnte die drei wichtigsten Preise abräumen: Nebst dem genderneutralen Preis zum nichtbinären „Artist of the Year“ wurde auch ihre Comeback-Single „Easy on Me“ als „Song of the Year“ und das zugehörige Album „30“ als „Album of the Year“ ausgezeichnet.

Nicht-/Binäre Personen: Gelächter statt Geschlechter

Auslöser des Kommentars, das die „Woke“-Community in derartige Aufregung versetzt, ist die Vergabe der Brit-Awards als geschlechtsneutralen Preis, nachdem sich ein geschlechtlich unentschlossener Künstler über die Kategorisierung in männliche und weibliche Preisträger der Awards aufgeregt hatte: 2021 fühlte sich der „nichtbinäre“ Musiker Sam Smith von den männlichen und weiblichen Kategorien ausgeschlossen. Der Veranstalter der Awards fühlte sich daraufhin bemüßigt die Kategorien abzuschaffen und nur noch einen gemeinsamen Preis für alle Geschlechter und geschlechterähnliche Personen (Kunstfiguren, oder was auch immer jemand sein will) auszuloben. Was wiederum bei den Künstlern, die sich bereits dafür entschieden haben Mann oder Frau (wie eben Adele) zu sein, nicht so gut ankommen dürfte, da damit auch die Preischancen zumindest halbiert wurden.

Anlässlich ihrer Dankesrede in der Londoner O2-Arena kommentierte Adele vor der jubelnden Menge die Namensänderung, die sie zwar verstehen könne, aber sexistisch „sie liebe es trotzdem, eine Frau und Künstlerin zu sein“. Damit wurde sie schlagartig zur „TERF“ (= trans-exclusionary radical feminist) trans-ausschließende radikale Feministin erklärt, wie die FAZ ^{2.)} berichtet.

Gendertraumatisierte Adele feierte tätige Reue

Als tätige Reue feierte Adele anschließend im Londoner Schwulen-Club „Heaven“ im Rahmen einer „G-A-Y Porn Idol“-Party wo sie beim Pole-Dance stippte ^{3.)}. Dass sie dabei trotzdem ihre nur knapp bedeckten sekundären Geschlechtsmerkmale zeigte ist offensichtlich ein Zeichen des schweren Traumas, das sie als binäre TARF-Person bei der von der nichtbinären, queeren, LGTBQIA2S+ und BLM-Woken Community dominierten Preisverleihung erlitten hat.

Auch ein Bärzicklein ist keine „junge Dame“

Dass man „Frauen“ nicht so, also geschlechtsspezifisch – und schon gar nicht als „junge Dame“ – sondern genderneutral als „menstruierende Person“ zu bezeichnen hat, musste auch der Diplomatische Korrespondent der Chefredaktion vom Tagesspiegel, Christoph von Marschall, erfahren. Er hatte doch tatsächlich die deutsche außenministeriell tätige, menstruierende Person in einem Artikel als „junge Dame“ bezeichnet und handelte sich dafür den gottgerechten Shitstorm der woken Sexismus-Wächter ein. Aber das ist eine andere Geschichte (Fortsetzung folgt) – (*Transdanubier*)

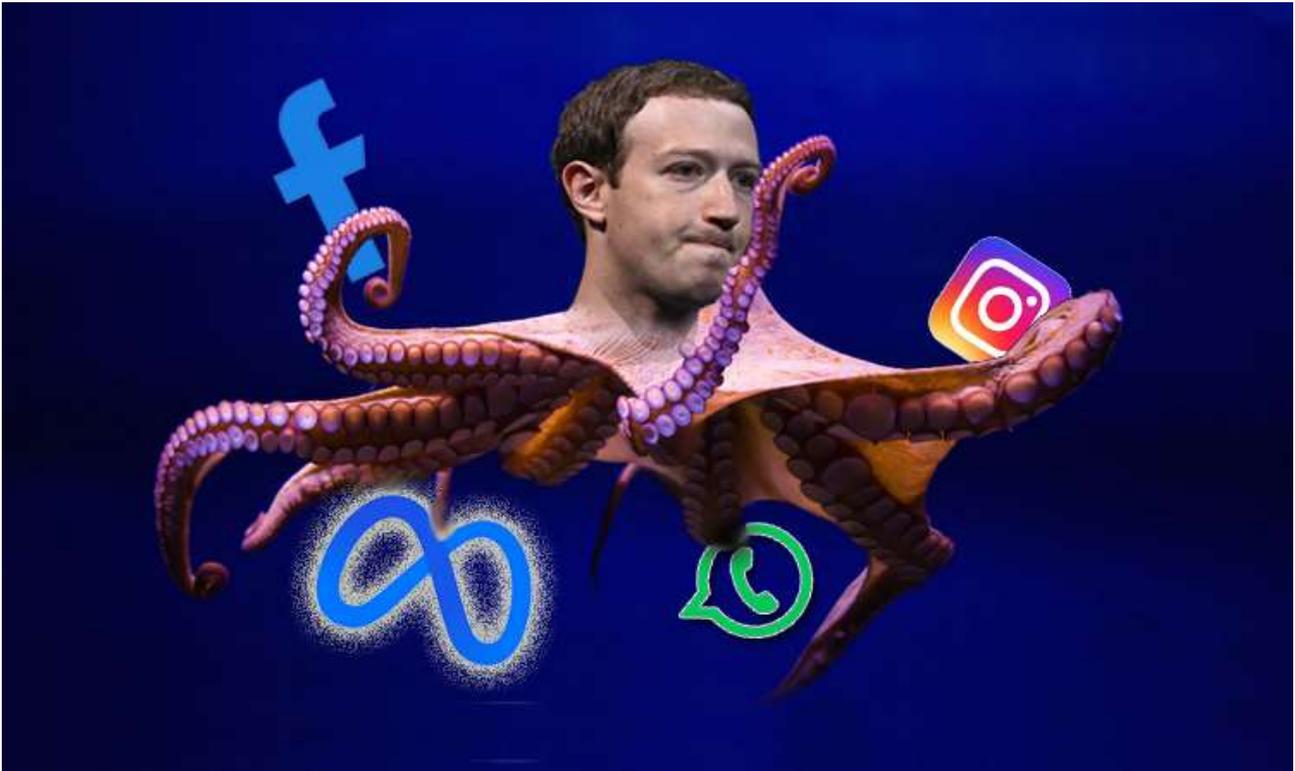
QUELLENANGABEN:

- 1.) Adele räumt drei genderneutrale Brit-Awards ab ([Stern](#))
- 2.) [FAZ Kommentar](#) zu Adeles „unwoken“ Dankesrede bei den Brit-Awards
- 3.) Adele stippt in Schwulen-Club ([Kurier](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Winke, winke, Zuckerberg!

08. 02. 2022



Zuckerbergs Datenkrake Facebook, Instagram & Co wird von der EU in die Schranken verwiesen. (Bildmontage unser-mittleuropa)

Facebook droht sich aus Europa zurückzuziehen, wenn sie nicht weiterhin die Userdaten nach Amerika absaugen dürfen.

Nachdem Meta, wie sich Zuckerbergs Facebook-Konglomerat jetzt nennt, nicht nur herbe Kursverluste sondern auch mehrere Niederlagen vor europäischen Gerichten einstecken musste (wir haben darüber [bereits berichtet](#)) droht die Datenkrake der EU nun ihre Dienste in Europa komplett abzuschalten. Zuckerbergs „Drohung“ lautet einfach ausgedrückt: „Wenn wir Daten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nicht austauschen können, werden wir wahrscheinlich nicht in der Lage sein, Facebook und Instagram in Europa anzubieten.“ [meldet](#) der [Stern](#)
Doch dafür erntet Facebook nur ein müdes Lächeln und reichlich Spott und Hohn von den Usern, die mittlerweile ob der alltäglichen Zensur bereits hinreichend verärgert sind und haufenweise zu anderen Plattformen wie [Gettr](#), wo sie nicht ständig mundtot gemacht werden, abwandern.

Zuckerbergs Drohung ist nur noch lächerlich.

Die Europäer machen 15% der Nutzer aus und sorgen für gut 25% des Umsatzes, daher ist seine lächerliche Ankündigung wohl nicht ganz ernst zu nehmen. Würde Zuckerberg Europa dicht machen verlöre seine Datenkrake gleich einmal zwei seiner Tentakel. Die Drohung, die sich auf die Pläne der europäischen Regulierungsbehörden, neue Gesetze

auszuarbeiten, die vorschreiben, wie die Nutzerdaten der EU-Bürger über den Atlantik übertragen werden, bezieht, hat vorerst nur eine Auswirkung auf den Aktienkurs von Meta. Der fiel in den letzten 24 Stunden um weitere 15,- € auf inzwischen nicht einmal mehr 195,- € je Aktie.

Damit scheint Zuckerbergs Versuch seine Umsätze aus Metas Kerngeschäft, nämlich möglichst genaue Userdaten für Werbung zu handeln, zu retten mächtig in die Hose gehen. Tatsächlich ist Facebook Werbung sowieso deutlich überbewertet und der Kursverlust der Plattform nähert sich lediglich dem wahren Wert des Unternehmens, das nicht unbegrenzt weiter ins Meta-Universum wachsen kann. (*Transdanubier*)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) „Die Toleranz-Idologie des Westens ist ein neo-orwell’scher, multipluralistischer Toleranz-Totalitarismus“

06. 02. 2022



Elmar Forster - Plädoyer für eine verleumdete Nation und ihren Kampf um Wahrheit | *Sunday News*

Unser Auslandskorrespondent aus Ungarn, Elmar Forster...

... zur **Lügen-Kampagne westlicher Medien gegen das Orban-Ungarn** und eine Einschätzung des schwierigen **Verhältnisses** zwischen der **linksliberalen West-EU** und den **mitteleuropäischen Visegrad-4-Staaten**.

Hier ein kurzer Einblick in das Interview:

„Für die Menschen im Westen ist nicht Freiheit das oberste Gut, sondern Sicherheit und Wahlmöglichkeit... Allein aus diesem Grund werden Ungarn oder Polen viel resilienter aus dieser Krise herauskommen.“



„Die Verleumdungskampagne der West-Medien gegen Ungarn basiert auf einem ost-rassistischen Übermenschentum der linken West-Eliten.“

„Der Vorwurf an Ungarn, eine Diktatur zu sein, ist in Wirklichkeit eine Selbstprojektion westlicher Eliten ihrer eigenen politischen Unfreiheit.“

„Die West-Eliten hassen Polen oder Ungarn, weil diese Länder noch eine nationale Identität haben. Denn die Linke weiß genau: Man kann erst dann ein Volk manipulieren, wenn man ihm seine nationale Identität zerstört. Und dann mit dem ganzen Transgender-Wahnsinn nimmt man einem Menschen auch noch das letzte: die sexuelle Identität. (Elmar Forster)

Und hier das vollständige Interview:

<https://www.youtube.com/watch?v=HV95FvFAcYk&list=PLN12WO25FpZ038aXHlY8ZtqE9sHIPUU9j>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „Die Größe ist wichtig“? Die demografische Krise in Osteuropa

Von David Engels

03. 02. 2022



Bicanski/pixnio, gemeinfrei

Vor einigen Tagen berichteten die Medien, dass die Bevölkerung Polens trotz erheblicher Investitionen seiner Regierung weiter schrumpft. Seit 2020 ist die Bevölkerung um 115.000 geschrumpft und die Geburtenrate ist so niedrig wie vor 17 Jahren. Während politische Gegner der polnischen konservativen Regierung diese Zahlen schnell benutzt haben, um ihre Pro-Geburtspolitik und den Kampf gegen Abtreibung zu kritisieren, fragen wir uns, was das alles eigentlich bedeutet.

Ursachen des Bevölkerungsrückgangs

Zunächst einmal ist Polen in dieser Hinsicht im Jahr 2020 nicht besser als andere Länder der Europäischen Union, wie Deutschland und Frankreich, die ebenfalls einen Rückgang der Geburtenraten verzeichneten. Die Erklärung für diesen Rückgang ist ganz einfach: Eine Pandemie in Verbindung mit einem Lockdown, überfüllte Krankenhäuser, Schulschließungen und die Angst vor katastrophalen Folgen eines Lockdowns für die Wirtschaft sind alles Gründe zu der Annahme, dass es nicht die beste Zeit ist, Kinder zu bekommen – sei es in Polen, Frankreich oder Deutschland. Das Problem hat aber auch tiefere Wurzeln, denn die gesamte westliche Welt leidet seit Jahrzehnten unter einem starken Bevölkerungsrückgang.

Für diesen Rückgang gibt es mehrere Gründe: sinkende Religiosität, hedonistische Einstellungen, radikales Bedürfnis nach persönlicher Entfaltung, Verharmlosung der

Abtreibung, extremer Feminismus, Folgen der ständigen Propaganda über den Klimawandel, Angriff auf die Männlichkeit, Verschwinden der Ehe als Institution, „Notwendigkeit“ für beide Partner zu arbeiten, den Kult der „ewigen Jugend“ etc. Aber all diese Gründe sind nur oberflächliche Symptome einer tiefer verwurzelten Realität: Alle Zivilisationen treten, sobald sie ihren Endpunkt erreicht haben, in eine Phase des fortschreitenden demografischen Niedergangs ein .

Wir können viele solcher Beispiele in der Vergangenheit sehen: Ägypten (Beginn der XIX. Dynastie bis zum 13. Jahrhundert v. Chr.), China (Ende der Ära der Streitenden Reiche bis zum 3. Jahrhundert v. Chr.), Das antike Rom (1. Jahrhundert v. Chr.), die Sassaniden Reiche (6. Jahrhundert) oder die islamische Welt (10. Jahrhundert). Wenn wir berücksichtigen, dass Zivilisationen analog lebende Wesen sind, dann werden sie alle früher oder später dem Untergang geweiht sein. Wenn die Vitalität der Zivilisation abnimmt, schwindet ihr Wille, die Traditionen der Vorfahren an ihre Kinder weiterzugeben. Warum sollte jemand, der seine eigene Vergangenheit ignoriert, ablehnt oder sogar hasst (und dank Schulen, Universitäten und politisch korrekten Medien immer mehr solcher Personen), seine kulturelle Tradition an seine Nachkommen weitergeben wollen? Oder überhaupt Kinder haben wollen?

Krise der Kultur

Während einer Konferenz vor ein paar Jahren sprach ich mit einer deutschen Frau, die es mir praktisch übel nahm, Vater zu sein. Da „Europäer“ in ihrer Vergangenheit solche Gräueltaten begangen haben, argumentierte sie, wäre es eine Form von Kolonialismus und Egoismus ihrerseits, sich fortpflanzen zu wollen, anstatt afrikanische oder asiatische Kinder zu adoptieren oder, noch besser, gar keine Kinder zu haben „Für Klimaneutralität gekämpft.“ Wenn die ganze Gesellschaft anfängt, in diese Richtung zu denken – und bedenken Sie, dass viele Menschen das tun, nicht nur in Deutschland –, beginnt die Zivilisation zu verfallen und eines Tages nicht mehr zu existieren.

Doch die Folge eines solchen Denkens ist nicht nur ein Mangel an Kindern, sondern auch ein Verlust der Liebe zur eigenen Geschichte und Tradition. Was bleibt, ist eine anonyme Masse von Menschen, die nur an ihren materiellen Gewinn denken und keine kulturellen Bindungen teilen.

Warum also sind Polen und andere osteuropäische Länder von diesem demografischen und kulturellen Niedergang besonders betroffen? Bedeutet das, dass Osteuropäer noch weniger überlebensfähig sind als Westeuropäer? Das zu sagen wäre falsch, denn einerseits ist zu bedenken, dass der Bevölkerungsrückgang Osteuropas nicht nur auf die Geburtenrate zurückzuführen ist, sondern auch darauf, dass viele Osteuropäer auf die andere Seite des Kontinents wechseln um hart und lange zu arbeiten, wenn sie überhaupt zurückkehren. Andererseits zeichnen sich die Länder Osteuropas durch eine große Homogenität der Bevölkerung aus, während die Länder Westeuropas zunehmend von Menschen aus Subsahara-Afrika und der islamischen Welt bewohnt werden.

Masseneinwanderung ist keine Lösung

Es ist bekannt, dass Neuankömmlinge viel mehr Kinder haben als die „einheimische“ Bevölkerung, und dies gilt nicht nur für die erste Generation, weil ihre Nachkommen diese höhere Geburtenrate beibehalten. Das ist der Hauptunterschied zwischen Ost- und Westeuropa: Je homogener und „europäischer“ die Bevölkerung ist, desto weniger Kinder

hat sie jetzt und desto „multikultureller“ wird das Land hervorbringen. Nicht umsonst haben Frankreich und England hohe Geburtenraten und die Länder im Osten und Südosten des Alten Kontinents leiden unter einer geringeren Bevölkerungszahl.

Nun stellt sich natürlich die Frage, welche Auswirkungen dieser fortschreitende Niedergang haben wird. Bedeutet dies automatisch, dass die schwächere Bevölkerung von der zahlenmäßig überlegenen regiert wird? Nicht unbedingt, oder zumindest nicht sofort, wie uns die Geschichte an den Beispielen der spanischen Eroberung Amerikas im 16. Jahrhundert zeigt, oder die britische und französische Kolonialisierung großer Teile Afrikas und Asiens im 19. Jahrhundert. In beiden Fällen waren die Europäer deutlich kleiner als die lokale Bevölkerung, hatten aber den großen Vorteil, dass Europa damals im Gegensatz zu heute einen enormen technischen Vorsprung hatte. Andere rückläufige Gesellschaften wie Japan haben einen ähnlichen Weg eingeschlagen und viel in Technologie investiert, um ihren Lebensstandard und ihren politischen Einfluss aufrechtzuerhalten, anstatt auf Masseneinwanderung zurückzugreifen. Aber wir müssen auch andere Gründe berücksichtigen.

Die Europäer waren zuvor von ihrem Daseinssinn in dieser Welt überzeugt und hatten daher starke und verbundene Gesellschaften, die Expansion und Entwicklung unterstützten. Heute hat ein großer Teil Europas, immer noch traumatisiert von den Schrecken des Zweiten Weltkriegs, nicht nur allen Formen von Expansionismus oder physischer Gewalt abgeschworen, sondern auch der Verteidigung des eigenen Überlebens abgeraten und kurzfristigen Frieden und Sicherheit mit Geld statt mit Respekt erkaufte – und mit der Opferung zukünftiger Generationen.

Homogene Gesellschaften sind wichtiger als Bevölkerungswachstum

Natürlich ist der demografische Druck, unter dem Europa außerhalb und innerhalb seiner Grenzen steht, das Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik der „Kultur der Gastgesellschaft“, die von der Regierung Angela Merkel drastisch verschärft wurde. Diese Politik hat zu einem dramatischen Rückgang der indigenen Bevölkerung Europas geführt, während die Zahl der Neuankömmlinge weiterhin so stark zugenommen hat, dass Einwanderer und ihre Nachkommen heute die Mehrheit der westeuropäischen Bevölkerung, insbesondere junge Menschen, ausmachen. Angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit ihrer kulturellen Assimilation in die westliche Kultur bedeutet dies, dass es auf Dauer immer schwieriger wird, Solidarität zwischen den Bewohnern des Alten Kontinents zu erwarten, da Solidarität im Allgemeinen auf einer Reihe gemeinsamer kultureller Elemente wie Geschichte, Sprache, Religion, Patriotismus, Folklore basiert, regionale und/oder nationale Besonderheiten oder eine ganz bestimmte Vorstellung davon, was eine Person oder Familie ausmacht.

Diese Formen gemeinsamer Identität sind heute mehr oder weniger verschwunden, und in mehreren Ländern wie Frankreich, Belgien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich sind Stammesgesellschaften entstanden. Aber selbst die am stärksten fragmentierten Gesellschaften werden weiter überleben, solange die Wirtschaft stabil bleibt und der externe demografische Druck eingedämmt wird. Wenn jedoch aufgrund des schwindenden Wohlstands interne Konflikte ausbrechen und die Außengrenzen nicht mehr verteidigt werden, wird diese Gesellschaft unweigerlich in die Katastrophe schlittern. Und genau das passiert im Moment.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es für die Völker Europas möglicherweise besser wäre, eine schrumpfende, aber homogene und verbundene Bevölkerung zu haben, als eine wachsende multikulturelle und gespaltene Bevölkerung.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VOKATIV](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten A 48 bis A 50)

05) Macron und polnische Illusionen

Ein Leitartikel von Paweł Lisicki

02. 02. 2022



Die Rede des französischen Präsidenten vor dem Europäischen Parlament verheißt nichts Gutes.

Ein Leitartikel von Paweł Lisicki, Chefredakteur der einflussreichen konservativen polnischen Wochenzeitung [Do Rzeczy](#), veröffentlicht in der Ausgabe vom 24. Januar 2022 unter dem Titel „Wszystko to wróży jak najgorzej. Macron i polskie złudzenia“ („All das verheißt nichts Gutes“. Macron und die polnischen Illusionen“).

Wer die aktuelle Definition des Prädikats „europäisch“ verstehen wollte, musste sich nur die Rede von Präsident Emmanuel Macron vor dem Europäischen Parlament anlässlich des Beginns der französischen EU-Ratspräsidentschaft anhören. Neben den allgemeinen Banalitäten und der rhetorischen Watte, die so typisch für zeitgenössische Politiker sind, gab es dort auch etwas gehaltvollere Inhalte.

„Unser europäisches Aufbauwerk beruht auf drei großen Versprechungen. Ein Versprechen der Demokratie, die auf unserem Kontinent entstanden ist, die auf unserem Kontinent neu erfunden, neu begründet und in den letzten 70 Jahren neu belebt wurde. Ein Versprechen des Fortschritts, das von allen geteilt wird, und ein Versprechen des Friedens. Sie hat ihr Versprechen sieben Jahrzehnte lang gehalten“.

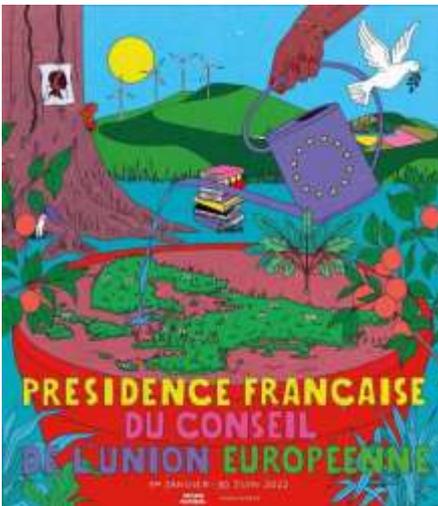
Seite A 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Demokratie, Fortschritt und Frieden: Kommt Ihnen diese Rede bekannt vor? Zweifellos, denn es ist der charakteristische Stil liberaler Progressiver. Und wie immer sind diese Slogans dazu da, die Heuchelei und Doppelzüngigkeit ihres Urhebers zu verschleiern. Dieser Mann, der von Demokratie spricht, hatte zunächst versprochen, dass es in Frankreich keine Impfpflicht geben würde, und verwandelte dann einige Monate später sein Land in eine geschlossene Krankenhausabteilung, die auf die Behandlung von Covid spezialisiert ist. Dieser Verteidiger der Demokratie verkündete, dass „nicht geimpfte Menschen keine Bürger sind“. Ich warte darauf, dass er ihnen das Wahlrecht entzieht. Im Namen der Demokratie, versteht sich!

Vorerst will sich dieser französische Verteidiger der Demokratie jedoch der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit widmen. Er sagte vor dem Europäischen Parlament:

„Im Grunde setzt sich die Idee fest, dass man, um effizienter zu sein, auf die Rechtsstaatlichkeit zurückkommen muss“, aber „das Ende der Rechtsstaatlichkeit ist ein Zeichen für die Rückkehr zu autoritären Regimen, zum Stottern unserer Geschichte“.

Es ist nicht zu übersehen, dass während dieser Rede zwar keine konkreten Ländernamen genannt wurden, die „Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit“ aber zweifellos Polen und Ungarn betreffen wird. Das ist zum Totlachen. Macron, dieses reine Produkt einer autoritären Oligarchie, stellt sich als Verteidiger der Demokratie auf. Das ist eine wahre tragikomische Farce!



Visuell gestaltet von Renaissance, Delegation der französischen Abgeordneten von Renew Europe, anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Auf dem Baum das Symbol der linksradikalen feministischen Organisation Strajk Kobiet.

Noch grotesker waren seine konkreten Vorschläge für Veränderungen, die Frankreich verfolgen will, um den Prozess der europäischen Integration zu vertiefen. So muss seiner Meinung nach die EU-Charta der Grundrechte „aktualisiert“ werden, „um expliziter auf den Umweltschutz oder die Anerkennung des Rechts auf Abtreibung einzugehen“.

Nützliche kleine Erinnerung: Die EU-Grundrechtecharta ist ein Dokument, das auf dem Gipfeltreffen in Nizza im Dezember 2000 angenommen und feierlich verkündet wurde, mit einer Liste der Grundrechte und Grundfreiheiten der EU-Bürger. Anstelle der Verteidigung der Menschenrechte von der Empfängnis bis zum Tod schlägt Macron das Recht zu töten vor, was seiner Meinung nach ... zu den Grundrechten gehören sollte. Statt gesundem Menschenverstand verkündet er die verrückt gemachte Ökologie, daher die Worte von der „Umweltsouveränität“, was auch immer das bedeuten mag.

Für diejenigen, die mit der französischen Politik vertraut sind, ist das keine Überraschung. Der Präsident der französischen Republik ist ein entschiedener Befürworter der Abtreibung und ein ebenso kompromissloser Anhänger der Klimareligion. Seine Regierung hat nicht nur das angebliche „Recht“, ungeborene Kinder zu töten, ausgeweitet, sondern verfolgt darüber hinaus auch noch Lebensschützer. Dabei ist er es doch, der gerne von der Rettung der Erde spricht, aber der einzige Weg, dies zu tun, wäre die Begrenzung der CO₂-Emissionen.

Natürlich ist seine Rede im Europäischen Parlament Teil des französischen Wahlkampfs, in dem Macron sich als entschiedenster Verfechter der links-humanitären Freimaurer-Ideologie präsentieren will. Aber aus polnischer Sicht ist seine Rede ein weiterer Beweis dafür, wie groß die Kluft zwischen den grundlegenden Sensibilitäten und Überzeugungen der polnischen Gesellschaft und dem Mainstream in der EU ist. Und ich denke hier nicht nur an Ideologie. In den Diskussionen über die Mitgliedschaft Polens in der EU wird die „Sicherheit“ gegenüber Russland beschworen, die uns durch diese Mitgliedschaft gewährleistet würde. Nach Ansicht des französischen Präsidenten sollte man sich Russland jedoch nicht mit der NATO entgegenstellen. Im Gegenteil, man müsse einen Dialog mit Russland führen und ständig nach Verständigung suchen. Neben den Franzosen sind es die Deutschen, die sich am besten für dieses Spiel eignen.

All dies zusammengenommen verheißt nichts Gutes. In seinem Bestreben, sich die Rolle eines aufgeklärten Führers zu geben und sich die Unterstützung des linksliberalen Establishments zu sichern, wird Präsident Macron seine Kritik an Polen radikalisieren. Direkt nach seiner Rede fügte er in seiner Diskussion mit Journalisten hinzu, dass Europa gegenüber Polen und Ungarn „zu langsam“ agiere. Deshalb werde es während seiner EU-Ratspräsidentschaft „im Februar Anhörungen für Polen und im März für Ungarn“ geben. Die Ironie ist, dass ich kürzlich gelesen hatte, dass es ausgerechnet Präsident Macron sei, der zu einer Einigung zwischen Warschau und Brüssel führen würde. Das ist ein riesiger Witz.

Nur seine Niederlage bei den Wahlen, die ich ihm aufrichtig wünsche, würde eine Chance auf Veränderung bringen, aber das scheint sich nicht am Horizont abzuzeichnen. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass die Wahrung der polnischen Souveränität in einer Europäischen Union, die von Leuten vom Format des Präsidenten Macron dominiert wird, praktisch unmöglich ist. Es ist gut, dass er dies selbst so deutlich sagt. Aber werden die Polen in der Lage sein, ihre Illusionen aufzugeben?



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Beiträge

01) Gedanken zur Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten und was dieser nach seiner Wahl zu sagen hatte!



paperpress

seit 1976



Nr. 598-14

14. Februar 2022

47. Jahrgang

So wie es ist, ist es gut

Das Herumnörgeln an unserem Staatssystem, an den Institutionen und Personen, ist häufig nicht zum Aushalten. Dass 80 Millionen Deutsche besser als die Nationalmannschaft wissen, wie Fußball gespielt wird, ist bekannt. Auch verfügen wir über ein Potenzial von ebenso vielen Wissenschaftlern und Virologen. Jeder kennt den richtigen Weg, nur die Entscheidungsträger irren.

Das Wesen einer Demokratie, schlimm, dass das immer mal wieder gesagt werden muss, besteht darin, dass jeder seine Meinung vertreten kann, aber letztlich die Mehrheit entscheidet. Und wer meint, dass sich diese Mehrheit auf dem Holzweg befindet, kann gegen jegliches Regierungshandeln, von der untersten kommunalen Ebene über die Landtage und Landesregierungen bis hin zum Bundestag und der Bundesregierung vor einem ordentlichen Gericht klagen. Nicht selten haben Gerichte Gesetze korrigiert. Sollte also niemand sagen, er sei der Willkür der politischen Entscheidungsträger schutzlos ausgeliefert.

Deutschland verfügt über das gerechteste Wahlsystem weltweit. Wesentlich besser als das in den Ländern, die sich als Wiege der Demokratie bezeichnen, der Fall ist. Das US-amerikanische Wahlsystem ist schlecht, weil es die Möglichkeit bietet, dass jemand Präsident wird, der nicht die Mehrheit der Stimmen der Bevölkerung errungen hat. Das britische System ist ebenso schlecht, weil es die tatsächlichen politischen Verhältnisse nicht abbildet. Eine Partei, die beispielsweise landesweit zehn Prozent der Stimmen erlangte, aber kein einziges Direktmandat, kommt im Parlament nicht vor. Auch wenn man darüber reden muss, dass unser Parlament mit 736 Abgeordneten zu groß ist, so bildet diese Zahl, verteilt auf die jeweiligen Parteien, den Wählerwillen deutlicher ab als anderswo.

Irgendwie gelingt es uns Deutschen nicht, zufrieden sein zu können. Anstatt die Freiheiten, die unser Land im Überfluss bietet, zu genießen, werden Mehrheitsentscheidungen als Diktatur bezeichnet. Wer sich in einer Diktatur wähnt, weil die Mehrheit nicht seiner Meinung ist, sollte Bildungsurlaubsreisen in Länder unternehmen, wo überhaupt keine andere Meinung als die des Staatsführers zugelassen ist. Ersparen wir uns die Aufzählung dieser Länder.

Auch an der Institution des Bundespräsidenten wird ständig rumgenörgelt. Jeder weiß natürlich, was der Präsident besser machen müsste. Und für einige ist das ganze Amt überflüssig und wird der Bundes-

präsident zum Grußonkel degradiert. Dass auch der Bundespräsident kritisiert werden darf, ist unbestritten. Die Betrachtung des Amtes und der Person von einigen Kabarettisten, ist jedoch alles andere als angemessen. Aber, Satire darf ja bekanntlich alles, auch schlecht sein.

Nicht jeder der zwölf Bundespräsident war ein Glücksgriff. Von **Theodor Heuss** über **Gustav Heinemann**, **Richard von Weizsäcker** und **Johannes Rau** bis zu **Frank-Walter Steinmeier** können wir uns jedoch nicht beklagen. Bundespräsidenten sind zwar eine machtlose Instanz über der Regierung und dem Parlament, aber eine wichtige Stimme, um Vorgänge des politischen Alltags sortieren und einordnen zu können. Bundespräsidenten können als aussichtslos erscheinende Konflikte beruhigen und zu Lösungen beitragen.

Wie hätte es denn ohne das Eingreifen von **Frank-Walter Steinmeier** nach der Wahl 2017 weitergehen sollen? Nachdem **Martin Schulz** völlig zurecht noch am Wahlabend das Ende der Großen Koalition und den Gang in die Opposition verkündet hatte, ließ die FDP die Koalitionsverhandlungen platzen. Hätte man deswegen Neuwahlen durchführen sollen? Man kann nicht so lange wählen, bis einem das Ergebnis gefällt. Der SPD die Ansage zu machen, mit der Union erneut eine Koalition bilden zu sollen, war der einzige Weg aus der Krise. Und das hat Steinmeier hinbekommen, auch wenn dies das politische Ende von **Martin Schulz** bedeutete.

Kein Politiker ist frei von Fehlern. Dass ausgerechnet zur Wiederwahl von Steinmeier der Film über das Schicksal von **Murat Kurnaz**, der von Januar 2002 bis August 2006 ohne Anklage im Gefangenenlager der Guantanamo Bay Naval Base festgehalten wurde, auf der Berlinale gezeigt wurde, ist Zufall. Dass Steinmeier als damaliger Außenminister das Leid von Kurnaz offenbar viel früher hätte beenden können, ist ein Schatten auf seiner politischen Tätigkeit, zumal sich bis heute offenbar niemand bei Kurnaz entschuldigt hat. Dieses Thema scheint tabu zu sein, denn auch in den Interviews von ARD und ZDF nach der Wiederwahl wurde es nicht angesprochen. Wir haben wohl derzeit andere Probleme als Vergangenheitsbewältigung.

Unabhängig von diesem traurigen Fall, wäre es mir lieber, wenn Steinmeier derzeit unser Außenminister wäre, womit ich das durchaus bemerkenswerte Auftreten von **Annalena Baerbock** nicht schmälern will. **Frank-Walter Steinmeier** bleibt also für weitere fünf Jahre unser Bundespräsident. Und das ist



gut so. Wer jemals das Vergnügen hatte, ihm persönlich zu begegnen, trifft auf einen zugewandten empathischen Menschen. Er kann nicht nur gut zuhören, sondern auch Kluges sagen. Und, auch das ist wichtig in dieser trostlosen Zeit von Kriegsgefahr und Pandemie, er ist ein humorvoller Mensch, dem es gelingt, gute Stimmung und Zuversicht zu verbreiten. An **Johannes Rau** kommt aber auch Steinmeier nicht ran. Rau hatte viele hundert (anständige) Witze auf Lager, die er bei jeder Begegnung, wenn es passte, zum Besten gab.

Die demokratischen Strukturen Deutschlands, zu denen unabdingbar auch der Bundespräsident gehört, sind in jeder Hinsicht Diktaturen und Autokraten überlegen. Wir sollten uns das Immer wieder bewusst machen, denn so wie es ist, ist es gut.

Ed Koch

Nachfolgend dokumentieren wir die Rede von Frank-Walter Steinmeier nach seiner Wiederwahl am 13. Februar 2022.



Foto: Bundespräsidialamt

Das Amt des Bundespräsidenten ist ein überparteiliches und so werde ich es weiterführen. Meine Verantwortung gilt allen Menschen, die in unserem Land leben. Überparteilich, ja – aber ich bin nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht. Wer für die Demokratie streitet, hat mich an seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben!

Dass Sie mir dieses Amt für weitere fünf Jahre anvertrauen, bewegt mich sehr. Es ist mir eine Ehre und eine Freude. Meine Freude aber wäre größer, wenn die Bundesversammlung unter anderen Bedingungen stattfinden könnte, ohne die Beschränkungen der Pandemie. Und mehr noch: Meine Freude wäre größer, wenn unsere Versammlung nicht in eine Zeit der Sorge fiel, Sorge um den Frieden in Europa.

Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden – geschützt von Freunden, in Frieden mit den Nachbarn, seit über dreißig Jahren wiedervereint. Welch ein Glück für unser Land! Doch in diesen Tagen lernen wir neu, was wir hätten wissen können: Frieden ist nicht selbstverständlich. Er muss immer wieder erarbeitet werden, im Dialog, aber wo nötig, auch mit Klarheit, Abschreckung und Entschlossenheit. All das braucht es jetzt.

Zur Klarheit gehört eines: Man mag viel diskutieren über die Gründe für wachsende Entfremdung zwischen Russland und dem Westen. Nicht diskutieren kann man dies: Wir sind inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts, eines Krieges in Osteuropa. Dafür trägt Russland die Verantwortung!

Russlands Truppenaufmarsch kann man nicht missverstehen. Das ist eine Bedrohung der Ukraine und soll es ja auch sein. Aber die Menschen dort haben ein Recht auf ein Leben ohne Angst und Bedrohung, auf Selbstbestimmung und Souveränität. Kein Land der Welt hat das Recht, das zu zerstören – und wer es versucht, dem werden wir entschlossen antworten!

Nicht nur in der Ukraine, in vielen Ländern Osteuropas wächst die Angst. Deshalb stehen wir an der Seite der Esten, der Letten und Litauer; wir stehen gemeinsam mit Polen, Slowaken und Rumänen und allen Bündnispartnern: Sie können sich auf uns verlassen. Deutschland ist Teil der NATO und der Europäischen Union. Ohne sie würden wir Deutsche heute nicht in Einheit und Freiheit leben. Das vergessen wir nicht. Ohne jede Zweideutigkeit bekennen wir uns zu unserer Bündnisverpflichtung.

Unsere Gemeinschaft ist die Gemeinschaft liberaler Demokratien, die die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren stellt. Ich weiß wohl: In den Augen von autoritären Herrschern gelten demokratische Institutionen als schwach. Dort, wo alle Macht in einer Hand konzentriert ist, verachtet man eine Versammlung wie diese als belangloses Ritual. Dort gelten demokratische Entscheidungsprozesse als Schwäche, das Recht als Bremsklotz, das Bemühen um Freiheit und Glück der Bürgerinnen und Bürger als naiv. Aber ich kann Präsident Putin nur warnen: Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!

Unsere Demokratie ist stark, weil sie getragen wird von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Weil sie ihre Kraft nicht mit Unterdrückung, nicht mit Drohungen nach außen und Angst im Inneren erkaufte. Weil sie den Menschen mehr zu bieten hat als Ideen von nationaler Größe und Herrschaft über andere.



Demokratien sind nicht alle gleich, aber sie sind einander im Inneren verwandt. Und auch dies verbindet uns: Wir suchen nicht die Konfrontation nach außen. Das ist die gleichlautende Botschaft aus Washington, Paris und Berlin: Wir wollen friedliche Nachbarschaft in gegenseitigem Respekt. Bald jährt sich zum 50. Mal die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki: Möge dieser Jahrestag nicht der Anlass sein, an dem wir uns in Ost und West das Scheitern der Bemühungen um dauerhaften Frieden in Europa eingestehen müssen. Arbeiten wir im Gegenteil für die Erneuerung dieses Erbes. Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Und suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!

Unsere Demokratie ist stark – und auch die heutige Versammlung ist ein selbstbewusster Ausdruck dieser Stärke. Schauen Sie sich um in dieser großen Runde: Dass Sie alle heute hier sind, aus allen Teilen unseres Landes, allen Widrigkeiten der Pandemie zum Trotz, das zeigt: Wir achten unsere demokratischen Institutionen. Wir wissen, dass diese Demokratie von der Vielfalt lebt, die Sie heute repräsentieren.

Und diese Versammlung zeigt noch etwas: Es gibt in unserem Land, jenseits der Logik von Regierung und Opposition, eine breite Mehrheit für die Stärkung unserer Demokratie. Das ist Ihr Auftrag. Dafür will ich mein Bestes geben!

Ich will an dieser Stelle meinen Respekt ausdrücken für meine Mitbewerberin und Mitbewerber in dieser Wahl. Gestatten Sie mir, sehr geehrter Professor Trabert, noch ein zusätzliches Wort. Sie haben mit Ihrer Kandidatur auf ein Thema aufmerksam gemacht, das mehr Aufmerksamkeit verdient: die Lage der Ärmsten und Verwundbarsten in unserem Land. Dafür gebührt Ihnen nicht nur Respekt, sondern ich hoffe, dass Ihr Impuls erhalten bleibt. Das Thema Obdachlosigkeit beschäftigt uns beide – Sie wissen es – seit langer Zeit. Warum schauen wir nicht, ob wir diesem drängenden Thema gemeinsam mehr Aufmerksamkeit verschaffen können? Ich würde mich freuen, wenn wir darüber ins Gespräch kommen.

Unterschätzen wir nicht die Stärke der Demokratie. Aber unterschätzen wir auch nicht die Herausforderungen, vor denen sie steht! Gegner der Demokratie, von außen und von innen, säen in der Pandemie Zweifel an unserer Handlungsfähigkeit und unseren Institutionen, an der freien Wissenschaft und den freien Medien.

Ja, es stimmt: Unser Weg heraus aus der Pandemie ist kein geradliniger. Es gab Fehler und Fehleinschätzungen, auch bei uns. Aber man zeige mir ein autoritäres System, das besser durch die Pandemie gekommen wäre! Oder haben sich die selbsternannten starken Männer in aller Welt nicht in Wahrheit selbst entzaubert in dieser Krise? Standen die Kaiser mit ihren protzigen Kleidern, mit ihren Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien, nicht ziemlich nackt da? Der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen die Pandemie, die Impfstoffentwicklung in Rekordzeit – der gelang hier, in der freien Wissenschaft, dank brillanter Forscherinnen und mutiger Unternehmer, hier in Mainz, in Deutschland, mit unseren Partnern in Europa und den USA. Wir sollten, bei aller Selbstkritik, unser Licht nicht unter den Scheffel stellen!

Wenn ich auf unser Land blicke, dann sehe ich Menschen, die sich Monat für Monat durch diese Pandemie kämpfen – und zwar nicht, weil sie mit eiserner Hand dazu gezwungen werden. Sondern weil sie immer wieder selbst darum ringen, das Richtige zu tun, durchzuhalten, anzupacken! Die übergroße Mehrheit in unserem Land handelt verantwortungsvoll und solidarisch – seit zwei langen Jahren, die sich für viele anfühlen wie eine Ewigkeit. Als Ihr alter und Ihr neuer Bundespräsident möchte ich Ihnen von Herzen danken für diesen großen, gemeinsamen Kraftakt!

Aber – wir spüren auch das andere. Wir spüren: Nach zwei Jahren Pandemie macht sich Frust breit, Enttäuschung, Gereiztheit. Wir haben uns aufgegeben im Streit um den richtigen Weg, im Streit weit über die Politik hinaus, in den Betrieben und an den Schulen, unter Freunden und Kollegen, bis hinein in jede Familie. Die Pandemie hat tiefe Wunden geschlagen in unserer Gesellschaft. Ich möchte dabei helfen, diese Wunden zu heilen.

Aber denen, die Wunden aufreißen, die in der Not der Pandemie Hass und Lügen verbreiten, die von „Corona-Diktatur“ fabulieren und sogar vor Bedrohung und Gewalt nicht zurückschrecken, gegen Polizistinnen, Pflegekräfte oder Bürgermeister – denen sage ich: Ich bin hier und ich bleibe! Ich werde als Bundespräsident keine Kontroverse scheuen, denn ohne Kontroverse keine Demokratie. Aber es gibt eine rote Linie und die verläuft bei Hass und Gewalt! Ich fürchte, die Gegner der Demokratie werden nach der Pandemie nicht leiser werden, sie werden sich neue Themen suchen und vor allem neue Ängste, von denen es reichlich gibt in dieser Zeit: Werden unsere Kinder noch denselben Lebensstandard haben wie wir heute? Kann ich Schritt halten mit dem



Lauf der digitalen Welt? Fällt unser Land hinten runter im globalen Wettbewerb? Solche Sorgen sind Nährboden für die, die mit der Angst ihr politisches Geschäft betreiben. Und ich fürchte, sie tun es auch mit dem großen Thema unserer Zeit: dem Kampf gegen den Klimawandel. Diese große Aufgabe, die Transformation hin zu einer nachhaltigen Lebensweise auf unserem Planeten, die sucht kein Land, keine Regierung sich einfach aus. Sie ist nicht weniger als die Überlebensfrage der Menschheit.

Und diese Aufgabe bringt uns in eine Epoche des Aufbruchs und des Umbruchs. Mehr Aufbruch, hoffen manche; mehr Umbruch, fürchten andere. Ich bin überzeugt: Wenn wir aus den großen Umbrüchen einen gemeinsamen Aufbruch machen wollen, dann geht das nicht durch staatliche Verordnung allein. Dann müssen wir Brücken bauen! Brücken zwischen den Generationen; zwischen den Alteingesessenen und denen, die neu hinzukommen; Brücken zwischen Start-Up und Hochofen; zwischen Großstadt und plattem Land; zwischen den Gesprächen in der Kneipe und denen in Brüssel und Berlin. Kurzum: Brücken in Richtung Zukunft, die breit und stark genug sind, dass wirklich alle darüber gehen können.

Dafür will ich arbeiten! Und ich will das Gespräch darüber mitnehmen ins ganze Land, in die Winkel unserer Gesellschaft, fernab vom Selbstgespräch der Hauptstadt, das doch viele gar nicht erreicht. Ich will Orte besuchen, an denen Menschen Verluste erleben – und, ja: Es gibt Verluste. Es gibt Orte, die sich neu erfinden müssen. Keiner dieser Orte liegt am Rand unserer Gesellschaft. Sie alle braucht es für die Zukunft. Sie alle braucht es für einen neuen Zusammenhalt. Transformation wird nur gelingen, wenn auch die Schwächeren etwas zu gewinnen haben. Jeder, den wir verlieren, fehlt der Demokratie!

Solche Gespräche brauchen vor allem eines: Zeit. Die müssen wir uns nehmen, wenn wir nicht dauerhaft aneinander vorbeireden, wenn wir uns nicht in falschen Konflikten verlieren wollen. Ich werde mir diese Zeit nehmen, und auf Zeit-Reise gehen durch unser Land.

Der Übergang meiner Amtszeit fällt auf den 18. März, den Tag der Märzrevolution und der ersten freien Wahlen in der DDR. An diesem stolzen Tag unserer Demokratiegeschichte beginne ich meine Reise, und verbringe – sehr bewusst – den ersten Tag der neuen Amtszeit in Ostdeutschland. Ich freue mich darauf.

Liebe Delegierte, liebe Landsleute, das Vertrauen, das Sie diesem Amt und das Sie mir entgegenbringen, ist ein kostbares Geschenk. Ich verspreche Ihnen: Ich werde behutsam und respektvoll damit

umgehen. Ein Bundespräsident kann alte Gewissheiten nicht zurückholen. Natürlich nicht. Aber er kann Zukunftsangst nehmen und Zuversicht geben. Er kann daran erinnern, wie viele Krisen wir in siebzig Jahren überwunden haben, wie die Ostdeutschen eine Diktatur zu Fall brachten, wie wir an einem vereinten Europa mitgebaut haben. Er kann Menschen Mut machen, Verantwortung zu übernehmen, und ihnen den Rücken stärken, wo immer sie sich engagieren und Lösungen suchen für die Probleme unserer Zeit.

Vertrauen in Demokratie ist doch am Ende nichts anderes als Vertrauen in uns selbst. In unserem Grundgesetz steht schließlich nicht: „Alles Gute kommt von oben“, sondern da steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das ist das Versprechen unserer Verfassung an uns Bürger. Aber darin liegt auch ein Versprechen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern: „Zieh Dich nicht zurück, sondern übernehme Verantwortung“. Das ist die doppelte Natur der Demokratie: Sie ist Versprechen und Erwartung zugleich. Demokratie ist eine Zumutung.

Und Mut zu machen zu dieser Zumutung – das ist meine Aufgabe.

Es gibt manche, die sagen, die liberale Demokratie sei auf dem Abstieg. Dieses Jahrhundert werde das Zeitalter der Autoritären, der harten Hand. Sie merken es: Ich halte nichts von solchen Abgesängen. Nein, nur eines ist gewiss: Die Zukunft ist offen. Und auf diese Offenheit hat niemand, kein Autokrat und keine Ideologie, bessere Antworten als die Demokratie.

Also: Machen wir uns nicht selbst klein! Seien wir nicht ängstlich! Packen wir die Zukunft bei den Hörnern! Mögen die Autoritären doch ihre Eispaläste und Golfressorts bauen. Nichts davon ist stärker, nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie in den Köpfen und Herzen der Menschen!

Jede und jeder von Ihnen, hier im Saal und im ganzen Land, jeder, der sich um mehr kümmert als sich selbst – der gewinnt ein Stück Zukunft für uns alle. Jede und jeder, der sich engagiert – im Beruf oder im Ehrenamt, im Gemeinderat oder im Verein – der kämpft den Kampf um die Zukunft der Demokratie! Jede und jeder, der anpackt, im Großen und im Kleinen – der bringt die Kraft der Demokratie zum Leuchten!

Gehen wir's gemeinsam an. Ich freue mich auf das, was vor uns liegt!

Quelle: Bundespräsidentenamt

02) Die Zeit der ersten Lockerungen kommt jetzt“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (51, SPD) über die größten Gefahren für die Sicherheit in Deutschland und die Corona-Maßnahmen. Aus: B.Z. v. 13.02.2022, S.6/7

Von ANGELIKA HELLEMANN und BURKHARD UHLENBROICH

Ihre 18 Vorgänger seit 1949 – alles Männer. Sie ist die erste Frau im Bundesinnenministerium: Nancy Faeser (51). Juristin, im Taunus geboren, Mutter eines Sohnes (1. Klasse), verheiratet. Bevor Kanzler Olaf Scholz (63, SPD) die Innexpertin in sein Kabinett holte, war sie SPD-Fraktionschefin in Hessen. Jetzt kümmert sie sich um die innere Sicherheit in ganz Deutschland und wacht über die Wahrung unserer Grundrechte.

B.Z. AM SONNTAG: Frau Ministerin, was ist die größte Gefahr für die Sicherheit in Deutschland?

NANCY FAESER: Als Innenministerin bekämpfe ich jede Art von Extremismus – rechts, links, islamistisch. Im Moment ist der Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie – mit seinen mörderischen Anschlägen in Halle und Hanau, auf Walter Lübcke, vom NSU. Zu viele haben diese Gefahr jahrelang verharmlost. Manche werden sich noch an eine Frau mit klarer Haltung an der Spitze des Innenministeriums gewöhnen müssen.

Sie haben einen Aktionsplan gegen rechts angekündigt. Was wollen Sie konkret tun?

Der Rechtsstaat muss sich wehrhaft zeigen. Wir setzen alles daran, den Nährboden für rechtsextreme Gewalt auszutrocknen, indem wir sehr entschieden gegen Hass und Hetze vorgehen. Wir werden die Finanzströme der Extremisten verfolgen und austrocknen. Und wir werden ihnen sehr konsequent die Waffen entziehen. Dazu gehört für mich auch eine weitere Verschärfung des Waffenrechts.

Ihnen wird vorgeworfen, auf dem linken Auge blind zu sein. Sind Sie das?

Ich habe in meinem Leben hinreichend bewiesen, dass ich auch gegen Linksextremismus klare Kante zeige. Nur ein Beispiel: Als bei Protesten im Dannenröder Forst in Hessen Polizisten brutal angegriffen wurden, habe ich mich deutlich gegen die Linksextremen gewandt und die Beamten verteidigt.

Sie haben als hessische SPD-Fraktionschefin in dem Magazin „Antifa“ einen Beitrag geschrieben. Das Problem: Die Zeitschrift gehört der „Verenigung der Verfolgten des Naziregimes –

Bund der Antifaschisten“. Die wird vom Verfassungsschutz beobachtet und als „linksextremistisch beeinflusst“ eingestuft. Teilen Sie diese Einschätzung?

Den Beitrag habe ich geschrieben, nachdem ich selber zweimal Morddrohungen vom sogenannten „NSU 2.0“ bekommen habe. Und den Inhalt hat auch niemand kritisiert. Ich kann verstehen, wenn sich manche über den Ort der Veröffentlichung wundern.

Wussten Sie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von der Verfassungsschutz-Beobachtung?

Ich habe vor allem das Wirken von Holocaust-Überlebenden wie der über alle Parteigrenzen hinweg geschätzten Esther Bejarano für die Vereinigung der NS-Verfolgten wahrgenommen. Die Geschichte des Verbands ist komplex, selbst Adenauer war anfangs Mitglied. **Würden Sie heute noch einmal einen Beitrag für das Magazin „Antifa“ schreiben?** Ich habe das in Hessen als SPD-Fraktionsvorsitzende und Betroffene der „NSU 2.0“-Morddrohungen gemacht. Heute habe ich eine andere Rolle.

Die Antifa wendet oft selbst

Gewalt an. Wo ist für Sie die Grenze überschritten?

Nicht erst bei Gewalt, auch schon bei Hass, Hetze, Beleidigungen – das gilt völlig unabhängig davon, aus welcher Ecke das kommt. Wer andere Menschen, egal ob Polizisten, Politiker, Passanten, angreift, hat die Grenze des legalen und legitimen Protests überschritten. Da muss der Rechtsstaat eine Null-Toleranz-Strategie fahren.

Dürfen denn jugendliche Klimaktivisten Autobahnen blockieren und sich auf dem Asphalt festkleben?

Nein. Wer Rettungswege blockiert, wie wir es jetzt gesehen haben, der setzt Menschenleben aufs Spiel. Jede Form von Gewalt, Einschüchterung, Nötigung lehne ich komplett ab. Das gilt für alle, auch für Klima-Proteste. Ich bin da sehr sortiert.

Können Sie verstehen, dass Menschen gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße gehen?

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht. Wer demonstriert, sollte aber Regeln zum Schutz aller wie Maskentragen einhalten. Und jeder muss sich fragen, ob er an der Seite von Rechtsextremen herlaufen will.

Sie haben getwittert „Man

kann seine Meinung auch kundtun, ohne sich gleichzeitig an vielen Orten zu versammeln.“ Gilt das Demorecht für Corona-Gegner dann doch nicht?

Selbstverständlich gilt das Demonstrationsrecht für alle. Es ist völlig legitim, an fünf Orten Demos anzumelden. Aber wenn man das unangemeldet an ganz vielen verschiedenen Orten tut, dient das nur dazu, Regeln zu unterlaufen und der Polizei ihre Arbeit so schwer wie möglich zu machen. Die Frage ist doch, ob das wirklich nötig ist. Die Beamten halten für uns alle schließlich jeden Tag auf der Straße ihren Kopf hin.

Als Innenministerin sind Sie die Hüterin der Verfassung. Die Corona-Impfung schützt nicht vor Infektion. Ist die Impfpflicht dann überhaupt verfassungsgemäß?

Ohne Impfpflicht habe ich die große Sorge, was uns im nächsten Herbst blüht, falls es weitere Mutationen gibt. Die Impfung schützt sehr sicher vor schwerer Krankheit und Tod. Die Impfpflicht für alle Erwachsenen halte ich deshalb für verfassungskonform. Wir brauchen eine hohe Impfquote, damit wir alle wieder ohne Frei-

heitseinschränkungen leben können. Und uns nicht fragen müssen, ob der Herzinfarkt schnell genug behandelt wird, wenn zu viele ungeimpfte Corona-Patienten versorgt werden müssen. Das ist viel gravierender als die Pflicht, eine Impfung nachzuweisen.

Wie soll die Impfpflicht kontrolliert werden? Mit Polizei? Flächendeckend mit Stichproben?

Da will ich dem Parlament nicht vorgeifen. Klar ist: Es kann nur um stichprobenartige Kontrollen gehen. In unserem Rechtsstaat gehen wir richtigerweise davon aus, dass die Menschen die beschlossenen Gesetze auch einhalten.

Es gibt gerade ein Gegenbeispiel: Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder will die Impfpflicht für Kliniken und Pflegeheime nicht umsetzen. Nehmen Sie das einfach so hin?

Da muss ich als Verfassungsmministerin klar sagen: Das geht gar nicht! Das Grundgesetz gilt auch in Bayern. Auch der bayerische Ministerpräsident muss sich an Recht und Gesetz halten. Die Impfpflicht in Kliniken und Pflegeheimen ist eine bundesrechtliche Regelung, die Markus Söder selbst im Bun-

desrat mitbeschlossen hat. Ich erwarte von Herrn Söder, dass er die Impfpflicht umsetzt. Punkt.

Und wenn nicht?

Bundesrecht gilt. Das fordern wir ein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Söder Grundprinzipien unserer Verfassung infrage stellt.

Halten Sie die Freiheitseinschränkungen überhaupt noch für verhältnismäßig, obwohl die Kliniken nicht überlastet sind?

Im Moment ja, weil wir zu viele Ungeimpfte über 60 haben, die immer noch stark vom Virus bedroht sind, und wir diese so schützen.

Wann müssen die Bürger ihre Freiheiten spätestens zurückerhalten?

Wenn die Zahlen erkennbar zurückgehen und weniger Menschen wegen Corona ins Krankenhaus müssen. Die Zeit für erste Lockerungen kommt jetzt. Nächste Woche beraten wir darüber mit den Ländern.

Alle Corona-Maßnahmen laufen am 19. März aus. Sind Sie für eine Verlängerung oder ist das dann unser Freedom Day?

Das hängt vom weiteren Verlauf der Omikron-Welle ab. Ich bin optimistisch, dass sie bald abflacht und wir uns auf Ostern freuen können.

03) Auf Druck von Faeser: Sperren von TELEGRAM-Kanälen angelaufen – jetzt Apps-Stores im Visier

13. 02. 2022



Dass auf das deutsche Grundgesetz („eine Zensur findet nicht statt“) und EU-Verordnungen (Schengen, Dublin) gepfiffen wird, ist im freiesten Deutschland, das es jemals gab, bereits gängige Praxis. Mittlerweile besteht sogar die Gefahr als „rechtsextrem“ eingestuft zu werden, wenn man öffentlich das Grundgesetz in gedruckter Form zur Schau stellt. Die Aussage Horst Seehofers „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts“ erfährt immer öfter ihre Bestätigung.

Da nimmt es wenig Wunder, dass das Spektrum der freien Meinungsäußerung immer mehr eingeschränkt wird und es gilt, nicht nur die Meinungsäußernden mundtot zu machen, sondern auch Medien die solchen Leuten eine Plattform bieten unter Druck zu setzen. Der Vorteil dabei: Die grundgesetzwidrige Verhaltensweise wird outgesourced, man kann einem Pilatus gleich, seine Hände in Unschuld waschen. Bei Facebook sind es die dpa-Faktenchecker und das von Soros mit hunderttausenden Euro geförderte „correctiv.org“, die dort quasi Administrationsrechte haben und sich in der Rolle eines Art „Wahrheitsministeriums“ gefallen dürfen.

Nach Facebook ist jetzt Telegram im Visier der Zensoren

Nachdem man Facebook mittlerweile im Griff hat (über 2.000 Zensurfaschistinnen und -Faschisten sind dort bereits als Kontrollorgane am Werk), ist jetzt TELEGRAM dran. Und das, obwohl diese Medium gar nicht in Deutschland sitzt. So wurden mittlerweile die ersten 64 Telegram-Kanäle „auf Druck der Bundesregierung“ abgedreht, wie zdf.de berichtet:

„Bei Telegram haben sich auch Rechtsextreme und Querdenker vernetzt. Auf Druck der Bundesregierung hat der Messenger-Dienst nun erstmals solche Kanäle gesperrt“ heißt es dort.

Wer als „rechtsextrem“ einzustufen ist, entscheiden praktisch Linksextreme, wie etwa die neue Innenministerin Nancy Faeser, für die es kein Problem darstellte für das Magazin „antifa“ als Gastautorin in Erscheinung zu treten. Beruhigend für uns: „Sie habe als Innenministerin heute eine „andere Rolle“, argumentiert Nancy Faeser. Daher würde ein Gastbeitrag für das „antifa“-Magazin für sie nicht mehr in Frage kommen, erfährt man heute in der [FAZ](#).

Die „andere Rolle“ der Nancy Faeser

In ihrer neuen, „anderen Rolle“ als Innenministerin braucht sich die linke Frontfrau natürlich nicht mehr als Schreiberling in linksextremen Magazinen betätigen, jetzt hat sie alle Hebel in der Hand, auch aktiv durchzugreifen. Am liebsten würde sie auch „Apps wie zum Beispiel Telegram aus den Appstores entfernen“ lassen, wie [zdf.de](#) berichtet.

Das Problem dabei, warum die Welt noch nicht am deutschen Zensurwesen genesen kann:

„... warum die Forderung, Apps wie zum Beispiel Telegram aus den Appstores zu entfernen, noch nicht umgesetzt wurde:

*Es sei ‚sehr, sehr schwierig an Telegram ranzukommen, weil sie keine ladungsfähige Anschrift in Europa haben‘, sagte Faeser. ‚Deswegen sind wir jetzt ja hinterher, international zu sehen, dass das, was an Anzeigen vorliegt und was an Verfahren von meinem Kollegen, Justizminister Buschmann, eingeleitet wurde, auch tatsächlich durchgesetzt werden kann.‘“
so weiter auf [zdf.de](#) und Faeser weiter:*

„Da sollten wir auch nicht locker lassen. Wir müssen dort hart und konsequent durchgreifen.“

Mit Faeser ist Deutschland einen weiteren Schritt in Richtung DDR 2.0 näher gekommen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Verlängerter Arm von Schwab (WEF) zu Bearbock ins Außenamt implantiert

11. 02. 2022



Ein gefährliches Explosivgemisch für freiheitsliebende Nationen: Klaus Schwab und Jennifer Morgan

Am 8. Februar 2022 wurde bekannt, dass Greenpeace-Chefin, die Amerikanerin Jennifer Morgan ins deutsche Auswärtige Amt berufen wird, zunächst ab 1. März 2022 als Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik, offensichtlich um der Installation der WWF-Marionette eine idealistischen Anstrich zu geben. Erst danach soll die US-Amerikanerin Staatssekretärin werden.

Schwab-Marionette direkt ins Außenamt implantiert

Nichts demonstriert den US-Protectorats- und Globalsiten-Vasallenstatus Deutschlands mehr, als die Implantierung, einer von Klaus Schwab und seinem Weltwirtschaftsforum (WEF) gebrieften Globalistin, direkte ins Deutsche Außenamt. Werden da deutsche Interessen vertreten? Wohl kaum. Hier soll die „Neue Weltordnung“ durchgezogen, der „Great Reset“ vorangetrieben werden.

Wo „grün“ draufsteht ist Schwab drin

Betrachten wir nun in wenigen Sätzen, wer Jennifer Morgan ist und was sie mit Annalena Baerbock verbindet. Das nötige Rüstzeug für eine Globalistin holte sie sich beim WWF, genauso wie Baerbock, die sogar die „Young Global Leaders“-Kaderschmiede des Weltwirtschaftsforums durchlief. Danach wurde die Amerikanerin auf Deutschland angesetzt:

Morgan war ...

- während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 im Beratergremium der Bundesregierung unter der Leitung des Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber und
- unterstützt seit 2008 die Initiative *Breaking the Climate Deadlock* des früheren britischen Premierministers Tony Blair.
- Darüber hinaus wirkte sie als Begutachtungsgeditorin (Review Editor) an einem Kapitel des Fünften Sachstandsberichts des IPCC mit und
- war von Juli 2013 bis Oktober 2016 Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesregierung.
- Von 2010 bis 2017 war sie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung.
- Sie ist Ehrenmitglied bei *Germanwatch*.

Es erhebt sich die Frage, was so eine augerechnet im Äußenamt zu suchen hat, es sei denn, die Dame gibt als verlängerter Arm von Schwab dort die Richtung vor.

Verquickung von „Pandemie“ und „Klima-Notfall“

Als „Agenda Contributor“ des WEF entwickelte Morgan für die Schwab-Stiftung eine Reihe von Strategievorschlägen. Bereits im April 2020 befasste sie sich in einem Artikel mit Corona. In der damals noch „jungen“ Infektionswelle erblickte sie wörtlich **„eine nicht verpassende Chance“**. Sie schrieb:

“So wie unsere Antwort auf Covid-19 global, wissenschafts-basiert, kollaborativ und gesamtheitlich sein muss, so müssen wir auch eine Welt erschaffen, die effizient und effektiv die nächste Pandemie und andere globale Krisen wie den Klimanotfall adressiert.”

Womit klar ist, dass wir es auch künftig mit „Pandemien“ und den einhergehenden „Schutzimpfungen“ zu tun haben werden – am besten im 3-Monate-Takt. Auch ein „Klima-Lockdown“ mit Stromabschaltungen und Verkehrsbeschränkungen würde durchaus in das Konzept dieser eine Neue-Welt-Erschaffer passen.

Man kann deshalb darauf wetten, dass nach dem vorübergehenden Abflauen der „Pandemie“, bald die Klima-Hysterie, vor der wir jetzt zwei Jahre verschont wurden, wieder voll hochgefahren wird.

Hier die ausführliche Stellungnahme des außenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion:

Die politische Linke macht sich den Staat zur Beute

Ein Gastbeitrag von Petr Bystron

Die Berufung der Amerikanerin ins deutsche Außenministerium ist ein Tabubruch und zugleich ein Markenzeichen des politischen Handelns der politischen Linken. Eine Klimalobbyistin, dazu eine Amerikanerin, soll im Außenministerium deutsche Interessen vertreten?

Der Vorgang ist hoch umstritten und wirft gleich mehrere Fragen auf. Die Kritiker werfen der Außenministerin vor, eine Lobbyistin ins Ministerium zu holen. Hinzu kommt, dass es sich hierbei um eine Ausländerin handelt, deren Einbürgerung nun beschleunigt ablaufen soll, damit sie den Posten antreten kann.

Grundsätzlich wäre es begrüßenswert, wenn die Bundesregierung stärker auf Fachleute als auf altgediente Politikader setzen würde. Eine Prise frischen Wind würden dem Politbetrieb sicher nicht schaden, ebenso wie Experten an der Seite von Ministern, deren akademische Laufbahn bedenkliche Lücken aufweist. Hierbei spräche auch nichts gegen den Einsatz von Ausländern, wenn diese in ihrem Fachbereich eine in Deutschland nicht verfügbare Expertise mitbringen würden. So könnten zum Beispiel im Verkehrs- oder Landwirtschaftsministerium Experten aus anderen Ländern für einen Wissenstransfer sorgen, aus Projekten, die in deren Ländern bereits erfolgreich durchgeführt wurden und nun in Deutschland implementiert werden sollen, und hierzulande hierfür komplett die Fachexpertise fehlt.

Für solche Fälle sollte man allerdings eher den gesetzlichen Rahmen dafür schaffen, dass auch Ausländer für die Bundesregierung arbeiten dürfen, als dass man diese ad hoc einbürgert. Die beschleunigten Einbürgerungsverfahren sind zwar gesetzlich geregelt, hinterlassen jedoch stets einen faden Beigeschmack. Sie sind sogar bei Spitzensportlern in der Bevölkerung zu Recht umstritten, denn sie senden ein falsches Signal von Ungleichbehandlung und unfairer Bevorzugung aus. Die Aussage von Annalena Baerbock, die beschleunigte Einbürgerung von Jennifer Morgan hätte nichts mit dem neuen Posten zu tun, kann in diesem Kontext nur als Hohn empfunden werden.

Doch offensichtlich ist Jennifer Morgan keine solche ausländische „Fachkraft“, die über eine Expertise verfügen würde, wie sie niemand sonst in der gesamten Bundesrepublik bieten könnte. Wenn unser Land an einem Überfluss leidet, dann ist es der, an selbsternannten Klimarettern und Umweltaktivisten.

Auch ist ausgerechnet das Außenministerium am wenigsten dafür geeignet, Ausländer für führende Posten einzusetzen. Denn dessen Aufgabe ist gerade die Durchsetzung deutscher Interessen im Ausland, oft in Konkurrenz zu den Interessen anderer Länder. Hier sind die Interessenskonflikte vorprogrammiert und auch unvermeidbar. Auch aus diesem Grund sind die Auslandsaufenthalte deutscher Diplomaten zeitlich begrenzt – die Entfremdung von Deutschland soll verhindert und die Wahrung deutscher Interessen gewährleistet bleiben.

Doch neben diesen konkreten Verstößen gegen bisherige Usancen des Amtes ist der Vorgang geradezu exemplarisch für ein grundsätzliches Problem auf der politischen Meta-

Ebene. Hier manifestiert sich der rücksichtslose Missbrauch staatlicher Institutionen durch die deutsche Linke (in diesem Fall die Grünen) bei der Durchsetzung deren ideologischen Agenda. Der Sündenfall erfolgte bereits bei dem Ressortzuschnitt: Der Bereich Klimaschutz hat im Außenministerium nichts zu suchen. Die Besetzung von Klimalobbyisten in die Positionen von Staatssekretären ist natürlich ein totales no-go, jedoch eine logische Folge dieses Strukturfehlers.

Doch es ist symptomatisch für die Handlungsweise der politischen Linken: sie forciert die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen von demokratisch legitimierten Institutionen wie Ministerien und Parlamenten zu durch niemanden gewählten NGOs hin. Sie erhebt diese NGOs langfristig in Rollen, die eigentlich nur staatlich legitimierten Institutionen zustehen dürften. Dieser Prozess dauert schleichend bereits seit Jahrzehnten an und hat zur Folge, dass sich die Öffentlichkeit auf diese Rolle der NGOs gewöhnt, und diese sogar aus der Gewöhnung heraus akzeptiert, anstatt sie kritisch zu hinterfragen. Die mit unverfrorenen Selbstverständlichkeit durchgeführte Besetzung eines führenden Postens im Staatsapparat durch eine solche Lobbyistin ist der krönende Abschluss dieses Prozesses.

Der Trend ist im höchsten Maße beunruhigend, denn so wird der Mehrheitswille der Bevölkerung umgangen. Langfristig werden demokratische Prozesse ausgehöhlt. Die NGOs sind nämlich nur ihren Geldgebern verpflichtet und setzen dementsprechend deren Partikularinteressen durch – oft sogar gegen den bis dahin herrschenden gesellschaftlichen Konsens.

Besonders bedenklich wird dieser Trend, wenn er durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten bestärkt wird. Das unrühmlichste Beispiel hierfür stellt die unverblühte Manipulation der öffentlichen Meinung nach der Beschädigung des Atomkraftwerks in Fukushima dar. Obwohl der Reaktor durch eine Tsunami-Welle beschädigt wurde und niemand an den Folgen von erhöhter Radioaktivität gestorben war, sendeten die Öffentlich-Rechtlichen Sender mehrere Wochen lang reine Horror-Meldungen, die mit Archiv-Material über die Katastrophe von Tschernobyl vermischt wurden und über die ganze Zeit von „Experten“ kommentiert wurden, die wie das Magazin Focus später herausfand, allesamt von NGOs gestellt wurden, die der Atomkraft kritisch gegenüberstehen. Qualifizierte Ingenieure oder gar ein Vertreter der Atombehörde kamen nicht zu Wort. Das Ergebnis war eine gegen die Atomkraft gekippte Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit und der definitive Ausstieg aus einer Technologie, die von vielen Ländern zu den erneuerbaren Energien gezählt wird und die soeben von der EU als solche eingestuft wurde.

Doch genau diese Rücksichtslosigkeit, mit der sie ihre ideologischen Ziele durchsetzen, ist das Markenzeichen der linken politischen Bewegungen. Neben der Verlagerung von Kompetenzen von demokratisch legitimierten Institutionen auf zwielichtige NGOs gehört hierzu auch der Missbrauch von staatlichen Institutionen, sobald sie von Repräsentanten der politischen Linken beherrscht werden. Ein unrühmliches Beispiel hierfür ist der SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier, der als amtierender Präsident der Bundesrepublik Deutschland aktiv Wahlkampf für die Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten Hillary Clinton betrieben hatte, und der nach ihrer Niederlage dem Wahlsieger Donald Trump nicht zu seiner Inauguration zum US Präsidenten gratuliert hatte.

Aus den geschilderten Gründen ist die Berufung der Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan auf einen Topposition im Auswärtigen Amt mehr als nur eine Laune einer überambitionierten Außenministerin, die den Anspruch hat, das Weltklima zu retten. Die Berufung der Klimalobbyistin ist ein Tabubruch.

Daß die Greenpeace-Chefin mit der Annahme ihrer Berufen gegen die Statuten ihres bisherigen Arbeitgebers verstößt, ist dabei nur eine weitere böse Pointe. Dort heißt es: „Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Deshalb müssen Greenpeacer*innen jeden potenziellen, tatsächlichen oder den Anschein eines Interessenkonflikts vermeiden“.



Petr Bystron ist Politikwissenschaftlers (Ludwig-Maximilian-Universität München) und Außenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Sein neustes Buch „MEGA – Make Europe Great Again“ aus dem Manuscriptum Verlag können Sie [hier bestellen](https://www.europa-shop.net/index.php?route=product/product&path=33_60&product_id=56).

https://www.europa-shop.net/index.php?route=product/product&path=33_60&product_id=56

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Scholz – als Kanzler völlig talentfrei, international einfach nur peinlich

11. 02. 2022



Bild: Die Zeit Ampel-Koalition im absoluten Umfragetief

Nach knapp 2 Monaten im Amt hat die Ampel-Regierung mit „üblen“ Umfragewerten zu kämpfen. Die Bevölkerung stellt dem ROT-GRÜN-GELBEN Bündnis in einer Forsa-Umfrage kein gutes Zeugnis aus.

Im „Trendbarometer“ von RTL und NTV zeigten sich nur 30 Prozent der Befragten mit der bisherigen Arbeit der „bunten“ Koalition zufrieden. Allerdings waren 64 Prozenten weniger oder gar nicht zufrieden.

SPD und GRÜNE Wähler mit Arbeit zufrieden

Die Regierung die noch nicht einmal 100 Tage im Amt befindlich ist, torkelt von einem Fettnapf in den Nächsten. Die Werte der Umfragen sind durchaus als katastrophal zu bezeichnen.

Polit-Analyst Tilman Mayer hat gegenüber dem *Focus* erklärt, „Kanzler Scholz müsse nun unbedingt in die Offensive gehen“.

Mit der fragwürdigen Arbeit der Ampel einverstanden zeigen sich wenig erstaunlich die Wähler von SPD und Grünen, zu 74 bzw. 76 Prozent. Bei den FDP Wählern sind allerdings nur zu 31 Prozent mit der Regierungsarbeit zufrieden.

In der öffentlichen Wahrnehmung, sprich medialen Präsenz und da wird offenbar von der Bevölkerung nicht nach Inhalten oder qualitativen „Merkmalen“ unterschieden, ist das Ranking wie folgt:

Seite A 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Annalena Baerbock (GRÜNE) 50 %

Olaf Scholz (SPD) 45%

Robert Habeck (GRÜNE) 35%

Christian Lindner (FDP) 32%

Karl Lauterbach (SPD) 29%

Von der Wählerschaft wird offenbar auch der Umgang der Regierung mit der Ukraine-Krise recht kritisch beäugt. Immerhin sind dabei 67 Prozent unzufrieden, nur SPD Anhänger erklären sich wenig erstaunlich mit 52 Prozent zufrieden.

Vom anfänglich „frischen politischen Wind“ ist wenig geblieben

Von der mancher Orts vorhandenen „Euphorie“ angesichts des vielbeachteten Instagram-Selfies von Baerbock, Lindner, Wissing und Habeck Ende September, zwei Tage nach der Wahl, blieb nun nicht viel übrig.

Es hatte damals mit dem Hintergrund des Machtwechsels, der „Post-Merkel“- Ära, Aufbruch, frischen Wind und neuen Stil, signalisiert. Zumindest war eine gewisse Neugierde und auch teilweise Euphorie in der Bevölkerung erkennbar gewesen.

Nach nur 2 Monaten folgt Ernüchterung

Während die Minister des Kabinetts Scholz sich von einer „Peinlichkeit“ in die nächste stürzen, Lauterbach ist hierfür eine „Bank“, verstrickt man sich auch gerne immer wieder in Widersprüche vor allem zum alles beherrschenden Thema Pandemie und tapst von einem „Fettnapf“ in den Nächsten.

Der Kanzler selbst, wenn er sich nicht gerade beim Treffen mit USA Präsident Biden blamabel und wenig souverän zeigt, ist ansonsten auf „Tauchstation“.

Das Resultat ernüchternd, Scholz, einer aktuellen Civey-Umfrage im Auftrag des *Focus* zufolge, wird von 71 Prozent der Befragten mangelnde Führungsstärke attestiert. Weitere 77 Prozent bewerten die Kommunikation der Ampel als negativ.

Bei rund 60 Prozent herrscht der Eindruck vor, es gäbe gravierende Mängel sowohl in der Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Corona-Politik der Regierung.

Selbst die Energiepolitik der „linken Welt-Rettungsmannschaft“ bewerten mehr als zwei Drittel der Befragten als unzureichend.

Dazu erklärt auch Tilman Mayer gegenüber dem *Focus*, „wenn man einmal derart abgesunken ist, ist es schwer, eine gegenteilige Stimmung aus dem Hut zu zaubern.“

Viele Worte – wenig bis keine Taten

Dazu erklärt Mayer folgerichtig, „bisher hat man sich um Überschriften gekümmert, Koalitionsvertragstexte sozusagen, jetzt geht es um die Mühen der Ebene.“ Die Ampel

Seite A 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

müsse nun all ihre geplanten Projekte und den dazu notwendigen Politikprozess anstoßen und umsetzen, so Mayer.

Es läge angeblich am „ideologischen Ballast“ aus der Merkel-Ära, mit dessen Beseitigung man sich schwer tue. Man müsse die Mitarbeiter motivieren, damit der „Input von der obersten Eben (Ministern und Staatssekretären) nicht verwässert wird.

Hierbei wäre allerdings an zu merken, dass die Sache mit dem „ultimativen“ Linksruck offenbar doch nicht so zackig um zu setzen ist wie man das gerne hätte.

Klarer Fall von „unterschätzt“, Oppositionsgeplänkel und die damit untrennbar verbundene „Kritik-Endlosschleifenpolitik“ haben wenig mit dem zu tun, was man an der Spitze an Umsicht und Vorausschau an den Tag zu legen hat.

Dort „oben“ weht ein rauer Wind, da braucht es eine verlässliche Mannschaft an Bord, die mit der momentanen Truppe klar nicht gegeben ist. „Möchte gern“ heißt lange nicht ich mach es gut, der Linken bläst somit die steife Brise schon binnen kürzester Zeit brutal ins Angesicht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) FDP-Abgeordnete feiern geplante Werbefreigabe für Abtreibungen in peinlicher Party-Laune (Video)

09. 02. 2022



Peinlicher geht es wohl kaum: FDP-Abgeordnete feiern mit Maske und Kopfab-Gesten die geplante Werbefreigabe für Abtreibungen

Von DAVID BERGER | Bei der Neugestaltung des § 219 a handelt es sich um einen der sensibelsten Bereiche unserer Rechtsgebung überhaupt, denn es geht um den Schutz des Lebens. Dass FDP-Abgeordnete die von ihnen geplante Änderung nun mit einem Party-Video und Kopfab-Gesten feiern, zeigt die moralische Verwahrlosung dieser Politiker und eines gewichtigen Teils ihrer Partei.

Werbung für eine Straftat bislang untersagt

„Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise

- 1. eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder*
- 2. Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung*

anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Seite A 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

... so der § 219 a, der zum Gesamtkomplex der „Straftaten gegen das Leben“ gehört. Damit wird die Werbung für die nach wie vor als Straftat geltende Abtreibung untersagt. Die neue Regierung, die im Zusammenhang ihrer Corona-Politik immer wieder vorgibt, Leben schützen zu wollen, will diesen Paragraphen nun ändern. Und stößt damit in ein hochsensibles Gebiet vor...

Federführend bei der sinisteren Sache wiederum ein FDP-Mann. Die Tagesschau berichtete schon vor zwei Wochen:

„Der Strafrechtsparagraf zum Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche soll aufgehoben werden. Dafür legte Bundesjustizminister Marco Buschmann nun einen Entwurf für die Aufhebung des Paragraphen 219a vor, der die „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ verbietet.“

Die schwerwiegende Sache, um die es hier geht, scheint einigen FDP-Abgeordneten, die mit über die Streichung dieses Paragraphen abstimmen werden, überhaupt nicht bewusst zu sein. Sonst wäre folgendes Party-Video mit der Kopfab-Geste gar nicht erst entstanden, geschweige denn stolz verbreitet worden:

Würdelos, pietätlos und menschenverachtend

„Wie man auch immer zu der Debatte zu 219a stehen mag: Dieses Party-Video inkl. Kopfab-Geste von mehreren FDP-Abgeordneten ist würdelos, pietätlos und menschenverachtend. Wer so etwas publiziert, dem fehlt die ethische und moralische Reife für ein Mandat im Deutschen Bundestag“ – so Felix Leidecker (CDU).

twitter.com/i/status/1490838584181415940



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) US-Präsident Biden droht Deutschland indirekt: Kein Gas aus Russland!

08. 02. 2022



Sleepy Joe Biden zu Olaf Scholz: "Entweder Deutschland zieht bei den Russland-Sanktionen mit oder Eure Heizung bleibt kalt!" (Screenshots Tagesschau & Bildmontage unser-mittleuropa)

Wer es immer noch nicht begriffen hat: Deutschland ist eine Kolonie der USA. Jetzt droht der senile Herrscher der Kolonialmacht seinem Protektorat Deutschland ganz offen:

„Wenn Russland in der Ukraine einmarschiert wird es keine Nord Stream 2 mehr geben“

Das erklärte US-Präsident Joe Biden dem deutschen Kanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Washington. Ganz unverhohlen drohte „Sleepy Joe“ damit, Nord Stream 2 „ein Ende zu setzen“, falls Russland die Grenze zur Ukraine überschreiten sollte, wie die [Medien berichten](#).

Wie die USA das Pipeline-Projekt zu verhindern gedenken ließ er offen.

Darunter kann man sich so manches vorstellen:

Sowohl dass US-Truppen oder eine von den USA bezahlte Söldnertruppe in einer geheimen Kommandoaktion die Pipeline sprengen oder sonst wie unbrauchbar machen, z.B. indem sie sie durch Cyberattacken lahmlegen.

Seite A 70 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Oder indem die USA Deutschland so unter Druck setzen, dass sie das Projekt von sich aus einstellen (müssen), da die USA sonst auch Deutschland sanktioniert.

Jedenfalls droht die USA auf diese Art eher Deutschland als Russland. Deutschland muss sich also noch stärker gegen Russland stellen, wenn es nicht Gefahr laufen will, dass die deutschen Heizungen künftig kalt bleiben und die Deutschen noch stärker von den USA und deren Flüssiggas-Lieferungen abhängig werden wollen.

Die Intention der USA ist klar:

Sie wollen einerseits ihre Macht bis knapp vor Moskau ausdehnen und mit ihren Nato-Partnern direkt an die Russische Grenze heranrücken. Ein Vorgehen, das 1962 unter umgekehrten Vorzeichen schon einmal beinahe zu einem neuerlichen Weltkrieg geführt hätte, als die UdSSR Raketen auf Kuba stationieren wollten. Damals blockierte die USA den Seeweg für russische Schiffe bereits 900 km vor Kuba (das ist größer als die Entfernung Kiew-Moskau).

Sie wollen vor allem die Lieferung von russischem Gas nach Europa verhindern sondern lieber ihr eigenes Flüssiggas nach Europa verkaufen und die Europäer davon abhalten sich mit russischen Rohstoffen zu versorgen.

Der deutsche Kanzler musste sich bei seinem Antrittsbesuch von den USA klipp und klar zeigen lassen wer in Berlin immer noch das Sagen hat. Die Ampel-Koalition ist es jedenfalls nicht, wie man an Scholz erkennen konnte, der selbst vor dem greisen Biden wie ein hilfloser, kleiner Schulbub vor dem Direktor wirkte.

Scholz vermied es zwar das Thema Russland Sanktionen mittels Gaspipeline-Boycott anzusprechen, wohl im Wissen darum, dass man sich in Deutschland damit selber ins Knie schießen würde. Dennoch blieb Scholz nichts anderes übrig als mit Biden mitzuziehen und Einigkeit mit den USA zu zeigen und „gemeinsam das Gleiche zu sagen, gemeinsam zu handeln“.

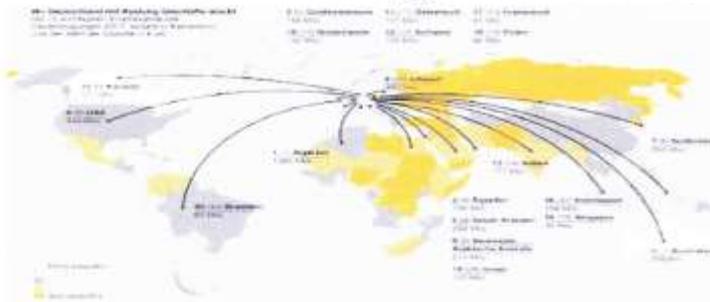
Dabei wäre es höchste Zeit dass sich Deutschland endlich – mittlerweile 77 Jahren nach dem Kriegsende – auch aus dem Würgegriff der transatlantischen Besatzungsmacht befreit und wieder selbständig und souverän entscheidet – auch darüber, woher es seine Energie bezieht. (*Transdanubier*)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Nie wieder Krieg, ohne uns – meint Ed Koch



Nie wieder Krieg, ohne uns!



Grafik: Greenpeace

Der Kabarettist Wolfgang Neuss (1923-1989) brachte es schon vor vielen Jahren auf den Punkt. Nach dem Krieg hieß es „Nie wieder Krieg“, als 1955 die Bundeswehr gegründet wurde, sagten viele zur Wiederbewaffnung Deutschlands, „Nie wieder!“ Und wenig später: „Nie wieder Krieg, ohne uns!“ Die Waffenschmieden in Deutschland schmissen ihre Produktionen an und liefern seitdem in alle Welt. Die Grafik von Greenpeace aus dem Jahre 2017 hat sich bis heute wenig verändert.

„2020 wurden Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 5,8 Milliarden Euro erteilt. Der Anteil von EU-Ländern lag bei 32,7 Prozent, der von NATO- und NATO-gleichgestellten Ländern bei 17,2 Prozent und der von Drittländern bei 50,1 Prozent. Laut SIPRI-Daten war Deutschland 2019 mit einem Weltmarktanteil von 4,4 Prozent hinter den Vereinigten Staaten (39,5%), Russland (17,3%), Frankreich (12,4%) und China (5,2%) der fünfgrößte Waffenexporteur.“ Quelle: Wikipedia

Ausführliche Informationen unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_R%C3%BCstungsexport

https://www.greenpeace.de/ueber-uns/leitbild/geschaeft-tod?Banner-ID=0818012015001047&gclid=EA1a1QobCHM16ML-w-j9QIV-mOf3Ch3lhwqdEAAYASAAEgJhAvD_BwE

Gegenwärtig gerät die Diskussion, ob Deutschland Waffen an die Ukraine liefern sollte, etwas aus dem Ruder. Man kann sich über 500 Helme lustig machen, soweit ich weiß, hat die Ukraine aber genau darum gebeten. Ja, auch um richtige Waffen. Es entsteht der Eindruck, dass ohne deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine diese im Falle eines Angriffs durch Russland wehrlos wäre. Sollte Russland die Ukraine tatsächlich angreifen, würden auch deutsche Waffen wenig helfen. Es wäre für Russland ein Leichtes, das Land unter Kontrolle zu bringen, wobei man eigene Verluste in Kauf nähme. Es kann doch nicht darum gehen, die Ukraine aufzurüsten. Das Land hat keine Chance gegen Russland. Es kann nur darum gehen, Russland klarzumachen, dass die Konsequenzen für die russische Wirtschaft und demzufolge auch für die Menschen verheerend wären.

Die Frage ist nicht, was alles auf dem berühmten Sanktionstisch liegt, sondern ob die Sachen auch eingesetzt werden. Die Krim war ein Test, der im Sinne Russlands verlaufen ist. Die Sanktionen sind im Schwarzen Meer versunken.

Olaf Scholz ist in dieser Krise m.E. nicht der richtige Mann. Wir brauchen keine wandelnde Schlaftablette, sondern jemand, der nicht nur etwas auf den Tisch legt, sondern auch draufhaut, dass es kracht. Scholz strahlt einfach nicht die notwendige Entschlossenheit aus. Einerseits. Andererseits, was soll er anderes tun als drohen? Das hätte auch der Basta-Kanzler Gerhard Schröder gemacht, bloß eben mit mehr Schmackes.

Leider hat sich Schröder in den falschen Mann verliebt. Dass sich Ex-Politiker lukrative Jobs in der Wirtschaft suchen, weil sie kurz vor dem Hungertod stehen, ist nichts Neues. Ein ehemaliger Bundeskanzler kann doch aber nicht Spitzenmanager in einem Staatskonzern eines anderen Landes werden. Wenn Schröder wirklich so ein guter Freund von Putin ist, wie er behauptet, hätte er längst einmal mit ihm Tacheles reden müssen. Freundschaften zeichnen sich durch Ehrlichkeit und nicht Unterwürfigkeit aus.

Auch wenn Deutschland dem Prinzip, nicht in Krisenregionen Waffen zu liefern, nicht immer treu geblieben ist, im Falle Ukraine sollte darauf verzichtet werden. Irgendwer sagte einmal, wenn Waffen nicht in Krisengebiete geliefert werden sollen, wohin denn sonst? Am besten wäre es aber, wenn Deutschland gar keine Waffen exportieren würde. Um Arbeitsplätze zu sichern, wird sich darauf niemand einlassen. Beteiligen wir uns also weiter an allen Kriegen dieser Welt und fordern mit betroffener Miene Frieden auf Erden.

Ed Koch

09) „Grünen“-Chef fordert im Bundestag: „Teile der Scharia sollen angewendet werden“

07. 02. 2022



Der Chef der Grünen Omid Nouripour | *Foto: wikimedia commons*

Die Regierungsbeteiligung der Grünen verleiht nicht nur der Migration, sondern auch der damit einhergehenden Islamisierung einen weiteren Turboschub. Der neue „Grünen“-Chef Omid Nouripour glaubt, oder glaubt zu glauben, sich jetzt kein Blatt mehr vor den Mund nehmen zu müssen und posaunt im Bundestag das hinaus, was ohnehin ein Herzensanliegen jedes Grünen ist. Nämlich Deutschland weiter zu islamisieren. Der gottesfürchtige Parade Grüne wörtlich:

„Unser Job ist es dafür zu sorgen, dass die Teile der Scharia, die mit dem Grundgesetz vereinbar sind, auch angewendet werden können!“

Sehen Sie hier im Video, wie Personen, die die Islamisten-Szene einst gut kannten, wie Irfan Peci, das Vorbreschen Nouripours beurteilen und hervorragend analysieren:

<https://www.youtube.com/watch?v=D-MaZ7kT1TM>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Berlin – Was macht eigentlich der neue Senat?, fragt Ed Koch uns gibt zugleich die Antwort!



paperpress

seit 1976

Nr. 598-09

6. Februar 2022

47. Jahrgang



Was macht eigentlich der neue Senat?

DER NEUE SENAT VON BERLIN			
	Franziska Giffey Regierende Bürgermeisterin von Berlin	Bettina Jarasch Bürgermeisterin Umwelt, Möbiel, Verbraucher und Klimaschutz	Klaus Lederer Bürgermeister Kultur und Europa
Iris Spranger Homes, Digitalisierung und Sport	Daniel Weisner Finanzen	Karja Kipping Integration, Arbeit und Soziales	Andreas Geisel Stadtentwicklung, Bau und Wohnen
Ulrike Gole Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichberechtigung	Lena Kreck Justiz, Verkehr und Arbeitsministerin	Stephan Schwarz Wirtschaft, Energie und Schulen	Astrid-Sabine Basse Bildung, Jugend und Familie

Abbildung: Senatskanzlei Berlin

Der neue Senat ist erst 47 Tage im Amt, bis zur 100-Tage-Bilanz am 31. März ist noch etwas Zeit. Bis dahin haben wir vielleicht die Namen der Neuen gelernt und sind ihnen in den Medien begegnet. Der Landespolitikreporter der *rbb-Abendschau*, **Boris Hermel**, bejubelte den „neuen Stil“, der ins Rote Rathaus eingezogen sei. Indiz für Hermel war die Erwähnung aller Senatoren in der ersten Regierungserklärung von **Franziska Giffey**.

Giffey erwähnt gern ihre Senatsmitglieder, um deutlich zu machen, wer Köchin und wer die Kellner sind. So verbreitete sie zu Beginn der Winterferien über Facebook die Mitteilung: „Post ist abgearbeitet und ich melde mich für 4 Tage vom Dienst ab. Danke an meine beiden stellvertretenden Bürgermeister **Bettina Jarasch** und **Klaus Lederer** fürs Stellung halten.“ Sehen wir einmal davon ab, dass die Post im Büro der Regierenden Bürgermeisterin nie abgearbeitet sein kann, weil jeden Tag reichlich hinkommt, offenbart Giffeys Post einiges über ihren Führungsstil. Der neue Stil im Roten Rathaus, wie es Herr Hermel auszudrücken pflegt.

Hätte **Michael Müller** so eine Mitteilung verbreitet, wäre er tagelang in *Maroldts Tagesspiegel-Newsletter* hoch und runter verarscht worden. Was Giffey vielleicht nett meinen mag, wenn sie von „ihren stell-

vertretenden Bürgermeistern“ spricht, sehen die Betroffenen nicht ganz so entspannt, weil die gewünschte Augenhöhe nicht erkennbar wird.

Klaus Lederer als „alter Hase“ mit Senatserfahrung mag das noch locker sehen, **Bettina Jarasch** wohl weniger. So lesen wir im *Tagesspiegel*, dass Frau Jarasch ihren Ärger über Giffey Luft machte. „Ständig neue Botschaften: Berlins Verkehrs-senatorin Jarasch kritisiert das Auftreten der Senatschefin. Sie und andere Grüne fremdeln mit Giffeys Regierungsstil.“

Das Problem, das hier zu Tage tritt, beruht vornehmlich darauf, dass Giffey selbst kein Ressort im Senat übernommen hat, mit dem sie sich profilieren kann. Ihre Vorgänger **Klaus Wowereit** und **Michael Müller** kümmernten sich recht erfolgreich um Kultur, Wissenschaft und Forschung.

Giffey will sich den Rücken freihalten und erklärt ihre wichtigen Fragen immer mal wieder zur „Cheffinnensache“. Auch wenn die Regierende Bürgermeisterin formal die Richtlinienkompetenz hat, ist sie in einer Koalition, dazu noch in einer, die aus drei Partnern besteht, eher Gleiche unter Gleichen (*pares inter pares*) als Erste unter Gleichen (*primus inter pares*).

Die SPD ist die einzige Partei, die eine zwei vor dem Wahlergebnis zu stehen hat, also zweifelsohne die „führende Kraft“, wie es Multifunktionsgenosse **Raed Saleh** immer so schön formuliert. Das nützt aber nichts, denn nur im Einklang kann der Senat etwas bewegen. Sozialarbeiter sprechen gern davon, dass alle mitgenommen werden müssen. Politik ist eben auch Psychologie.



Giffey mischt sich gern in andere Ressorts ein und nimmt ebenso gern an Pressekonferenzen teil, bei denen die Anwesenheit des Fachsenators ausreichen würde. Wie lange das gut geht, werden wir sehen.

Was auf der ersten Klausurtagung des Senats offenbar nicht besprochen wurde, ist die Präsentation der Ergebnisse aus den Sitzungen des Senats in der anschließenden Pressekonferenz. So verbreitete Wirtschaftssenator **Stephan Schwarz**, dem man zugehört haben muss, kein Politiker zu sein, eine Pressemitteilung zur Infektionsschutzverordnung, bevor diese offiziell in der Senatspressekonferenz vorgestellt werden konnte. Schwarz hat seine Lektion gelernt und wird sich vermutlich demnächst zurückhalten. Dieser Vorgang ist aber immer noch unproblematischer als der frühere Zustand, als Senatsmitglieder aus der laufenden Sitzung heraus die Medien informierten und diese schon wussten, worum es gehen wird, bevor die Pressekonferenz begann.

Da es natürlich wichtig ist zu wissen, wer diese Stadt regiert, wollen wir Ihnen die Senatsmitglieder im Einzelnen vorstellen, wozu wir uns des offiziellen Textes des Senats bedienen, also ohne Gewähr auf Richtigkeit und Vollständigkeit. Mit Lebensläufen hat man ja gewisse Erfahrungen sammeln können. *„Der Senatskanzlei sind Transparenz und Datenschutz wichtig. Um sowohl dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit als auch dem Personalaktenschutz Rechnung zu tragen, handelt es sich bei den wiedergegebenen Lebensläufen nicht um wörtliche Wiedergaben aus den amtlichen Personalakten der Senatskanzlei, sondern um freiwillige Angaben der dargestellten Personen selbst.“*

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin - Senatskanzlei Franziska Giffey (SPD)

Franziska Giffey (geb. Süllke) wurde 1978 in Frankfurt/Oder geboren. Ihr Abitur legte sie im Jahr 1997 am „Werner-Seelenbinder-Gymnasium“ in Fürstenwalde/Spree ab. Nach dem Abitur nahm sie ein Lehramtsstudium mit den Fächern Englisch und Französisch an der Humboldt-Universität Berlin auf. Von 1998 bis 2001 absolvierte sie ein Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR). Während des Studiums war sie im Jahr 2000 mehrere Monate als Mitarbeiterin im Büro des Bezirksbürgermeisters von Lewisham (Dave Sullivan, Labour Party) in London tätig. Nach Beendigung ihres Studiums zur Diplom-Verwaltungswirtin arbeitete Franziska Giffey von 2001 bis 2002 im Büro des Bezirksbürgermeisters von Treptow-Köpenick (Klaus Ul-

bricht, SPD) in Berlin. Darauf folgend war sie von 2002 bis 2010 Europabeauftragte des Berliner Bezirks Neukölln. Neben ihrer Tätigkeit als Europabeauftragte absolvierte Franziska Giffey von 2003 bis 2005 ein Studium zum Master of Arts (M.A.) für Europäisches Verwaltungsmanagement an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR). 2003 war sie darüber hinaus Mitarbeiterin bei der Vertretung des Landes Berlin bei der Europäischen Union in Brüssel und im Jahr 2005 Mitarbeiterin bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. Zwischen 2004 und 2009 war sie außerdem als Dozentin für EU-Fundraising, EU-Belieferrecht, EU-Förderprogramme und Europäisches Projektmanagement an der Verwaltungsakademie Berlin, an der Akademie für öffentliche Verwaltung des Freistaates Sachsen, beim Studieninstitut des Landes Niedersachsen, beim Zentralen Fortbildungsinstitut des Hessischen Ministeriums des Innern, beim Kommunalen Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern, an der European School of Governance Berlin und an der Akademie des Deutschen Beamtenbundes (dbb Akademie) tätig.

Vom 1. September 2010 bis zum 15. April 2015 war Franziska Giffey Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport des Bezirks Neukölln von Berlin. Am 15. April 2015 wurde sie von der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln zur Bürgermeisterin des Bezirkes Berlin-Neukölln gewählt. Als Bezirksbürgermeisterin war sie zugleich Leiterin der Abteilung Finanzen und Wirtschaft.

Franziska Giffey trat 2007 der SPD bei und war von 2014 bis 2018 Kreisvorsitzende der SPD-Neukölln. Von Dezember 2019 bis Dezember 2021 war sie auf Bundesebene Mitglied im SPD-Parteivorstand. Seit dem 27. November 2020 ist Franziska Giffey gemeinsam mit Raed Saleh Landesvorsitzende der SPD Berlin. Am 14. März 2018 wurde Franziska Giffey als Bundesfamilienministerin ernannt und vereidigt, am 19. Mai 2021 ist sie als Bundesministerin zurückgetreten. Franziska Giffey wurde in ihrem Rudower Wahlkreis in Neukölln direkt zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt.

Seit dem 21. Dezember 2021 ist Franziska Giffey die Regierende Bürgermeisterin von Berlin.

Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Bettina Jarasch (Grüne)

1968 geboren in Augsburg, verheiratet, zwei Kinder. 2000- 2009 Referentin, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. 2009-2011 Mitglied im Berliner Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. 2011-



2016 Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Berlin. 2013–2018 Mitglied des Bundesvorstands Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2016 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. 2016–2021 Sprecherin für Religionspolitik sowie für Integration und Flucht. 2020–2021 Spitzenkandidatin Bündnis 90/Die Grünen für die Abgeordnetenhauswahlen 2021. Seit 21.12.2021 Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz in Berlin. Mitglied Bündnis 90/Die Grünen. Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZDK). Mitglied des Pfarreirats der Pfarrei Bernhard Lichtenberg, Mitte.

Senator für Kultur und Europa Dr. Klaus Lederer (Linke)

Geboren am 21.03.1974 in Schwerin. 1980–1988 Polytechnische Oberschule. 1988–1992 Spezialschule math.-naturwiss.-techn. Richtung, Abitur. 1992–1993 Angestellter mit dem Tätigkeitsfeld eines Jugendsozialarbeiters. 1993–1998 Studium der Rechtswissenschaften und 1. Juristische Staatsprüfung. 1999 Zivildienst. 2000–2004 Promotion zum Dr. jur. an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. 2004–2006 Referendariat im Bezirk des Kammergerichts Berlin, 2. Juristische Staatsprüfung. Seit 2006 Rechtsanwalt, seit Amtsantritt Berufsausübungsverbot gem. § 47 Abs. 2 BRAO.

1995 Bezirksverordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS im Bezirk Prenzlauer Berg. 2003–2017 sowie seit 2021 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, zuletzt als rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion. 1992 Eintritt in die PDS. 2000 Stellvertretender Bezirksvorsitzender der PDS in Pankow. 2003 Stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Berlin. 2005 Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS in Berlin. 2007–2016 Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Berlin. 2012–2018 Mitglied im Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Mitgliedschaften: Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V. (RAV), ver.di, Mehr Demokratie e.V., Volkssolidarität Berlin, VVN-BdA Pankow, Queer Nations Berlin, Helle Panke Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung, SchwuZ e.V., CSD Berlin e.V., KVOST – Kunstverein Ost e.V.

Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Astrid Busse (SPD)

Geboren am 23. Oktober 1957 in Berlin. 1992–2021 Schulleiterin an der Grundschule in der Köllnischen Heide, 1986–1992 Lehrerin an der Hans-Fallada-

Schule (Förderschule). 1985 Lehrerin an der Peter-Petersen-Schule. 1984 Lehrerin an der Hans-Fallada-Schule (Förderschule). Studium und Ausbildung 1976–1980 Studium der Geografie auf Lehramt an der Pädagogischen Hochschule Berlin. 1982–1984 Referendariat an der Steinwald-Schule in Marienfelde (Grundschule). 1976 Abitur an der Luise-Henriette-Schule (Gymnasium) Berlin. Mitgliedschaften SPD (seit 2021), Langjährige Vorsitzende des IBS Interessenverbands Berliner Schulleitungen, Mitglied der Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin, Mitglied der Facharbeitsgruppe Schulraumqualität, Langjähriges Mitglied im Migrationsbeirat Neukölln.

Senator für Finanzen Daniel Wesener (Grüne)

Geboren am 5. Dezember 1975 in Hamburg. Seit 2019. Sprecher für Finanzen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seit 2016 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Parlamentarischer Geschäftsführer, Sprecher für Haushalt und Kultur der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. 2011–2016 Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Berlin. 2006–2011 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, zuletzt als Fraktionssprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. 2003–2011 Mitarbeiter des Deutschen Bundestages bei Hans-Christian Ströbele (MdB). 1996–2006 Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Mittelalterlichen Geschichte und Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am College of William & Mary, Williamsburg/Virginia, USA. 1995–1996 Zivildienst am Hospital zum Heiligen Geist, Hamburg. 1995 Abitur am Albert-Schweitzer-Gymnasium, Hamburg. Mitgliedschaften Bündnis 90/Die Grünen.

Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport Iris Spranger (SPD)

Geboren am 19.09.1961 in Halle/Saale. 2006–2011 Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen. Seit 2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin – Bauen-, Mieten- und wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Wahlfrau der Bundesversammlungen 2012 und 2017. 1999–2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin – stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Mitglied in Hauptauschuss und Ältestenrat, haushaltspolitische Sprecherin. 1994–2006 Freie Dozentin für Steuerrecht und kaufmännische Software an der Handwerkskammer Potsdam. 1994 Gründung eines eigenen Unternehmens im Bereich Finanzbuchhaltung. 1993 Bilanzbuchhalterin. Studium und Ausbildung: 1986–1991 Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt-



Universität Berlin. Mitgliedschaften und Funktionen: seit 1994 Mitglied der SPD, SPD Berlin – stellvertretende Landesvorsitzende, SPD-Marzahn-Hellersdorf – Kreisvorsitzende, Victor-Klemperer-Kolleg – 1. Vorsitzende, und in weiteren Vereinen.

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Katja Kipping (Linke)

Geboren am 18.01.1978 in Dresden. 2005–2021 Mitglied des Bundestages, Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag. 2012–Februar 2021 Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE. 2010–2012 Vorsitzende des Bundestagsausschusses Arbeit und Soziales. 2003–2012 Stellvertretende Parteilvorsitzende. 1999–2003 Stadträtin in Dresden. 1997–2003 Studium in Slawistik / Amerikanistik / Rechtswissenschaft an der TU Dresden mit dem Abschluss Magister. 1996–1997 Freiwilliges Soziales Jahr in Gatschina, Russland mit dem Freiwilligendienst Initiative Christen für Europa, ICE e. V. 1984–1996 Schulzeit, Abschluss mit Abitur am Annengymnasium in Dresden.

Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung – Prof. Dr. Lena Kreck (Linke)

Geboren 1981. 2007 Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin (erstes juristisches Staatsexamen). 2008 Masterstudienangabe Medizin-Ethik-Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 2009–2015 Promotion am Zentrum für Europäische Rechtspolitik der Universität Bremen mit der Arbeit „Exklusionen/Inklusionen von Umweltflüchtlingen“. 2015–2017 Rechtsreferendariat beim Kammergericht Berlin und zweites juristisches Staatsexamen in Berlin, u.a. mit Station bei der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung. 2018–2019 Vertretungsprofessorin im Fach Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Koblenz. 2019–2021 Professorin für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Recht und Gesellschaft an der Evangelischen Hochschule Berlin

Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Andreas Geisel (SPD)

Geboren 1966 in Berlin, verheiratet und Vater von zwei Töchtern. 2016–2021 Senator für Inneres und Sport von Berlin. 2014–2016 Senator für Stadtentwicklung und Umwelt von Berlin. 2011–2014 Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg und Leiter der Abteilung Wirtschaft, Personal und Finanzen. 2006–2011 Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr; Stellvertretender Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg. 1995–

2006 Bezirksstadtrat für Bau- und Wohnungswesen, Bezirksstadtrat für Bauen, Immobilien und Umwelt, Bezirksstadtrat für Umwelt und Gesundheit. 1994–1995 Consultant in der Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft "Price Waterhouse", Bereich Public Services, Berlin. 1990–1992 Deutsche Bundespost Telekom, Oberpostdirektion Berlin, Immobilienabteilung.

Studium und Ausbildung: 1992–1995 Humboldt-Universität zu Berlin, Volks- und Betriebswirtschaftslehre. 1986–1990 Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" in Dresden, Ökonomie des Nachrichtenswesens. 1982–1985 Berufsausbildung mit Abitur zum Facharbeiter für Nachrichtentechnik in Neubrandenburg. 1972–1982 Polytechnische Oberschule in Berlin

Arbeit in der SPD: 1990 Eintritt in die SPD. 1996–2012 Mitglied des Landesvorstands der SPD Berlin. 1996–2012 Kreisvorsitzender der SPD Lichtenberg seit 2016 Stellv. Landesvorsitzender der SPD Berlin. Weitere Gremien: Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Bäderbetriebe (BBB), Aufsichtsratsvorsitzender der Olympiastadion Berlin GmbH, Aufsichtsratsvorsitzender der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG.

Sonstige Tätigkeiten und Vereinsmitgliedschaften: Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V., Arbeiterwohlfahrt und Volkssolidarität, Freundeskreis des Theaters an der Parkaue, Förderverein von Tierpark und Zoo Berlin, Bürgerverein Karlshorst, Förderverein des Mies-van-der-Rohe-Hauses Berlin, Stiftungsrat der Stiftung Hilfe für Opfer der NS Willkürherrschaft in Berlin und Brandenburg, Kiezspinne FAS Nachbarschaftlicher Interessenverbund e.V., Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.

Senator für Wirtschaft, Energie und Betriebe Stephan Schwarz (für SPD)

Geboren am 15.05.1965 in Berlin. Ausbildung: Ernst-Moritz-Arndt Gymnasium, Berlin (1983), Studium Geschichtswissenschaften, Philosophie, Freie Universität Berlin (1984–1986), Studium Geschichtswissenschaften – Université de Paris IV (Sorbonne) (1987–1989), Abschluss maîtrise (Magister) (1989).

Beruflicher Werdegang: seit 1990 nach ersten Berufserfahrungen im Paris Verlag L'Arche éditeurs im Familienunternehmen GRG tätig. 1996–2021 Geschäftsführender Gesellschafter der GRG. Ehrenamtliche Tätigkeiten und Mandate: Mitglied des Vorstands im Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (am 20.12.2021 niedergelegt),



Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Volksbank eG (am 20.12.2021 niedergelegt), Vorstandsvorsitzender der ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin e.V. (am 18.01.2022 niedergelegt), Stellvertreter der Aufsichtsratsvorsitzender der Signal Iduna Allgemeine Versicherung AG (am 20.12.2021 niedergelegt), Mitglied des Aufsichtsrates der Signal Iduna Holding AG (am 20.12.2021 niedergelegt), Vorsitzender des Fördervereins Jugendkunst und Kulturzentrum Schlesische 27, Vorsitzender des Vorstandes der Julius-Lessing-Gesellschaft e.V., Mitglied des Vorstandes des Förderkreises der Deutschen Oper Berlin, Vorsitzender des Aufsichtsrates der MKH Michels Kliniken Holding SE (am 20.12.2021 niedergelegt), Ehrenpräsident der Handwerkskammer Berlin Mitglied im Rat der Arbeitswelt (am 20.12.2021 niedergelegt).

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Ulrike Gote (Grüne)

Geboren am 26.10.1965 in Trier. 1985 Abitur am Angela-Merici-Gymnasium in Trier. 1994–1998 Promotionsstudium auf dem Gebiet Hydrologie/Umweltökonomie an der Universität Bayreuth (ohne Abschluss). 1989–1990 Studium Environmental Sciences an der University of East Anglia Norwich, GB. 1986–1994 Studium der Geoökologie an der Universität Bayreuth (Abschluss mit Diplom). 1985–1986 Studium der Humanmedizin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Beruflicher Werdegang: 2019–2021 Dezernentin für Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit in Kassel (u.a. zuständig für das Gesundheitsamt Region Kassel). 2013–2018 Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags. 2008–2013 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag. 2003–2018 Mitglied des Fraktionsvorstands der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag. 2002–2009 Stadträtin in Bayreuth (Schwerpunkte: Universität, Umwelt, Jugend, Schulen, Finanzen und Haushalt, Leben in der Innenstadt, Queer). 1998–2018 Mitglied des Bayerischen Landtags (2001-2013; hochschulpolitische Sprecherin)

Mitgliedschaften/Ehrenamt: 2017–2019 Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von CARITAS Bayreuth e.V. Seit 2014 Courage-Patin des Markgräfin-Wilhelmine-Gymnasiums Bayreuth und Gymnasium mit Schülerheim Pegnitz (www.schule-ohne-rassismus.org). 2013–2017 Vorstandsmitglied von CARITAS Bayreuth e.V. 2008–2018 Mitglied des Medien-

rats bei der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien. 2008–2018 Mitglied im Kuratorium der Europäischen Akademie Bayern e.V. 2007–2015 Mitglied im Fachbeirat des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung. 2003–2008 Mitglied des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks. 1998–2021 Vorstandsmitglied von AVALON Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, Beratung und Prävention e.V., Bayreuth. Seit 1996 Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Anmerkungen:

Die Chronologie der Angaben geht manchmal von unten nach oben. Wir haben die Reihenfolge nicht verändert.

Sieben Senatsmitglieder sind Frauen, vier Männer. Das Durchschnittsalter beträgt 52 Jahre, jüngstes Mitglied im Senat ist Lena Kreck mit 41 Jahren, ältestes Astrid Busse mit 64 Jahren.

Drei Senatsmitglieder sind in Berlin geboren, Andreas Geisel, Astrid Busse und Stephan Schwarz, die anderen kamen in Frankfurt/Oder, Augsburg, Schwerin, Hamburg, Dresden, Trier und Halle/Saale zur Welt. Bei Lena Kreck fehlt die Angabe des Geburtsortes.

Wollen wir hoffen, dass sich zum Wohle der Stadt die Senatsmitglieder zurechtrucken. Dazu wird kein neuer Stil gebraucht, sondern überhaupt ein Stil, der bislang noch nicht erkennbar ist. Lächeln allein und alles toll finden, reicht nicht aus.

Ed Koch

11) Dank grüner Energiewende: Erste deutsche Stadt bereitet Bürger via Brief bereits auf „Blackout“ vor

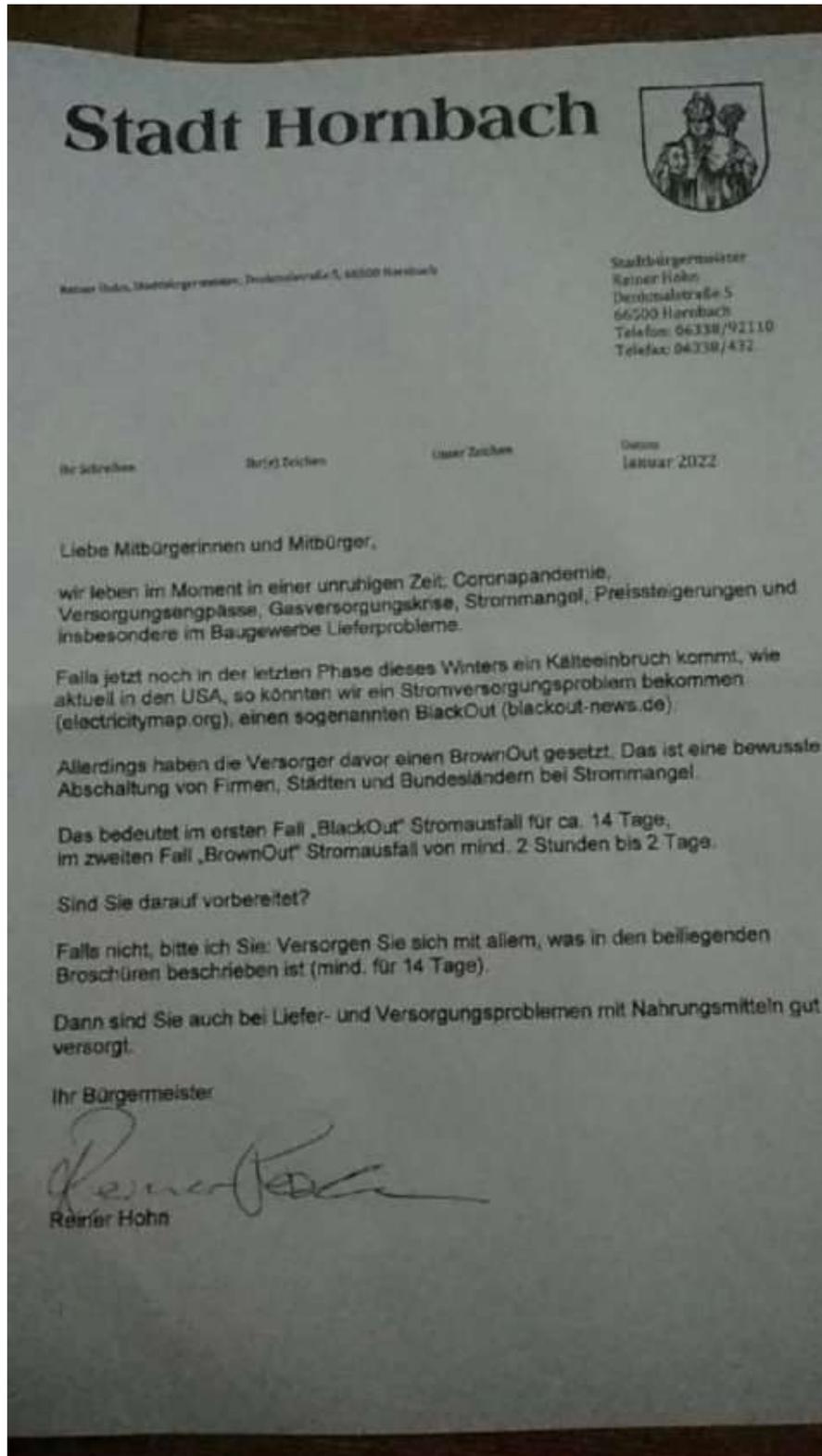
06. 02. 2022



Den Grünen sei dank: Mit der Abschaltung von Kernkraftwerken, dem Dämonisieren „fossiler Energieträger“ und dem energietechnisch völlig irrationalen Ausbau von Wind,- und Solarenergie, unter dem Deckmantel der „grünen Energiewende“, explodieren nicht nur die Energiekosten, auch die Gefahr eine „Blackouts“ wird immer greifbarer. Nun müssen offenbar auch schon erste Städte ihre Bürger proaktiv darauf vorbereiten, dass für mehrere Tage kein Strom mehr vorhanden sein wird. Mit ungeahnten Folgen.

Stadt Hornbach warnt Bürger in Schreiben

In einem offiziellen Schreiben der deutschen Kleinstadt Hornbach, gezeichnet vom Bürgermeister, wurden alle Bewohner im Januar über die Gefahren und das möglicherweise bald eintretende Szenario eines „Blackouts“ aufgeklärt. Aufgrund der Stromversorgungsprobleme, die bereits jetzt herrschen, könnte bei einem größeren Kälteeinbruch ein „Blackout“ eintreten. Und das für bis zu 14 Tage, so der Hinweis in dem Schreiben.



In einer beiliegenden Broschüre informiert man die Bürger zudem über die notwendigsten Güter, die man im Falle von „Liefer,- und Versorgungsproblemen“ zuhause haben sollte.

Schreiben wird angezweifelt



Im Netz entbrannte daraufhin eine rege Diskussion zu dem Schreiben und seiner Echtheit. So wird darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister der Stadt Hornbach Reinhold Hohn und nicht Reiner Hohn heißt. Doch findet man ebenso den Namen Reiner Hohn in Bezug auf das Bürgermeisteramt der Stadt. Bewohner meldeten sich schließlich zu Wort und gaben an, dass er beide Namen verwende und auch sie das Schreiben erhalten haben.

[Wie nachzulesen ist.](#) beschäftigt sich die Stadt zudem intensiv mit Katastrophenschutz aller Art.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Fall Faeser und Skandale bei den Linken: Niemals entschuldigen, niemals Reue zeigen, niemals nachgeben

06. 02. 2022



Es ist eines von vielen Dingen, die die politische Linke den Rechts-Konservativen um Lichtjahre voraus hat: Man hält nach Außen hin zusammen und lässt nicht von seinen Prinzipien ab, so verwerflich sie auch sind und so tief die ideologischen Gräben innerhalb der Linken auch sein mögen. Der aktuelle Skandal rund um die deutsche SPD-Innenministerin Nancy Faeser ist das jüngste Beispiel dieser nach Außen gezeigten Mauer der „Solidarität“ und Beharrlichkeit.

Linke werden sich nie für ihre Ansichten entschuldigen

Über Faeser wurde nun der breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass sie als bekennende „Antifaschistin“ natürlich auch Agitation in diesem Bereich betreiben hat. [Die Junge Freiheit berichtete als erste](#) über einen Beitrag der SPD-Politikerin in ihrer damaligen Funktion als Parteichefin in Hessen in einer verfassungsfeindlichen, linksextremistischen Zeitschrift namens „antifa der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)“. Laut Einschätzung diverser deutscher Verfassungsdienste kooperiere die Vereinigung jedoch offen mit Lenksextremisten. Zudem vertrete die „VVN-BdA einen Antifaschismus, der letztlich sogar die parlamentarische Demokratie als faschistisch betrachte und deshalb bekämpfe“. Sogar ein Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD besteht seit 60 Jahren in Zusammenhang mit der Vereinigung, die immer wieder betont, aus „demokratischen Nazi-Regime-Überlebenden“ zu bestehen.

Ein solcher Skandal hätte im rechten/konservativen Lager in der Position Faesers mit Sichehrtheit zu einem Rücktritt geführt, alleine schon weil es mittlerweile unter rechts-konservativen politischen Kräften in Europa Usus ist, dem medialen und zivilgesellschaftlich von der linken politischen Seite angestachelten Lynchmob bei jeder Kleinigkeit nachzugeben. Das Wegducken, reuig Entschuldigen, Verleugnen und Distanzieren ist fast schon ein DNA-Merkmal rechter Politik geworden. Natürlich hat man eine breite Medienfront

gegen sich, jedoch ist diese nur so stark, wie man sie stark werden lässt. Dabei wäre es so einfach, wie die Linke immer wieder zeigt. Entweder man sitzt den Skandal einfach aus, oder man geht in die Gegenoffensive, wie nun SPD-Innenministerin Faeser zeigt.

Statt Entschuldigung wird der Skandal umgedeutet

Statt sich zu entschuldigen, macht Innenministerin Faeser aus der breiten und durchaus lauten Kritik an ihrer Verbrüderung mit Linksextremisten nämlich gleich wieder eine angebliche konservative Verschwörung. Es seien die „üblichen Kräfte“, die ihre gutgemeintes und moralisch fehlerfreies Verhalten in ein schlechtes Licht rücken wollen. So schrieb Faeser auf Twitter unverblümt:

„Die von der „Jungen Freiheit“, der AfD und anschließend der BILD-Zeitung und CDU-Abgeordneten erhobenen Vorwürfe sind durchschaubar. Ich habe immer klare Kante gegen Rechtsextremismus und alle Feinde der offenen Gesellschaft gezeigt – und werde das auch weiterhin tun.“

Und das von einer Bundesinnenministerin, die noch vor einem halben Jahr einen Gastbeitrag für ein Linksextremisten-Blatt geschrieben hat und als eine ihrer ersten Ankündigungen als Innenministerin drohte, alle „Verfassungsfeinde“ aus öffentlichen Ämtern zu säubern. Das kann sich sehen lassen.



Doch Faeser weiß, dass sie gar nicht von ihrer Position abrücken oder gar den kleinsten Anflug von Reue zeigen muss. Denn das linke Establishment, über alle politischen Grenzen hinweg und bis hinunter zur Zivilgesellschaft, steht seinen Genossen stramm zur Seite, erneut anders als im Falle des rechten Lagers, wo der Konkurrenzgedanke sowie die Abgrenzungs,- und Relativierungshysterie untereinander oftmals jegliche erfolgreiche Kooperation im Keim erstickt.

Da gibt es solidarische Parteieintritte von Linken in die SPD, da werden Linksextremismus und die VVN-BdA reflexartig verteidigt und in den Himmel gelobt, da wird kritisiert, dass man

eine Vereinigung von „Holocaust-Überlebenden“ überhaupt kritisch betrachtet und da werden sofort Relativierungen und Gegenbeispiele von „rechtem Terror“ hinzugezogen, um auch nur den kleinsten Anflug eines Skandal-Sturms zu erstickten. Dass es zudem Fotomaterial von Faeser mit Linksextremisten der Antifa gibt, wo diese sich mit ihr „Verschwestern“, ist dabei fast schon ein unwichtiges Detail am Rande, da es für linke Politiker mittlerweile zum guten Ton gehört.



Antifaschistische Bildungsinitiative e.V. Main-Taunus
Besuch von Nancy Faeser (MdL und Generalsekretärin
der Hessischen SPD)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) „Energiewende“: Zerstörung eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands für Windräder hat begonnen

05. 02. 2022



Die Zerstörung des Naturparadies hat begonnen | Foto: Pro Märchenland e. V.

Das Fällen der über 100-jährigen Buchen im Reinhardswald mit dem berühmten „Dornröschenschloss“ Sababurg in Nordhessen hat begonnen. Die Waldarbeiter standen offenbar mit ihren Sägen schon bereit, als am Mittwoch das Regierungspräsidium Kassel grünes Licht gab für die ersten 18 Windkraftwerke auf einem exponierten Höhenzug hinter der berühmten Sababurg, dem Tierpark Sababurg und dem Sagen umwobenen „Urwald“, berichtet tichyseinblick.de.

Vogel-Schredder statt Brutkolonie

Stundenlang konnte man in beinahe beängstigender Stille durch das endlos erscheinende Meer von Bäumen wandern, ohne auf eine größere Siedlung zu treffen oder eine Straße überqueren zu müssen. Das Gebiet ist so einsam und unzerschnitten, dass jüngst sogar eine Brutkolonie des Kranichs dort entdeckt wurde, eine ornithologische Sensation, so das genannte online-Magazin weiter.

Ausgerechnet dort eine Wind-Industriepark hinzuklotzen, im Wissen, dass Windräder für den Tod unzähliger Vögel verantwortlich sind, kann wirklich nur grünen Hirnen entspringen, die glauben mit Windrädern in Deutschland jetzt die ganze Welt vor dem Untergang zu retten.

Grüne wollen mehr als 100 Windradgiganten im Naturparadies sehen

Die 18 jetzt genehmigten Windräder mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer Nabenhöhe von 244 Metern sollen erst der Beginn des Zerstörungswerks sein, zu dem die hessische „Umwelt“-ministerin Priska Hinz (Grüne) keine Alternative sieht. Im gesamten Gebiet des erst 2017 ausgewiesenen Naturparks Reinhardswald wäre Platz für mehr als 100 der Energiegiganten einschließlich großzügiger Zuwegungen. Eine solche Dichte an Windkraftwerken gäbe es wohl erstmals in einem der naturnahen Erholung gewidmeten Schutzgebiet.

Kann „Grimms Märchenwald“ noch gerettet werden?

Zur Rettung des Reinhardswaldes, der auch als „Schatzhaus der europäischen Wälder“ oder „Grimms Märchenwald“ bekannt ist, setzt sich die Initiative Pro Märchenland e. V. ein. Auf der [Webseite des Aktionsbündnis](#) finden sich ausführliche Informationen incl. Bildmaterial, sowie Hinweise zur Unterstützung der Naturschützer.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe!

04. 02. 2022



Trauerndes Mädchen am Tränenmeer - Dresden. Linker Vandalenakt zerstört Denkmal für die Bombenopfer von 1945

Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe!

**Wer sich heute dermaßen hassen und ablehnen kann, wird morgen
Andere und die ganze Welt hassen und ablehnen!**

(Imad Karim zur Schändung des Dresdner Denkmals)

Alljährlich erschüttern die Verhöhnungen der Opfer des Dresdner Feuersturms und die Denkmalschändungen durch Linksradikele die Öffentlichkeit.

Auch heuer wurde wieder ein Denkmal, das den hunderten tausenden unschuldigen Opfern des [Bombenangriffs auf Dresden](#) in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 gedenken sollte, von Linken Vandalen zerstört, wie die „Bild“ – als eines der wenigen Medien – berichtet.

Von der Politik weitgehend totgeschwiegen wurde am letzten Wochenende die Skulptur „Trauerndes Mädchen am Tränenmeer“ der polnisch-deutschen Bildhauerin [Małgorzata Chodakowska](#) von Linksextremen vom Sockel gerissen. Auf dem linksradikalen Szene-Portal Indymedia wurde der Vandalenakt gefeiert, da es sich bei dem Kunstwerk nach deren Ideologie um ein „geschichtsrevisionistisches Denkmal“ handle, das man „fachgerecht entfernt“ habe. Die Toten wären keine Opfer, sondern Täterinnen und Täter und der Dresdens Bombentote im kollektiven Gedenken zu betrauern, sei falsch, so die Argumentation der verwirrten Linken

Es sind übrigens dieselben Antifa-Leute, die „[Bomber Harris, do it again](#)“ fordern.

Nicht nur die Medien schweigen über diese sinnlose Tat, auch die Politik hüllt sich dazu in Schweigen. Selbst von Bundespräsident Steinmeier kam kein Wort dazu und zeugt damit von einem unfassbaren Selbsthass des Deutschen Volks

Dieser Selbsthass verstört auch den TV-Journalisten Imad Karim, der anlässlich dieser neuerlichen Zerstörung eines neutralen Denkmals, das zum Nachdenken anregen sollte in einem Facebook-[Posting](#) seine Gedanken dazu ausdrückte.

Seinen Text wollen wir gerne als Gastbeitrag zur Gänze hier wiedergeben



„Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe“ – Imad Karim zur Zerstörung des Dresdner Denkmals ‚Trauerndes Mädchen am Tränenmeer‘ durch Linksradikele

GASTKOMMENTAR von IMAD KARIM (Facebook-Posting)

Was hat dieses Bild bzw. die dazugehörige Meldung ^[8] mit der Bundespräsidentenschaftskandidatur Ottes, der Distanzierungserklärung Maaßens, dem AfD-Austritt Meuthen, dem AfD-Beitritt Steinbach und der gesamten Debatte innerhalb der echten und selbsternannten konservativen Kräfte, wie gute rechtskonservative von böser nationalkonservativer Gesinnung zu unterscheiden ist, zu tun?

Ich weiß nicht, wie viele Menschen diesen Artikel und somit meine Intention richtig verstehen und deuten werden. Es geht vor allem darum, dass es in meinen Augen nichts Schlimmeres gibt als nachzutreten, wenn ein Zeitabschnitt zu Ende ist. Zur Vereinfachung: Wenn ich mit einer Frau verheiratet war und feststelle, sie hat mich betrogen und/oder verraten, würde ich mich von ihr trennen, aber niemals, sie in der Öffentlichkeit schlecht reden, denn alles Negative, was ich über sie berichten würde, käme auf mich zurück. Ich würde aus Respekt vor den gemeinsamen Jahren, schweigen und im stillen Kammerlein trauern und vielleicht erzähle ich einem guten Freund, intern und vertraulich, wie sehr ich von dieser Institution Ehe, die ich mit ihr aufbaute, enttäuscht bin. Aus diesem Grund verstehe ich nicht, dass einst Spitzenpolitiker der AfD, immer wieder nachtreten, wenn sie die Partei verlassen. Ich kenne Meuthen, den ich 2016 interviewte ^[1], persönlich und schätze ihn als Mensch sehr. Jörg Meuthen hat mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus nichts aber gar nichts gemeinsam. Er hatte vor Jahrzehnten, längst, bevor er sich der AfD anschloss, die Patenschaft für Kinder aus Afrika übernommen und er unterstützt sie bis heute. Ich habe dennoch nicht verstanden, warum er bei seiner Entscheidung, die AfD zu verlassen, nicht geschwiegen hat.

Max Otte kenne ich ebenfalls persönlich sehr gut. Dieser erfolgreiche und finanziell autarke Mensch hat vielen Menschen still und diskret geholfen und niemals eine Gegenleistung erwartet. Er hatte mich bei der Realisierung von meinem Film über Maaßen ^[2], finanziell, und zwar mit einem Geldbetrag, dessen Höhe ich nicht erwähnen möchte, weil ich nicht weiß, ob es Max Otte recht wäre, unterstützt und darüber hinaus viel Werbung für meinen Film, den alle Sender ablehnten, gemacht. Max Otte, von dem sich Hans-Georg Maaßen, den ich ebenfalls sehr schätze, wegen der Kandidatur Ottes ^[3], distanziert, wollte vor allem alles mögliche unternehmen, damit die vernünftige Stimme H.G Maaßens gehört wird. Ja, ich schätze H.G Maaßen sehr, aber ich gebe zu, ich verstehe die Distanzierung Maaßens nicht, vielleicht bin ich politisch zu naiv. Frau Erika Steinbach kenne ich ebenfalls gut und ich hatte die Gelegenheit, mit ihr längst, bevor ich mit der von ihr geleiteten Desiderius-Erasmus-Stiftung, in deren Kuratorium ich saß, sehr gute Gespräche zu führen. In einer dieser Begegnungen durfte ich die beeindruckende und leidensvolle Fluchtgeschichte ihrer Familie mit ihr als kleines Kind, von ihr direkt und persönlich, erzählt zu bekommen. Frau Steinbach hat ebenfalls, wie Otte, Meuthen, Maaßen, Alice Weidel, Chrupalla und vielen anderen Menschen aus dem konservativen Lager, denen ich persönlich des Öfteren begegnet bin, (ich bin bisher Björn Höcke nicht begegnet, deshalb und nur deshalb habe ich ihn nicht erwähnt) mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Geschichtsrevanchismus nichts
Gemeinsames.

Für mich als „fremder“ Zeitzeuge und Beobachter der politischen Entwicklung in Deutschland, kann ich die innere Zerrissenheit der Konservativen nicht nachvollziehen und vor allem, diese hässliche Eigenschaft, sich gegenseitig zu zerfleischen und sich dabei, dieselben diffamierenden Argumente ihrer Gegner, gegen sie jahrelang zur Wehr setzten, zu bedienen. Auch diejenigen, die die AfD verlassen haben, sei es Petry oder Meuthen und viele andere, waren niemals sogenannte „V-Leute“, solche Unterstellungen sind ebenso schäbig, wie die Übernahme diffamierender Argumente der Zurückgetretenen.

Alle, oder sagen wir mal, fast alle Konservativen, haben nicht begriffen, dass jeden, in den Augen der z. Zt. sehr mächtigen linken Eliten, der nicht globalistisch-links denkt und handelt, als RECHTSRADIKAL, abzustempeln und aktiv zu bekämpfen gilt.

Wir leben längst in einer linken Republik, in der islamistisch motivierte ausländische Täter [4], als psychisch Kranke und deutsche psychisch kranke Täter als politisch motiviert [5], deklariert werden.

Viele setzen auf den neuen CDU-Chef Friedrich Merz, dessen Arroganz (für mich) nahezu unerträglich ist [6] als „Erlöser“. Merz und das ist meine persönliche Einschätzung, wird – wenn er 2025 die Bundesregierung führen sollte, was ich nicht glaube, denn er wird vorher politisch abgesägt, würde die Ära Merkel, als eine 16 Jahre andauernde harmlose Gute-Nacht-Geschichte, erscheinen lassen. Merz, der globale Player wird die bisher „primitiv und stumpf“ aufgebauten globalen und deutschlandfeindlichen multikulturalistischen Infrastrukturen Merkels perfektionieren.

Das Perfide ist, dass dieses Deutschland jeden Tag ein Stück mehr verschwindet, während sich seine echten oder vermeintlichen Konservativen die Köpfe einschlagen. Deutschland wächst jedes Jahr um eine afghanische-arabische mittelgroße Stadt, ohne dass es jemand merkt oder merken will, ein Land, in dem die Turboeinbürgerung zu den primären Aufgaben des Staates zählt, ein Land, in dem seine finanziell schlecht gestellten alteingesessenen Bürger ums tägliche Überleben kämpfen [7].

Ich wundere mich, dass jetzt viele Menschen wegen dem C-Virus auf die Straße gehen, aber zuhause bleiben, als Abermillionen (sagen wir, um nicht gesperrt zu werden, „Nichtberechtigte“) in ihr Land kamen und alle hart ersparten Reserven des Sozialstaates in Anspruch nahmen. Grundrechte? Welches Grundrecht ist wichtiger, als das Recht, zu entscheiden, wen man bei sich aufnehmen will und wen nicht?

Heute sitzen die Linken überall, in Politik, Medien, Kirche, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und sonstigen Institutionen und Einrichtungen der Gesellschaft und setzen ihre Ideologie ohne Rücksicht auf Verluste durch. Ob Otte zu 70, 80 oder 90% gegen Steinmeier verliert, spielt keine wesentliche Rolle, denn es ist ein Zeichen und auf das Zeichen kommt es an.

Oh ja, jetzt fragen Sie, was das ganze mit der Schändung des Dresdner Denkmals [8] zu tun hat! Ich sage Ihnen, ein Bundespräsident, der zu dieser Schandtat schweigt, ist nicht mein Bundespräsident. Ich lehne ihn FRIEDLICH ab und würde mich freuen, wenn Max Otte an seiner Stelle kommen würde, denn Selbstachtung ist die Voraussetzung, von den anderen geachtet zu werden. Vielleicht wird die AfD durch das, was sich noch „Verfassungsschutz“ nennt, komplett zerschlagen, vielleicht aber nicht. Jedenfalls werden die echten Konservativen bald merken, sie sind den anderen so lange in den Allerwertesten gekrochen und nehmen den Gestank erst zu spät wahr.

Schade!
Imad Karim
www.imad-karim.de

[1] Imad Karim im Gespräch mit Jörg Meuthen (AfD) – Das etwas andere [Interview](#)

[2] Hans-Georg Maaßen im [Portrait](#), „wer Moral übers Recht stellt, verliert Beides“. Regie: Imad Karim

[3] Der Chef der Werteunion Max Otte ist von der AfD als Bundespräsidentenkandidat nominiert ([Deutschlandfunk](#))

[4] Gutachter halten Messerstecher für schuldunfähig ([Spiegel](#))

[5] Anschlag in Hanau ([op-online](#))

[6] Die AfD ist für Merz doch kein „Gesindel“ ([FAZ](#))

[7] [FB-Posting](#) von Frank Helbig

[8] Dresden: Linksextremisten schänden Mahnmal für Bombentote ([Junge Freiheit](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Abgrenzungsprobleme: Innenministerin Faeser schrieb für verfassungsfeindliches Blatt. Von N. Harbusch

POLITIK & WIRTSCHAFT **23**

ABGRENZUNGPROBLEME

Innenministerin Faeser schrieb für verfassungsfeindliches Blatt

Von **N. HARBUSCH**

Berlin - **Bundesinnenministerin Nancy Faeser (51, SPD)** in Erklärungsnöten!

Jetzt kommt heraus: Sie schrieb im vergangenen Juli (damals noch als hessische SPD-Chefin) einen Gastbeitrag für eine Publikation der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)“.

Laut bayerischem Verfassungsschutzbericht ist das „die größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“.

Die VVN bekämpft alle nicht marxistischen Systeme, also auch die parlamentarische Demokratie, weil diese als „potenziell faschistisch“ gelte.

CDU-Innenexperte Christoph de Vries (47) sieht einen „hochbrisanten Vorgang“: „Wie sollen sich die Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter fühlen, deren Auftrag die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist, wenn ihre oberste Dienstherrin mit Verfassungsfeinden auf Tuchfühlung geht?“ De Vries: „Die SPD ist auf dem linken Auge weitgehend blind.“

Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz (51): „Sie sollte keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass ihr der Kampf gegen jeglichen politischen Extremismus – welcher Richtung auch immer – ein wichtiges Anliegen ist.“ Der frühere Innen-

staatssekretär Stephan Mayer (47, CSU): „Faesers Gastbeitrag war ein großer Fehler. Ich erwarte eine rasche Entschuldigung sowie die Rücknahme des Beitrages.“

Eine Anfrage ließ das Bundesinnenministerium gestern unbeantwortet.



Schulterchluss mit Linksextremisten: Innenministerin Nancy Faeser (51, SPD)



antifa

NEU! 20.02.2022

NEU! 20.02.2022

Das Kampfblatt der DKP-Vorfeldorganisation, die bis zum Untergang der DDR aus Ost-Berlin finanziert wurde

Foto: INA FASSBENDER/AFP. Quelle: ANTIFA, VVN-BdA, E.V.

16) Anbiederung an Mainstream erfolglos: RT DE durch Medienaufsicht eingestellt

02. 02. 2022



creative commons Attribution 4.0 International (CC BY 4.0)

Wie bereits zu Beginn des Jahres zu beobachten war, hatte Russia Today Deutschland (RT DE) seine Kommentarfunktion, zum Unmut vieler treuer Leser, abgeschaltet. Schon davor wurde in Kreisen alternativer Medien bekannt, man strebe von Seiten RT DE an, eine „seriösere“ Schiene fahren zu wollen, um breitenwirksamer in Europa zu werden. Man wolle „raus aus der Schmutzlecke“.

Nun ist diese „Anbiederung“ an den Mainstream allerdings gründlich in die Hose gegangen.

RT DE von deutscher Medien-Aufsicht „abgedreht“

Die Verbreitung des russischen Senders RT DE wurde nun von der deutschen Medien-Aufsicht vollständig untersagt, [wie auch Epoch Times zu berichten weiß](#). Per heutiger Mitteilung der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalten, „fehle bei RT DE die erforderliche medienrechtliche Zulassung für Ausstrahlungen per live-stream für Internet und Apps“. „Dies sähe man seitens der ZAK als Begründung an, Veranstaltung sowie Verbreitung des Programmes umgehend ein zu stellen“.

Nebenschauplatz der „Russland-Krise“

Am 16.12.2021 wurde RT DE als Fernsehformat gestartet, die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hatte dann bereits am folgenden Tag ein Prüfungsverfahren auf medienrechtlicher Basis gegen RT DE Productions GmbH (Sitz Berlin) eingeleitet.

Seite A 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Der europäische Satelliten-Betreiber Eutelsat stellte daraufhin unmittelbar die Verbreitung des Programms ein. Die endgültige Entscheidung über die Abschaltung lag, aufgrund der bundesweiten Verbreitung, bei der ZAK Kommission.

Die Kommission betrachtete das Programm als „zulassungspflichtiges Rundfunkprogramm“, für das jedoch bei den deutschen Behörden keine Zulassung beantragt worden war. Es gelte auch in diesem Falle keine andere europarechtlich legitimierte Erlaubnis, heißt es von Seiten der ZAK. Über Internet war RT DE jedoch weiterhin empfangbar.

Unter Umständen könnte es sich bei dieser Vorgehensweise auch um ein „Politikum“ im Zuge der höchst angespannten Beziehungen in der momentanen „Russland-Krise“ handeln.

Dies könnte jedoch die im Augenblick ohnedies angespannte Situation im „Diskurs“ mit Vladimir Putin verschärfen. Von Seiten des russischen Präsidenten war bereits im Dezember letzten Jahres von Diskriminierung gegenüber Russia Today zu hören.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte im Zuge der Einstellung der Satelliten-Ausstrahlung des Programms mit „Vergeltungsmaßnahmen“ gedroht.

Böse Zungen mögen nun behaupten, dass die Strategie sich durch Zensur und letztliche Abschaltung der Kommentarfunktion sowie angeblich seriöserer Berichterstattung die Reißleine zu ziehen und sich dadurch dem Mainstream anzubiedern, in die sprichwörtliche Hose gegangen ist.

Wir bedanken uns hiermit herzlich, mit dem Versprechen, für den Gedanken-Austausch unserer Leserschaft weiterhin zur Verfügung zu stehen. In diesem Sinne viel Spaß beim Schmökern in unseren Beiträgen und vielen Dank für die interessanten Kommentare.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich (Seiten A 94 – A 102)

17) Österreich: Hoffnung auf Unabhängigkeit der Verfassungsrichter schwindet – politische Färbung aufgedeckt

09. 02. 2022



Bild: Der Österreichische Verfassungsgerichtshof *Press Photos Die Riege der "unabhängigen österreichischen Verfassungsrichter*

Die große Hoffnung im österreichischen „Widerstand“ könnte eine herbe Enttäuschung erleben. Wer bis dato gehofft hatte, der Verfassungsgerichtshof (VfGH) würde im Sinne von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie entscheiden, wird hoffentlich nicht enttäuscht werden.

Die „Durchleuchtung“ einer Handvoll Verfassungsrichter lässt nichts Gutes erwarten. Der Fragenkatalog an die Regierung, insbesondere an Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) und sein Gesundheitsresort könnte sich als taktisches Manöver entpuppen. Es wird „gemunkelt“ sein Resort wäre keinesfalls im Stand die vom VfGH geforderten aufgeschlüsselten Zahlen zu liefern.

Um von Seiten des großen Koalitionspartners ÖVP den unliebsamen und ins Kreuzfeuer geratenen Grünen-Minister loszuwerden, käme dies gerade zum „rechten“ Zeitpunkt. Zumindest mehren sich die Gerüchte in diese Richtung.

Verfassungsrichter eindeutig „gefärbt“ – Unabhängigkeit sieht anders aus

Verfassungsrichter werden in Österreich seit jeher politisch besetzt, auch wenn sie danach der Unabhängigkeit verpflichtet sind.

Seite A 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Beginnen wir ganz „zeitgeistig“ mit der Dame in der Runde der „unter die Lupe genommenen“ Verfassungsrichter.

Im April 2020 trat **Verena Madner** ihr Amt als Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes an. Die 1965 geborene Linzerin wurde dem Vorschlagsrecht folgend von den **Grünen**, kurz nach Bildung der Koalition mit der ÖVP, in ihr Amt „gehievt“.

Das Thema ihrer Dissertation 1994 behandelte Genehmigungen von Abfallbehandlungsanlagen, sie widmete ihre juristische Laufbahn in weiterer Folge dem Umweltrecht. 2008 wurde sie zur Vorsitzenden des unabhängigen Umweltsenats berufen. An der WU-Wien leitet sie das Institut für Recht und Governance.

Bis 2018 war sie noch Mitglied im Beirat der grünen Bildungswerkstatt. Jemand der auch noch dazu seit 2019 Mitglied des Klimarates der Stadt Wien ist, kann wohl kaum als „unbefangen“ zum Thema Grüner Gesundheitspolitik gelten.

Als nächster in der illustren Runde der Verfassungsrichter ist **Markus Achatz**, geboren 1960 in Graz, zu nennen. Er ist österreichischer Verwaltungs- und Finanzwissenschaftler und Professor an der Universität Linz.

Von 2000 bis 2009 war er Vorstand des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre der Universität Linz, von 2009 bis 2011 Dekan der dortigen Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Ab 2004 leitet er zudem als Vorstand das Forschungsinstitut für Steuerrecht und Steuermanagement, seit 2009 ist er Vorstand des Instituts für Finanzrecht, Steuerrecht und Steuerpolitik der Universität Linz.

2013 wurde er vom Nationalrat auf Vorschlag der **ÖVP** mit 138 von 152 gültigen Stimmen zum Mitglied des österreichischen Verfassungsgerichtshofes ernannt.

Erneut ein klarer Fall von „Unabhängigkeit“ gegenüber dem „großen“ Regierungspartner ÖVP.

Und weiter geht es in der Runde der „unabhängigen Verfassungsrichter“ Österreichs mit dem Linzer **Michael Mayrhofer**.

Der 1975 geborene Linzer ist Rechtswissenschaftler und Professor für öffentliches Recht an der Linzer Kepler Universität. Im Jahr 2015 wurde Michael Mayrhofer zunächst zum assoziierten Universitätsprofessor, ein Jahr später schließlich auf einen Lehrstuhl als Universitätsprofessor für öffentliches Recht an der Universität Linz berufen.

Inneruniversitär war Michael Mayrhofer von 2016 bis 2019 Vorsitzender des Senats der Johannes Kepler Universität Linz. 2019 übernahm er die Leitung des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre.

Seit 2019 ist er auch Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

Im September 2021 wurde Mayrhofer auf Vorschlag der **ÖVP-Grünen** Koalitionsregierung als Nachfolger des aufgrund der Türkisen „Chat-Affäre“ zurückgetretenen Wolfgang Brandstetter von der Bundesregierung als Mitglied des Verfassungsgerichtshofs bestellt.

Somit ein weiteres Beispiel der „Unabhängigkeit“ gegenüber der ÖVP-Grünen Riege.

Seite A 96 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Nachdem es in dieser Tonart munter weiter geht, befassen wir uns auch gleich mit dem nächsten Kandidaten „zur Wahl des Unabhängigsten unter den Unabhängigen“.

Johannes Schnizer, ein 1959 in Graz geborener österreichischer Jurist. Als bekennender „Linker“ mag es ein wenig verwundern, dass er aus einer „erkatholischen“ Familie stammt. Sein Vater war Universitätsprofessor für Kirchenrecht.

Er ist geschieden und kinderlos, seine ehemalige Lebensgefährtin ist die SPÖ Nationalratsabgeordnete Andrea Kuntzl. 1981 promovierte er an der Universität Salzburg zum Dr.jur.

In der Folge war Johannes Schnizer von 1982 bis 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Verfassungsgerichtshof tätig, ehe er 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPÖ-Parlamentsfraktion im österreichischen Nationalrat beschäftigt wurde.

Im Jahr 2007 wechselte Schnizer vom Nationalrat ins Kabinett von SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer, wo er dessen Kabinettschef wurde.

Schnizer ist seit 2010 auf Vorschlag der **SPÖ** von der Bundesregierung zum Richter am Verfassungsgerichtshof ernannt worden. Zudem ist er aktuell Mitglied des Universitätsrats der Universität Wien.

Einiges Aufsehen erregte im September 2016 ein Interview mit der ultralinken Zeitschrift *Falter*, in dem er das Vorgehen des Verfassungsgerichtshofes im Fall der Aufhebung zur Stichwahl zum Bundespräsidenten verteidigte.

Dabei ließ er jedoch durchblicken, dass seiner Meinung nach die Mängel den Wahlbeisitzern des Kandidaten Norbert Hofer schon nach dem ersten Wahlgang bekannt gewesen seien, sie auf die Wahlbehörde aber nicht entsprechend eingewirkt hätten.

Daraufhin hatte die FPÖ Schnizer wegen dieser Äußerung zivilrechtlich geklagt. Man einigte sie sich im November 2017 in einem Vergleich. Schnitzer musste Teile seiner Aussagen gegenüber dem *Falter* widerrufen.

Ein ganz besonders leuchtendes Beispiel an Unabhängigkeit, das sich gegenüber dem *Falter* zu politischen Äußerungen hinreißen lässt.

Um die Linkslastigkeit noch zu krönen, hegt Schnizer große Sympathien für die **Günen**, hatte er doch seinerzeit aktiv an der Besetzung der Hainburger Au 1984 teilgenommen, die als „Geburtsstunde“ der österreichischen Grünen gilt.

Wer noch nicht genug der „Unbefangenheit“ gelesen hat, es geht noch weiter.

Helmut Hörtenhuber, 1959 in Linz geboren, schloss 1982 das Studium der Rechtswissenschaften an der Kepler Universität Linz ab.

In den Jahren 1986 und 1987 arbeitete Helmut Hörtenhuber als wissenschaftlicher Mitarbeiter erstmals am Verfassungsgerichtshof in Wien.

Ab Oktober 1987 war Hörtenhuber im Verfassungsdienst des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung tätig und ab 1989 auch in

Seite A 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

der Landtagsdirektion des Oberösterreichischen Landtags. Von 1990 bis 1993 war er in der Folge als stellvertretender Landtagsdirektor und stellvertretender Leiter des Verfassungsdiensts beschäftigt.

1993 gelang Helmut Hörtenhuber schließlich ein weiterer Karriereschritt mit dem Aufstieg zum Leiter des Verfassungsdiensts im Amt der Landesregierung und dem Posten des Landtagsdirektors.

Im Jahr 2008 wurde Helmut Hörtenhuber auf Vorschlag der **ÖVP** durch die Bundesregierung als neuer Verfassungsrichter nominiert.

Wie man auch hier unschwer erkennen kann, ein weiterer „Unbefangener“, der einer Regierungspartei noch „etwas schuldig ist“.

Michael Holoubek, wurde 1962 in Wien geboren, ist österreichischer Jurist und Universitätsprofessor. Er absolvierte von 1982 bis 1986 das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

Er studierte daneben auch Germanistik sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaften. 1989 promovierte Michael Holoubek zum Dr. iur.

Holoubek ist aktuell Professor für Öffentliches Recht am Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht der Wirtschaftsuniversität Wien. Der Nationalrat nominierte ihn schließlich 2010 auf Vorschlag von **ÖVP** und **SPÖ** als Richter am Verfassungsgerichtshof.

Mit seiner Nominierung wurde man offenbar nicht nur dem „vielstrapazierten“ Proporz-System von Rot-Schwarz gerecht, sondern hat auch gleich den linkslastigen Flügel der ÖVP damit zufriedengestellt.

Abschließend sollte noch angemerkt werden, dass all diese „honorigen Herrschaften“ durch gewaltige Schubkraft ihrer Parteien, die wiederum alle klar pro Impfpflicht sind, in ihre Positionen gelangt sind. Diese Tatsache wiederum legt nahe, dass man sich für diesen enormen „Gefallen“ dann das eine oder andere Mal zu besonderem „Dank“ verpflichtet fühlen könnte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Österreich: Regierung mit Rücken an der Wand – Keine Antworten bei PK

06. 02. 2022



Bild: Heute.at "Die Drei" - Meister der peinlichen Selbstdarstellung

An Peinlichkeit kaum mehr zu übertreffen, die österreichische Regierungsmannschaft und ihre Entgleisungen in Interviews und Pressekonferenzen.

Sowohl aus der Grünen wie aus der Schwarzen „Diktatoren-Riegen“ kann man die „Ausrutscher und Gesichtsverluste kaum noch im Überblick behalten.

Von „Versprechern“ bis zur Sprachlosigkeit – das Spektrum ist groß

Mittlerweile ist es kaum noch zu überblicken, beinahe täglich „glänzen“ die totalitären Regenten Österreichs mit politisch höchst fragwürdigen Auftritten in diversen Medien.

Von Europa-und Verfassungsministerin Karoline Edstadler (ÖVP) mit ihren mangelhaften „Geografie-Kenntnissen“ (wir hatten berichtet), über ihre „freudschen Versprecher“ betreffend der Beendigung der Demokratie ([auch darüber wurde von uns berichtet](#)) bis hin zu Kanzler Nehammer und „Buhmann“ und Erfüllungsgehilfe Gesundheitsminister Mückstein, reicht die Palette der Peinlichkeiten.

Edstadler versucht ihre „Unzulänglichkeit“ durch Kälte, Unnahbarkeit und „Hardliner-Gehabe“ zu übertünchen.

Seite A 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Kanzler Karl Nehammer, der den Spagat zwischen militantem Auftreten und gekünstelter Menschlichkeit nicht zu schaffen scheint, beruft sich wenn es „eng“ wird immer auf „Expertinnen und Experten“, wie im beigefügten Video in beinahe erheiternder Weise nach zu hören ist.

Dem steht Gesundheitsminister, Arzt und „Hobby-Politiker“ Wolfgang Mückstein, in Nichts nach. Medial, im Gegensatz zu Nehammer, der klar nach dem antrainierten Schema bei medialen Auftritten agiert, fühlt Mückstein sich als Quereinsteiger im Rampenlicht, sichtlich unwohl.

Antworten werden „gleichgeschaltet“ und im Schema abgespult, egal ob dies zur Frage passt oder nicht. Unangenehme Fragen werden entweder gar nicht oder mit einem eingelernten, vorbereiteten Text, der mehr oder weniger zum Thema passt, beantwortet.

In der „neu eingeschworenen“ Riege der schwarzen Landesfürsten droht nun neues Ungemach und damit enormer Druck auf deren „Marionetten-Kanzler“ Nehammer.

Letzten Umfragen zufolge stürzt die mächtigste ÖVP Landesorganisation Niederösterreich mit ihrer medial völlig talentfreien „Landesfürstin“ Mikl-Leitner von bisher 51 auf magere 39 Prozent ab. Österreichweit erhält die Regierung Nehammer überhaupt nur noch 13 Prozent Zustimmung laut einer Umfrage von ICI (Initiative für evidenzbasierte Corona Informationen.)

Die Luft wird immer dünner in der Regierungsebene und weitere „Entgleisungen“ sind da wohl kaum als Vertrauensbildend ein zu stufen.

Real-Satire-Video zeigt Inkompetenz auf erschreckende Weise

Das von uns beigefügte Video regt also einerseits zum Schmunzeln an, zeigt jedoch auf erschreckende Weise von welchen „Dilettanten“ dieses Land in noch nie dagewesenen autoritären Stil gegängelt wird.

Man ist eigentlich versucht in „Fremdschämen“ zu versinken, beim Gedanken wie viele Landsleute dieser Riege mit ihrem Kreuz in der Wahlzelle, zum Aufstieg verholpen haben.

Die vorläufige Krönung der Peinlichkeiten vor versammelter, auch internationaler Presse, liefert zweifelsfrei einmal mehr Gesundheitsminister Mückstein.

Nachdem er zum x-ten Male versucht hatte, sich beinahe täglich über den „Haufen“ geworfene Maßnahmen, Erlässe und Vorschriften seitens seines Ministeriums, durch Empfehlungen beratender „Expertinnen und Experten“ (man ist mittlerweile der Bezeichnungen überdrüssig Anm.d.Red.) zu argumentieren, folgte der Fauxpas „auf dem Fuße“.

Eine Journalistin, dem Akzent nach zu schließen, eines Ausländischen Mediums wollte vom Minister die Nennung der Namen dieser „angeblichen“ Experten erfragen.

Darauf folgt von Seiten des Ministers 10-sekündiges Schweigen bevor er stotternd und ausweichend antwortet, „er sei in der glücklichen Lage von diesen Experten beraten zu werden, diese würden quasi rund um die Uhr und UNENTGELTLICH arbeiten“.

Seite A 100 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Glaubwürdigkeit sieht anders aus, die armen Experten würden wohl im nunmehr dritten Jahr der Pandemie am „Hungertuch nagen“ und längst obdachlos sein, würden sie tatsächlich „rund um die Uhr unentgeltlich“ arbeiten.

Hier das Video zur „Expertinnen- und Experten“-Lachnummer:

https://www.youtube.com/watch?v=imaYfUm_2Ns

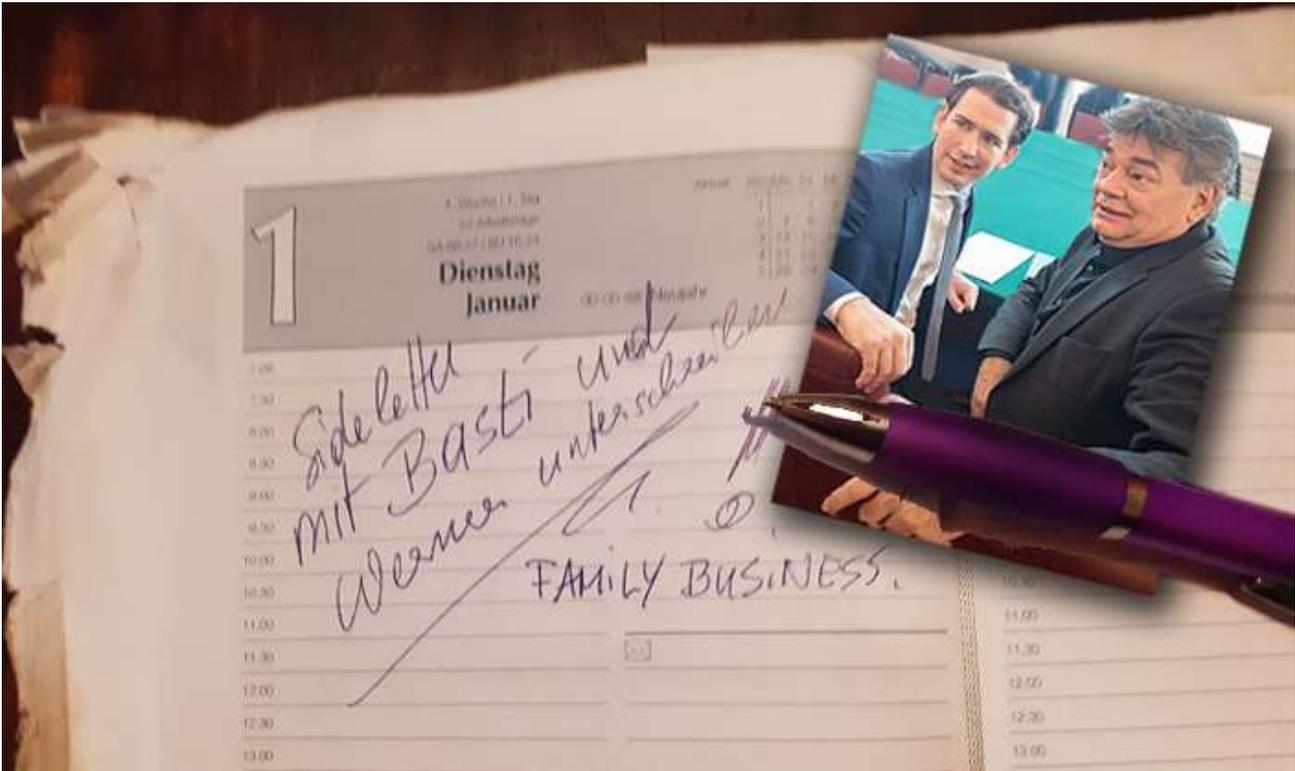


Einfach keine Antworten zu geben ist offenbar zur Rückzugsstrategie der österreichischen Machthaber geworden, die Verzweiflung ob des „totalitären Scheiterns“ wird sichtbar, das Ende wird absehbar.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Sideletter vom 1.1.2019 als Beweis für ein Türkis-Grünes Intrigantenstadl?

01. 02. 2022



Sideletter zwischen ÖVP & Grünen schon am 1.1.2019 unterschrieben. Hellseher Kurz & Kogler (*Bildmontage unser-mittleuropa*)

Die geheimen Nebenabsprachen zwischen der türkisen ÖVP und den Grünen bieten Raum für allerlei Spekulationen. Besonders das Datum an dem das Geheimpapier zwischen Ex-Kanzler Kurz und Noch-Vizekanzler Kogler unterzeichnet wurde ist auffällig. Als der Sideletter zu Postenschacher und Kopftuchverbot aufgesetzt wurde war von einer grünen Regierungsbeteiligung nämlich noch lange keine Rede. Zumindest nicht in der Öffentlichkeit.

Es ist weniger der Inhalt des Sideletters ^{1.)}, wie z.B. das Ja zum Kopftuchverbot, das Kogler der grünen Basis verheimlichte sondern dass dieses Papier bereits viereinhalb Monate vor Bekanntwerden des kompromittierenden Ibiza-Videos, das zum Platzen der türkis-blauen Koalition führte, unterzeichnet wurde. Diese Tatsache machte auch H.C. Strache stutzig, wie er in einem Anruf bei exxpress ^{2.)} betonte.

Strache: „Kapiert mich da was nicht?“

“Die türkis-grüne Geheimvereinbarung wurde also bereits am 1. Jänner 2019 unterfertigt. Kapiert mich da jetzt was nicht? Ich bin nämlich erst am 18. Mai 2019 als Vizekanzler zurückgetreten. Haben die schon in prophetischer Weise im Voraus gehandelt, bevor die Teile des Ibiza-Videos am 17. Mai 2019 veröffentlicht worden sind?“, wundert sich der Ex-FPÖ-Chef über das Datum der Vereinbarung.

Aber rückblickend verwundert ihn das Intrigien-Dokument nicht sonderlich, da es bereits früher Hinweise auf die geplante Palastrevolution gab, wie sich Strache jetzt erinnert: *“Mir fällt da wieder der Eintrag im Kalender des Bundespräsidenten für den Tag der Ibiza-Video-*

Veröffentlichung, den Freitag, ein: ‚Bombe platzt‘, also in der Gegenwart. Und nicht als Erinnerung für den 17. Mai 2019. Hat Van der Bellen schon vorab von der Sprengung der türkis-blauen Koalition gewusst?“ und er ergänzt „Bis Dezember 2018 war die Stimmung in der Koalition mit der ÖVP sehr gut – und plötzlich ging nichts mehr.“ Kurz war seinerzeit „extrem sauer“, nachdem die FPÖ den umstrittenen UN-Migrationspakt verhindert hat. „Und die ÖVP-Seite wusste, dass im 2019er-Jahr alle Sideletter-Vereinbarungen, die wir als FPÖ wollten, zu erfüllen gewesen wären. Darunter war auch die komplette Entpolitisierung des ORF, eine Neubesetzung aller ORF-Chefposten über eine neutrale und professionelle Personalauswahl sowie die Abschaffung der unbeliebten GIS-Gebühr“, so Strache.

Für ihn spricht noch ein Punkt gegen den von der ÖVP jetzt vorgeschobenen „Tipffehler“ und dafür, dass Türkis und Grün schon fünf Monate vor dem „Platzen der Ibiza-Bombe“ für diesen Fall der Fälle bereits eine detaillierte Koalitions-Zusammenarbeit ausgearbeitet und schriftlich festgehalten haben könnten.

Geldsegen für Ibiza-Filmer

So schrieb der Haupttatverdächtige im Ibiza-Krimi, Julian Hessenthaler, seinem privaten Kreditgeber bereits vor Jänner 2019 ein SMS in dem er ankündigte, dass „Mitte Jänner 2019 das Geld von X (Anm.: einem bekannten Medienhaus) ausgezahlt“ werden sollte. Der derzeit wegen Drogendelikten angeklagte Video-Mitproduzent konnte also Mitte Jänner 2019 plötzlich 70.000,- € zurückzahlen. Wenn schon im Jänner das Geld für die Lieferung des Ibiza-Videos ausgezahlt wurde, wäre es damals bereits im Umlauf und wäre Anfang 2019 schon vielen maßgeblichen Playern aus Politik und Medien bekannt. Die Lunte an der Bombe für die Sprengung der türkis-blauen Koalition brannte also bereits seit Jänner 2019 und türkis und grün hatte im Geheimen bereits alles für den „Tag X“ vorbereitet – so jedenfalls vermutet es Strache.

Präventiver Postenschacher

In dem vertraulichen Dokument wurden unter anderem zukünftige Postenvergaben zwischen ÖVP und Grünen vereinbart, die bisher weitgehend nach Plan umgesetzt wurden, wie der Standard ^{3.)} berichtet.

Anders als in dem vorigen Abkommen zwischen ÖVP und FPÖ (das erst nach der Wahl ausgehandelt wurde) sind im türkis-grünen Geheimvertrag keine Namen für die einzelnen zu besetzenden Posten genannt – vielleicht weil man am 1. Jänner 2019 noch nicht so genau wußte wer nach dem Umsturz im Mai und der darauf nötig gewordenen Neuwahl bei den Grünen und Türkisen noch / oder schon wieder / in Amt und Würden sein würde? Jedenfalls bietet das Dokument viel Platz für interessante Gedankenspiele rund um das Kurz'sche Ränkespiel im türkisen Intrigantenstadl. (*Transdanubier*)

QUELLENANGABEN:

- 1.) [Sideletter](#) zwischen Grün / Türkis
- 2.) HC Strache im Telefonat mit [exxpress](#)
- 3.) Zeitplan für den Postenschacher im [Standard](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Ex-Soros-Direktor enthüllt: Medienberichte gegen Ungarn und Polen sind bewusst manipuliert

Von unserem Ungarnkorrespondenten Elmar Forster

03. 02. 2022



Andrei Nosko (Foto: Facebook.com/Andrej Nosko)

Von einer unbekanntem E-Mail-Adresse gelangte ein ungewöhnlich großer Satz von Dokumenten mit seriösem Nachrichtenwert in die Redaktion von Magyar Nemzet. Dazu gehören unter anderem mehrere Stunden Skype-Interviews mit Andrei Nosko, dem Ex-Direktor der von George Soros finanzierten Open Society Foundation. In diesem Gespräch hat Nosko praktisch zugegeben, dass Ungarn und Polen einer unwahren, voreingenommenen Kampagne ausgesetzt sind.

Andrei Nosko: Ex-Direktor der Soros NGO „Open-Society“

Am interessantesten ist ein Interview in englischer Sprache, aufgenommen von einer unserer Zeitung unbekanntem Person mit Andrei Nosko. Nosko promovierte bis 2018 an der Soros-CEU-Universität, dann war er Direktor der Soros NGO „Open Society Foundations (OSF)“ und anschließend Hauptabteilungsleiter in Politikwissenschaft. Dabei war er für die Verteilung eines Drittels der Stipendien an Think Tanks in der europäischen Sektion der OSF verantwortlich. Dabei ging es um ein Budget von 10 Millionen Dollar pro Jahr. Nosko ist derzeit [PILnets Europadirektor](#) in Budapest

Entlarvendes Interview mit Nosko: Medienberichte über Ungarn und Polen sind bewusst verzerrt

Der Gesprächspartner von Andrei Nosko wollte wissen, warum mehrere mittel- und osteuropäische Staaten, darunter Ungarn und Polen, in den Mittelpunkt des internationalen Medieninteresses gerückt sind. Dazu sagte der ehemalige Direktor der OSF, finanziert von George Soros: „Berichte über diese Länder sind verzerrt. Ich denke, dass die Verbindung von Ungarn und Polen an sich nicht sehr ehrlich ist. Die beiden Länder haben, wie die anderen Länder in der Region, ihre eigenen Probleme, aber sie sind alle unterschiedlich. Wenn wir zum Beispiel Polen und Ungarn nehmen, können wir einen völlig anderen Führungsstil, eine Wirtschaftsstruktur und ein anderes Verhältnis der Regierung zur Zivilgesellschaft sehen“, sagte er.

Miserable journalistische Qualität

Dass diese Staaten in einen Topf geworfen werden und den Berichten darüber besondere Bedeutung beigemessen wird, hängt laut Andrej Nosko damit zusammen, dass das Niveau der europäischen Medien in jüngster Zeit gesunken ist. Das Problem lässt sich daran verdeutlichen, dass es viel weniger Auslandskorrespondenten der hauptverantwortlichen Medien gibt, die auch über die Angelegenheiten mehrerer Länder informieren. Dies wiederum führt zu intellektueller Faulheit in den Mainstream-Medien, die auch eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des oben skizzierten Phänomens spielte. So werden aber Polen und Ungarn sehr leicht an den Pranger gestellt, ohne wirkliche Argumente vorzubringen, sagte Nosko. Mit anderen Worten, fügte er hinzu, diese Berichte sind voreingenommen.

Voreingenommene Auswahl von Quellen und Journalisten

Er erinnerte sich dann daran: Als er für die Stiftung arbeitete und ausländische Korrespondenten in der Regel in der Organisation nachfragten, ob sie jemanden empfehlen könnten, mit dem sie sprechen könnten, die unterschiedlich voreingenommenen Kontakte normalerweise ihre eigenen Kollegen empfahlen; Menschen, deren Überzeugungen ihren ähnlich waren. Bei mehreren Gelegenheiten habe ich einen Journalisten engagiert, um die Materialien der Stipendien-Think-Tanks zu bewerben. Das Spiel war also nicht sehr ausgeglichen, erklärte Andrei Nosko, der glaubt, dass es aufgrund der Sprache relativ leicht ist, das, was in Ungarn passiert, falsch zu interpretieren.

Keine ungarische Sprachkenntnisse

„Wissen Sie, nicht viele ausländische Journalisten sprechen Ungarisch. Somit können sie auch zum Beispiel nicht mit gewöhnlichen Menschen sprechen, aber sie können auch nicht die Lokalnachrichten lesen. Ich sage das aus eigener Erfahrung, da ich mehrere ehemalige Korrespondenten kannte, die weder Ungarisch sprechen noch lesen konnten. Daher können sich die meisten von ihnen nur auf Sekundärquellen verlassen. Aber diese Sekundärquellen seien auch stark verzerrt, auch in Bezug auf die Legitimität der ungarischen Regierung“ – sagte Nosko. So werde laut ihm beispielsweise nicht erwähnt, dass das ungarische Kabinett bei einem bedeutenden Teil der Gesellschaft sehr beliebt ist. „Stattdessen heißt es zum Beispiel, dass die Regierung ihre Macht aufrechterhält, indem sie die Freiheit einschränkt.“ – so Nosko.

Bewusste Fehlinformation

In dem fraglichen Interview gab Nosko praktisch zu: Dass ausländische Korrespondenten ein völlig verzerrtes, unwahres Bild von Ungarn und Polen zeichnen. Die uns vorliegenden Dokumente beweisen, dass die spanische Presse kürzlich auch über koordinierte Angriffe von Liberalen auf die beiden Länder berichtete. Der Artikel bezog sich auf die privaten

Gespräche der ehemaligen spanischen Europaabgeordneten Carolina Punset. Sie diente zuvor in der liberalen ALDE-Parteifamilie als Mitglied der bürgerlich-liberalen „Ciudadanos“-Parteifamilie. Diese politische Formation erhielt nach dem Auftritt von Emmanuel Macron den Namen „Renew Europe“, und auch die ungarische Oppositionspartei „Momentum“ ist Mitglied davon.

Feinde der Meinungsfreiheit: Nicht Polen und Ungarn – sondern Brüsseler Politische Korrektheit

Laut Punset sind die wahren Feinde der Meinungsfreiheit nicht Ungarn und Polen, sondern Brüsseler Verfechter der politischen Korrektheit. In einer Reihe von privaten Gesprächen enthüllte die ehemalige Europaabgeordnete, dass Ungarn und Polen in Brüssel zwar ständig verurteilt werden, die wichtigsten Bedrohungen der Meinungsfreiheit in Europa jedoch ignoriert werden. Punset sagte, wenn die Abgeordneten eine prinzipielle Haltung zur Meinungsfreiheit einnehmen sollten, sollten sie gegen gewalttätige Angriffe auf Journalisten und Professoren vorgehen. Stattdessen konzentrieren liberale Europaabgeordnete ihre Angriffe auf Orte wie Ungarn und Polen, wo die Meinungsfreiheit vor den Fesseln der politischen Korrektheit geschützt ist.

Nosko enthüllt

- **Polen und Ungarn** werden von den **Mainstream-Medien gemobbt**, ohne wirkliche Argumente vorzubringen.
- Die Gründe für die **Popularität der ungarischen Regierung** werden nicht klar gesehen.
- Einer der Gründe für **das verzerrte Bild**, das von Ungarn gezeichnet wird, ist: Dass die **Qualität der europäischen Medien** in letzter Zeit **gesunken** ist, mit weit weniger Auslandskorrespondenten als zuvor.
- Es ist ein großes Problem, dass **ausländische Korrespondenten** die **wirkliche Situation in Ungarn nicht kennen**, weil sie **kein Ungarisch sprechen** können, und sie erhalten auch Informationen aus voreingenommenen Quellen, die von anderen ausgewählt wurden.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [Magyar Nemzet](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION unter [gondola.hu](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten A 106 – A 110)

02) Die USA und das außenpolitische Dilemma Polens

Von DAVID ENGELS

11. 02. 2022



Polen/USA – Immer wieder stellt man mit Erstaunen fest, dass die Ansichten polnischer Konservativer über die USA völlig anders sind als die von Franzosen oder Deutschen, auch und gerade vor dem Hintergrund der aktuellen russisch-ukrainischen Krise. Dies mag eine Binsenweisheit sein, doch sollte man sie gerade in diesen für Polen und die Trimariumsregion außenpolitisch immer schwieriger werdenden Zeiten nicht vergessen, sondern sich aktiv damit auseinandersetzen.

Die geopolitische Ausgangslage ist allgemein bekannt: Da Polen zwischen Deutschland und Russland eingeklemmt ist, bestand seine Strategie stets darin, sich an periphere Verbündete zu wenden, die eine politische Überlebensgarantie gegen diese beiden übermächtigen Nachbarn bieten konnten, ohne selbst territoriale Interessen zu haben. In der praktischen Einkleidung dieser Doktrin zeigt sich jedoch, dass diese externen Mächte aufgrund der historischen Entwicklung in der Regel solche waren, die zwar ein pragmatisches Interesse am Überleben Polens zeigten, deren Ideologie den polnischen Konservatismus aber de facto eher behinderte als förderte.

Ein erstes Beispiel ist zweifellos das bis heute geschätzte Bündnis mit Napoleon, der zwar große Dienste leistete, indem er Polen wieder als Vasallenstaat Frankreichs etablierte und die „Teilungen“ teilweise rückgängig machte, dessen tatsächliche Politik jedoch genau auf

jenen „revolutionären Werten“ beruhte, die langfristig die grundlegenden geistigen Werte nicht nur der polnischen, sondern auch jeder anderen europäischen Gesellschaft untergraben sollten.

Ein weiteres Beispiel ist die Ausrichtung des neu gegründeten polnischen Nationalstaats nach dem Ende des Ersten Weltkriegs an den westlichen Entente-Mächten, die ebenfalls eine dezidiert antichristliche, internationalistische und plutokratische Ideologie verfolgten – eine Ausrichtung, die auch im Zweiten Weltkrieg versucht wurde, aber letztlich in territorialer Verstümmelung und zwei Generationen sowjetischer Herrschaft endete.

Auch das derzeitige Bündnis mit den USA steht in dieser Kontinuität, und es ist zu befürchten, dass sich die negativen Folgen erst zeigen werden, wenn es zu spät ist.

Zugegeben, das idealisierte Bild, das viele Polen von den USA haben, scheint von solchen Befürchtungen meilenweit entfernt zu sein, zumal es durch die Präsidentschaft von Donald Trump und seine kurzen Flitterwochen mit der aktuellen polnischen Regierung offenbar bestätigt wurde. Aus polnischer Sicht gelten die USA als ultimatives Modell einer freiheitsorientierten republikanischen Ordnung, die tief im christlichen Glauben verwurzelt ist und von einem starken Willen zur individuellen Freiheit geprägt ist; zwei Faktoren, die auf das Schönste mit den (katholischen) religiösen Überzeugungen Polens und der polnischen Tradition des „liberum veto“ zu harmonieren scheinen. Es ist auch verständlich, dass die USA in der Zeit der kommunistischen Diktatur zu einem Idealbild von Wohlstand, Demokratie und Freiheit wurden und aus polnischer Sicht aufgrund des praktischen Vergleichs mit den katastrophalen Zuständen des real existierenden Sozialismus ein sehr beneidenswertes Erfolgsmodell darzustellen scheinen.

Die Realitäten des 21. Jahrhunderts haben jedoch nicht mehr viel mit einer solchen, um Generationen überholten Idealvorstellung zu tun, wie sie bereits im 20. Jahrhundert von vielen westlichen Intellektuellen kritisiert wurde, die die USA nicht im Kontrast zum real existierenden Kommunismus, sondern vielmehr durch die kritische Prüfung der tatsächlichen Folgen der Amerikanisierung kennenlernten (und damit eigentlich nur Tocquevilles luzide Befürchtungen aus dem 19. Jahrhundert bestätigten ...). Schon damals war selbst für Frankreich klar, dass die Anglisierung der Sprache zu einem Rückgang der Muttersprache führen würde, dass der ultraliberale Kapitalismus der USA zu einer Diktatur einiger weniger großer Oligopole führen würde, dass die Amerikanisierung der Kultur (und insbesondere der Gastronomie) zu einem besorgniserregenden Rückgang eigener kultureller Entwicklungen führen würde, und dass die naive und oftmals ignorante und egozentrische Übertragung der eigenen demokratischen Maßstäbe auf nicht-westliche Staaten zu einer ununterbrochenen Reihe außenpolitischer Katastrophen führen würde, deren Folgen darin bestehen, dass nicht nur die USA, sondern auch viele europäische Staaten heute überall auf der Welt in einem äußerst ungünstigen Licht gesehen werden.

Inzwischen ist diese Entwicklung um weitere besorgniserregende Phänomene bereichert worden. Ein unvoreingenommener Blick auf die Lebenswirklichkeit in den USA zeigt, wie sehr die USA unter den Einfluss jener selbstzerstörerischen Ideologie geraten sind, die oft als „politische Korrektheit“ oder „Wokismus“ bezeichnet wird und die unter der Präsidentschaft von Joe Biden einen beispiellosen Höhepunkt erreicht hat.

Heute stehen die USA nicht mehr für individuelle Freiheit, Demokratie und Lebensfreude, sondern für die rücksichtslose Durchsetzung von Multikulturalismus, LGBTQ-Ideologie, die Umwandlung demokratischer Strukturen in oligarchische Strukturen, Masseneinwanderung,

Entchristlichung, Kasinokapitalismus, die Verurteilung der eigenen historischen Vergangenheit, die Verfolgung angeblich toxischer Männlichkeit und vieles mehr.

Man sollte sich also keinen Illusionen hingeben: Zumindest unter den gegenwärtigen politischen Umständen wird ein Bündnis mit den USA für die konservative polnische Regierung zunehmend unnatürlich, und die Garantie des politischen Überlebens des polnischen Staates müsste mit einem hohen Preis bezahlt werden, nämlich mit der Aufgabe der inneren kulturellen Autonomie, was kaum weniger schlimm ist. Diese Bemerkungen sollten jedoch keinesfalls als Aufruf gelesen werden, sich von der langjährigen Partnerschaft mit den USA zu lösen oder sich gar einem der beiden unmittelbaren Nachbarn zu unterwerfen, denn einerseits unterscheidet sich die derzeit in Deutschland (und der EU) vorherrschende Ideologie kaum von der in den USA, während andererseits der angebliche russische Konservatismus kaum mehr als ein Deckmantel für eine fragile Oligarchie ist, deren angebliche „Liebe“ zur christlich-abendländischen Kultur sich erst vor wenigen Wochen zeigte, als sie Zehntausende muslimische Migranten in die weißrussischen Wälder einfliegen ließ, um sie gegen die polnische Grenze zu schicken.

Vielmehr sollen diese Zeilen dem Leser vor Augen führen, wie allein Polen mit Ausnahme seiner derzeitigen mitteleuropäischen Verbündeten, allen voran Ungarn, in der Weltpolitik tatsächlich ist und dass selbst traditionelle Partner wie die USA bestenfalls einen hohen Preis für ihre Unterstützung verlangen werden, wenn sie diese im schlimmsten Fall nicht schlichtweg verweigern – was ebenfalls eine schmerzhaft Erfahrung der polnischen Politik im 18., 19. und 20. Jahrhundert ist. Es scheint daher wesentlich, einen pragmatischen und bewusst pessimistischen Blick auf die Realität zu werfen, um jenseits naiver Hoffnungen und Idealisierungen kühl kalkulieren zu können, welche positiven und negativen Folgen die verschiedenen Bündniskonstellationen tatsächlich bieten können, welchen Preis sie dafür verlangen würden und welche tatsächliche Stabilität sie langfristig entwickeln können. Die Tatsache, dass alle potenziellen Partner daher nur mit großer Skepsis betrachtet werden können, lässt nur eine Schlussfolgerung zu:

Polen muss seine einseitige Ausrichtung auf die USA insofern ändern, als es dringend nach anderen Partnern suchen muss, die zwar von geringerer praktischer militärischer Bedeutung sind, aber ein außenpolitisches Klima schaffen können, in dem Polen auch abseits der ausgetretenen Pfade des Ost-West-Kontextes mit Sympathie und Respekt begegnet wird, denn Soft Power wird auch im 21. Jahrhundert noch von großer Bedeutung sein.

Daher sollte man zunächst einmal daran denken, die Beziehungen zu den modernen „Mittelmächten“ zu intensivieren, die bisher in der polnischen Außenpolitik kaum Beachtung gefunden haben, wie Japan, Südkorea, Indien, Brasilien, Mexiko und viele andere. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die dringende Weiterentwicklung des Visegrád-Bündnissystems und der Trimarium-Idee, die beide seit nunmehr einer Generation immer wieder als das ultimative Ziel der polnischen Europapolitik hervorgehoben werden, in Wirklichkeit aber nur wenig Erfolge vorweisen können und deren Kern durch die jüngsten Wahlen in der Tschechischen Republik gefährdet zu sein scheint. Es ist daher dringender denn je, dieses Bündnis mit festen inhaltlichen und institutionellen Strukturen auszustatten, um die Verfolgung gemeinsamer Ziele auch außerhalb innenpolitischer Situationen gewährleisten zu können, und endlich jene wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Trimarium-Staaten zu etablieren, die angesichts der aktuellen Bedrohung nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus dem Westen dringend einer Intensivierung durch Zusammenhalt bedarf.

Das Zeitfenster für eine solche eigenständige Außenpolitik Polens wird mit der Verschärfung des Konflikts mit der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland immer kleiner – zumal die bevorstehende „Konferenz über die Zukunft Europas“ zu Entwicklungen führen könnte, die die derzeitige Position Polens in Europa noch weiter marginalisieren könnten. Es bleibt zu hoffen, dass die polnische Regierung, die derzeit stark von den Meinungsverschiedenheiten über die Covid-Politik erschüttert wird, noch über die nötige Energie und Weitsicht verfügt, um das letzte Jahr ihrer Regierungsmehrheit, das vor uns liegt, zu ihrem Vorteil zu nutzen...

Zum Autor:



David Engels ist ein belgischer Historiker, der derzeit in Poznan, Polen, am Zachodni Institut arbeitet. Als Spezialist für antike, insbesondere römische und seleukidische Geschichte ist er auch ein Vordenker des europäischen Konservatismus, der sich seit über einem Jahrzehnt in der frankophonen und insbesondere in der deutschsprachigen Presse mit Fragen der Identität auseinandersetzt. 2013 veröffentlichte er *Le Déclin*, in dem er methodisch die heutige Europäische Union mit der untergehenden römischen Republik vergleicht. 2019 veröffentlichte er *Renovatio Europae*, gefolgt von *Que faire?*, zwei Bücher, die auf die Zukunft Europas ausgerichtet sind; das erste betrifft die Reform seiner Institutionen, das zweite richtet sich an den Einzelnen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- 03) EU-Kommission zieht erstmals Millionenstrafe von Polen ein. Warschau Protestiert gegen Verrechnung mit Haushaltsmittel. 160 Millionen Euro säumig

EU-Kommission zieht erstmals Millionenstrafe von Polen ein

Warschau protestiert gegen Verrechnung mit Haushaltsmitteln / 169 Millionen Euro säumig

T.G. BRÜSSEL. Die EU-Kommission hat Polen darüber informiert, dass sie ein Zwangsgeld in Höhe von 15 Millionen Euro von einer dem Land zustehenden Zahlung aus dem EU-Haushalt abziehen wird. Es handelt sich um die erste Tranche einer Strafzahlung, die der Europäische Gerichtshof im September vorigen Jahres angeordnet hatte. Warschau muss seither für jeden Tag, an dem es in Turow weiter Braunkohle abbaut, 500 000 Euro entrichten. Da die Regierung sich weigerte, das Geld selbst zu überweisen, zieht die Kommission es nun von sich aus ein. Sie erfülle damit ihre „rechtliche Verpflichtung“, teilte ein Sprecher mit, „von dem Gericht verhängte Strafzahlungen einzutreiben“. Dies werde mit Ablauf einer Frist von zehn Werktagen geschehen.

Die Kommission wendet damit erstmals ein Verfahren zum Einzug von Strafzahlungen an, das sie 2018 festgelegt hatte. Bisher ist das noch nie notwendig gewesen, weil alle anderen Staaten Strafzahlungen selbst geleistet haben. Die Regierung in Warschau kündigte umgehend an, dass sie die Entscheidung juristisch anfechten wolle. Man werde „alle rechtlichen Mittel“ nutzen, sagte Regierungssprecher Piotr

Muller. Er verwies darauf, dass Polen und die Tschechische Republik ihren Rechtsstreit um den Tagebau Ende voriger Woche außergerichtlich beigelegt hätten. Demnach zahlt Warschau an Prag eine Kompensation von 45 Millionen Euro. Die tschechische Regierung kündigte an, sie werde ihre Klage zurückziehen, sobald die Summe eingetroffen sei.

Das ist bisher nicht geschehen. Die Einigung entbindet Polen auch nicht von den bis dahin angefallenen Strafzahlungen. Sie beliefen sich bis einschließlich Dienstag auf 71 Millionen Euro. In einem weiteren Verfahren muss Polen für jeden Tag eine Million Euro entrichten, an dem die Disziplinarkammer am Obersten Gerichtshof fortbesteht. Hier hat zwar der polnische Präsident Andrzej Duda eine Gesetzesänderung vorgeschlagen, doch fehlt der Regierung einstweilen eine eigene Mehrheit, um sie zu beschließen. In diesem Fall beläuft sich das Zwangsgeld inzwischen auf 98 Millionen Euro. Die EU-Kommission hat Warschau Anfang Januar den ersten Zahlungsbescheid zugestellt und angekündigt, dass sie das Geld notfalls nach demselben Verfahren eintreiben werde wie im Fall Turow.

Ungarn (Seiten A 111 – A 138)

04) Wie die ungarische Block-Opposition mit Alinsky-Methoden eine Verschwörung inszenierte

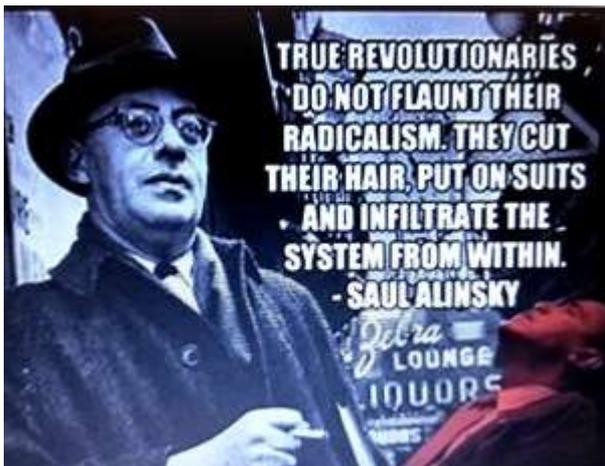
14. 02. 2022



dav

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

Saul Alinsky: Der amerikanische Goebbels – Urvater der Antifa



dav

Seite A 112 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Gleich vorweg: Hinter allen linken Antifa-Polit-Attacken steckt Saul Alinsky's Anarcho-Theorie: „[Regeln für realistische Radikale](#)“.

Hier Regel Nr. 9: „Die Bedrohung ist normalerweise furchterregender als die Sache selbst.“ – Ein besonders alter Hut ist immer noch die Beschwörung von der Wiederkehr eines historischen Untoten: „Lasst [Nazis nicht](#) regieren!“ ([Demoslogon](#) 2018 gegen die österreichische türkis-blaue Regierung)

Doch scheint Alinskys Theorie des „Community-Organizings“ (1971) nun genauso in die Absterbens-Jahre gekommen zu sein wie die Alt-68er selbst. In ihm sahen böse Nicht-Gutmenschen einen „Diener des Teufels“, ja mehr noch: einen „[amerikanischen Goebbels](#)“. Selbst US-Polit-Hysterikerin, Hillary Clinton, widmete ihm eine ganze Diplomarbeit: „'There is only the fight' – An Analysis of the Alinsky-Modell“ (1969).

Denn „Aktionen wie #seebruecke, #MeToo oder #wirsindmehr... beachten meist“ ([epochtimes](#)) Alinskys Strategien, um Ziele sog. „benachteiligter Gruppen“ („no-haves“ – „Habenichtse“) öffentlichkeitswirksam-überzogen durchzusetzen. Auch Ex-US-Präsident Obama war Schüler von Alinsky-Soziologen (etwa M. Kruglik: „[Building one america...](#)“). Als erster schwarzer US-Präsident versprach er mit dem Schlachtruf „Yes, we can!“ letztlich nichts anderes, als Jesus Christus' 2000-jährige Wirkungsgeschichte in säkularisierte Erfüllung zu überführen: „So mögt ihr sagen zu diesem Berge: Hebe dich von hinnen dorthin! So wird er sich heben; und euch wird nichts unmöglich sein.“ (Matthäus-Evangelium)

Dezember 2018: Die linke ungarische Block-Opposition als Monty-Python-Radik-Alynskies

Während einer vorweihnachtlichen Blockade des ungarischen Fernsehens stilisierten gleichgeschaltete linke Fake-News-Medien jämmerliche linke Soros-Polit-Coach-Potatoe-Revoluzzer zu „Opfer-Märtyrer-Helden“ hoch: „13 Parlamentsabgeordnete der Opposition übernachteten im Staats-TV“ (ORF) – Wohww! – in geheizten Räumen mit sanitären Anlagen und Fast-Food-Automaten: „Ein Teil der Demonstranten zog unter lautstarken Rufen zum Sitz des staatlichen Fernsehens MTV. Die Polizei setzte Tränengas ein. ... Zwei der Abgeordneten warf der Sicherheitsdienst gewaltsam aus dem Gebäude.“ ([ORF](#))

<https://www.youtube.com/watch?v=7cSzvNpM9U>



Vergebens elaborierte der [Fake-News-Äther](#) an vermeintlichen Gräuel-Bildern herum! Wurden doch diese von hysterisch-schreienden Amazonen-Links-Politikerinnen umgehend konterkarikiert: „Oppositionsabgeordnete verschanzten (!) sich im Fernsehgebäude. Protestierende feiern sie wie Helden.“ ([Die Welt](#))

Heulsus_innen

Im altherwürdig-neogotischen Budapester Parlament begann eine grotesk-hysterische Opfer-[Heulsus-innen](#)-Revolutions-Soap-Opera mieser Schauspieler als Reality-Satire: Eine gewisse Agnes Vadai legte ihr bisher geheiligtes Image als starke Agit-Prop-Frau ab, und heulte auf Facebook los, was das Zeugs nur so9 her gab. – Doch wusste schon Oscar Wilde: Aktivistinnen-„Frauen sind da, um geliebt, nicht um verstanden zu werden.“

[Facebook](#)

Der so (von Überwachungskameras aufgezeichnete) Fake-News-Propaganda-Dreh bescherte den Ungarn eine unerwartete vorweihnachtliche Faschingseinlage...

Trillerpfeifchen und Megaphon im Parlament



dav

Adrett bekleidet streckte Szel Bernadett (übersetzt: B. „Wind“ drohend ein [Megaphon](#) in die Parlaments-Abgeordneten hinein. Dem (von einer linken Lederjacken-[Femo-Demonstrantin arg genötigten](#)) ungarischen Staatspräsidenten Janos Ader blieb wohl nur mehr Albert Einstein über: „Manche Männer bemühen sich lebenslang, das Wesen der“ Polit-Aktivistin-„Frau zu verstehen. Andere befassen sich mit weniger schwierigen Dingen z. B. der Relativitätstheorie.“ Und auch der (durch [Szabo Timea](#) mit dauer-gewelltem Sex-Appeal) [ausgetrillerte](#) ungarische Ministerpräsident Orbán konnte sich nur mehr mit Humphrey Bogart in Langmut üben: „Ein kluger Mann widerspricht nie einer (Radikalinsky)-Frau. Er wartet, bis sie es selbst tut.“

Linke Maria Magdalene vor Polizeikordon

Auch aus dem Neuen Testament wurden einige Szenen kopiert: Das Bild einer (vor einem [Polizeikordon knieenden](#)) säkularisierten [Maria-Magdalena](#)-Demonstrantin wurde medial auf Reisen geschickt. – „Es ist doch immer dasselbe: Zuerst hat man eine Frau im Herzen, dann auf den Knien, dann im Arm und dann am Hals.“ (Mario Adorf)

In Ungarn kursiert ein böser Witz: „Warum hat das ungarische Parlament eine riesige Kuppel?“ – „Weil es ein Zirkuszelt ist!“ – Hier eine durchgeknallte ungarische Polit-Feministinnen-Truppe (inklusive Mitläufer) in [amazonenhafter Silvester-Laune](#) mit Trillerpfeifchen, in Anwesenheit des (bisher als Diktator arg gefürchteten ungarischen Ministerpräsidenten) „Vik-tat-or“ Orbán. – Ohhoo!!!

Die Femo-Polit-Störenfried-Schönheits-Königinnen persiflierten sich selbst und die ewige „No-Pasaran“-Revolutions-Romantik nachhaltig mit ihren eigenen Waffen: „Das Lächerlich-Machen ist die stärkste Waffe des Menschen.“ (Alinsky). – Selbst Sigmund Freud war ratlos: „Die große Frage, worauf ich noch keine Antwort gefunden habe, trotz dreißig Jahren Erforschung der weiblichen Seele, ist: 'Was will die(linke Agito-Prop-) Frau?'" Und lieferte eine Erklärung gleich mit: „Das Leiden des Hysterischen kommt hauptsächlich von ihren Erinnerungen.“ Mittlerweile freilich an den 70er-Jahre-Alinsky.

Fake-Inszenierungen sollenaus Ungarn eine Militärdiktatur machen

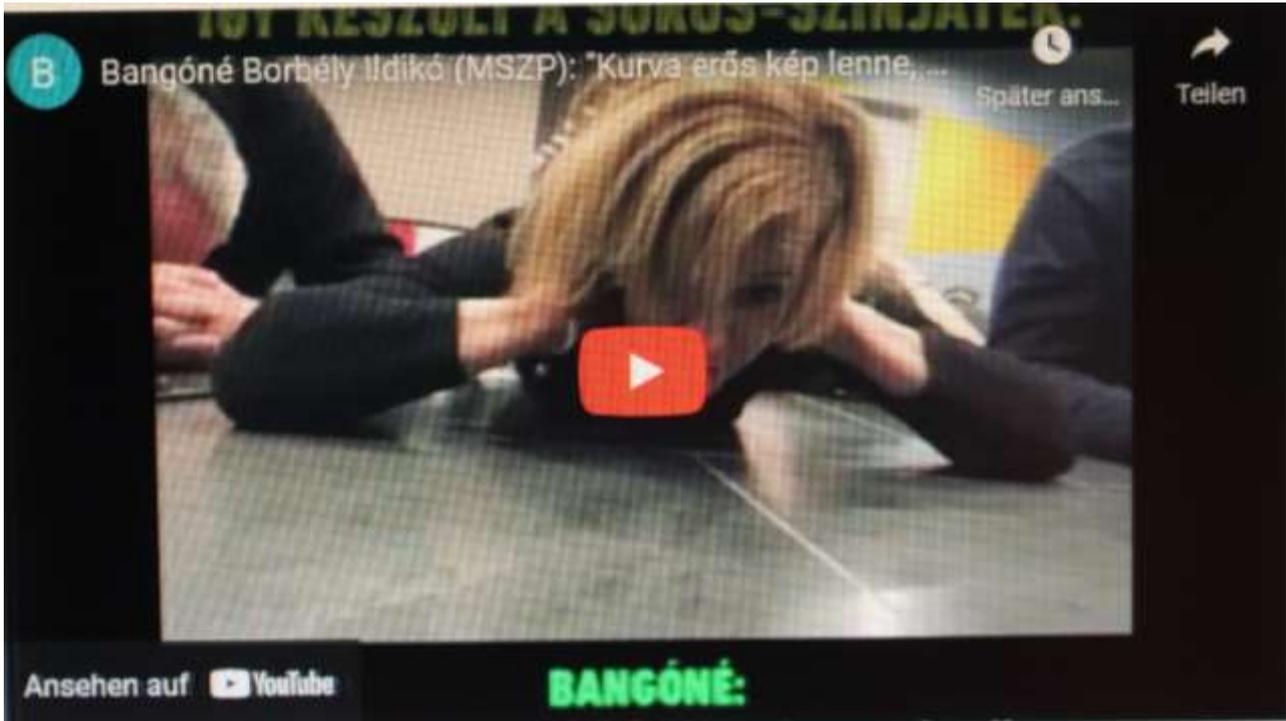




dav

Zu diesem Zwecke legten sich einige Besetzerinnen zu [Joga-Übungen](#) auf den Boden, um [Fake-Bilder](#) zu produzieren, die an die [chilenische Militärdiktatur](#) (ab Mitte der 70er-Jahre) erinnern sollten. Die studierte Kindergarten-Tante und Sozi-Abgeordnete Ildiko Bangone sinnierte in lauwarmer Revolutions-Atmosphäre in macho-sexistischer Sprache vor sich hin: „Das wird ein [huren\(!\)-gutes\(ungarisch: „curva-jo“\)](#) [Bild](#) ergeben, wenn wir uns auf den Boden legen und die Hände hinter den Kopf geben. Ich bin fix und fertig, wenn meine Kinder dieses Bild gleich sehen werden.“

<https://www.youtube.com/watch?v=nXpBSoZhoHg>



Zierliche Sozi-Aktivistin rennt sich an verschlossener Tür den Kopf an

Die schwarzhaar-gefärbte Polit-Schönheits-Königin (mit [Bikini-Figur](#)), Sozi-Kunhalmi Agnes (auch schon mit einem rechts-[radikalen Jobbik-Fan](#) gesichtet), verband sich eigenhändig,

Seite A 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

mit einer Art Taschentuch, die Jeans-Hose, um so eine Knieverletzung vorzutäuschen. Allerdings fehlte die wichtigste Zutat, nämlich: „Blut ist ein ganz besonderer Saft.“ (Goethe:

„Faust“ – Gab's kein Ketchup aus der Kantine...?

Sie hatte die elementare physiologische Regel vergessen: Dass man nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann...

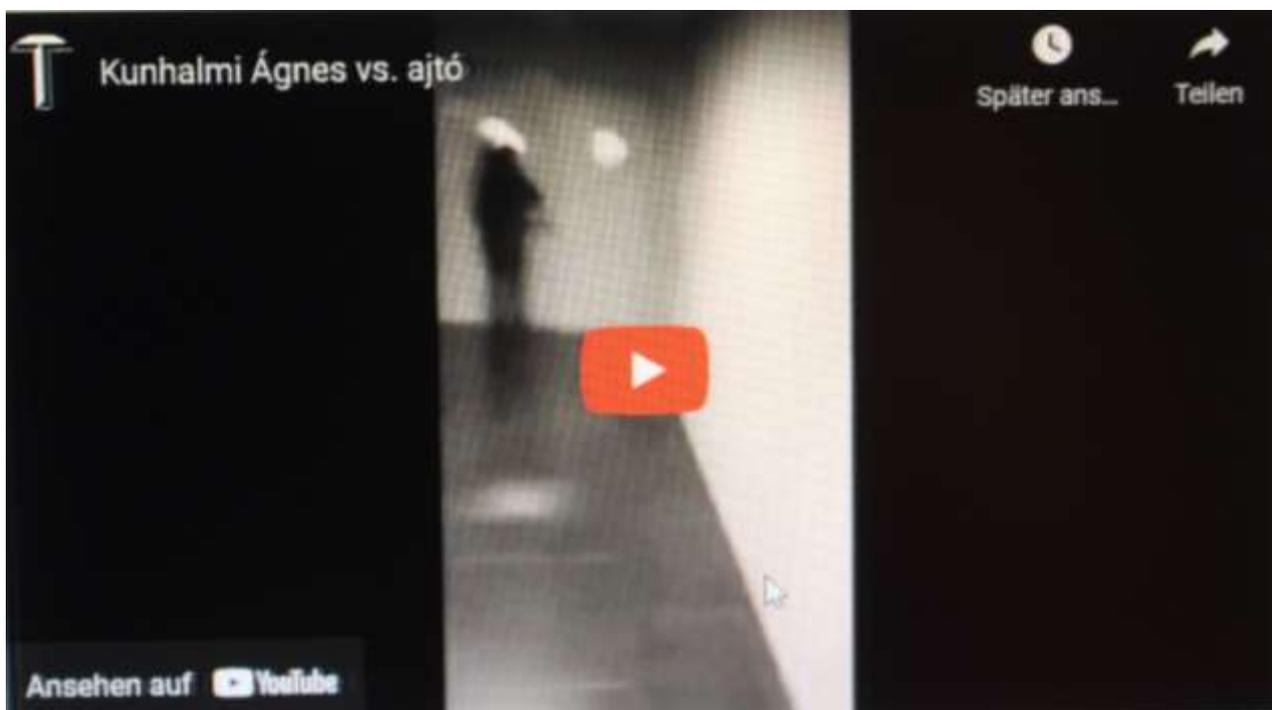
Szel Bernadette: „Mein Gott (!)Agi!!! Könnte ich dir helfen? Was ist passiert?“

Kunhalmi: „So wie es aussieht, hatte ich kein Glück!“

Bernadette: „Magst du in die Kamera sprechen oder nicht?“

Kunhalmi.: „Was soll ich sagen. Ich habe versucht die Tür einzurennen.“

<https://www.youtube.com/watch?v=RwsrmE0ziaE>



Steckte der englische Satiriker Monthy-Python dahinter ?

Hier zur Abwechslung jetzt aber „Der Revolutionär Bryan erhält Latein-Unterricht“:

<https://www.youtube.com/watch?v=DZ47gksnesc>



„Bitte schlagen Sie mich vor der Kamera !“

Eine volle Stunde lang bemühte sich der linke Aktivist [Hadhazy Akos](#) (mit Mobil-Kamera in der Hand auf dem Boden liegend) flehentlich darum, endlich von den Sicherheitskräften geschlagen (!) zu werden. Vergebens! Jenen hielten sich phantasielos-höflich-stur eisern an ihre rigide Dienstvorschrift: „Ich bitte Sie! Stehen Sie vom Boden auf!“ Kurzerhand ließ der linke Lurch-Akrobat sich darauf hin mit seiner Nachrichtenagentur verbinden: „Hallo Joschi-lein! Lieg hier gerade am Boden! Sie schlagen ein bisschen(!), sie treten ein bisschen! Sechs von ihnen sind über mir!“

<https://www.youtube.com/watch?v=7cSzvNpM9U>



Selbst Alynski-Regel Nr.7 („Man muss öfter mal was Neues machen.“) löst mittlerweile nur mehr Gähn-Effekte aus: Wen interessieren noch die von Kunhalmi-Schwarzköppchen organisierten Alinsky-Joga-Übungen (hinter ihr Sicherheitskräfte als Muskel-Verstärker), um eine brutale Verhaftung vorzutauschen. Dabei kann sie sich selbst das Lachen nicht verkneifen.

Beim Entfernen eines Linksaktivisten (wegen Hausfriedensbruchs) pocht dieser auf sein angestammtes Bleiberecht in innerer Kontemplation: „Lassen Sie mich in Ruhe!“ – Einen letzten ähnlichen Auftritt lieferte in der Antike – Richtig! – Diogenes vor seinem Weinfass, als ihn Alexander der Große beim Sonnenbaden störte: „Geh mir aus der Sonne!“ Und das war – Ich muss nachrechnen – vor knapp 2500 Jahren...

[Felkészül: Magyarország \(bitchute.com\)](http://bitchute.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Streit um Rechtsstaatlichkeit Orban deutet erstmals Ungarns EU-Austritt an

12.02.2022, 20:27 Uhr



Macht Druck auf die EU: Viktor Orban. (Foto: dpa)

Sollte der Europäische Gerichtshof den neuen Rechtsstaatsmechanismus der EU durchwinken, könnte das für Ungarn heftige finanzielle Einbußen bedeuten. Ministerpräsident Orban zweifelt daher erstmals ernsthaft an einem Verbleib seines Landes in der EU.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban hat erstmals die Möglichkeit eines EU-Austritts seines Landes angedeutet. Die Europäische Union führe unter dem Schlagwort

Seite A 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

des Rechtsstaats "einen Heiligen Krieg, einen Dschihad", sagte der rechtsnationale Politiker in einer Rede vor Anhängern in Budapest. Zugleich forderte er von der EU "Toleranz" gegenüber Ungarn. Ansonsten werde es nicht möglich sein, weiterhin einen gemeinsamen Weg zu gehen.

Orban sprach wenige Tage, bevor der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg über den neuen Rechtsstaatsmechanismus der EU befinden soll. Die Regelung sieht vor, dass Ländern, die gegen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verstoßen, Mittel aus dem gemeinsamen EU-Haushalt gekürzt werden können. Ungarn und Polen hatten gegen den im Dezember 2020 beschlossenen Mechanismus geklagt. Der EuGH soll am kommenden Mittwoch (16. Februar) sein Urteil verkünden.

EU-Gremien und Menschenrechtsorganisationen werfen Orban, der seit 2010 in Ungarn regiert, den Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vor. Orban trat dieser Einschätzung an diesem Samstag entgegen. "Für sie ist der Rechtsstaat ein Mittel, mit dessen Hilfe sie uns zu etwas kneten wollen, was ihnen ähnelt", sagte er. Ungarn würde aber nicht so werden wollen wie Westeuropa, so wie es umgekehrt vom Westen nicht erwarte, dass dieser die ungarische Asyl- oder Familienpolitik übernehme. Ungarn wolle "trotz wachsender kultureller Entfremdung" die EU zusammenhalten. Deshalb habe Budapest sowohl Brüssel als auch Berlin schon mehrfach "Toleranzangebote" unterbreitet. "Es gibt keine andere Lösung, nur die Toleranz. Nur so können wir einen gemeinsamen Weg finden", führte Orban weiter aus.

Die EU-Mitgliedschaft wird in Ungarn von fast 80 Prozent der Menschen begrüßt. Orban hatte in der Vergangenheit immer wieder scharfe Attacken gegen die "Bürokraten in Brüssel" geritten, sich aber mit Austrittsdrohungen zurückgehalten. Seine jährliche "Rede zur Lage der Nation" fiel mit dem Wahlkampfauftakt zusammen. Am 3. April wählen die Ungarn ein neues Parlament. Orban sieht sich erstmals einer geschlossen antretenden Opposition gegenüber, deren Bündnis von links bis rechts reicht. Meinungsumfragen sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus.

Quelle: ntv.de, mba/dpa

06) Ungarische Links-rechts-Opposition plant den Verfassungs-Umsturz

Ein Gastkommentar von Krisztina Koenen

12. 02. 2022



Während sich die ungarische Politik schon seit Monaten im Wahlkampfmodus befindet, ist vor wenigen Tagen endlich das lange ausstehende Programm der vereinigten Opposition für die Parlamentswahlen am 3. April erschienen. Es kündigt die Beseitigung der jetzigen Verfassung und der bestehenden parlamentarischen Regeln als Ziel an.

Links-rechte Block-Opposition

Die vereinigte ungarische Opposition ist ein Wahlzusammenschluss von sechs Parteien, und wenn man sie genauer betrachtet, versteht man gleich, warum sie so lange für ein Programm gebraucht haben. Bei den vorigen Wahlen 2018 war die stärkste unter ihnen die nationalkonservative, manche würden sagen nationalsozialistische Jobbik (Die Rechten) mit 19,6 Prozent, danach kam ein Zusammenschluss zwischen den postkommunistischen Sozialdemokraten und einer grünen Partei, Párbeszéd (Dialog), mit 11,9 Prozent, gefolgt von der LMP, einer noch grüneren Partei mit 7 Prozent, Schlusslicht war die Demokratische Koalition (DK) des ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány mit 5,3 Prozent. Der sechste Teilnehmer, die schwer definierbare aktionistische Partei Momentum, schaffte es mit drei Prozent nicht ins Parlament. Die konservative Fidesz-Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Viktor Orbán gewann damals zusammen mit ihrem designierten Koalitionspartner, der Christlich-demokratischen Volkspartei KNDP, mit 49,2 Prozent der Stimmen die Wahl.

Die Zahlen zeigen schon, warum es im vorigen Jahr zu einem mühsam ausgehandelten Bündnis der Sechs kam: Nur gemeinsam, mit gemeinsamen Kandidaten können sie sich Chancen ausrechnen, gegen die Koalition von Fidesz und KNDP gewinnen zu können. Dabei handelt es sich um einen geradezu unwahrscheinlichen Zusammenschluss. Jobbik, die inzwischen ein Schatten ihrer selbst ist, definiert sich als nationalkonservative Partei mit

starken sozialistischen Anleihen, die sich inzwischen zwar moderat gibt, in deren Dunstkreis sich jedoch immer noch sehr unappetitliche Antisemiten und Zigeuner hassende Rassisten befinden. Alle anderen, die Sozialdemokraten, Grünen, die DK, Momentum und Párbeszéd sind einheitlich links und grün, ihr Führungspersonal besteht je nach Ausrichtung aus Exkommunisten oder EU-verehrende, internationalistische Klima-, Gender- und Fortschrittsaktivisten. Die einzelnen Parteien mögen zwar verschiedene Schwerpunkte setzen, sie bewegen sich jedoch alle innerhalb dieses Spektrums. Deshalb müsste man eigentlich annehmen, dass sie eine Partei wie Jobbik noch mehr verabscheuen würden als Orbán und Fidesz. Aber Not macht erfinderisch, und so stellten die Vereinigungswilligen alsbald fest, dass es auch zu Leuten etwas Verbindendes besteht, die man sonst als Nationalsozialisten bezeichnen würde, nämlich der Sozialismus.

Parteiprogramm eines Allmacht-Staates

Das Programm ist in neun Kapiteln gegliedert, die Titel haben wie „Freies Ungarn“, „Gesundes Ungarn“, „Kluges Ungarn“, „Einheitliches Ungarn“ und natürlich „Grünes Ungarn“. Wenn man sich in die Kapitel vertieft, bekommt man genau das, was zu erwarten war: Allgemeinplätze, Bekenntnisse, vermischt mit ins Detail gehende Einzelregelungen (wie z.B. die Besitzverhältnisse der Tabak-Geschäfte zu regeln seien). Dem Text ist anzumerken, dass die Autoren bemüht waren, alle Differenzen zwischen den Parteien zu umschiffen, und deshalb überwiegen wolkige, nebulöse Formulierungen. Worauf sich allerdings alle einigen konnten ist die Vergötterung des Staates. Der soll – endlich in den richtigen Händen – alles und jedes regeln, verwalten, nehmen und geben, die Guten belohnen und die Bösen bestrafen. Man sollte sich jedoch nicht von der Monotonie einschläfern lassen. Denn zwischen den Bekenntnissen zum Guten in dieser Welt schlummern die harten Zielsetzungen, die man möglichst verbergen wollte: Anschluss an den Euro, Forderung des europäischen Mindestlohns und der EU-Staatsanwaltschaft, höhere Besteuerung von Großunternehmen.

Noch kennzeichnender ist was im Programm fehlt. Über die Familie lesen wir nur, was ihnen der gütige Staat alles zukommen lassen wird, das Thema LGBT, der woke Angriff auf die Familie erscheint überhaupt nicht, obwohl bis auf Jobbik alle anderen dessen brennende Unterstützer sind. Die Migration bekam ein winziges Unterkapitelchen mit allgemeinen Floskeln über die Menschlichkeit und der Ablehnung der „illegalen“ Migration, aber kein Wort über den Zaun oder den Grenzschutz. Insgesamt scheint Jobbik den Kürzeren gezogen zu haben, denn nichts in diesem Programm hat mit Konservatismus und nationalen Interessen zu tun. Ebenso fehlt die Forderung nach der Gründung der Vereinigten Staaten von Europa, die Lieblingsidee der Spitzenkandidatin der Demokratischen Koalition und Ehefrau von Ferenc Gyurcsány, Klára Dobrev. Vermutlich hielt man das Ansinnen für nicht vermittelbar und blieb bei Unterwerfungsgesten an die Adresse der EU.

Verfassungs-Umsturz geplant durch Volksplebiszite

Man könnte sagen, alles wie erwartet, doch es gibt ein Kapitel, das tatsächlich mit voller Offenheit die wahren Ziele dieser Opposition enthält, und das ist das Kapitel „Verfassung“. Was hier in aller Ausführlichkeit beschrieben wird ist der Plan eines Umsturzes, der nichts mit den demokratischen Gepflogenheiten parlamentarischer Machtwechsel zu tun hat. Es ist das Programm eines Putsches, mit dem die bisherige Verfasstheit des ungarischen Staates zertrümmert und ein vollkommen neues, der Ideologie der Wahlsieger entsprechendes neues „europäisches“ System errichtet werden soll.

Die Begründung dafür ist die Fiktion, in Ungarn herrsche in eine totalitäre Diktatur, in der es weder Rechtsstaatlichkeit, noch Gewaltenteilung, noch bürgerliche Freiheiten gebe, der einen anderen Weg offen ließe. Wie die freien Wahlen, in denen die Opposition zu gewinnen gedenkt, dazu passen, wird nicht erörtert. Die in Ungarn vorherrschende totalitäre Diktatur soll den Umsturz, die angekündigte Missachtung der bestehenden Verfassung sowie der gesetzlich festgelegten verfassungsgebenden Prozedur legitimieren.

Da selbst die kühnsten Träumer in der Oppositionskoalition sich nicht vorstellen können, die bisher für die Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erringen, soll die Verfassung nicht vom Parlament, sondern von einer Volksabstimmung verabschiedet werden. Die dem Volkswillen folgende Verfassung soll nicht wie bisher die Grundlagen der ungarischen Staatlichkeit enthalten, sondern Ungarn in die „europäische und internationale Gemeinschaft eingliedern“, in ihrem Geist soll sie den „Werten der europäischen Kultur und der universellen Menschenrechte“ folgen. Sie ist eine Kapitulations- und Unterwerfungserklärung vor der universalistischen Ideologie und ihren Vertretern in der EU und der westlichen Welt. Zugleich sollen alle Bestimmungen aus der Verfassung gelöscht werden, die das „gegenwärtige Regime ideologisch und strukturell untermauern“.

Unterwerfung unter Supranationalismen: EU – NATO – NGO's

Auch wenn die Vereinigten Staaten von Europa keinen Eingang ins Programm gefunden hat, soll in der neuen Verfassung die „Verpflichtung Ungarns“ festgeschrieben werden, „das immer engere Zusammenwachsen der Völker Europas anzustreben, sowie die gemeinsamen Werte der EU zu verwirklichen. Diese Werte sind der Pluralismus, das Diskriminierungsverbot, die Toleranz, die Gerechtigkeit, die Solidarität, sowie eine Gesellschaft, in der die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern herrscht.“ Dann folgen in alle Einzelheiten gehend die staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche, deren gesetzliche Grundlagen neu gestaltet werden sollen. Die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft in der EU und in der NATO sollen ebenfalls Teil der Verfassung werden, ganz wie einst die ewige Treue zur Sowjetunion. Nicht fehlen dürfen dabei die neuen Verfassungsgarantien für das menschliche Glück, genannt auch Sozialismus: das Recht auf Arbeit, Recht auf soziale Versorgung und soziale Sicherheit, Recht auf Familienunterstützung, Recht auf Wohnmöglichkeit, Recht auf eine gesunde Umwelt, auf Gesundheitsversorgung und sonst noch einiges.

Verschwörungsimperativ „Wahlbetrug“

Um das Vorhandensein einer aktuellen Notlage zu untermauern, haben vor wenigen Tagen zwanzig NGO, ausnahmslos vom amerikanischen Milliardär George Soros und der EU finanzierte Organisationen, die OSZE aufgefordert, die ungarischen Wahlen nach strengsten Regeln (wie sie etwa für die Ukraine oder Weißrussland gelten) zu beobachten, da Fidesz den Wahlbetrug vorbereite. Sie wüssten, dass Orbán selbst dann die Macht nicht abgeben werde, wenn er verlieren sollte, er würde sich durch Wahlbetrug weiter an der Macht halten. Beweise für ihre Behauptungen legten sie nicht vor.

Wahlbeeinflussung durch CIA, Brüssel, FBI ?

Wer hier Wahlen fälschen oder beeinflussen will, dazu hat sich Gábor Bruck, langjähriger Berater der Opposition (unter anderem beriet er den designierten Fraktionsführer, den ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány) unlängst in einem Interview im linksradikalen Sender Klub Rádió verplappert. Er sagte, es gebe durchaus eine

Wahrscheinlichkeit, dass die Opposition die Wahlen gewinnen werde, da die Orbán-Regierung „unter schwerem Beschuss aus Brüssel“ stehe, und es sei durchaus möglich, dass das FBI oder der CIA gegen die Regierung in die Wahlen eingreifen werde. Das sei schließlich nicht mehr Trumps Amerika, fuhr er fort. „In Nachbarländern haben sie das ordentlich gemacht. Meiner Meinung nach – genau weiß ich es nicht – schauen sie jetzt zu, und wenn die Opposition stark genug sein sollte, werden sie einschreiten. Sie werden Informationen veröffentlichen, die die Macht unglücklich machen werden.“

Wahlumfragen zeigt Fidesz-Vorsprung

Zunächst sieht es – wenn es mit rechten Dingen zugeht – noch nicht nach einem Sieg der Opposition aus, die Umfragen sehen Orbán mit einem noch bequemen Vorsprung vorne. Der ideologischen Klarheit von Fidesz steht der reine Destruktionswille von überwiegend zweifelhaften Persönlichkeiten gegenüber. Anführer der Oppositionsgruppe ist formal der designierte Ministerpräsident Péter Márki-Zay, der parteilose Bürgermeister der südostungarischen Stadt Hódmezővásárhely (50.000 Einwohner), der noch am ehesten Jobbik nahe steht. Der Mann wurde bei einer Urwahl von Mitgliedern der Oppositionsparteien im Oktober für die Aufgabe ausgewählt. Mit seinem milde gesagt unsteten Lebenslauf ist er das, was die Angelsachsen einen loose cannon nennen. Mal erklärt er, dass er wüsste, wie viele Juden und Schwule es in Fidesz gibt, mal kündigt er an, dass die Mitglieder der jetzigen Regierung nach seiner Machtübernahme verhaftet werden würden, und so könne man doch die für die Verfassungsgebung notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament erreichen.

Der bindingslose Amateurpolitiker ist die Marionette Ferenc Gyurcsánys von der selbstgegründeten Partei DK, einer Abspaltung der postkommunistischen Sozialdemokraten. Gyurcsány selbst kann wegen seiner Vergangenheit nicht direkt nach der Macht greifen. Nach seinem Wahlsieg mit den Sozialisten 2006 hat er in einer Parteikonferenz offen zugegeben, dass die Sozialisten in ihrem Wahlkampf morgens, abends und nachts gelogen hatten. In den darauf folgenden Straßenunruhen ging die Polizei mit äußerster Gewalt gegen Demonstranten los. So verlor er die Wahl 2010 an Orbáns Fidesz, und versucht seitdem ein Comeback. Nebenbei ist er ein vermögender Geschäftsmann, der sein Vermögen der Privatisierung unter der Regierung Horn zu verdanken hat.

Orban punktet mit Familien- und Migrationspolitik – schwächelt mit Oligarchen-Image

Orbán kann durchaus zum vierten Mal die Wahlen gewinnen, wenn er jetzt keine großen Fehler mehr macht. Sein nationalkonservatives Programm ist immer noch mehrheitsfähig, seine Familien- und Migrationspolitik sind populär. Der anhaltende wirtschaftliche Erfolg des Landes und auch der meisten Bürger spricht für ihn. Aber sein Beitrag zum ungarischen crony capitalism, die Tatsache, dass er die maßlose Bereicherung seiner Parteifreunde und Unterstützer nicht nur duldet, sondern auch fördert, erbost viele Ungarn. Gerade auf diese baut die Opposition, indem sie bewusst den Neid schürt. Dass Orbán jetzt Wahlgeschenke an Rentner, Familien, Junge und Alte verteilen lässt und die dadurch selbst verstärkte Inflation durch Preiskontrollen aufzuhalten versucht, wird ihm, sollte er die Wahl gewinnen,

selbst noch große Probleme bereiten. Und auch psychologisch ist das Geldverteilen kontraproduktiv: Den Bürgern ist durchaus bewusst, dass sie gekauft werden sollen, und der Eindruck wird erweckt, dass Fidesz und Orbán verwundbar seien, und nicht selbstbewusst in die Wahl gehen würden.

Der Artikel ist ursprünglich erschienen bei [Tichys Einblick](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Ungarischer Außenminister zur Ukraine-Krise: Keine NATO-Truppen auf unserem Territorium (UPDATE)

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

10. 02. 2022



Bild: IMAGO / Ukrinform

UPDATE

Auch die **britische Armee** hat die ersten von 350 geplanten **Soldaten nach Polen** verlegt. Sie sind heute in Warschau gelandet. Die **US-Armee** überführt gerade in einem **Konvoi gepanzerte Militärfahrzeuge** von Arad (nahe der ungarischen Grenze) auf den **rumänischen** Armeestützpunkt in **Constanta am Schwarzen Meer**. Zusätzlich sollen die derzeit 900 **US-Soldaten** in Rumänien um **weitere 1000** aufgestockt werden. ([msn](#))

Auf die Frage nach der Stationierung von NATO-Truppen in Ungarn stellte der ungarische Außenminister Peter Szijjártó unmissverständlich fest: „Nein, damit waren wir nicht einverstanden, und es wird auch nicht anders sein. Schließlich gibt es bereits NATO-Truppen auf dem Territorium des Landes.“ ([msn](#)) Dies ist ein mutiges Zeichen zur Deeskalation des Ukraine Konflikts und gegen eine fatale

Aufrüstungsspirale, die von der US-Regierung mit anderen EU-Staaten (u.a. Polen, Slowakei, Rumänien, Bulgarien) realisiert werden soll: Der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, Todd Wolters, möchte nämlich sog. Battlegroups mit bis zu 1500 Soldaten jeweils in diesen Ländern stationieren. ([faz](#))

Unmissverständliche Botschaft an die NATO

Auf die Frage, ob Ungarn seinen eigenen Verbündeten näher stehe als Russland, gab Szijjártó eine diplomatische aber eindeutige Antwort: „Kommen Sie ! Natürlich, ja ! Wir sind Mitglieder der NATO und der EU. Aber unser Militär ist in guter Verfassung, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten.“

Politische Spannungen in der Slowakei

Nicht nur wurde die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová von Oppositionspolitikern als „amerikanische Agentin“ bezeichnet, die gegen die Interessen ihres Volkes Krieg mit Russland wolle. Am Dienstag, 9.2.2022, demonstrierten vor dem Parlament in Bratislava mehr als 3000 Menschen mit „Stop [USA](#) Army“-Transparenten. Und zwar gegen die US-Übernahme von zwei Militärflughäfen im Land. Gleichzeitig wurden US-Truppen in die Ost-Slowakei verlegt.

Orban klar für friedliche Lösung

Somit ist die Strategie des ungarischen Ministerpräsidenten Orban – als diplomatisches Bindeglied zwischen Ost und West unverzichtbar: „Was die Frage betrifft, ob Russland einen Krieg in der Ukraine beginnen möchte, sind wir zuversichtlich, dass die Antwort noch lange ‚Nein‘ lauten wird.“ (Szijjártó, in [msn](#)) Gleichzeitig betonte der ungarische Außenminister, dass Orban während seines kürzlich erfolgten Moskaubesuches diesbezügliche Zusicherungen durch den russischen Präsidenten Putin erhalten habe. ([index](#))

Für Osteuropa überlebenswichtige Position

Szijjártó gemahnte außerdem daran: Dass „es in Ländern, die Tausende von Kilometern von der Ukraine entfernt sind, leicht ist, über das Worst-Case-Szenario zu sprechen.“ (msn) Szijjártó: „Aber in unserer Region geht es um unser Leben. Daher muss mehr in die Diplomatie investiert werden. Für uns kleinere mitteleuropäische Länder wäre es sehr gefährlich, wenn es zu gewalttätigen Ereignissen käme.“ (msn)

Fake-News: US-Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete bereits von russischer Invasion

Auf diesen Bloomberg-Livebericht wies der ungarische dezidiert hin... ([index](#)) – Die Reaktion von Bloomberg auf die dann erfolgte Löschung des TV-Beitrags: Dieser wäre im Voraus für den Fall vorbereitet worden, dass Russland in die Ukraine einmarschierte.“ ([index](#)) – Liegen also Pläne zur Provokation Russlands in Hinblick auf eine Invasion längst druckfrisch in den Mainstream Medien vor ?

Gegen erneute antirussische Sanktionen

Szijjártó erwähnte überdies die Unwirksamkeit solcher Sanktionen anhand der Tatsache: Dass etwa das deutsch-russische und französisch-russische Handelsvolumen

seit der Ersteinführung der Sanktionen zugenommen habe. Er forderte deshalb auch eine Überprüfung der Sanktionen aufgrund der Ukraine-krise.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Verleumdungs-Kampagnen westlicher Medien gegen Orban – Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn?

10. 02. 2022



dav

Seit mehr als zehn Jahren laufen teils hasserfüllte Medienkampagnen. Wer sind die Akteure? Mit welchen Methoden arbeiten sie?

Eine Analyse von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

Casus belli: Orban gewinnt die Wahl 2010

Nur vier Monate nach Regierungsantritt von Ministerpräsident Orban (am 29.5.2010) spielte der österreichisch-ungarische Standard-Journalist Paul Lendvai mit einem zweideutigen Artikel („[Orbán über alles](#)“, 8.10.2010) auf den nationalsozialistischen Missbrauch des „Deutschlandliedes (1841) an.

Lendvai sprach von Ungarns „*unaufhaltsamen Gang in Richtung einer autoritären Ordnung, die die 1989–1990 eingebauten und verfassungsmäßigen Grenzen der Macht aus dem Weg räumt.*“ Dieselbe Zeitung hatte bereits unter „[Guter Grieche, böser Ungar](#)“ (24.7.2010) der Wirtschaftspolitik Orbans einen Misserfolg prophezeit – Und sollte schließlich damit voll daneben liegen.

Das österreichische „Weekend“-Magazin titelte 2016 (anlässlich eines Fußballspieles) sogar eine Art Endzeitkampf herbei: „[Gut gegen Böse](#)“. Dabei waren die Köpfe des österreichischen Bundeskanzlers Kern und des ungarischen Premiers Orbán montiert. Während der Flüchtlingskrise 2015 wurden gezielt [fake-news](#) verbreitet: Etwa das [Lügenbild von Bicske](#). (Der US-Sender fox-news hat dieses [decouvriert](#)).

<https://www.youtube.com/watch?v=vWioIHd0VCA&t=6s>





Die Methode: International orchestrierte Dämonisierung

Die Desinformation zum Corona-Notstandsgesetz (2020) wurde durch die ungarische Opposition angestoßen mit einem Putin-Vergleich: „Dies nennt man eine Diktatur.“ (Tímea Szabó, „Dialog“) Dann flankierte die ungarische EU-Abgeordnete Cseh Katalin:

„Die Unbegrenztheit des Ermächtigungsgesetzes (!) ist antidemokratisch.“ – Dann folgten die West-Medien: „Das Corona-Notstandspaket räumt die letzten Hindernisse zu absoluter Macht aus dem Weg.“ ([ARD](#))

Zuletzt legten internationale NGOs nach: „Unter dem Deckmantel des Coronavirus übernahm Orbán die absolute Macht.“ (K. Roth, Direktor von [Human-Rights-Watch](#)) (alle Zitate in [Magyar nemzet](#))

Faktum ist: HRW wird [von Soros unterstützt](#).

Die ganze Inszenierung war letztlich zwar ein Rohrkrepierer, weil „man Orbán damit (nur) einen Gefallen getan“ hatte (Ivo Mijnsen, NZZ – [Europastudio](#)) Denn am gemeinsam ausgerufenen „Hassobjekt Orbán“ manifestierte sich nichts anderes als „der gescheiterte Versuch, eine Diktatur zu erfinden.“ ([Philosophia perennis](#)) (Die österreichisch-ungarische Rechtsanwältin Dr. Eva-Maria Barki hat die unhaltbaren Anschuldigungen [widerlegt](#).)

Die Diskreditierungskampagnen wiederholen sich beliebig...: Wieder ist der [Standard](#) involviert: „**Studentenproteste in Budapest gegen ‚Kulturrevolution von rechts‘**“.(3.9.2020) – Oder: „Österreichische Autoren-Kollektive verleumden Ungarn: Der ‚Goldmensch-Skandal‘“ (siehe meine Analyse auf [AUT](#))

US-Regime-Change in Ungarn ?

Die vorgeschobenen Vorwürfe reduzieren sich auf ein Orwell'sches Framing: Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. – Sind diese aber nur Teil einer „[Mega-Manipulation](#)“

im Rahmen sogenannter „Regime-Changes“, in Form einer asymmetrischen Kriegsführung gegen unbotmäßige, weil souveräne Nationalstaaten?

Auf das Jahr 1993 datiert eine US-Kampfschrift zum zivilen Widerstand („[From dictatorship to democracy](#)“, verfasst durch den Gründer der »*Albert Einstein Institution*«, A. Sharp, 1928 – 2018). Bereits im Februar 2000 wurden in Budapest serbische Oppositionelle (im Rahmen der 'Otpor'-Widerstand-Bewegung) zum Sturz des Autokraten Milosevic (am 5. Oktober 2003) ausgebildet.

Finanziert wurde alles durch die US-NGO ‚[Freedom House](#)‘(FH). Diese publiziert eine jährliche Demokratie-Watchlist, die v.a. die unbotmäßigen Nationalstaaten Ungarn und Polen diskreditiert: „*FH-Studie: Ungarn und Polen verlassen die Gruppe der Demokratien*“. ([Kurier](#))

Faktum ist: FH wird u.a. finanziert durch die Soros-Stiftung [Open Society](#) ([weilers](#) von Google, Facebook und dem Rüstungskonzern BAE).

Österreichischer „Der Standard“ betreibt ostrassistische Dämonisierung

Die zuletzt vom Standard-Journalisten Gregor Mayer (Wohnsitz Budapest) lancierte Anti-Ungarn-Kampagne bedient sich genau dieser üblichen Feindbilder.

„*Dutzende Student_innen der angesehenen (!) Budapester Theater-Universität haben sich im Gebäude verbarrikadiert (!)... Sie fordern die Wiederherstellung der Autonomie, die ihr die Regierung des Rechts(!)populisten (!)Orbán weggenommen (!) hat.*“ ([DerStandard](#))

Der Text ist voller ost-rassistischer Vorurteile und stilistischer Ressentiments über politische Rückständigkeit, sowie orientalisches Potentatentum:

„*Treibender Motor ist der Kuratoriumspräsident Vidnyánszky. Er häuft einflussreiche Ämter ... an. Er ist Orbáns oberster Theaterkommissar (!), entstammt der ungarischen Minderheit (!) in der Karpato-Ukraine (!). Seinen autokratischen (!) Habitus prägte sein Studium im damals sowjetischen (!) Kiew... Sein Hass (!) richtete sich gegen die etablierte Szene.*“ (ebda)

Verschwiegen wird dabei immer eines: Dass natürlich auch westliche Kulturinstitutionen durch die Politik besetzt werden. So hatte die österreichische Kulturministerin Edtstadler (ÖVP) kurz vor Amtsübergabe an die (Grüne) Lunacek noch schnell drei Kuratoriumsvorsitzende neu besetzt. Dafür hätte es (laut Opposition) aber „*keine inhaltliche Begründung*“ gegeben. ([DiePresse](#)) – Ein offenes, wenn auch tabuisiertes Geheimnis ist in Österreich das föderalistische Parteibuch-Schul-System: Denn hier „*entscheidet das parteipolitische Kollegium des Landesschulrats über (die) einzelnen (Direktoren)Bewerber.*“ ([Profil](#))

Im Standard-Bericht wird das Mittel der Dämonisierung angewandt: Vidnyánszky wird ein „*mystisch(!)-nationalistisches (!) Weltbild*“ angehängt. Er soll von einer „*Obsession*“ (! eine psychopathologische Zwangsvorstellung !) getrieben sein, weil seiner Meinung nach, „*das ungarische Theater von einer links-linken Geistigkeit ‚verseucht‘ sei* (! Die Herkunft des Zitats wird nicht belegt !).

Das Mittel der Verunglimpfung verdeutlicht sich in einer Art Piraten- und Putsch-Jargon: Von der „*Kaperung (!) der Theater-Uni*“ ist da die Rede, oder

anderen „autokratischen (!) Maßnahmen, die auf die Eliminierung (!) kritischer Kultur abzielen.“ (ebda) Gebetsmühlenartig wiederholt werden unhaltbare Vorwürfe: Etwa dass „die Medien weitgehend zentralisiert und homogenisiert“ wären.

In Wirklichkeit sind solche Vorwürfe freilich Projektion der Verhältnisse im westlichen Mediensektor: „So investiert die (sozialistische) Gemeinde Wien Gelder zu Bestechung der Medien.“ ([Andreas Unterberger](#), Ex-Chefredakteur DiePresse und WienerZeitung) – Mittlerweile halten 45% der Befragten den Begriff „Lügenpresse“ für berechtigt. ([Profil](#)) Für Deutschland liegt eine Studie zur Willkommenskultur-Presse vor: „Die Medien machten sich zum Sprachrohr der politischen Elite und ignorierten die Sorgen der Bevölkerung.“ ([Cicero](#))

Es werden nationalistische Ressentiments bedient: „Viele der besten (!) Lehrkräfte kündigten, unter ihnen ... Viktor Bodó, der regelmäßig in Österreich (!) inszeniert.“ – Implementiert wird aber auch, dass die besten Kulturschaffenden immer nur links-liberal sein können.

Soros' österreichischer Flüchtlings-Lobbyist steigt in den Ring

Die **zweite Kampagne** bedient sich einer perfiden Meta-[\[1\]](#)ebene: Indem sie selbst eine ungarische Medien-Kampagne gegen einen „Soros-Lobbyisten“ unterstellt; wieder mittels patriotischer Stimmungsmache: „[Ungarns Kampagne gegen Österreicher](#)“ (ORF, 11.9.2020)

Die Methode: Jeder Kritik an der Migrationsagenda wird Regierungsnähe und Einschränkung der Meinungsfreiheit vorgeworfen

„Die regierungsnah ungarische Zeitung [Magyar Nemzet](#) begann den international renommierten (!) Experten und Leiter der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) als ‚Lobbyisten‘ des ungarischstämmigen US-Milliardärs George Soros (zu) ‚enttarnen‘.“

Faktum ist: Die ESI wird [finanziert](#) durch die [Open-Society-Foundations](#) (OSF) von Soros. Diese betreibt [Lobbying gegen Ungarn](#) und [für](#) die [Flüchtlingsagenda](#).

Obwohl Knaus aber gerade diese ungarische „Medienkampagne als ‚sehr einschüchternd‘“ (ORF) bezeichnet, lebt der profilierteste Orban-kritiker (der Profil-, Standard- und dpa-Journalist), G. Mayer, immer noch in seiner [Wahlheimat Budapest](#). – Hier hatte sich etwa der linksliberale Schriftsteller György Konrád (im Januar 2018) zu einer Art Morddrohung hinreißen lassen – gegen einen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten: „Orban sollte freiwillig irgendwohin verschwinden, möchte er nicht enden wie Ceausescu.“ ([hvg](#))

Der gegen Orban erhobene Vorwurf der Undankbarkeit („Soros und seine OSF – von der Orban einst als junger Oppositionspolitiker selbst Geld erhielt.“ – ORF) mahnt subtil eine Art Paten-Schweigegelübde ein.

Faktum ist: Soros' OSF [unterstützt](#) das „Netzwerk investigativer Journalisten“. Jegliche nicht-linke Soros-skeptische Recherche wird aber immer als Hetze denunziert: Dass etwa „Knaus und sein Thinktank ESI ... eine neue Kommunikationsoffensive gegen Ungarn“ planen. – Dabei war es aber gerade Knaus selbst, der (in einem Twitter-Gespräch mit dem [umstrittenen ORF-Journalisten Wolf](#)) selbstgenüßlich diese

Kampagne [ankündigte](#) (mit drohendem Verweis auf sein neues Flüchtlings-Agenda-[Buch](#) („Welche Grenzen brauchen wir?“): *“Some in Hungary are unhappy about our work? Why? Hm...”*

Auch der Futterneid-Reflex wird aktiviert:

„Dem von der Pandemie relativ wenig betroffenen Ungarn wurde 5,6 Mrd. Euro zugesprochen. ... Italien erhielt nur 2,3 Mrd.“ (ORF) – *„Es war aber jedenfalls ein perfekter Deal für Orban.“* (ESI in ORF)

US-Doktrin „Operations other than war“

Faktum ist die Existenz einer US-Doktrin („*Training and Doctrine Command-Pamphlet 525–5*“ – 1994). Die Methode: Gezielte Destabilisierung von Staaten, zum Zwecke US-affiner „*Regime Changes*“. Das Instrument: „*Operations other than War*“, u.a. durch sog. „*Demokratie-Förderung*“ („*National Endowment for Democracy*“). Daraus entstand das Drehbuch für alle „*Farbenrevolutionen*“, für den „*Arabischen Frühling*“. – Am Beispiel des ukrainischen [Euro-Maidan](#) (November 2013 – Februar 2014) werden die beschriebene Eskalationsstufen deutlich: Aufruhr (Maidan), Krise (Slawjansk) und Konflikt (Krim). (Mega-Manipulation, s.o.)

All diese Begriffsbezeichnungen wären somit eine Orwell'sche Um-konditionierung von Sprache und Wirklichkeit ins Gegenteil: *„Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke.“* Hier: Krieg ist Demokratie.

US-Sonderbeauftragter Goodfriend von Syrien nach Budapest

Die außenpolitische Karriere des US-Gesandten A. Goodfriend wirkt frappierend. Der studierte Kommunikationsspezialist (u.a. für sog. „[Konfliktverhütungsstrategien](#)“) war während des „Arabischen Frühlings“ (ab Dezember 2010) Generalkonsul an der US-Botschaft in Syrien, [Damaskus](#) (von August 2009 bis Februar 2012) – 2011 sprang die „Arabellion“ auf Syrien über...

Danach war er Gesandter an der ungarischen US-Botschaft in Budapest (August 2013 – Februar 2015). Im Sommer 2013 [beendete](#) Ungarn die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds (IWF). Im Oktober 2014 verhängte die Obama-Regierung (Proklamation 7750) ein Einreiseverbot [gegen ungarische Regierungsbeamte](#). Gründe dafür wurden nicht genannt. Die Informationen sollen über „*eine Nachrichtenagentur und ungarische Presseinformationen*“ [geleakt](#) worden sein. Im Fadenkreuz des Komplotts: Die Präsidentin der [ungarischen Steuer- und Zollbehörde, Ildikó Vida](#). Dann beschuldigte der deutschsprachige [PesterLloyd](#) (ohne konkrete Beweise) mehrere regierungsnahen Personen (u.a. den Fidesz-Abgeordneten [J. Lázár](#), Orbans damaliger Kabinettsleiter). Die US-Botschaft erhob in einem Facebook-[Video](#) schwerste Vorwürfe gegen „*autoritäre (!) Führer, die aus den Taschen des Staates stehlen (!) ... Dies alles sind Beispiele für ... das organisierte Verbrechen.*“ (12.12.2014) – Im Februar 2015 wurde Goodfriend aus „*familiären Gründen*“ in die USA [abgezogen](#).

Ein böser Verdacht machte die Runde: Untersuchungen der ungarischen Steuerbehörde gegenüber US-Unternehmen sollten vereitelt werden.

Tschechische Nečas-Regierung wird zu Fall gebracht – Balkanstaaten im Fadenkreuz

Mit ähnlichen [Korruptionsvorwürfen](#) wurde auch die **tschechische Nečas-Regierung** (13. Juli 2010 – 17. Juni 2013) gestürzt. Auch gegen den ehemaligen tschechischen **Ministerpräsidenten Babis** mobilisierten Massendemonstrationen „*Es handelt sich um die größte Demonstration seit der ‚Samtenen Revolution‘ von 1989.*“ ([Prager Zeitung](#)) – Bei den Wahlen 2021 unterlag Babis gegen eine Blockopposition knapp. Eine ähnliche links-rechtsradikale ungarische Blockopposition möchte die Orbanregierung am 3.4. 2022 aus dem Amt putschen. (hier ein [Bericht](#) dazu)

Dasselbe Szenario spielte sich im August 2020 gegen die **bulgarische Regierung** ab, welche „*die Demonstranten als „mafios-oligarchischen Ring sehen.*“ ([DW](#)) Ebenso im Juli 2020 gegen die **serbische Regierung**: „*Kritiker sehen darin den Beginn eines Aufstands gegen die Herrschaft von Präsident Vučić.*“ ([DW](#))

Wird damit die Doktrin des englischen Geostrategen Mackinder (1904) weitergeführt? Nämlich die „*Beherrschung der Weltinsel Eurasien*“ durch eine angelsächsische Macht. (siehe auch: Mega-Manipulation). Die Neuordnung des Balkans ist noch längst nicht fixiert

Korrumpierte sozialistische Regierungen mit Wohlwollen goutiert

Was auffallend ist: Zivile Proteste werden von westlichen Medien nur dann wohlwollend kommentiert, wenn sie sich gegen [konservativ-nationale](#) Regierungen richten: Während Massenproteste gegen die „*korrumpierte*“ rumänische Sozialisten-Regierung (Sommer 2019) vermied der [ORF](#)-Osteuropa-Korrespondent E. Gelegs tagelang die Nennung des Begriffs „*sozialistische Regierung*“.

Als es 2006 im Anschluss an die [Lügen- und Vulgärrede](#) des damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Gyurcsany („*Wir haben morgens und abends gelogen... Und in der Zwischenzeit haben wir vier Jahre lang sowieso nichts gemacht. Nichts.*“) zu den gewalttätigsten [Ausschreitungen der Polizei](#) gegen friedliche Demonstranten seit 1956 kam, schwieg die westliche Presse mundtot...

„*Die Wahrheit ist in dieser Zeit so verdunkelt, und die Lüge so allgemein, dass man die Wahrheit nicht erkennen kann, wenn man sie nicht liebt.*“ (Pascal)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Ungarischer Außenminister: Linke West-Eliten hassen uns, wegen erfolgreicher konservativer, nationaler, christlicher Politik

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

07. 02. 2022



dav

Auf die Frage des US-amerikanischen Journalisten Tucker Carlson, warum die westlich-liberale Welt vor einem kleinen Land wie Ungarn, mit seinen 10 Millionen Einwohnern, aber einer strikten Flüchtlings-Abschottungspolitik mehr Angst als vor China hat, antwortete der ungarische Außenminister Szijjártó Péter: „Weil wir eine christliche, patriotische Politik betreiben. Unser Ziel ist es, das nationale Interesse zu erfüllen. Wir sind konservativ. Und wir sind erfolgreich. Unsere Existenz ist also eine Gefahr für sie.“ (Hier link des [Interviews mit deutscher Übersetzung](#))

„Eine Lüge so lange wiederholen, bis die Menschen diese glauben.“ (Goebbels)

Dabei schrecken die linken Westeliten und Mainstreammedien auch nicht vor offener geobbel'scher Diffamierung zurück... Abschreckendstes Beispiel dafür war das sogenannte Lügenbild von Bicske: Ein – wenn nicht von den Westmedien sogar bewusst inszeniertes – so doch ins absolute Gegenteil verkehrte Lügenbild einer Flüchtlingsfamilie am Bahnhof der westungarischen Stadt Bicske...

Dabei war es doch der arabische Flüchtlingsvater selbst gewesen, der seine Ehefrau mit ihrem Baby mutwillig auf die Gleise stieß. Die zwei anwesenden ungarischen Polizisten versuchten dann den, auf die beiden Einschlagenden von den beiden zu trennen... Und zwar, um diese vor ihm zu schützen... – In diesem Augenblick schoss die westlichen Medienmeute das Lügenbild, das suggerierte...: Dass die beiden Polizisten Mutter und Kind von ihrem Vater getrennt hätten...

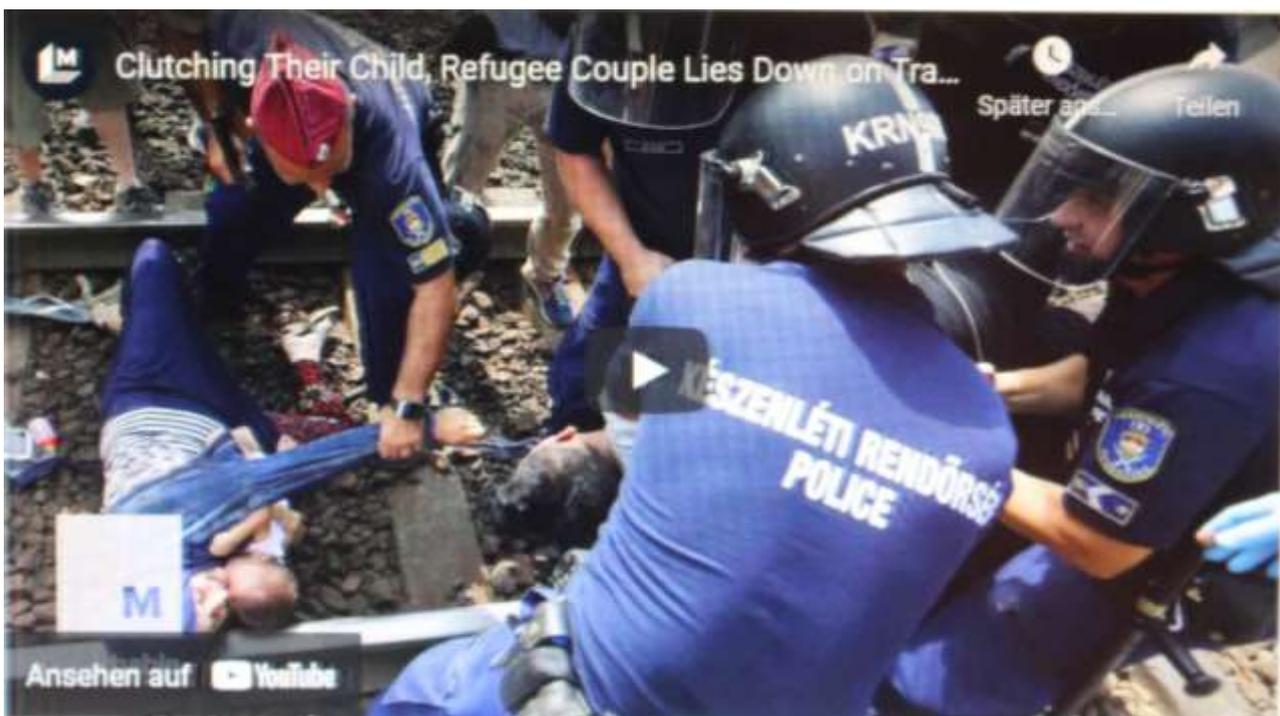
Und die politische Linke, allen voran die österreichische EX-Grünen-Vorsitzende Glawischnig, hat diese Lügen schamlos weiter verbreitet.

<https://www.youtube.com/watch?v=vWiolHd0VCA>



Hier das gesamte Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=5zahZNDdpZ4>



Hier eine ausführliche Analyse von mir: [„Fake-News und Flüchtlings-Krise – Wie die Lügenpresse gegen Ungarn mobil machte – und scheiterte.“](#)

Anti-Soros-Politik

Doch hat der Hass gegen Ungarn und Polen auch noch tiefere Wurzeln: Beide Länder widersetzen sich dem sog. [Soros-Flüchtlingsplan](#), der vorsah, jährlich bis zu 1,5 Mio Flüchtlinge in der EU anzusiedeln. Kritiker werfen Soros dabei vor, die europäischen Nationalstaaten zerstören zu wollen, um so eine One-World zu errichten.

Gegen neo-orwell'schen „Toleranz“-Totalitarismus

Insofern aber haben die Brüsseler Links-Eliten den mittel(ost)europäischen Ländern eine Art postmodernen kalten Ideologiekrieg erklärt... Denn sie wissen: Orbán muss als wichtigster Dominostein fallen... Dann würden auch die anderen Visegrad-4-Staaten ins liberal-nihilistische politische Nichts wegbrechen... Somit aber gilt es zu vertuschen:

Orbán hat recht behalten

Der psychologische Grund dahinter: Die Hass-Fake-News-Prediger haben erkannt, dass Viktor Orbán recht behalten hat: „Wir wissen von de Gaulle, dass die Hoffnungslosigkeit Hass gebiert. Jedem der Sätze der oppositionellen Parteien entströmt Hass. Es wird keinen Mangel an Niederträchtigkeit, persönlichen Angriffen und an Heuchelei geben.“ (Orbán: [„Rede zur Lage der ungarischen Nation“](#), 18.2.2018)

1.) In der Flüchtlings-Krise

„Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, dass es besetzt wird.. Anscheinend haben sich die Entwicklungsrichtungen (von) West- und Mitteleuropa getrennt... In Westeuropa sind die alten, großen europäischen Nationen zu Einwanderungsländern geworden.“ (Orbán: „Rede zur Lage der Nation“, s.o., 18.2.2018)

2.) Im Beharren auf den Nationalstaat

„Wir wollen starke Nationalstaaten, und wir wollen starke Führer an der Spitze Europas sehen. Wir haben die Migranteninvasion an den Südgrenzen Ungarns aufgehalten... Und wir werden den Niedergang Europas aufhalten.“ (Orbán: „Rede zum Nationalfeiertag“, 15.3.2019 – [„Die Welt“](#))

3.) In der Kritik am internationalen Finanzsystem, am Globalismus

„Der IWF ist eine Krähe, die keiner anderen ein Auge aushackt.“ ([Orbán](#))
„Wenn in Ungarn etwas geschieht, das die Interessen der Großmächte, der großen Firmen oder großer Menschen verletzt, dann springt das Europäische Parlament als erster und greift Ungarn an.“ ([Orbán](#), 7.12.2017)

„Die Herren der globalistischen Politik verkündeten: Wenn in irgendeinem Land nicht die Liberalen die Wahlen gewinnen, dann gibt es dort keine Demokratie mehr. Sie verkünden, dass das Volk eine Gefahr für die Demokratie darstellt.“ (Orbán: „Rede zur Lage der Nation“, ebda)

4.) In der Kritik am undemokratischen, nihilistischen Zustand der West-EU-Eliten

„Die Nihilisten (Juncker, Verhofstadt, Schulz) sind in der Gesellschaft in der Minderheit, aber die europäische Elite haben sie schon lange okkupiert.“ (Orbán, „[Orban bezeichnet Juncker und Schulz als «Nihilisten» | NZZ](#)“ 2016) –

„Aus Brüssel wurden nur Kolonien verwaltet, aber wir waren weder Kolonie noch waren wir Kolonisatoren. Wir haben niemandem die Heimat weggenommen, aber wir werden unsere auch nicht verschenken.“ (Orbán-Rede, 23.10.2018)

„Diejenigen beschuldigen Ungarn, die die westliche Demokratie geerbt haben, die keine persönlichen Opfer eingehen mussten für die Freiheit. Und jetzt wollen Sie die antikommunistischen Freiheitskämpfer des demokratischen Widerstandes verurteilen.“ (Orbán)

5.) In der Ablehnung des Multikulturalismus und in Bezug auf das christliche Europa:

„Ich stelle nicht das Recht der anderen in Frage, sich ihres Multikulturalismus zu erfreuen. Aber Ungarn folgt ihnen (Westeuropa) da nicht. Unsere Verfassung beschreibt das Christentum als eine Kraft, die die Nation stärkt.“ (Orbán, Interview „[Süddeutsche](#)“, 2019)

6.) In der Ablehnung der Political-Correctness, jener Orwellschen Meinungsdictatur im Westen

„Wer das Denksystem der politischen Korrektheit in Frage stellt, kann ihnen zufolge kein Demokrat sein. Aber so wird die Gedanken- und Meinungsfreiheit verletzt. Ich dagegen, als Illiberaler, verteidige die Freiheit des Wortes. Ich weiß, dass das in den westlichen Hauptstädten merkwürdig klingt. Aber hier im Herzen Mitteleuropas denken alle so.“ (Orbán-Interview, s.o.)

7.) Mit seinem wertkonservativen Weltbild

„Ich glaube an die einfachen Dinge. An die Arbeit, an die Familie und an die Heimat. Ich glaube daran, dass wir Ungarn dann eine Zukunft besitzen, wenn wir Ungarn bleiben. Wir pflegen unsere Sprache, verteidigen unsere ungarische und christliche Kultur, bewahren die Unabhängigkeit und die Freiheit Ungarns.“ (Orbán: „[Rede zur Lage der ungarischen Nation](#)“, 10.2.2017)

„Niemand will ‚Genderologen‘ anstellen, infolgedessen braucht man auch keine auszubilden.“ (stellvertretender ungarischer Ministerpräsident Zsolt Semyen im [ORF](#))
Am Ende wird sich zeigen: „Vor 27 Jahren glaubten wir, dass Europa unsere Zukunft ist. Im Augenblick sind wir es, die Europas Zukunft sind.“ (Orbán)

„Freiheit , Liebe“

Der größte ungarische Nationaldichter, Sandor Petöfi, fasste zwei antagonistische Wesensmerkmale der ungarischen Mentalität in knappe Worte: „Freiheit, Liebe! Beide brauche ich. Für meine Liebe opfere ich mein Leben, für die Freiheit opfere ich meine Liebe.“ – Doch verbirgt sich dahinter noch etwas Größeres: „Herr, segne den Ungarn... Beschütze ihn mit deiner Hand, wenn er gegen seinen Feind kämpft. Jene, die das Schicksal nicht verschont: Schenke ihnen eine bessere Zeit. Denn dies Volk hat schon genug gebüßt für Vergangenes und Kommendes.“ (ungarischer Nationalhymnus)

<https://www.youtube.com/watch?v=1de8yb2cgkk>



„Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, und das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“(Perikles)

Diese ungarische Schicksalsergebenheit in Gottvertrauen erinnert an eine Aussage des antiken Perikles (500–429 v. Chr.) – nicht umsonst sind beide Mentalitäten miteinander verwandt: Ungarn wie Griechenland waren immer ein christlicher Vorposten Europas – und gerade deshalb immer in ihrer Eigenstaatlichkeit bedroht.

„Unsere Vorfahren haben sehr richtig gesagt: ‚Ein feiges Volk besitzt keine Heimat‘... Doch am Ende haben immer wir gesiegt. Wir haben den Sultan mit seinen Janitscharen nach Hause geschickt, den habsburgischen Kaiser mit seinen Soldaten, die Sowjets mit ihren Genossen, und jetzt schicken wir auch Onkel Gyuri (Soros) zusammen mit seinem Netzwerk nach Hause.“ (Orbán: „Rede zur Lage der Nation“)

Wohlstand ist nicht Freiheit

Ein anderer Grund für den Hass gegen Länder wie Ungarn oder Polen ist eine tiefgreifende Ideologie-Diskrepanz: Denn für die wohlstandverwöhnten Westler ist nicht Freiheit das oberste Gut – sondern materielle Ab-Gesicherheit und unendliche Wahlmöglichkeit innerhalb des Unglücks eines Nanny-Vollversorgungsstaates...

„Das Leben ist der höchsten Güter nicht.“ (Schiller)

Aus der tiefen Unterbewusstheit einer moralischen Unterlegenheit der feigen West-Eliten entsteht so...: Hass. Hass gegen Nationen, die sich das höchste Gut erhalten haben: Freiheit.

„Was würdet ihr tun ohne Freiheit?“

„Ich sehe hier eine ganze Armee von Landsleuten vor mir, die sich der feigen Tyrannei widersetzt. Ihr kommt um als freie Männer zu kämpfen. Und freie Männer seid ihr alle. Was würdet ihr tun ohne Freiheit?... Kämpft, und ihr sterbt vielleicht. Flieht, und ihr lebt. Wenigstens eine Weile. Und wenn ihr dann in vielen Jahren sterbend in euren Betten liegt, wär't ihr dann nicht bereit, jede Stunde, einzutauschen von heute bis auf jenen Tag... Um einmal nur hier stehen zu dürfen und unseren Feinden zurufe: ‚Ja! Sie mögen uns unser Leben nehmen. Aber niemals nehmen sie uns unsere Freiheit.‘ (William Wallace im Film „Braveheart“)

[Braveheart – Rede – YouTube](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=nfoW244cFZM>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n (Seiten A 139 bis A 141)

10) Auch in Slowenien mischt das Verfassungsgericht auf Seiten der Linken mit

12. 02. 2022



SLOWENIEN| Das Verfassungsgericht unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verfassungsgerichts, Matteo Accetto, beschloss, dem Antrag der Gewerkschaften stattzugeben und die Erhöhung der Gehälter der Ärzte auszusetzen, bis das Verfassungsgericht die Vereinbarkeit von Artikel 48 des KKP10 mit der Verfassung der Republik Slowenien abschließend geprüft hat. Neben Marko Šorli stimmte auch Klemen Jaklič gegen die Aussetzung und gab eine abweichende Stellungnahme ab, in der er seine ablehnende Haltung begründete. Seiner Ansicht nach sollte das Verfassungsgericht nicht in den Bereich der Bewertung unterschiedlicher politischer Visionen einbezogen werden, und die Entscheidung verstoße gegen die Grundsätze eines demokratischen Staates. Premierminister Janez Janša reagierte ebenfalls auf die Entscheidung und schrieb, das Verfassungsgericht habe verhindert, dass junge Ärzte befördert und besser bezahlt werden.

Nachdem die Vorsitzenden von fünf Gewerkschaftsdachverbänden (Lidija Jerkič, Branimir Štrukelj, Jakob Počivavšek, Evelin Vesenjok und Peter Majcen) beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit eines Artikels des Interventionsgesetzes gestellt hatten, mit dem die maximale Gehaltsstufe, die Ärzte und Zahnärzte im Gehaltssystem des öffentlichen Sektors erreichen können, erhöht wird. Offenbar ist man der Ansicht, dass die Aussetzung einer vorübergehenden Gehaltserhöhung für Ärzte weniger schadet als eine qualitativ bessere Versorgung der Bevölkerung durch bessere Ärzte.

Das Verfassungsgericht wird zum Richter über politische Visionen

Neben Richter Marko Šorli stimmte auch Richter Klemen Jaklič gegen die Entscheidung, die einjährige Erhöhung der Ärztegehälter vorübergehend auszusetzen, da er die Einmischung der Justiz in die Sozial- und Gesundheitspolitik für unvereinbar mit der demokratischen Verfassungsordnung hält und es empörend findet, dass Richter mit ihren eigenen Vorstellungen von Sozial- und Gesundheitspolitik auf Kosten der Gewährleistung des Rechts der Menschen auf Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit in die politische Arena treten. „Solange die Mindestschwelle der sozialen und gesundheitlichen Rechte nicht überschritten wird, darf die Verfassungsgerichtsbarkeit nicht in das Feld der Beurteilung unterschiedlicher politischer Visionen eintreten.“ Jaklič erläuterte in seiner abweichenden Meinung, dass genau dies heute geschehen sei, als die Mehrheit des Verfassungsgerichts beschlossen habe, die Entscheidung der Regierung und des Gesetzgebers, die Gehälter der Ärzte zu erhöhen, auszusetzen.

Die Folgen des Verlusts von Menschenleben sind zweifelsohne schlimmer als alle anderen

Jaklič ist der Ansicht, dass es keinen vernünftigen Zusammenhang zwischen der Anhebung der Gehälter von Ärzten (die auch die bestmöglichen Mitarbeiter für den öffentlichen Gesundheitssektor gewinnen und deren Abwanderung in den gut bezahlten Privatsektor verhindern soll) und der Erhöhung des Niveaus der Gesundheit und der sozialen Sicherheit gibt. Er fügt hinzu: „Wo immer ich in der entwickelten Welt gewesen bin, habe ich immer genau diese Erklärung für die deutlich höheren Gehälter von Ärzten dort (im slowenischen Kontext) im Vergleich zu vielen anderen Berufen gehört.“ Jaklič ist außerdem der Ansicht, dass es in dieser Zeit der Gesundheitskrise und der Unterversorgung des Gesundheitssystems am wichtigsten ist, die besten Fachkräfte und damit die höchste Qualität der Versorgung zu gewährleisten, und dass die Vorenthaltung der befristeten Erhöhung der Ärztegehälter indirekt eine schwerwiegendere irreversible Folge bedeutet, als es die anderen angeblich schädlichen Folgen, die für den Fall der Nichtvorenthaltung der Verordnung angeführt werden, gewesen wären, wenn sie nicht vorenthalten worden wäre.

Das Verfassungsgericht politisiert erneut

Premierminister Janez Janša reagierte ebenfalls auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts und schrieb in den sozialen Medien: „Das #PKP10 hat es zumindest vorübergehend ermöglicht, die fähigsten Fachärzte über die 57. Dadurch können auch die ebenfalls unterbezahlten @YoungDoctors aufsteigen. Aber @ConstitutionalSodisce politisiert schon wieder.“

Das Verfassungsgericht greift außerhalb der Grenzen der demokratischen Prinzipien ein

In seiner abweichenden Meinung argumentiert Klemen Jaklič auch, dass er davon überzeugt ist, dass der Verlust von Leben und Gesundheit (eine nachteilige Folge im Falle der Verweigerung einer Verordnung, die sich später als verfassungsgemäß erweist) nicht mit den angeblichen nachteiligen vermögensrechtlichen Folgen verglichen werden kann, wenn sich die Verordnung als verfassungswidrig erweist. Außerdem würde das Volk im Falle eines Nichtverbleibs in einem Referendum darüber entscheiden, was seiner Meinung nach verfassungswidrig ist und in dieser Situation nicht notwendig sein sollte. Angesichts der Begründungen des Verfassungsgerichts, bei denen es sich größtenteils um hypothetische

Szenarien handelt, die keine potenziellen Schäden für Gesundheit und Leben vorsehen, und angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit, die für die Aussetzung gestimmt hat, ihre Entscheidung nicht begründet, ist Jaklič der Ansicht, dass es sich hierbei um eine Einmischung des Verfassungsgerichts in die politische Arena der Sozial- und Gesundheitspolitik handelt, die darauf hindeutet, dass unterschiedliche politische Visionen beurteilt werden, und somit um einen Verstoß gegen den Grundsatz eines demokratischen Staates.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Feindbild Deutschland. Historiker deuten den Geschichtsstrategen Putin.
Von Joseph Crottoru. FAZ Nr. 33 vom 11.02.2022, Seite N 3

Feindbild Deutschland

Historiker deuten den Geschichtsstrategen Putin

Die heutige Ukraine sei „ganz und gar und durch und durch ein Geschöpf der Sowjetära“, ist in dem Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“ zu lesen, der im vergangenen Juni auf der Website des russischen Präsidenten Wladimir Putin in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht wurde (F.A.Z. vom 14. Juli 2021). Putin als vermeintlicher Autor beschuldigt die Bolschewiki, durch ihre „üppigen territorialen ‚Geschenke‘“ sei Russland „faktisch ausgeraubt“ worden. Der damit in den Raum gestellten Frage, wie man sich eine Wiederherstellung der angeblichen historischen Einheit vorstellen könnte, haben die jüngsten Truppenaufmärsche an den Grenzen zur Ukraine beunruhigende Brisanz verliehen. Den putinschen Traktat haben die Herausgeber der Zeitschrift „Osteuropa“ (Heft 7/2021, Berliner Wissenschafts-Verlag) mittlerweile nicht nur vollständig ins Deutsche übersetzen, sondern auch von den Russland- und Ukraine-Experten Andreas Kappeler und Jan C. Behrends kommentieren lassen.

In den Kommentaren der beiden Historiker aus Wien und Potsdam geht ein wenig unter, wie sehr das Pamphlet, das sich offensichtlich vor allem an die Ukrainer richtet, diese umgarnt. „Wir wissen“, heißt es etwa darin, „wie fleißig und talentiert das Volk der Ukraine ist. Es vermag beharrlich und ausdauernd Erfolge und hervorragende Ergebnisse zu erzielen. Diese Eigenschaften, gepaart mit Offenheit, natürlichem Optimismus und Gastfreundschaft sind nicht verschwunden.“ Dieses Wohlwollen scheint allerdings eher denjenigen zu gelten, die „zu Russland nicht nur ein gutes Verhältnis haben, sondern ihm mit großer Liebe begegnen“. In populistischer Manier wird im selben Atemzug das am insinuierten wirtschaftlichen Untergang der Ukraine nach 1991 unschuldige Volk als Opfer einer korrupten Elite gezeichnet, die Putin bezichtigt, die Ukrainer – sozusagen in zeitversetzter Kollaboration mit den Bolschewiki – dem „großen russischen, dem dreieinigen Volk der Großrussen, Kleinarussen und Belorussen“ entreißen zu wollen.

Die Behauptung von der angeblich zersprengten Dreieinigkeit ist für Kappeler eine „Halbwahrheit“. Tatsächlich habe die Sowjetregierung im Gegensatz zu den Zaren die Existenz einer ukrainischen Nation nicht nur anerkannt und ihr eine eigene Sowjetrepublik zugeordnet. Sie habe in den Zwanzigerjahren auch die ukrainische Sprache und Kultur gefördert. Putins Geschichtsklitterung

setzt Kappeler zufolge noch früher ein. Er unterschlägt, dass die „ukrainische Nationsbildung schon in der Frühen Neuzeit ihren Anfang nahm, in der Nationalbewegung fortgesetzt wurde und sich in den Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts intensivierte, was in der Ausrufung der unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik Ende 1917 und der Westukrainischen Volksrepublik ein Jahr später gipfelte“.

Die turbulenten Ereignisse am Ende des Ersten Weltkriegs und unmittelbar danach übergeht Putin jedoch keineswegs. Im Gegenteil, er beschreibt, wie der ukrainische Nationalrat mit den Mittelmächten ein separates Abkommen schloss und daraufhin den Schutz deutscher Truppen genoss. Doch er tut dies nur, um daran zu erinnern, dass die Deutschen den Nationalrat im April 1918 zugunsten einer eigenen Marionettenregierung absetzten – was für den Kreml-Chef eine Lehre abwirft: „Jenen, die heute die Ukraine vollständig externer Verwaltung überlassen haben, stünde es gut zu Gesicht, sich daran zu erinnern, dass eine ähnliche Entscheidung damals, im Jahr 1918, dem herrschenden Regime in Kiev zum Verhängnis wurde.“

Dass aus Putins Sicht, der an dieser Stelle unverblümt das alte Feindbild Deutschland beschwört, schon länger eine „externe“ Übernahme der Ukraine droht, steht im Einklang mit seiner neo-sowjetischen und imperialistischen Auffassung vom Nachbarland als einem vom Westen gelenkten „Anti-Russland“. Hier sieht Kappeler ein „bipolares Weltbild eines sowjetisch sozialisierten Geheimdienstlers“ am Werk, in das die Vorstellung nicht passe, dass es die demokratisch gewählte ukrainische Führung sei, die eine Annäherung an die EU und die Nato anstrebe – und diese Initiative gerade nicht von den Westmächten ausgehe. Kappeler befürchtet, dass Russland die von Putin an die Wand gemalte „Verfolgung und Diskriminierung der ethnischen Russen und Russischsprachigen in der Ukraine zum Vorwand für indirekte oder gar direkte Interventionen nehmen könnte“.

Noch deutlicher als Kappeler hebt Behrends hervor, dass die kulturellen Eigenheiten, die Putin der Ukraine zugesteht, sich nach Auffassung des russischen Präsidenten nur in einer Symbiose mit Russland produktiv entfalten könnten. Beide Wissenschaftler zitieren die Stelle, an der Putin nicht nur vor der „Schaffung eines ethnisch sauberen ukrainischen Staates“ warnt, sondern deren Folgen mit dem „Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns“ vergleicht. Dem Rat der beiden Historiker, Putins Text ernst zu nehmen, sollte man folgen.

JOSEPH CROTTORU

Ukraine (Seiten A 143 – A 149)

02) Ukrainekrise – was wirklich dahintersteckt

Von REDAKTION

12. 02. 2022



Bild: Shutterstock

Ukrainekrise – eine westliche Chimäre

Die Mainstream-Medien bringen seit Monaten wieder einmal regelmäßige Berichte über einen tatsächlichen oder vermeintlichen Truppenaufmarsch Russlands an der russisch-ukrainischen Grenze. Ja, die Ukraine sei bereits von russischen Truppen eingekreist und eine Invasion stünde unmittelbar bevor. Tatsächlich gibt es solche Berichte [bereits seit 2014](#), also seit dem Maidan-Putsch.

Russland hätte an der Grenze 100.000 Soldaten mobilisiert, was bedrohlich erscheinen soll. Man muss an dieser Stelle einen Blick auf die Landkarte werfen: die Fläche der Ukraine beträgt über 600.000 km². Die Ukraine ist also fast doppelt so groß wie Deutschland und hat zu Russland eine 2.295 km lange Landgrenze. Insgesamt wohnen in der Ukraine 44 Millionen Menschen.

Was will Putin nun mit 100.000 Soldaten gegen die Ukraine ausrichten? Diese 100.000 Soldaten waren eigentlich schon immer in der Nähe der ukrainischen Grenze stationiert, wobei „Nähe“ in diesem Fall oft 100 Kilometer und mehr bedeutet. Ein Truppenaufmarsch für einen geplanten Angriff sieht anders aus.

Ein Angriff Russlands auf die Ukraine würde jeden Sinn entbehren:

1. Mit 100.000 Soldaten kann man die Ukraine nicht erobern. Schon gar nicht in Hinblick auf den Russenhass der Ukrainer (siehe weiter unten). Zu gewinnen gäbe es nur ein wirtschaftlich völlig ruiniertes Land!
2. Ein lokal begrenzter Grenzkrieg wäre nur teuer und vollkommen sinnlos. Schon aus diesen einfachen Tatsachen wird klar, dass es sich bei diesen Berichten wieder einmal nur um Propaganda handelt.

NATO Osterweiterung und Nordstream 2

Der Dauerkonflikt um die Ukraine hat eine einfache Ursache: Das Bestreben der NATO sich nach Osten auszuweiten. Entsprechend ist das Bestreben Russlands und Putins die Ukraine als eine Art Pufferstaat zu erhalten. Allerdings dürfte es bei der derzeitigen Polemik gegen Russland um etwas ganz Anderes gehen:

Wenn man wieder einmal Putin „Aggression“ gegen die Ukraine unterstellt, so geht es diesmal darum, das Nordstream 2 Projekt zu torpedieren! Dieses Projekt ist den kalten Kriegern vor allem in den USA seit Langem ein Dorn im Auge. Die Gasleitung durch die Ukraine würde durch die Nordstream 2 Leitung weitgehend obsolet und die Ukraine könnte diese Leitung nicht weiter als politischen Hebel benutzen. Auch würden die Transitkosten für das Gas, das Russland nach Europa liefert, entfallen. Die Ukraine bezieht bisher etwa 35% des von ihr benötigten Gases aus Russland und besteht immer wieder auf nicht marktkonformen Sonderkonditionen. Durch die Nordstream 2 Leitung wird die Ukraine gezwungen Marktpreise für das benötigte Gas zu bezahlen, was die ukrainische Regierung innenpolitisch unter Druck bringen könnte, insbesondere in Hinblick auf die zu erwartenden Gaspreissteigerungen. Andererseits wären moderatere Gaspreise für die Ukraine ein

Anreiz für politisches Wohlverhalten gegenüber Russland, was die USA unter allen Umständen vermeiden will. Obendrein möchte die USA Deutschland und Europa ihr teures Fracking-Gas vor allem in Anbetracht der verrückten Energiewende in Deutschland, die den Gasverbrauch in Zukunft explodieren lassen wird, andienern.

Versuche des Westens Rußland zu destabilisieren

Ein weitergehendes Ziel der USA ist natürlich auch ein Regierungswechsel in Russland selbst. Man will wieder irgend einen Idioten wie seinerzeit Jelzin im Kreml sitzen haben.

Es ist durchaus denkbar, dass die verrückte Energiewende und insbesondere die Elektromobilität darauf abzielt, den öl- und gasproduzierenden Ländern das Wasser abzugraben und so die entsprechenden Regierungen zu destabilisieren. Mit diesem Trick wurde schon seinerzeit die Sowjetunion zu Fall gebracht. Die USA vereinbarten damals mit Saudi Arabien, dass dieses Land den Ölmarkt überschwemmte, was den Preis des Erdöl nach unten drückte und so die Sowjetunion in den Bankrott trieb.

Aus diesem Grund hat sich jetzt der Chinesische Staatschef Xi Jinping hinter Putin gestellt und ein Ende der NATO-Osterweiterung gefordert. Offensichtlich ist ihm klar, dass sich anderenfalls die NATO irgendwann bis an die chinesische Grenze ausdehnen würde.

Wichtige historische Ereignisse in der Ukraine:

Der Maidan-Putsch – 2013 fand der von der Obama-Administration unter tätiger Mitwirkung von Victoria Nuland (Mrs. Fuck the EU) orchestrierte Sturz des gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch statt. Nuland gab zu, dass Amerika den Regime-Change in der Ukraine mit 5 Milliarden Dollar subventioniert hatte.

Auslöser für den Putsch war, dass der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch die geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union aus Sorge, dass dieses Abkommen die Beziehungen zum größten Handelspartner der Ukraine, nämlich Russland, beeinträchtigen könnte, aufschieben wollte. Aus Protest gegen diese Entscheidung strömten viele Demonstranten auf den größten Platz der Hauptstadt Kiew, den Maidan, weil sie auf ein besseres

Leben wie in Westeuropa gehofft hatten (eine Hoffnung, die sich bis heute nicht erfüllt hatte), nachdem ihr Lebensstandard durch die Politik der Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 dramatisch abgestürzt war. Diese Proteste entwickelten sich schnell zu gewalttätigen Zusammenstößen und führten schließlich zum Sturz von Präsident Janukowitsch am 22. Februar 2014.

Die Demonstranten wurden, wie sich im Nachhinein herausstellte, von Scharfschützen beschossen, die von den Aufständischen selbst angeheuert wurden. Es gab mindestens 70 Tote. Unter dem Druck der Ereignisse trat Janukowitsch zurück.

Holodomor / [Genozid an der ukrainischen Bevölkerung](#) – Zusätzlich ist das Verhältnis zwischen Russen und Ukrainern seit der Stalin-Ära schwer belastet: Stalin betrieb Anfang der dreißiger Jahre gegenüber der Ukraine eine Vernichtungspolitik: Laut Historikern war die ukrainische Bauernschaft am Anfang der 1930er Jahre das Hauptzentrum des Widerstands gegen die bolschewistische Politik von Zwangskollektivierung und forcierter Industrialisierung. In der Ukraine fanden über viertausend Massenproteste mit ca. 1,2 Millionen Beteiligten statt. Aus den Kolchosen waren 41.200 Bauernhöfe ausgetreten. Ungefähr 500 Dorfräte weigerten sich, unrealistische Pläne für Getreideerfassung zu akzeptieren.

Stalin hatte Angst, die Ukraine als eine Ressource zu verlieren, ohne die der Aufbau eines mächtigen industriellen Imperiums, das die Welt zu erobern vermöchte, nur ein Traum geblieben wäre. Um die Ukraine nicht zu verlieren, erarbeitete das sowjetische Regime einen Plan für Vernichtung eines Teils der Ukrainischen Nation, der unter dem Plan für Getreideabgabe an den Staat verhüllt war. Es ging um eine gänzliche Einziehung aller Getreidevorräte, dann um eine Beschlagnahme von anderen Lebensmitteln und Vermögen als Strafe für die Nichterfüllung des Abgabepfandes. Das requirierte Getreide wurde am Weltmarkt verschleudert, um Rüstungsimporte zu finanzieren (vor allem aus der USA).

Insgesamt kamen bei diesem Völkermord bis zu 7 Millionen Ukrainer ums Leben. Als Folge davon betrachteten die Ukrainer 1941 die einrückende Wehrmacht als Befreier und Hunderttausende Ukrainer schlossen sich der deutschen Wehrmacht an. Unter den ukrainischen Nationalisten gibt es noch heute viele Verehrer des Faschisten Stepan Bandera. Soweit der historische Hintergrund der gegenwärtigen Situation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ukrainekrise: Britische Außenministerin denkt, Baltikum läge am Schwarzen Meer

08. 02. 2022



UK Government/flickr

Nach ihrem geografischen Fauxpas wurde Liz Truss verständlicherweise von Russland verspottet. Immerhin verschätzte sie sich um 1.000 km.

Truss sagte in einem BBC-Interview wörtlich, dass London „seine baltischen Verbündeten auf der anderen Seite des Schwarzen Meeres versorgt und ihnen zusätzliche Unterstützung anbietet“. Dabei liegen Estland, Lettland und Litauen gar nicht in der Nähe des südosteuropäischen Gewässers.

Prompt daraufhin folgte die Watsche seitens der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa: „Frau Truss, Ihre Geschichtskennntnisse sind nichts im Vergleich zu Ihren geografischen Kennntnissen“.

Um das Baltikum zu verteidigen, gehe man nicht durch das Schwarze Meer, sondern durch die Ostsee. Die baltischen Staaten heißen so, weil sie an den Ufern dieses Meeres liegen – und nicht am Schwarzen Meer, belehrte sie die britische Außenministerin.

Sacharowa geht noch einen Schritt weiter und begründet Truss' Mangel an geographischen Kennntnissen als Beweis dafür, dass die Welt vor der „Dummheit und Ungebildetheit

angelsächsischer Politiker“ gerettet werden muss. Denn immerhin sei es eine Mindestanforderung zu wissen, wo die europäischen Länder liegen – vor allem für die Chefin des Außenministeriums.

Dass Tuss britische Außenministerin in einer entwickelten monarchischen Demokratie wurde und nicht einmal über simple Geographie Bescheid weiß, ist in Anbetracht, dass England einmal eine große Seemacht war – und immer noch ist -, äußerst erschreckend. Welche Kriterien sind denn von Nöten um Außenminister in so einem Land zu werden?

„Ich denke, die britische Diplomatie hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie absolut wertlos ist“, sagte Dmitri Polyansky, der stellvertretende russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Poljanski, die britische Regierung sei nicht vertrauenswürdig.

„Ich möchte wirklich niemanden beleidigen, insbesondere nicht meine guten Freunde, die britischen Diplomaten, aber die Ergebnisse sind wirklich nichts, womit man sich rühmen könnte“, fügte er hinzu.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Sarah Wagenknecht zum Rußland-Ukraine-Konflikt: „Der Profiteur ist Washington“

05. 02. 2022



Sarah Wagenknecht | Bild: Screenshot ZDF

Die Politikerin der Linken, Sarah Wagenknecht, in einem Video:

“Scheinheiligkeit der USA, die Dummheit der Europäer und das mangelnde Rückgrat der deutschen Regierung in der Russland-Politik”.

In der Wochenschau-Sendung: “Will Putin Krieg? – Die Hintergründe des Ukraine-Konflikts” erinnerte die Politikerin an eine auf Deutsch gehaltene Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Bundestag aus dem Jahr 2001. Damals war die Stimmung zwischen Russland und Deutschland aber deutlich besser. Beide Länder blickten positiv in die Zukunft. Putin machte damals deutlich, dass der Kalte Krieg vorbei sei und die Zeit für Diplomatie, wirtschaftlichem und kulturellen Austausch und Abrüstung gekommen ist.

Nun 20 Jahre später befinden wir uns allerdings auf dem gegenteiligen Weg, der laut Wagenknecht „brandgefährlichen“ sei:

“Die Eskalation des Ukraine-Konflikts ist brandgefährlich. Die Folgen eines Krieges mitten in Europa, an dem die Atommacht Russland direkt und die NATO mindestens indirekt beteiligt wären, kann man sich kaum ausmalen. Sie betreffen und bedrohen uns alle.”

Schuld an der aktuellen Situation seien u.a. die Medien

Wagenknecht hält der Presse vor, bewusst ein

“Bild eines unzurechnungsfähigen, großwahn sinnigen, russischen Präsidenten, der aus purem Irrsinn jetzt tausende Soldaten an der ukrainischen Grenze zusammengezogen hat und sich möglicherweise, wenn man ihm nicht Grenzen setzt, größere Teile des ukrainischen Territoriums, oder vielleicht sogar das ganze Land militärisch einverleibt,” zu malen.

Rhetorisch fragt Wagenknecht, wer für die Lage nun eigentlich verantwortlich ist:

“Der russische Präsident, der angeblich skrupellos auf Krieg setzt? Oder nicht doch die Vereinigten Staaten und die NATO, die russische Sicherheitsinteressen seit Jahren konsequent ignorieren und auf Ausdehnung der eigenen Einfluss sphäre, Konfrontation und Aufrüstung setzen? Und wer ist eigentlich der lachende Dritte, wenn die EU weitere Sanktionen gegen Russland beschließt und die Gaspipeline Nord Stream 2 beerdigt wird?”

Der Recherche unseres Partners in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION *ZurZeit* bei hochrangigen österreichischen Militärs zufolge, ist aufgrund der bekannten Aufstellung der russischen Soldaten im ukrainischen Grenzgebiet, ein Angriff Putins völlig auszuschließen.

„Europäer bescheuert“

Keinesfalls dürfe man sich für eine Aufrüstung der Ukraine und weitere Sanktionen gegen Russland aussprechen. Das wäre nichts anderes, als würde man noch mehr Benzin ins Feuer gießen. Wagenknecht geht sogar soweit zu sagen, die Europäer wären “bescheuert, dass sie sich immer wieder mit Sanktionen ins eigene Knie schießen”

Denn die USA interveniere wieder einmal nur aufgrund geopolitischer Interessen und droht Unternehmen mit Handelsverboten. Damit scheine Washington auch dieses Mal Erfolg zu haben:

„Denn plötzlich ist der Grünen-Chef Robert Habeck für den Ausbau des Flüssiggas-Terminals, damit die USA ihr teures und umweltschädliches Flüssiggas an uns verkaufen können, wenn der Gashahn von Nord Stream 2 endgültig abgedreht wird“, erklärt Wagenknecht abschließend.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Italien (Seiten A 151 bis A 155)

01) Turin: Senegalesische Drogenhändler übernehmen ganzen Stadtteil

08. 02. 2022



Drogen, Gewalt und fehlende Rechtsstaatlichkeit machen sich im Turiner Stadtteil Barriera Milano seit Monaten breit. Eine besondere Machtdemonstration lieferten nun afrikanische Migranten ab.

[In der Nacht vom 6. Februar](#) haben senegalesische Drogenhändler der Polizei im besetzten Viertel Barriera Milano, aus dem viele der Silvestervergewaltiger stammen, den Krieg erklärt:

<https://www.youtube.com/watch?v=P4dvOc9hD0c>



Innerhalb weniger Stunden wurden sechs Personen wegen Drogenhandels im Viertel Barriera Milano in Turin im Bereich des Corso Vercelli und des Corso Palermo festgenommen.

Fünf Drogenhändler, vier senegalesischer und ein gabunischer Staatsangehöriger, wurden nach sorgfältiger Beobachtung in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen kontrolliert. Letztere führten nicht nur mehrere Dosen Crack mit sich, die bereits in Ovalen verpackt und verkaufsfertig waren, sondern hatten in einigen Fällen auch große Mengen an Drogen in ihren Wohnungen.

Die Polizeibeamten beschlagnahmten mehr als 1 kg Kokain, das ein 38-jähriger vorbestrafter Senegalese zu Hause versteckt hatte, sowie 30.000 Euro, bei denen es sich wahrscheinlich um den Erlös aus Straftaten handelt, da der Mann nicht arbeitet. Bei den verschiedenen Einsätzen schluckte ein 21-jähriger Senegalese, um sich der Kontrolle und Verhaftung durch die Beamten zu entziehen, zunächst einige Dosen Kokain und verletzte dann in einem heftigen Versuch, sich zu wehren, zwei Polizisten.

Afrika-Cup als Auslöser für Krawalle

Am Sonntagabend umzingelten wiederum Dutzende von senegalesischen Drogenhändlern im Stadtteil Barriera di Milano während der Feierlichkeiten zum Sieg des Senegals beim Afrikanischen Nationen-Cup ein Polizeiauto. Das Auto wurde getreten, und die Beamten wurden gezwungen zu fliehen. Die Szene wurde mit einem Mobiltelefon gefilmt und ins Internet gestellt.

„Stundenlang war die Nachbarschaft der afrikanischen Wut ausgeliefert. Es ist Krieg.“, so ein Anrainer.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Zum politischen (Mitte-Rechts-)Katzenjammer der Präsidentschaftswahlen in Italien

Von Salvatore Dell'Olio

05. 02. 2022



Nach einer tragikomischen Woche voller Wendungen und Fehlritte wurde Sergio Mattarella von den Abgeordneten und Senatoren in einer gemeinsamen Sitzung wieder zum Präsidenten der Republik gewählt. Es war die achte Abstimmung ohne Leidenschaft, die die politische Niederlage einer (nunmehr) hypothetischen Mitte-Rechts-Koalition einläutete.

„Nichts ändert sich, damit sich alles ändert“ – der unglaubliche Ausgang der italienischen Präsidentschaftswahlen hat es geschafft, das berühmte Sprichwort, das Tomasi di Lampedusa seinen Geparden aussprechen lässt, ins Gegenteil zu verkehren.

Der alte demo-christliche Apparatschik mit Linksdrahl Mattarella akzeptiert ohne mit der Wimper zu zucken eine zweite Amtszeit, obwohl er seinen Abschied vom Quirinalspalast mit gebuchten Umzugswagen und einem unterschriebenen Kaufvertrag für ein neues, gemütliches Haus für einen ruhigen Ruhestand inszeniert hatte. Ohne mit der Wimper zu zucken, aber mit einer klaren Bedingung: keine Amtszeit auf Zeit, wie es bei seinem Vorgänger Giorgio Napolitano der Fall war, der im zweiten Jahr seiner zweiten Amtszeit zurücktrat – gerade genug Zeit, um der Regierung einen natürlichen Tod und einen sanften Übergang zu neuen Parlamentswahlen zu garantieren; Mattarella will seine erneuerte Siebenjahresperiode vollständig absichern: Die Linke jubelt, die Rechte trocknet ihre Tränen – die keine Freudentränen sind. Mario Draghi bleibt Premierminister einer unnatürlichen Regierung, die von einer Parlamentsmehrheit, die nie eine Wahl gewonnen hat, am Tropf gehalten wird.

Dabei hätte die Geschichte auch anders verlaufen können: Die Koalition der Rechten (Forza Italia, Lega, Fratelli d'Italia) hatte die nötige Stimmenzahl, um einen Namen durchzusetzen. Ja, aber welchen? Und wer hätte die Verantwortung dafür übernommen, das prekäre

Gleichgewicht einer Regierung zu zerstören, in der Berlusconi und Salvini neben den Linksliberalen und einer Fünf-Sterne-Bewegung ohne Projekt und Zukunft die Statisten spielen?

Von Anfang an waren die Verhandlungen zwischen den politischen Parteien ins Stocken geraten: während die Demokratische Partei (links) auf eine Kandidatur von Mario Draghi drängte (was das Ende der Regierung und die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen bedeutet hätte) und die M5S bereit war, sich hinter Pier Ferdinando Casini (ein alter zentristischer Wolf, der im Laufe seiner langen Karriere beiläufig von der Rechten zur Linken gewechselt ist) zu stellen, Die Rechte spielte die Commedia dell'arte mit Berlusconis komischer Selbstkandidatur, Anweisungen zur Stimmenthaltung, den wenig beruhigenden Namen Frattini und Elisabetta Belloni (Chefin des Geheimdienstes), immer ohne Einigkeit im eigenen Lager zu erzielen. Inmitten des Getümmels: Matteo Renzi mit seiner Kleinstpartei Italia Viva, um die Rolle des „Königsmachers“ und Vermittlers zu übernehmen. Hic sunt „peones“ (Die Kinder)

Um die unmögliche Gleichung dieser Präsidentschaftswahl zu verstehen, ist es notwendig, die Zusammensetzung des aus den Wahlen von 2018 hervorgegangenen Parlaments zu analysieren: zur allgemeinen Überraschung hatte das M5S haushoch gewonnen, verfügte aber nicht über genügend Abgeordnete, um allein zu regieren, weshalb das erste Experiment einer 100 % populistischen Querschnittsregierung mit Salvinis Lega unternommen wurde; das Mikado endet, als sich die PD einmischt, und es kommt zu einer neuen Mehrheit mit der Linken, die die Regeln diktiert, und schließlich zur Ankunft des von der heiligen Finanzwelt gesandten Wundermanns Mario Draghi, der eine heterogene und bunte Mehrheit aus MS5, PD, Lega und Forza Italia anführen soll.

Tatsächlich bleibt Fratelli d'Italia die einzige rechte Partei, die in der Opposition bleibt, und auch die einzige, die ihre Umfragewerte verdreifacht (was sie praktisch zum nächsten großen Gewinner der für 2023 geplanten Wahlen macht), während die Lega abstürzt und M5S einfach verschwinden könnte, aufgelöst in der Säure des Kompromisses und des Dilettantismus. Zweifellos werden das Parlament und der Senat, die 2023 aus den Urnen hervorgehen, radikal anders aussehen und einige hundert Abgeordnete (hauptsächlich aus dem M5S, aber auch aus der Lega und der FI) werden nie wieder einen Fuß in die Paläste der Macht setzen. Aber Gesetz ist Gesetz und Geld ist König: Diese Abgeordneten und Senatoren können nur dann eine lebenslange Rente beziehen, wenn sie mindestens eine ganze Legislaturperiode im Amt sind; ein Präsident, der vorgezogene Wahlen ausruft, würde das Ende des schönen Lebens für die gesamte kritische Masse der großen Wähler bedeuten, die von der italienischen Presse treffend als „Peones“ bezeichnet wurden. Sie sind die einzigen wirklichen Gewinner einer Wiederwahl Mattarellas.

Wie gesagt, die Rechten hätten den Verlauf dieser Wahl ändern können. Giorgia Meloni an der Spitze von Fratelli d'Italia hatte eine Kraftprobe versucht, damit die Rechte sich selbst zählen konnte, indem sie ihren Bannerträger Guido Crosetto in die dritte Abstimmung schickte, aber ohne die Hilfe von Salvini und Berlusconi war das ein hoffnungsloses Unterfangen. Die Feigheit und Unvorbereitetheit der letzteren zwingt die patriotische Wählerschaft dazu, eine x-te Natter zu schlucken, vielleicht eine zu viel.

Seite A 155 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EUROLIBERTÉS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Frankreich (Seiten A 156 bis A 185)

03) Bernard Lugan: „Es sind im Wesentlichen unsere ehemaligen kolonialen Untertanen, das Frankreich, ihr ehemaliges Mutterland, überschwemmen“
[Interview]

14. 02. 2022



Source gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France

Bernard Lugan ist eine wichtige Persönlichkeit, insbesondere um das Afrika von gestern und heute zu verstehen, aber nicht nur. Seine Tonfreiheit, seine Frechheit, seine Weigerung, sich der politischen Korrektheit und der Entdiabolisierung zu unterwerfen, machen ihn zu einem echten Dissidenten.

Dieser Dissident hat gerade das Buch „Comment la France est devenue la colonie de ses colonies“ (Wie Frankreich zur Kolonie seiner Kolonien wurde) geschrieben, dessen Inhalt Benjamin Stora, Macrons Lieblingshistoriker, zu einem Schlaganfall veranlassen könnte.

Um über dieses Werk zu sprechen, hat er sich für die Zeitschrift l’Afrique réelle einem unverzichtbaren Interview unterzogen, das Sie unten finden.

L’Afrique Réelle: Sie veröffentlichen ein Buch, in dem Sie erklären, dass die Folge der Kolonisierung von gestern die rückwärtsgewandte Kolonisierung ist, die Frankreich heute erfährt und die, wie Sie sagen, dazu führt, dass es zur „Kolonie seiner Kolonien“ wird. Ist die derzeitige „große Ersetzung“ also eine Folge der Kolonialisierung?

Bernard Lugan: Eindeutig ja, und zwar aus zwei Gründen:

1) Die erste ist, dass es im Wesentlichen unsere ehemaligen kolonialen „Untertanen“ sind, die nach Frankreich, ihrem ehemaligen Mutterland, strömen. Die Zahlen sprechen für sich. So gab es maximal 1,5 Millionen Franzosen, die im gesamten Kolonialreich angesiedelt waren, davon mehr als zwei Drittel allein in Algerien. Heute leben in Frankreich mehr als zehn Millionen Menschen aus dem ehemaligen Kaiserreich, einschließlich der eingebürgerten Personen, also zehnmal so viele wie es im gesamten französischen Kaiserreich „Kolonisten“ gab. Was die Algerier betrifft, die seit dem „Abkommen von Evian“ in den Genuss von Einreiseerleichterungen nach Frankreich kommen, so haben 80% von ihnen Verwandte in Europa, vor allem in Frankreich, wo es eine Familienzusammenführung gibt. Die rückwärtsgewandte Kolonialisierung wird also nicht aufhören, und das umso mehr, als viele dieser Neokolonialisten ihre Lebensweise auf immer größeren Teilen des französischen Staatsgebiets etablieren. Kann man also von etwas anderem sprechen als von einer rückwärtsgewandten Kolonisierung und von Frankreich, das zur Kolonie seiner ehemaligen Kolonien geworden ist?

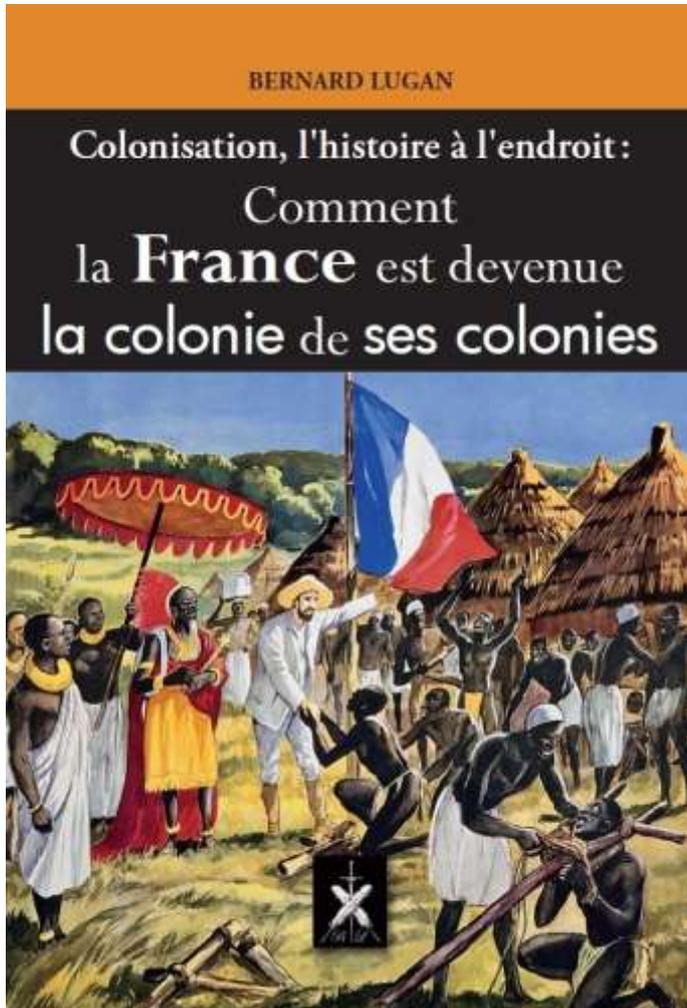
2) Der zweite Grund, und hier liegt der Kern des Problems, ist, dass die herrschende Ideologie diese heutige Kolonisierung mit der angeblichen „kolonialen Plünderung“ rechtfertigt, die wir gestern in Afrika betrieben hätten. Im Namen dieses Schuldpostulats wird uns der derzeitige Wechsel des Volkes aufgezwungen, um für imaginäre koloniale „Verbrechen“ zu büßen.

Aus diesem Grund war es dringend notwendig, die Geschichte der Kolonisierung richtig zu stellen, denn neben dem Sklavenhandel ist die Kolonisierung der zweite große Pfeiler der Anklage gegen den weißen Mann. Eine Anklageschrift, die es den Gedanken-Terroristen ermöglicht, zu versuchen, uns in einen Zustand der Unterwerfung zu versetzen. Mein Buch ist daher ein Kampfinstrument, das Widerstandskämpfern die Argumente liefern soll, mit denen sie die kolossale und tödliche historische Dekonstruktion, der wir heute ausgesetzt sind, widerlegen können.

L’Afrique Réelle: Ihr Buch ist in zwei großen Punkten verankert. Im ersten Teil zeigen Sie anhand detaillierter Zahlen, dass Frankreich in Afrika nicht reicher geworden ist, sondern sich ganz im Gegenteil ruiniert hat. Im zweiten Teil erläutern Sie das ideologische Substrat, das von den „Prinzipien von 1789“ geerbt wurde, in deren Namen die republikanische Linke Frankreich in die Sackgasse der Kolonialisierung geführt hat. Beginnen wir mit der Doxa, die behauptet, dass die französische Kolonialisierung ein gutes Geschäft für Frankreich war und dass sie durch überschüssiges Kapital verursacht wurde, für das man Absatzmärkte finden musste.

Bernard Lugan: Das ist eine große Lüge, denn Frankreich hat sein überschüssiges Kapital nicht in seinen Kolonien investiert. Vor 1914 waren die französischen Kolonien in ihrer Gesamtheit, einschließlich Indochina, Algerien und der Antillen, für das französische Privatkapital nicht attraktiv, da die privaten Investitionen dort in etwa dem Volumen der im Osmanischen Reich allein getätigten Investitionen entsprachen. Allgemeiner gesagt waren

es – im Gegensatz zu dem, was die „Dekolonialisten“ glauben machen wollen, und auch im Gegensatz zu dem, was Jules Ferry postulierte – keine wirtschaftlichen Gründe, die Frankreich dazu veranlassten, ein unbekanntes Afrika zu erobern, von dem per definitionem alle nicht wussten, ob es Reichtümer enthielt. Es waren auch keine Absatzmärkte für seine Industrie, die es nicht gab... Es waren politische oder strategische, aber auch ideologische Gründe.



L'Afrique Réelle: Bleiben wir bei dem Postulat, dass Frankreich durch die Kolonialisierung reich geworden ist.

Bernard Lugan: Sie haben Recht, wenn Sie von diesem Postulat sprechen, das impliziert, dass die Industrialisierung und der Reichtum Frankreichs auf der Ausbeutung und Plünderung Afrikas beruhen würden. Ein wenig Logik ist angebracht, denn wenn Reichtum nach dem Maßstab der imperialen Besitzungen gemessen würde, hätte Portugal eine industrielle Weltmacht sein müssen. Ebenso hätte die industrielle Revolution in Frankreich in den Regionen der großen Kolonialhäfen stattfinden müssen, d. h. in Nantes, Bordeaux oder La Rochelle, und nicht in Lothringen. Außerdem waren in den 1960er Jahren die reichsten und am weitesten entwickelten Länder diejenigen, die nie Kolonien besessen hatten, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Schweden und die Schweiz, oder die, die sie verloren hatten, wie Holland oder Deutschland. Großbritannien und Frankreich hingegen, die zusammen mit Portugal die wichtigsten Kolonialmächte waren, hinkten hinterher, da das in Übersee ausgegebene Kapital nicht die

Modernisierung und den Wandel der Industrien im Mutterland ermöglicht hatte. Das Wunder ist, dass es Frankreich trotz seines imperialen wirtschaftlichen Klotzes dennoch gelang, sein Wohlstandsniveau zu erreichen...

Ich stelle eine weitere Frage des gesunden Menschenverstandes: Da die Doxa behauptet, dass Frankreich seinen Wohlstand aus seinem afrikanischen Reich bezog, warum ist seine Wirtschaft dann nicht mit der Entkolonialisierung zusammengebrochen? Und warum profitierte es ganz im Gegenteil von diesem Zusammenbruch? In den zehn Jahren nach der Unabhängigkeit wuchs der französische Kapitalismus so stark wie nie zuvor, der Strukturwandel vollzog sich so schnell und die Entwicklung der französischen Infrastruktur war so beeindruckend. Nachdem Frankreich von der wirtschaftlichen und finanziellen Last der Kolonialzeit befreit war, konnte es endlich in die Infrastruktur investieren, die in den „glorreichen“ Jahrzehnten der 1960er bis 1990er Jahre entstanden war.

L’Afrique Réelle: Sie zeigen anhand von Zahlen, dass Frankreich Afrika nicht ausgeplündert, sondern ganz im Gegenteil sich selbst ruiniert hat. Um Ihre Beweisführung zu verdeutlichen, haben Sie die kolossalen Summen, die Frankreich in seinen Kolonien versenkt hat, in Euro umgerechnet, wodurch der Aderlass, den Frankreich erlitten hat, sofort ersichtlich wird und das Postulat der „kolonialen Ausplünderung“ ad absurdum geführt wird.

Bernard Lugan: Für die Zahlenlisten, und die sind in der Tat aussagekräftig, verweise ich lieber auf mein Buch. Dennoch einige Beispiele. Nach 1945 und während die Entkolonialisierung im Gange war, startete Frankreich, das aus dem Konflikt ruiniert hervorgegangen war und seine gesamte Infrastruktur wieder aufbauen musste, insbesondere 7000 von 9000 Brücken, 150 Hauptbahnhöfe, 80% seines Flussschiffahrtsnetzes, sein Eisenbahnnetz, seine Fabriken, 50% seines Automobilparks usw., in seinem Kaiserreich und somit mit für es verlorenen Mitteln eine fantastische altruistische Entwicklungs- und Erschließungspolitik. Diese gigantischen Bauprogramme, die auf Kosten des Mutterlandes durchgeführt wurden, ermöglichten es, in Afrika 220 Krankenhäuser zu bauen, in denen Pflege und Medikamente kostenlos waren, 50.000 Kilometer asphaltierte Straßen, 18.000 Kilometer Eisenbahnlinien, 63 Häfen, 196 Flugplätze, Hunderte von Staudämmen, Brücken, Kraftwerken, Tausende von Schulen, Krankenstationen, Entbindungsstationen, Wasserleitungen, Modellfarmen, verschiedene Gebäude usw. Die meisten dieser Projekte wurden von der französischen Regierung finanziert, und die meisten wurden von der französischen Regierung finanziert. Das kostete Frankreich 22% aller Ausgaben aus öffentlichen Mitteln und wurde mit den Steuern und Ersparnissen der Franzosen bezahlt. Und man wagt es, uns von „kolonialer Plünderung“ zu erzählen!!!

Zwei weitere Beispiele: 1952, also mitten in der Vorbereitungsphase der Entkolonialisierung, machten die Gesamtausgaben Frankreichs für seine Überseegebiete ein Fünftel des französischen Haushalts aus – ein kolossaler Prozentsatz, der für eine Wirtschaft, die sich damals im Wiederaufbau befand, selbstmörderisch war. Allein in den Jahren 1946–1956 investierte der französische Staat 120,42 Milliarden Euro in seine Kolonien, um Infrastrukturen zu schaffen, und allein im Jahr 1958, knapp zwei Jahre vor der Unabhängigkeit, beliefen sich die Gesamtausgaben für die Überseegebiete auf 323 Milliarden Euro.

L’Afrique Réelle: Sie schreiben, und das scheint auf den ersten Blick paradox, dass die Kolonien, die Frankreich ruinierten, nur wenig wirtschaftliches Interesse für Frankreich hatten, und im Gegensatz zur Doxa, die postuliert, dass Frankreich sich dort mit strategischen Materialien versorgte, zeigen Sie, dass dies nicht der Fall war.

Bernard Lugan: Strategisch der Reis, der Zucker, das Olivenöl, die Erdnüsse, die Baumwolle und die Bananen, die fast 70% der französischen imperialen Importe ausmachten? Strategisch der algerische Wein, der 25% aller seiner imperialen Importe ausmachte? Ganz im Gegenteil: Die imperialen mineralischen Rohstoffe, einschließlich der marokkanischen Phosphate, machten 1910 nur 5,6% und 1958 nur 4,8% der französischen Kolonialimporte aus.

L’Afrique Réelle: Sie zeigen ein weiteres Paradoxon auf: Die Kolonien verkauften Frankreich imperiale Produkte, die in keiner Weise strategisch waren und die Frankreich auf dem internationalen Markt hätte kaufen können, ohne die Last der Erschließung seines Reiches tragen zu müssen, zu einem höheren Preis als auf dem internationalen Markt. Ein Unding!

Bernard Lugan: In meinem Buch zerstöre ich tatsächlich die Vorstellung, dass das afrikanische Reich für Frankreich ein billiger Lieferant war. Als „gute Tochter“ kaufte Frankreich seine Produkte immer etwa 25% über den Weltmarktpreisen. Und da es diese Produktionen im Vorfeld auch noch subventioniert hatte, war der Verlust für Frankreich doppelt so hoch, wie Jacques Marseille und Daniel Lefeuvre deutlich gemacht haben. Einige Beispiele: Für einen Liter algerischen Wein wurden 35 Francs bezahlt, während griechischer, spanischer oder portugiesischer Wein bei gleicher Qualität 19 Francs wert war. Für Kakao von der Elfenbeinküste wurden 220 Francs pro 100 Kilo gezahlt, als der Weltmarktpreis bei 180 Francs lag. Für Erdnüsse aus dem Senegal, Zitrusfrüchte und Bananen im Allgemeinen lag der französische Kolonialpreis 15 bis 20 Prozent über den Weltmarktpreisen. 1930 lag der Preis für einen Doppelzentner Weizen im Mutterland bei 93 Francs, während der von Algerien angebotene Preis zwischen 120 und 140 Francs schwankte, also 30 bis 50 Prozent höher lag.

All dies führte zu Mehrkosten für den französischen Haushalt. Allein in den Jahren 1954 bis 1956 beliefen sich diese Mehrkosten auf über 50 Milliarden FF, was 81 Milliarden Euro entspricht. Zu dieser exorbitanten Summe kommt noch die Kursstützung für koloniale Produktionen hinzu, die Frankreich allein in den Jahren 1956 bis 1960 jährlich 60 Milliarden kostete, also 97 Milliarden Euro pro Jahr, was dem Betrag der Einkommenssteuer für französische Privatpersonen im Jahr 2021 entspricht!!!

Selbst Industriearbeitskräfte waren im Kaiserreich teurer als im Mutterland. So waren in Algerien laut einem Bericht von Saint-Gobain aus dem Jahr 1949 im Vergleich zu einer Fabrik im Mutterland in der Provinz die Gesamtausgaben, Löhne und Nebenkosten in Algerien um 37% höher.

Lohnte es sich unter diesen Umständen wirtschaftlich gesehen überhaupt, ein Imperium zu erhalten, das seinem Mutterland nicht seltene Produkte zu einem höheren Preis verkaufte, als es auf dem internationalen Markt hätte kaufen können? Wir sind immer noch sehr weit von der angeblichen „kolonialen Plünderung“ entfernt...

L’Afrique Réelle: Noch gravierender ist, dass das Empire Ihrer Meinung nach das Überleben von dem Untergang geweihten Wirtschaftssektoren künstlich verlängert und so die notwendige Modernisierung ganzer Bereiche seiner Wirtschaft gebremst hat.

Bernard Lugan: In den 1980er Jahren hat Jacques Marseille brillant nachgewiesen, dass der koloniale Absatzmarkt für das Überleben von Industrien, die dem Untergang geweiht waren, von entscheidender Bedeutung war. So wickelten die französischen Kerzen- und Strohhutfabriken von 1900 bis 1958 mehr als 80 % ihrer Exporte in das Kaiserreich ab. In diesem Fall, ja, war das Kaiserreich für einige Privatleute rentabel, die reich wurden, während Frankreich ruiniert wurde...

Für die „treibenden“ Industrien wie die Metallindustrie, die Chemie- und Elektroindustrie usw. spielte der koloniale Markt hingegen höchstens und selbst dann nur eine ergänzende Rolle. Für sie waren es die Märkte der Industrieländer, die ihnen ihre Absatzmärkte boten. Außerdem benachteiligten die Kolonien die französischen Spitzenindustrien, die bei der Ausfuhr von Ländern, die auf den französischen imperialen Protektionismus stießen, benachteiligt wurden. Das Kaiserreich ermöglichte also die „Rettung der lahmen Enten“, der dem Untergang geweihten Sektoren der wirtschaftlichen Entwicklung, bestrafte aber die zukunftssträchtigen Sektoren. Weit davon entfernt, sie auszuplündern, war Frankreich also in seinen Kolonien gefangen.

L’Afrique Réelle: Was ist die Antwort auf das ständige Gejammere der Algerier, die Frankreich beschuldigen, das Land ausgeplündert zu haben?

Bernard Lugan: Diese algerischen Klagen sind eine Provokation, denn „Chère Algérie“ war ein wahres „Fass der Danaïdes“, eine unerträgliche Last für das Mutterland, wie der verstorbene Daniel Lefevre so brillant aufgezeigt hat. Alles, was in Algerien zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit existierte, war von Frankreich aus dem Nichts aufgebaut worden. Nämlich Hunderte von Kunstwerken, Eisenbahnlinien, Staudämme, Fabriken, Straßen, Häfen, Flughäfen, Schulen, Krankenhäuser, verschiedene Gebäude. Die Liste ist immens und ich verweise auf das Kapitel X mit dem Titel „Hat Frankreich Algerien geplündert?“ in meinem Buch „Algerien die Geschichte rückwärts“.

Auch hier werde ich nur einige Beispiele anführen. 1959 verschlang Algerien, alle Ausgaben zusammengenommen, allein 20 % des französischen Staatshaushalts, das heißt mehr als die Haushalte für Bildung, öffentliche Arbeiten, Verkehr, Wiederaufbau und Wohnungsbau, Industrie und Handel zusammengenommen!

Ein ständiger Aderlass, der zu schmerzhaften Haushaltsentscheidungen zwang, denn um Algerien noch mehr zu helfen, mussten die Corrèze und das Cantal vertröstet werden. Die Franzosen in Frankreich mussten damals ein doppeltes Opfer bringen, denn ihre Steuern wurden erhöht, während die Verpflichtungen des Staates in den Bereichen Straßen, Krankenhäuser, Energieversorgung usw. gekürzt oder verzögert wurden. In den ersten neun Monaten des Jahres 1959 erreichten die Investitionskredite in Algerien 103,7 Milliarden FF, d. h. 166 Milliarden Euro, die wiederum aus der französischen Staatskasse finanziert wurden. Am unverständlichsten ist, dass die französische Führung es zulässt, dass unser Land von den Geschäftemachern, die sich Algerien unter den Nagel gerissen haben, beleidigt und verleumdet wird, obwohl es genügen würde, die Höhe der kolossalen Summen, die dort bis 1962 versenkt wurden, sowie die Liste all dessen, was französische Architekten und Ingenieure dort gebaut haben, zu veröffentlichen, um die Kläffer zum Schweigen zu bringen...

L’Afrique Réelle: Letztendlich hat sich Jules Ferry also geirrt?

Bernard Lugan: Ja, und darüber hinaus hat er Frankreich und die Franzosen betrogen, denn schon vor 1914 war klar geworden, dass das koloniale Unternehmen nicht wie versprochen Gewinne abwerfen würde. Außer in einigen marginalen Sektoren, wie ich anhand von Kerzen und Strohüten gezeigt habe. Da die Privatkapitalisten das afrikanische Reich als eine wirtschaftliche Angelegenheit ohne wirkliches Interesse betrachteten und sich nicht dafür interessierten, weigerten sie sich, dort zu investieren. Über die Steuern der Franzosen war der Staat gezwungen, für sie einzuspringen. Frankreich hatte eine schwere Rechnung zu begleichen, denn nach den Vorstellungen von Jules Ferry hätte die Erschließung und Schaffung der notwendigen Infrastruktur dem Kapitalismus überlassen werden müssen, also dem Privatsektor.

Da diese Investitionen nicht getätigt wurden und die Gebiete nicht über ausreichende eigene Ressourcen verfügten, mussten ihre Haushalte ständig durch Anleihen aus dem Mutterland aufgestockt werden, damit in Afrika die schweren Infrastrukturarbeiten wie Häfen, Brücken, Straßen, Krankenhäuser usw. durchgeführt werden konnten. Die Erschließung des afrikanischen Reiches wurde also vollständig von den Ersparnissen der Franzosen getragen und die beträchtlichen Summen, die dort investiert wurden, wurden dem verfügbaren Kapital des Mutterlandes entzogen, um in Übersee die Infrastruktur zu finanzieren, die in Frankreich jedoch notwendig war. Wieder einmal sind wir weit von der angeblichen „kolonialen Plünderung“ entfernt...

L’Afrique Réelle: Bei Jules Ferry, und Sie gehen auf diesen wesentlichen Punkt ein, gab es auch eine ideologische Haltung.

Bernard Lugan: Ja, denn der Imperialismus von Jules Ferry stand auf zwei Beinen, der Wirtschaft und der Philosophie, wie er am 28. Juli 1885 vor den Abgeordneten sehr deutlich machte, als er seine Kolonialdoktrin definierte. Für ihn sollte das Kaiserreich Frankreich zwar einen wirtschaftlichen und kommerziellen Absatzmarkt bieten, aber, und vielleicht noch mehr, sollte Frankreich, das „Vaterland der Aufklärung“, den Völkern, die es noch nicht kannten, die universalistische und emanzipatorische Botschaft, deren Träger es war, näher bringen. In seiner berühmten Rede vom 28. Juli 1885 scheute sich Jules Ferry nicht zu erklären:

„Man muss offen sagen, dass die höheren Rassen in der Tat ein Recht gegenüber den niederen Rassen haben; aber weil es auch eine Pflicht gibt. Sie haben die Pflicht, die niederen Rassen zu zivilisieren“.

Mit Ausnahme von Clemenceau und seinen Freunden teilte die französische Linke die gleiche Idee. So erklärte Albert Bayet, Präsident der Menschenrechtsliga und Würdenträger der Freimaurer, 1931 auf dem Kongress der Bewegung in Vichy, dass die französische Kolonisierung legitim sei, da sie die Botschaft der „großen Vorfahren von 1789“ trage. Unter diesen Bedingungen, so seine Meinung:

„Die Völker mit den Menschenrechten vertraut zu machen, ist keine Aufgabe des Imperialismus, sondern eine Aufgabe der Brüderlichkeit“.

Kolonisieren war also eine revolutionäre Pflicht, und Albert Bayet fügte hinzu:

„Das moderne Frankreich, Tochter der Renaissance, Erbe des 18. Jahrhunderts und der Revolution, vertritt in der Welt ein Ideal, das seinen eigenen Wert hat und das es im

Universum verbreiten kann und muss (...) Das Land, das die Menschenrechte verkündet hat, hat aufgrund seiner Vergangenheit die Aufgabe, die Ideen, die seine eigene Größe ausgemacht haben, zu verbreiten, wo es kann.“

L’Afrique Réelle: Das Paradox, das Sie hervorheben, ist, dass die katholische und monarchistische Rechte sich diesem revolutionären und freimaurerischen Ideal angeschlossen hat, das sie doch seit 1789 bekämpft hat...

Bernard Lugan: Die nationalistische und katholische Rechte, die philosophisch völlig lobotomisiert war und ihre doktrinären Bezugspunkte verloren hatte, schloss sich aus falsch verstandenem Patriotismus und im Namen der Evangelisierung der Heiden wie ein einziger Mann der universalistischen und revolutionären Kolonialdoktrin an, die von Jules Ferry definiert wurde, also tatsächlich den Prinzipien, die sie seit 1789 bekämpft hatte. Verantwortlich für diese intellektuelle Kapitulation war Kardinal Lavigerie, der den „Anti-Sklaverei-Kreuzzug“ initiierte und 1890 mit dem „Toast von Algier“ die Katholiken aufforderte, sich der Republik anzuschließen. Ich erkläre dies ausführlich in meinem Buch.

L’Afrique Réelle: Es gab dennoch einige Ausnahmen auf der Rechten.

Bernard Lugan: Ja, aber hauptsächlich innerhalb der legitimistischen Rechten. Später war Charles Maurras der erste, der erkannte, dass die Kolonisierung aufgrund ihrer universalistischen, assimilationistischen oder integrationistischen Prinzipien, die auf die Ideen von 1789 zurückgehen, einen demografischen Gegenschock auslösen könnte. Diese Befürchtung brachte er in einem intellektuell hochstehenden Artikel mit dem Titel „Qui colonise qui?“ zum Ausdruck, der am 13. Juli 1926 in der Action française im Zusammenhang mit der Einweihung der Moschee in Paris veröffentlicht wurde.

L’Afrique Réelle: Als Ergebnis der Kolonialisierung ist Frankreich also zur „Kolonie seiner Kolonien“ geworden. Wie konnte es dazu kommen?

Bernard Lugan: Es gibt mehrere Gründe für diese kataklysmische Katastrophe, die in der Geschichte der Menschheit einzigartig ist und unsere europäischen Gesellschaften in ernste existenzielle Gefahr bringt. Zunächst, im Vorfeld, das Versagen der entkolonialisierten Länder, dann die Gier einiger Industrieller, die billige Arbeitskräfte importierten. Dann die kriminelle Entscheidung von Giscard-Chirac, die Familienzusammenführung zuzulassen, wodurch aus einer vorübergehenden Arbeitsmigration eine Siedlungsmigration wurde. Und schließlich der „antirassistische“ Terrorismus, der die Einwanderung förderte, während es den Franzosen rechtlich untersagt war, sich ihr zu widersetzen, da die Linke glaubte, in den Migranten eine Ersatzwählerschaft zu finden.....

L’Afrique Réelle: Sehen Sie eine Lösung für diesen Schiffbruch?

Bernard Lugan: Abgesehen von der freiwilligen oder erzwungenen Remigration gibt es keine, denn alles andere ist nur Pose oder Illusion. Diejenigen, die seit Jahrzehnten an der Macht sind, sowie die „patriotischen“ Strömungen schlagen in der Tat zur Lösung des unlösbaren Problems der „großen Ersetzung“ dieselben Assimilations- und Integrationsrezepte vor, die im Kaiserreich nicht anwendbar waren, sowie dieselben nutzlosen wirtschaftlichen Imperative des immer höheren Subventionsniveaus. Der Demograf Jacques Dupâquier räumte mit dieser Utopie auf, als er 2006 schrieb – und seitdem hat sich das Phänomen noch beschleunigt -, dass „man sich nicht vorstellen darf, dass die Integration ganz von selbst, schön brav, vonstattengehen wird“.

Doch was gestern in Afrika gescheitert ist, wird morgen in den Vorstädten und in allen Gebieten des Mutterlandes scheitern, in denen eine Kolonisierung der Bevölkerung stattfindet. Hinzu kommt ein großer Unterschied: Um das Problem zu lösen, wird es nicht möglich sein, wie General de Gaulle es getan hatte, durch territoriale Amputation vorzugehen. Die Zukunft wird also stürmisch werden, und künftige europäische Generationen werden zwischen drei Optionen wählen müssen: schrittweise Unterwerfung, territoriale Teilung und damit inneres Exil sowie Rückeroberung. Doch nichts kann ohne die Beseitigung der schuldbeladenen Ideologie unternommen werden, die auf dem entmündigenden Mythos der „kolonialen Plünderung“ beruht. Möge dieses Buch zu dieser rettenden Säuberung beitragen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](https://www.breizh-info.com/), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Jean-Marie Le Pen: „Die große Umvolkung findet vor unseren Augen statt, auch wenn diese Vorstellung bei vielen den Eindruck von Extremismus erweckt

12. 02. 2022



Ende 2021 interviewte die konservative ungarische Wochenzeitung Demokrata den Gründer des Front National, Jean-Marie Le Pen. Das Interview wurde Ende Januar 2022 in ungarischer Sprache veröffentlicht.

Seite A 165 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Ein halbes Jahrhundert lang war er die dominierende Figur des französischen nationalen Lagers, doch sein politischer Einfluss reichte weit über die Grenzen seines Landes hinaus. Bereits vor vierzig Jahren prangerte er die Gefahren an, die von der Masseneinwanderung ausgehen – auch wenn es stimmt, dass ihm damals noch kaum jemand zuhörte. Wie sieht er das heutige Europa? Was denkt er über Ungarn? Glaubt er, dass Nationen eine Überlebenschance haben? Demokrata besuchte den 93-jährigen Gründer des Front National, Jean-Marie Le Pen, in seiner Pariser Wohnung.

Demokrata: Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen Ihnen und den Ungarn: Für Ihre Karriere wie auch für ihr nationales Schicksal war 1956 das Jahr einer entscheidenden Wende.

Jean-Marie Le Pen: Das ist richtig. Gerade im Jahr des ungarischen Aufstands wurde ich zum ersten Mal in die Versammlung gewählt. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Niederschlagung des Aufstands und die Nachrichten, die uns über den kommunistischen Terror erreichten, die nicht nur mich in meinen antisowjetischen Überzeugungen bestätigten, sondern auch dem gesamten Westen ein wenig die Augen öffneten.

Demokrata: Wie sahen Sie während der Jahre des Kalten Krieges die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Ostblock?

Jean-Marie Le Pen: Da ich keine Machtpositionen innehatte, verfolgte ich die Ereignisse nicht als Protagonist, sondern eher als Beobachter. Damals betrachteten wir die Möglichkeit, dass die Rote Armee Westeuropa überschwemmen würde, als reale Gefahr. Dies war auch der Grund für die Legitimität des Militärbündnisses mit den Amerikanern. Daher achteten wir besonders auf alle Anzeichen, die auf die Gewaltbereitschaft der sowjetischen Diktatur hindeuteten. Aber heute scheint das alles schon so weit weg zu sein...

Demokrata: Es stimmt, dass seither viel Wasser unter den Brücken geflossen ist. Vor allem seit dem Zusammenbruch der UdSSR ...

Jean-Marie Le Pen: Für uns war der Zusammenbruch der Sowjetunion wie der Einsturz eines Gebäudes. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie ein Holzhaus zusammenbricht oder abbrennt, aber sich vorzustellen, wie ein Betonkoloss von selbst ins Nichts zurückkehrt, ist schon schwieriger. Was wir unter Gorbatschow erlebt haben, war ein echter historischer Selbstmord. Damals war man erleichtert, weil die Bedrohung durch die Besetzung endlich verschwunden war. Heute hingegen erleben wir selbst die Implosion, die sowohl politisch als auch moralisch und religiös ist. Der Zusammenbruch des Gerüsts unserer Zivilisation ist nun unvermeidlich, da es schwieriger ist, gegen einen inneren Verfall zu kämpfen als gegen den Angriff eines äußeren Feindes. Damals steigerte die Angst vor der Sowjetunion unsere Wachsamkeit; seit ihrem Verschwinden hingegen ruhen wir uns auf unseren Lorbeeren aus, versinken in Bequemlichkeit, und der Niedergang hat begonnen.

Demokrata: Was ist die Ursache für diese Implosion?

Jean-Marie Le Pen: Ich glaube, dass die Wurzeln des Problems in der Aushöhlung des religiösen Gefühls liegen. Früher war es die Religion, die die moralischen Werte und die Lebensregeln diktierte, selbst für diejenigen, die nicht praktizierten oder persönlich nicht einmal gläubig waren. So kam es, dass die Schwächung der Religion zum Niedergang von allem anderen führte, von allem, was geistig, psychologisch oder mental von ihr abhängig war. Es ist wie ein Leuchtturm, der mitten in der Nacht ausfällt.

Demokrata: Besteht Ihrer Meinung nach Hoffnung, dass sich dieser Trend umkehrt?

Jean-Marie Le Pen: Hoffnung ist eine Kardinaltugend. Die Hoffnung blinkt am Ende des Tunnels, selbst für diejenigen, denen es an Glauben mangelt oder die überhaupt keinen Glauben haben. Wir alle leben in der Hoffnung auf die Ankunft einer Art Erlösung, sei sie irdischer oder himmlischer Natur. Doch die Zeit läuft unwiderruflich ab. Ich glaube, dass die öffentliche Meinung immer noch nicht bereit ist, bestimmte Tatsachen und die unvermeidlichen Konsequenzen daraus zu sehen. Zum Beispiel die Tatsache, dass die Erdbevölkerung innerhalb von fünfzig Jahren von zwei Milliarden auf fast acht Milliarden angestiegen ist – im Zuge eines Wachstums, das immer noch anhält. Dies wird dramatische Folgen haben, die bis zur Explosion unserer Welt reichen können. Die Mittel zur Bevölkerungsregulierung, die die Natur bereitstellte – wie die großen Krankheiten, die Pest oder die Cholera sind dank der Impfstoffe nun verschwunden, aber die Bevölkerungsexplosion wird nicht von einer vergleichbaren Ausweitung der verfügbaren Ressourcen begleitet. Der sich vergrößernde Abgrund zwischen den Bedürfnissen und den verfügbaren Ressourcen führt zu Konflikten und globalen Migrationsphänomenen. Ich begrüße die Klarheit von Ländern wie Ungarn und Polen, die diese Prozesse verstanden haben und sich darauf vorbereiten, sich zu verteidigen. Wenn Westeuropa ihrem Beispiel folgen würde, hätte es vielleicht eine Chance, dem heranziehenden Sturm zu entkommen. Da dies jedoch nicht der Fall ist, wird er uns mit sich reißen.

Demokrata: Sie gehörten zu den ersten, die auf die Gefahren der Einwanderung aufmerksam machten, die Westeuropa traf. Ihre Vorhersage von vor 40 Jahren scheint sich heute zu bewahrheiten...

Jean-Marie Le Pen: Seitdem muss ich mir oft vorwerfen lassen, dass ich dieses Problem immer wieder auf den Tisch bringe, egal worüber wir diskutieren. Ähnliche Vorwürfe werden heute Éric Zemmour gemacht, der sich um die Präsidentschaftskandidatur bemüht: Auch ihm wird nachgesagt, dass er von der Einwanderungsfrage besessen sei. Aber was kann ich dagegen tun, solange dieses Phänomen tatsächlich einen zentralen Platz einnimmt? Die Folgen des Wachstums der Weltbevölkerung lassen sich leicht berechnen. Wenn die Größe des Kuchens unverändert bleibt, während die Zahl der Gäste von 12 auf 48 und schließlich auf 96 steigt, wird der Kuchen letztendlich nicht mehr für alle reichen, nicht nur um satt zu werden, sondern sogar um zu überleben. In dem Raum, der sich von Wladiwostok bis Gibraltar erstreckt und den ich als „borealen Kontinent“ bezeichnet habe, ist das Bevölkerungswachstum mehr oder weniger normal. Es besteht also kein Zweifel daran, dass dieses Gebiet für einen Teil der Menschen, die in den unter Überbevölkerung leidenden Regionen leben, das Ziel ihrer Wahl sein wird. Was uns betrifft, so haben wir nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, uns dagegen zu wehren, selbst wenn dies den christlichen Grundsätzen der Offenheit und Brüderlichkeit widerspricht. Europa wird auf eine harte Probe gestellt werden. Ein Freund von mir ist Schuldirektor in der Provence. In seiner Stadt gibt es insgesamt sechs Schulen, und der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bereits bei 90 %. Ich habe den Eindruck, dass die Grand Remplacement vor unseren Augen stattfindet, auch wenn diese Vorstellung bei vielen den Eindruck von Extremismus erweckt. Sie werden uns durch die Macht der Zahl unterwerfen.

Demokrata: Sie haben den Namen Éric Zemmour erwähnt. Was halten Sie von diesem Mann, der bislang als Publizist bekannt war und vor kurzem als Radikaler in die Politik gegangen ist? Unterstützen Sie ihn?

Jean-Marie Le Pen: Zemmour ist einer der Kandidaten des nationalen Lagers. Im Laufe des Wahlkampfs stellen sich die Kandidaten vor und treten dann im ersten Wahlgang gegeneinander an, damit schließlich nach dem zweiten Wahlgang nur noch einer von ihnen

im Rennen bleibt. Was mich betrifft, beschränke ich mich darauf zu sagen, dass ich im zweiten Wahlgang, egal was passiert, für den Kandidaten des nationalen Lagers stimmen werde. Wenn das Eric Zemmour sein sollte, werde ich für ihn stimmen; wenn es Marine Le Pen ist, werde ich natürlich für sie stimmen – ungeachtet der Art unserer bisherigen Beziehungen.

Demokrata: Aber für den ersten Wahlgang planen Sie nicht, dazu aufzurufen, für einen der beiden Kandidaten zu stimmen?

Jean-Marie Le Pen: Nein, ich möchte nicht wählen müssen [Ende Januar 2022 sprach sich Jean-Marie Le Pen schließlich für Marine Le Pen aus, Anm. d. Ü.]. Hinter Marine steht die Partei, die ich gegründet habe und aus der ich ausgeschlossen wurde. Ich sehe Zemmour – mit all seinen Schwächen – als die einzige authentische Persönlichkeit im Wettbewerb. Was auch immer geschieht, Zemmour wird unsere Anerkennung verdient haben, weil er mit der Faust auf den Tisch geschlagen und es gewagt hat, einige Wahrheiten auszusprechen, die man selbst in den sogenannten nationalen Kreisen aufgrund von Diskretion, Angst und Bequemlichkeit kaum mehr als geflüstert hört. Andererseits ist es sehr wichtig, auch die Programme der Kandidaten zur Kenntnis zu nehmen. Zemmour verspricht einige Dinge, die im Widerspruch zu allem stehen, was der Status eines Präsidenten mit sich bringt. Aber letztlich ist es ein Kampf, den das Aufeinandertreffen der beiden Massen von Anhängern zu gegebener Zeit entscheiden wird.

Demokrata: Im Gegensatz zu Zemmour hat Marine Le Pen eine alte Partei hinter sich, die auf jahrzehntelange Erfahrung zurückblicken kann, aber noch nie an der Macht war.

Jean-Marie Le Pen: Der Front National – oder, wie sie ihn heute nennen: der Rassemblement National – ist heute geschwächt. Wie im Fall der anderen alten Parteien und alten, zerfallenden Strukturen in Europa ist die Ursache auch hier im Verlust der geistigen Werte zu suchen. Doch so geschwächt die Partei auch ist, bietet sie Marine dennoch eine gewisse Unterstützung, da sie nicht so gut wie ihre Mainstream-Rivalen in den Medien und ähnlichen Strukturen verankert ist.

Demokrata: Éric Zemmour hingegen spielt den Alleingang.

Jean-Marie Le Pen: Ja, er ist allein ins Rennen gegangen, mit allen Nachteilen und Schwierigkeiten, die das mit sich bringt. Denn eine Partei, selbst wenn sie schwach ist, sichert ihrem Kandidaten eine beträchtliche Unterstützung und ein wertvolles Hinterland. Zemmour hingegen ist den Schwankungen der Umfragen und den Meinungsänderungen der Wähler ausgeliefert. Seine Chancen hängen von der Presse, den Kommentatoren und von Erklärungen ab, die mal loyal, mal verräterisch sind.

Demokrata: Wenn einer der Kandidaten aus dem nationalen Lager die Wahlen gewinnen sollte, welche Chancen hätte er, effektiv regieren zu können?

Jean-Marie Le Pen: Es würde mich wundern, wenn uns in der Politik die Opportunisten ausgehen würden: Um den Sieger herum werden die spontanen Hilfsangebote ihre Ellenbogen ausfahren. Eine echte Herausforderung für einen möglichen Präsidenten aus dem nationalen Lager wäre es jedoch, seine Autorität zu festigen, die derzeit geschwächten Regierungsstrukturen zu reformieren und Persönlichkeiten zu entlassen, die für ihre Aufgaben ungeeignet sind. Und all das würde nicht nur von uns abhängen.

Seite A 168 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Demokrata: Lassen Sie uns ein wenig über Ungarn sprechen, das Sie zuletzt vor etwa 20 Jahren auf Einladung von István Csurka besucht haben. Wie sehen Sie unser Land?

Jean-Marie Le Pen: Ich hatte gute Beziehungen zu István Csurka, wir respektierten uns gegenseitig als europäische Patrioten, auch wenn wir nicht in allem übereinstimmten. Ich bin ihm zu großem Dank verpflichtet, weil er es mir ermöglicht hat, die ungarische Realität persönlich zu erleben und das Land zu entdecken. Durch Bücher wäre mir das nicht gelungen. Seitdem hat sich viel verändert. Ich empfinde Sympathie und Mitgefühl für die ungarische Regierung aufgrund der ständigen Angriffe, denen sie ausgesetzt ist. Ich habe den Eindruck, dass Ungarn ein neues Modell geschaffen hat und zum Vorboten des Kampfes für die Verteidigung der westlichen Zivilisation geworden ist. In dieser Hinsicht unterstütze ich das Land von ganzem Herzen. Unter anderem hängt es von Ihrer Hartnäckigkeit ab, ob es Ihnen gelingt, die noch schlummernden Kräfte Westeuropas oder sogar Nordeuropas zu wecken. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir uns um eine Annäherung an die Russen bemühen müssen, die zwar historisch gesehen eine Bedrohung darstellten, deren Teilnahme am gemeinsamen Kampf aber trotz ihrer Schwächen heute unverzichtbar geworden ist. Russland ist nach wie vor das größte Land der Welt, während seine Bevölkerung insgesamt nur 140 Millionen beträgt und jedes Jahr eine Million Menschen verliert. Sind sie weiterhin in der Lage, ihr Territorium zu verteidigen? Es könnte sein, dass der Westen und Russland im selben Boot sitzen. Es steht außer Frage, dass sie aus militärischer Sicht mit ihrem Arsenal weiterhin in der Lage wären, sich zu verteidigen. Uns hingegen fehlen die geistigen Fähigkeiten, die notwendig sind, um gegen unbewaffnete Massen von Frauen, Kindern und Männern zu bestehen. Und genau das ist es, was unseren Untergang in unserer DNA verankert. Heute verwandelt unser gemeinsamer Feind die europäischen Völker in Freunde. Wie die Kinder einer anderen europäischen Nation sagen: Gott mit uns.

Demokrata: Als Sie 2003 Budapest besuchten, warnten Sie die Ungarn vor der Europäischen Union. Sie sagten ihnen, sie sollten sich nicht zu viele Illusionen machen und sich vor einer Struktur hüten, die mit großer Wahrscheinlichkeit in die Fußstapfen der Sowjetunion treten würde, da sie außerordentlich bürokratisch sei und versuche, die Nationen ihrer Souveränität zu berauben. Was denken Sie heute, zwanzig Jahre später, über all das?

Jean-Marie Le Pen: Ich habe den Eindruck, dass meine Vorhersagen leider Realität geworden sind – zumindest zum Teil. Aber man sollte die Hoffnung nicht aufgeben: Schließlich beginnt das Leben immer morgen.

Demokrata: Was halten Sie von der Bildung einer neuen Fraktion der Nationalen im Europäischen Parlament, die die ungarische Fidesz, die polnische PiS und die französische Rassemblement National vereinen würde?

Jean-Marie Le Pen: Die Idee ist gut; auch ich hatte seinerzeit versucht, etwas Ähnliches zu gründen. Leider scheiterte mein Versuch an der innenpolitischen Situation einiger der Parteien und an nationalen Ressentiments und Streitigkeiten, die sie seit Ewigkeiten mit sich herumschleppten. Ich glaube, dass wir immer in der Lage bleiben sollten, die größte Gefahr zu erkennen und weise zu entscheiden, gegen wen wir kämpfen sollten. Ich befürchte jedoch sehr, dass sich die menschliche Natur kaum ändern wird, sodass wir uns nur auf Gott verlassen können.

Demokrata: Sind Sie insgesamt optimistisch, was die Zukunft Frankreichs und der Europäischen Union angeht?

Seite A 169 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Jean-Marie Le Pen: Wenn wir nicht sofort alle Lecks stopfen – d.h. das Asylrecht, die Familienzusammenführung, das Bodenrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen; mit anderen Worten: wenn wir nicht zu Formen des nationalen Schutzes zurückkehren – werden wir untergehen. Das ist alles. Der Kampf findet in den Köpfen statt, und ich befürchte, dass wir bereits besiegt sind.

Demokrata: Viele haben gehofft, dass Ihre Enkelin Marion Maréchal dem französischen nationalen Lager neues Leben einhauchen könnte. Welche politische Zukunft sehen Sie für sie?

Jean-Marie Le Pen: Wenn die Politik weiterhin in den bisher bekannten Formen gespielt würde, wäre Marion für mich ein solides Versprechen für die Zukunft. Ich sage das nicht, weil sie meine Enkelin ist, sondern weil sie klare Vorstellungen hat, über die Erfahrung eines Abgeordnetenmandats verfügt und die ihr übertragenen Aufgaben stets hervorragend erfüllt hat. Das Problem ist nur: Bis sie an der Reihe ist, könnte die Masse der Menschen, die zu verhungern drohen, mit der Welt, wie wir sie kennen, reinen Tisch gemacht haben.

Demokrata: Sie sind nicht sehr optimistisch.

Jean-Marie Le Pen: Glauben Sie, dass es gut ist, einen Krebskranken über den Stand seiner Krankheit zu informieren?

Demokrata: Ich denke, ja.

Jean-Marie Le Pen: Und wenn man ihm das sagt, riskiert man nicht, ihn zu schwächen? Ich für meinen Teil bin dafür, in jedem Fall die Wahrheit zu sagen: Ich sage, was ich sehe. Das ist die Rolle, die mir in der französischen Politik zugefallen ist: die des Wächters, der vom Mast aus Ausschau hält, von wo aus er weiter sehen kann als seine Kameraden, die auf der Brücke geblieben sind, oder sogar weiter als der Kapitän. Die Pflicht des Wächters ist es, zu sagen, was er sieht, und nicht, was er gerne sehen würde. Gute und verantwortungsvolle Politik ist es, mit dem Schlimmsten zu rechnen und sich darauf vorzubereiten.

Demokrata: Es ist wie im Mythos: Die Rolle der Cassandra ist ziemlich undankbar...

Jean-Marie Le Pen: Es ist in der Tat eine undankbare Rolle, manchmal sogar eine schmerzhaft. Aber ich, ich habe die moralische Pflicht, das zu tun, was ich tun kann: zu sagen, was ich sehe oder was ich voraussehe. Natürlich kann ich mich irren – ich hoffe sogar, dass ich mich irren werde. Aber die Wahrheit muss gesagt werden, auch wenn sie die Gefühle anderer verletzt. Vor fünf Jahren brannte es in meinem Haus. Ich schrie sofort Feuer; als die Feuerwehr eintraf, befand ich mich im ersten Stock des Hauses und aus den Fenstern schlugen meterhohe Flammen. Die Feuerwehr griff das Feuer frontal an. Meine Kleidung, meine Anzüge verbrannten alle, aber wir konnten meine Fallschirmspringermütze und meine Orden retten. Das Feuer hatte alles weggefegt, aber in der Asche blieben Spuren zurück. Vielleicht war das ein Zeichen, um mir zu verdeutlichen, dass mein Leben nur ein mikroskopisch kleiner Punkt in der Geschichte der Menschheit war.

Demokrata: Und doch haben Sie Ihr ganzes Leben lang gekämpft.

Jean-Marie Le Pen: Ich habe immer Verteidigungs- und Rückzugskämpfe geführt: in Indochina, in Nordafrika und zu Hause. Ich habe mich oft zurückgezogen, aber ich habe nie

kapituliert und immer die Hoffnung bewahrt, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Ich habe meine Pflicht getan, denn es ist unsere Pflicht, die Unseren zu schützen. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst: Das ist das wichtigste aller Gebote.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Exklusives Interview mit Marine Le Pen: „Offensichtlich wurde meine Äußerung nicht verstanden“

10. 02. 2022



Marine Le Pen, die Vorsitzende des Rassemblement National (RN) · Foto: Youtube Screenshot

Marine Le Pen kehrte aus Reims zurück und empfing Boulevard Voltaire in ihrem Wahlkampfhauptquartier. Bei dieser Gelegenheit sprach sie über ihre polemischen Äußerungen, die sie in Le Figaro und Causeur veröffentlicht hatte, und die Vorwürfe gegen das Umfeld von Éric Zemmour, die für viele Schlagzeilen gesorgt hatten. Bedauert Marine Le Pen ihren Satz? Sie bedauert, dass ihre Äußerung nicht verstanden wurde.

Guten Tag, Marine Le Pen, vielen Dank, dass Sie uns begrüßen. Das Interview, das Sie dem Figaro und Causeur gegeben haben, hat für viel Gesprächsstoff gesorgt. Sie haben darin den Kommunitarismus angesprochen, der in den Truppen von Eric Zemmour herrschen soll, insbesondere einen katholischen Kommunitarismus. Sie sprechen von schwefelhaltigen Kapellen und, ich zitiere, von „Katholiken, Heiden und einigen Nazis“. Ihnen wird vorgeworfen, die reductio ad Hitlerum verwendet zu haben, die jahrelang gegen Sie und gegen die Bewegung Ihres Vaters eingesetzt wurde und dazu beigetragen hat, Ihr Wort zu neutralisieren. Viele Katholiken haben sich sehr verletzt gefühlt, auch in Ihren eigenen Reihen. Bereuen Sie Ihre Äußerungen oder sind Sie der Meinung, dass Sie missverstanden wurden?

Was ich bedauere, ist, dass meine Äußerungen offensichtlich nicht verstanden wurden. Es handelt sich um einen Artikel, und in einem Artikel werden per definitionem Ideen aneinandergesetzt. Die Verbindung, die zwischen den beiden hergestellt wird, hat ein falsches Bild ergeben. Ich habe gesagt, dass ich glaube, dass die Vision von Éric Zemmour eine kommunitaristische Vision ist, d. h. dass man sich wieder auf uns konzentriert. Persönlich ist das nicht die Vision, die ich habe. Ich vergleiche Éric Zemmour nicht mit Islamisten, sondern sage, dass man, um auf einen verheerenden Kommunitarismus zu reagieren, sich nicht auf sich selbst zurückziehen und sagen darf, dass man eine Gemeinschaft verteidigt. Meiner Meinung nach ist die einzige Gemeinschaft, die es gibt, die nationale Gemeinschaft. Ich habe einen Unterschied in der Sichtweise zum Ausdruck gebracht. Dann, in einem anderen Satz, sehe ich in Wirklichkeit, dass Éric Zemmour nicht im Griff hat, was passiert. Es kommen Leute, die auf seine Linie Einfluss nehmen wollen. Im Übrigen widersprechen sich diese Kapellen untereinander. Das war der Sinn meiner Ausführungen, als ich von den traditionalistischen Katholiken und den Heiden sprach. Ich bin der Meinung, dass eine politische Bewegung konfessionslos sein muss. Der Rassemblement National ist es und alle haben übrigens für diese Satzung gestimmt. Ich denke, dass Religion eine persönliche Angelegenheit ist. Andererseits haben wir natürlich christliche Wurzeln. Das habe ich immer gesagt. Als es um eine europäische Verfassung ging, habe ich mich dafür eingesetzt, dass die christlichen Wurzeln Europas in die europäische Verfassung aufgenommen werden. Selbstverständlich bereitet mir dies keine Schwierigkeiten. Ich glaube, dass es nicht gesund ist, wenn es innerhalb politischer Bewegungen, im Grunde genommen, konstituierte Kapellen wie diese gibt. In der Form meiner Ausführungen sprechen wir über die schwefelhaltigen Elemente. Ich sage, dass es bei Éric Zemmour tatsächlich einige Nazis gibt. Das ist wahr, und ich finde es unverzeihlich. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, und das kann man mir durchaus zugestehen, dass ich Leute aus meiner politischen Bewegung ausschließe, die schwefelhaltig waren und Gedanken hatten, die mir zutiefst antinational erschienen. Sie waren Radikale, Extremisten und hatten eine ethnische, rassische Vision des politischen Kampfes. Ich habe sie noch einmal mit großer Energie und Entschlossenheit aussortiert, weil ich der Meinung bin, dass diese Leute aus dem politischen Leben verbannt werden sollten.

Nun stelle ich fest, dass sie, nachdem sie an den Rand gedrängt wurden, in der Bewegung von Eric Zemmour wieder ein politisches Schaufenster finden, der in Wirklichkeit nicht weiß,

Seite A 172 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

wer in seiner Bewegung ist. Selbst wenn sich ihm eine Europaabgeordnete anschließt, kennt er nicht einmal ihren Namen und weiß nicht einmal, woher sie kommt. Er weiß also nicht, dass er ein wenig Opfer einer Form von opportunistischen und extrem widersprüchlichen Anschlüssen untereinander ist, darunter radikale Bewegungen wie die Parti de la France. Ich spreche nicht von Carl Lang, der nicht in dieser Geisteshaltung ist, aber Thomas Joly ist es und der Generalsekretär, der mit einer Flasche Zyklon B posiert, ist es. Solche Leute haben in der Politik nichts zu suchen.

Ich sage den Teams von Éric Zemmour, dass sie aufräumen sollen, weil sie nationale Ideen vertreten. Wenn sie nicht aufräumen, werden sie die nationalen Ideen insgesamt beschädigen und ein beklagenswertes Bild von ihnen abgeben. Ich habe zwanzig Jahre lang dafür gekämpft, eben diese nationalen Ideen zu verteidigen und zu verhindern, dass sie mit Radikalen und Extremisten gleichgesetzt werden. Es geht nicht an, dass diese nationalen Ideen unter dem Vorwand, dass sie von jemand anderem vertreten werden, wieder damit gleichgesetzt werden.

Ich bedauere, dass er nicht bereit ist, aufzuräumen. Ich habe Herrn Peltier sagen hören: „Wenn es welche gibt, werden wir sie feuern“. Ich höre diese Rede und ich mache Éric Zemmour noch einmal keinen Nazi-Prozess, ich sage nur: „Achtung, Sie sind dabei, Leute bei sich aufzunehmen, die nicht das geringste politische Schaufenster haben dürfen“.

Sie sagen, dass Éric Zemmour ein Opfer derer ist, die sich ihm angeschlossen haben.

Als man ihm diese Frage stellte, sagte er: „Nein, es gibt niemanden“. In diesem Fall war es nicht ich, der die Liste erstellt hat. Als die Journalisten mich fragten, wen ich meine, sagte ich ihnen, dass ich nicht die Vorsitzende von SOS Racisme oder der LICRA bin und auch nicht die Personalchefin bei Zemmour. Folglich ist es nicht meine Aufgabe, die Liste der Personen zu erstellen, die er ausschließen soll. In diesem Fall haben die LR diese Liste erstellt. Wenn man die Profile einiger Personen sieht, denke ich, dass es besser wäre, wenn er sagen würde, dass diese Leute ausgeschlossen werden müssen, wie ich es getan habe, als diese Leute meinten, sie könnten etwas sagen, was nicht zulässig ist.

Was antworten Sie, wenn Robert Ménard, der Ihnen doch nahe steht, die gleichen Anschuldigungen gegen Sie erhebt?

Robert Ménard kann nicht die gleichen Anschuldigungen erheben, da ich selbst heftig umstritten war und dies eines der Themen ist, bei denen ich mich in der Vergangenheit sehr mit meinem Vater gerieben habe. Jedes Mal, wenn jemand ein solches Verhalten an den Tag legte, wurde er sofort aus dem Rassemblement National geworfen, so dass man uns vorwarf, wir würden Säuberungen durchführen.

Wir haben tatsächlich die radikalen Elemente der Bewegung gesäubert, was ich natürlich nur begrüßen kann. Wenn ich nun sehe, dass sie durch ein Fenster zurückkehren, bedauere ich das, weil ich denke, dass alle nationalen Ideen darunter leiden werden, unabhängig davon, welcher Kandidat sie vertritt.

Kommen wir zurück zu den Katholiken. Ich habe verstanden, dass Sie sie nicht auf die gleiche Ebene gestellt haben und dass Sie sie als widersprüchliche Kapellen betrachtet haben. Einige bedauern, dass Sie Vorbehalte haben, den konservativen Korpus zu tragen und ihn zu übernehmen, wie es beispielsweise Ihr Freund Viktor Orbán tut, der bei gesellschaftlichen Themen, bei den LGBT-Lobbys und gegenüber dem progressiven

Seite A 173 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Kandidaten, wenn man so will, Emmanuel Macron, sehr weit vorne im Kampf ist. Ist es ein Widerspruch, sich über die Unterstützung von Viktor Orbán zu freuen und diesem Korpus gegenüber zurückhaltend zu sein?

Ich denke, dass diejenigen, die mir das vorwerfen, ihre religiösen Ideen vor den politischen Ideen verteidigen. In diesem Punkt bin ich mit ihnen nicht einverstanden. Menschen, die nicht in der Lage sind zu erkennen, dass es einen Unterschied zwischen Ungarn und Frankreich, Polen und Frankreich, Italien und Frankreich, den Vereinigten Staaten und Frankreich gibt, bedeutet, dass die nationale Idee für sie in Wirklichkeit hinten ansteht. Für mich steht die nationale Idee an erster Stelle. Frankreich ist ein säkulares Land. Dieses Thema war ein Diskussionspunkt innerhalb des Rassemblement National. Seit fast zwanzig Jahren trete ich für den Laizismus ein und sah mich mit Menschen konfrontiert, die gegen die Verteidigung des Laizismus waren, weil sie ihre religiösen Überzeugungen über die politischen stellten. Das ist eine Divergenz, die wir haben.

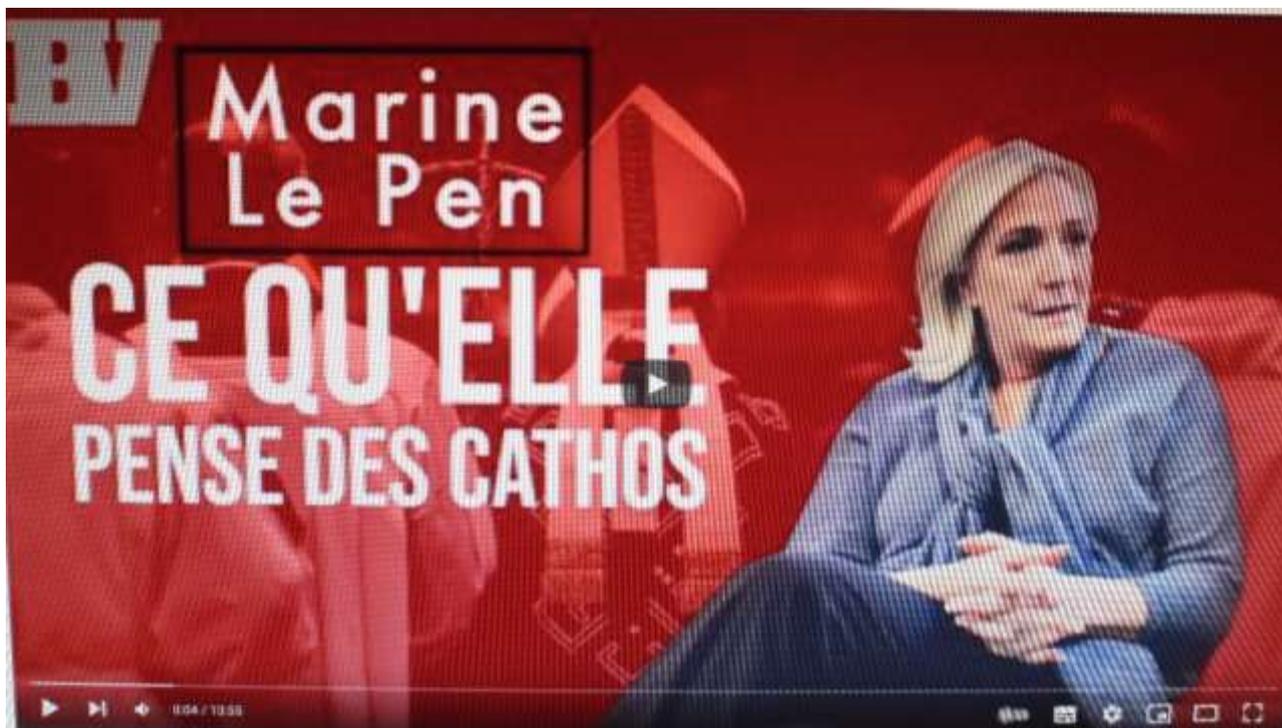
In der Rassemblement National gibt es viele Katholiken. Das habe ich zuerst gesagt und damit habe ich kein Problem. Es gibt sogar viele Katholiken aus Tradition. Ich selbst habe meine Kinder in Saint-Nicolas-du-Chardonnet taufen lassen und habe daher nichts gegen traditionalistische Katholiken, aber ich möchte nicht, dass sie in einer konstituierten Kapelle ihre religiösen Überzeugungen vor ihren politischen Überzeugungen verteidigen. Ich denke, dass dies nicht die Aufgabe einer politischen Bewegung ist. Es gibt die Religion auf der einen Seite und die politische Bewegung, die politische Ideen vertritt.

Dennoch gibt es in Frankreich – und es ist übrigens kein Zufall, dass Sie in Reims Ihre große Kundgebung abgehalten haben – eine Art Konsubstantialität zwischen dem Katholizismus und Frankreich. Éric Zemmour sagte heute Morgen: „Es gibt ein Erstgeburtsrecht des kulturellen Katholizismus in Frankreich, und wenn man dies bekräftigt, wird man auf diese Weise verhindern, dass sich Frankreich mit einem weißen Mantel aus Moscheen bedeckt.“ Teilen Sie diese Ansicht oder haben Sie eine andere Position zu diesem Thema?

Frankreich ist ein Land mit christlichen Wurzeln, das bestreitet kein vernünftiger Mensch. Unser ganzes Leben ist darauf aufgebaut. Es ist nicht nur unser Leben, es ist nicht nur der Name unserer Dörfer, es ist nicht nur unser Kalender, es sind nicht nur die Ferien unserer Kinder, es ist nicht nur unsere Landschaft mit ihren Kirchen und Kalvarienbergen, es ist nicht nur das, es ist die Vision, die wir vom Menschen haben, die von unseren christlichen Wurzeln bestimmt wird. Es ist die Vision der individuellen Freiheit, die durch diese christlichen Wurzeln formatiert wird. Wir sind unbestreitbar formatiert, unser Recht ist formatiert, unsere Weltanschauung ist formatiert. Wer das behauptet, rennt offene Türen ein. Gerade weil es unsere Wurzeln sind, gerade weil wir das so gut leben, sollten wir die Verteidigung dessen, was wir mit unseren christlichen Wurzeln und unserer Religion sind, nicht in eine Art religiösen Kampf gegen eine andere Religion verwandeln. Mein Ziel ist nicht der Kampf gegen eine andere Religion, sondern der Kampf gegen eine Ideologie. Es gibt eine islamistische Ideologie. Es ist diese totalitäre Ideologie, gegen die wir kämpfen müssen. Ich lehne es ab und bestreite in den Äußerungen von Éric Zemmour diese Absicht, sich unserer christlichen Wurzeln zu bedienen, um unter dem Deckmantel von Zivilisationskonflikten eine Form von Religionskrieg wiederzubeleben, bei dem man, wenn man ein wenig kratzt, deutlich sieht, dass seine Vision eine Vision von Religionskriegen ist. Ich will keinen Religionskrieg führen. Das wollen wir nicht, wir sind Franzosen und wissen, was ein Religionskrieg ist. Wir haben ihn erlebt! In unserem kollektiven Unterbewusstsein macht uns der Religionskrieg wahnsinnige Angst, und das ist normal. Unser Land ist unglaublich, weil wir es geschafft haben, aus diesen christlichen

Wurzeln heraus geboren zu werden und gleichzeitig den Laizismus geschaffen haben, der seinerseits seine Wurzeln in den Worten Christi hat. Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Das ist der Kern der Laizität. Lassen wir die absurden Kämpfe und seien wir uns bewusst, dass man, wenn man die politischen Ideen verteidigt, wie wir sie vertreten, d. h. die nationalen Ideen, natürlich auch verteidigt, was Frankreich ist, mit seinen christlichen Wurzeln und dieser christlichen Kultur, die unsere Vision und unser tägliches Leben prägt.

<https://www.youtube.com/watch?v=8ySkzEvzuus&t=4s>



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Éric Zemmour: Frankreichs letzte Überlebenschance

08. 02. 2022



Paris, 18. Dezember 2021. Die algerische Fußballnationalmannschaft [gewinnt](#) den Arab Cup in Katar. Zehntausende algerische Anhänger, die algerische Fahnen schwenken, [stürmen auf](#) die Champs-Élysées in Paris. Schaufenster werden zertrümmert. Die Unruhen [dauern](#) bis zum Einbruch der Dunkelheit. Parolen werden [geschrien](#): „Lang lebe Algerien“, „Bei Allah, der Koran!“ – und auch „F*k France!“ und „F*k Zemmour!“ Die Polizei wird angewiesen, nicht einzugreifen. Sie wird trotzdem attackiert.

Am nächsten Tag stellt Jean Messiha, ein ehemaliges Mitglied der Partei Rassemblement National, im Fernsehen [fest](#): „Der große Austausch und der ethnische Hass, wir können sie sehen“.

Éric Zemmour, ein jüdischer Kandidat für die französische Präsidentschaft, äußert sich nicht. In einem Interview [stellt er schlicht fest](#): „traurigerweise sehr banale Szenen“.

Zehn Tage zuvor, am 8. Dezember, wurde in Nanterre, wenige Kilometer östlich von Paris, eine katholische Prozession, die zur Feier des Festes der Unbefleckten Empfängnis organisiert worden war, von jungen Muslimen [angegriffen](#), die Beleidigungen und Drohungen schrien. Die Katholiken wurden *kuffar* („Ungläubige“) genannt. „Wallah [ich schwöre] auf den Koran, wir werden Dir die Kehle durchschneiden“, [rief](#) ein junger Mann einem Priester zu und spuckte ihn dann an. „Dies ist das Land Allahs“, riefen andere; „Geh weg.“

Vorfälle wie diese sind in Frankreich üblich geworden. Noch gewalttätigere fanden in der jüngeren Vergangenheit statt. Frankreich ist das einzige Land in Europa, in dem ein Lehrer auf offener Straße mit einem Fleischermesser [enthaupet](#) wurde, weil ein Schüler ihn beschuldigte, den islamischen Propheten Mohammed nicht zu respektieren. Frankreich ist auch das einzige Land in Europa, in dem ein Priester in einer Kirche [ermordet](#) wurde,

während er eine Messe hielt. In der Nachkriegszeit ist Frankreich das einzige Land in Europa, in dem jüdische Kinder im Hof einer jüdischen Schule [ermordet](#) wurden. Frankreich hat auch die meisten „No-Go-Zonen“ ([mehr als 750](#)) in Europa.

Frankreich ist heute ein Land, in dem Christen und Juden so häufig beleidigt und angegriffen werden, dass die Zeitungen nur darüber berichten, wenn jemand getötet oder verwundet wird.

Frankreichs No-Go-Zonen sollten „Scharia-Zonen“ heißen. Sie werden von radikalen Imamen und muslimischen Banden [regiert](#), die von Diebstahl und Drogenhandel leben. Obwohl die meisten Einwohner französische Staatsbürger sind, [definieren](#) sich die meisten nicht als Franzosen, sondern als Bürger der Länder des Nahen Ostens, aus denen sie stammen. Sie akzeptieren keine jüdische oder christliche Präsenz, und die meisten Juden und Christen, die dort lebten, sind vor Jahren weggezogen, um woanders zu leben. Die Polizei [betritt diese Zonen nicht](#), und die Behörden halten es sogar für gefährlich, wenn Feuerwehr- und Krankenwagen einfahren.

Seit mindestens vier Jahrzehnten haben es die französischen Regierungen vermieden, über die Situation zu sprechen, oder sie haben gesagt, das Problem sei die [Armut](#), die durch Sozialhilfezahlungen oder die Entsendung von Psychologen und Soziologen gelöst werden könnte. Die Situation hat sich jedoch nur [verschlechtert](#). Die Verantwortlichen vermeiden es, über den Islam zu sprechen oder sie sagen, der Islam habe in Frankreich [„seinen Platz“](#) und sei jetzt eine [„französische Religion“](#).

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat gesagt, er wolle mehr tun als seine Vorgänger und hat versprochen, den sogenannten [„islamischen Separatismus“](#) zu bekämpfen. Er sagt, dass alle Probleme von einer [kleinen Handvoll Islamisten](#) ausgingen, die er als Anhänger „radikaler Bewegungen ohne Bezug zum Islam“ definierte und die von gefährlichen Unruhestiftern, die den muslimischen Glauben [verraten](#) würden, dazu angestiftet wurden, von anderen Franzosen getrennt zu leben. Macron weigert sich also weiterhin, sich irgendetwas „Unbequemem“ zu stellen.

Laut einer im September 2020 veröffentlichten [Umfrage](#) gaben 74 % der französischen Muslime unter 25 Jahren an, dass die Gesetze des Islam wichtiger seien als die Gesetze der Französischen Republik. Eine weitere zwei Monate später veröffentlichte Umfrage [ergab](#), dass 57 % der französischen Muslime unter 25 Jahren nach dem islamischen Recht der Scharia leben wollten.

Die Umfragen [zeigten](#) auch, dass muslimische Banden, die in den No-Go-Zonen leben und im Drogenhandel tätig sind, auch Diebstahl und Plünderungen gegen Unternehmen durchführen, die von Nicht-Muslimen in der Nähe dieser Zonen geführt werden. Die Gesetzlosigkeit spornt diese Nicht-Muslime an, ihre Geschäfte an Muslime zu verkaufen, die weder Plünderungen noch Drohungen riskieren. Die Bandenmitglieder [sagen](#), dass sie beim Stehlen und Plündern nur „die *Jizya*“ nehmen, eine islamische „Schutz“-Steuer, die von Nicht-Muslimen in Gebieten erhoben wird, die dem islamischen Recht unterliegen.

Jahrelang wurden diejenigen, die es wagten, die Situation explizit zu benennen, vor Gericht gestellt, von antirassistischen Organisationen des „islamophoben Rassismus“ [beschuldigt](#) und dann zu hohen Geldstrafen verurteilt. Vor zehn Jahren, im Jahr 2011, veröffentlichte der Autor Renaud Camus ein [Buch](#), *Le grand remplacement* („Der grosse Austausch“), in dem es hieß, dass die muslimische Zivilisation die französische Zivilisation ersetze und dass

Seite A 177 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

diese Ersetzung für Nicht-Muslime von Gewalt und fehlender Sicherheit begleitet werde. Camus zahlte nicht nur Bußgelder. Er wurde nicht mehr in Radio oder Fernsehen eingeladen und alle französischen Verleger sagten, sie würden seine Bücher nicht mehr veröffentlichen. Er veröffentlicht jetzt im [Selbstverlag](#).

Ein anderer Autor und Journalist, Éric Zemmour, schrieb [das Gleiche](#) und wurde oft – ebenfalls wegen „islamophobem Rassismus“ – zu [hohen Geldstrafen](#) verurteilt. Seine Bücher waren jedoch [Bestseller](#) und die Talkshows, zu denen er eingeladen wurde, hatten enormen Erfolg – was ihn schützte. Radio- und Fernsehsender sowie die Zeitung, die seine Ansichten veröffentlichte, entließen ihn nicht.

Dies der Kontext, in dem Zemmours Entscheidung, für die französische Präsidentschaft zu kandidieren, verstanden werden muss.

Das im September 2021 erschienene Buch *La France n'a pas dit son dernier mot* („Frankreich hat sein letztes Wort nicht gesprochen“) [beschreibt](#) seine enttäuschenden Gespräche mit französischen Politikern. Niemand hat ein Wort bestritten, das er geschrieben hat. Er organisierte Treffen im ganzen Land, um zu erklären, was seiner Meinung nach getan werden müsste, und [erklärte](#) am 30. November seine Kandidatur, indem er ein [Video](#) auf YouTube veröffentlichte.

Was Zemmour [sagte](#), stand in scharfem Kontrast zu den Sätzen seiner Konkurrenten. Er versuchte nicht, zu gefallen oder Tatsachen zu verwässern. Er redete von der Zerstörung Frankreichs:

„Frankreich ist nicht mehr Frankreich, und jeder sieht es ... Die Dritt-Welt-isierung unseres Landes und unseres Volkes verarmt ebenso wie es zerfällt, ruiniert ebenso wie es quält.“

Er wies auf den fehlenden Mut französischer Politiker hin:

„Ich habe gesehen, dass kein Politiker den Mut hatte, unser Land vor dem tragischen Schicksal zu bewahren, das es erwartet. Ich habe gesehen, dass all diese vermeintlichen Profis vor allem anderen impotent waren.“

Zur [Begründung](#) seiner Entscheidung sagte er:

„Ich habe beschlossen, Sie um Ihre Stimme zu bitten, Ihr Präsident der Republik zu werden, damit unsere Kinder und Enkel die Barbarei nicht kennenlernen. Damit unsere Töchter nicht verschleiert werden und unsere Söhne nicht gezwungen werden, sich zu unterwerfen.“

Zemmour [gründete](#) eine politische Partei und nannte sie „Reconquête“ („Rückeroberung“), was von einigen als Anspielung auf die Reconquista angesehen wurde, die Rückeroberung Spaniens durch Christen nach Jahrhunderten der muslimischen Besetzung.

Für einige Wochen gelang es ihm, die Frage nach dem Überleben Frankreichs und seiner Zivilisation in den Mittelpunkt jeder Debatte zu [stellen](#). Jedes Mal, wenn die Medien ihn zu einer Rede einluden, wiederholte er unermüdlich, dass das [Überleben Frankreichs](#) auf dem Spiel stehe und dass die Wahlen von 2022 die letzte Chance sein könnten, das Land zu retten. Er [sprach](#) von der Gefahr eines Bürgerkriegs: „Ich möchte nicht, dass Frankreich ein Libanon im großen Maßstab wird“, sagte er.

Seite A 178 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Die anderen Präsidentschaftskandidaten waren dann gezwungen, dieselben Fragen zu stellen, die er stellte, aber sie beantworteten sie nicht. Marine Le Pen, Präsidentin der Partei Rassemblement National, [sagte](#), Zemmour sei zu pessimistisch und habe die Franzosen gespalten. Valerie Pécresse, die von der gemäßigten Rechtspartei Die Republikaner gewählte Kandidatin, [sagte](#) einfach, dass „Éric Zemmour ein Komplize der extremen Rechten ist. Ich gehöre zu einer Rechten, die einen Deich gegen die extreme Rechte gebaut hat.“ Die linken Kandidaten verweigerten eine Antwort ganz und [sagten](#), Zemmour sei „ein Faschist“.

Die französischen Mainstream-Medien, die Zemmour eingeladen hatten, mussten ebenfalls die Fragen stellen, die er stellte; Fast alle sagten, er sei exzessiv, [obsessiv](#) und Frankreich sei nicht in Gefahr.

Heute bezeichnen „antirassistische“ und französische muslimische Organisationen Zemmour weiterhin als [Rassisten](#). Francis Kalifat, Präsident des Repräsentativen Rates jüdischer Institutionen in Frankreich (CRIF), [sagte](#), dass kein Jude für Zemmour stimmen sollte, und Yonathan Arfi, Vizepräsident von CRIF, [schrieb](#): „Als Juden sind wir natürlich nicht verantwortlich für das, was Éric Zemmour sagt. Doch wir haben die Verantwortung, uns ihm in den Weg zu stellen.“ Haim Korsia, der Oberrabbiner von Frankreich, [erklärte](#) sogar, Zemmour, der sich selbst als „[Berberjude](#)“ bezeichnet, sei ein „Antisemit“.

Präsident Macron spricht nie von Zemmour, doch Regierungsmitglieder und Führer von „La République en Marche“, der 2017 von Macron gegründeten Partei, tun dies – und das mit starken Worten. Gesundheitsminister Olivier Veran [sagte](#), dass „Éric Zemmour Ablehnung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verkörpert“ und sich in einem „permanenten Zustand des Deliriums“ befinde. Der frühere Innenminister Christophe Castaner [sagte](#), Zemmour beleidige „jeden Tag das französische Volk“.

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich finden in zwei Runden statt. In der ersten Runde gibt es viele Kandidaten – offiziell [24 Kandidaten](#) für die Präsidentschaftswahlen 2022, von denen die meisten 1–2 % der Stimmen erhalten werden. In der zweiten Runde treten nur die beiden Spitzenkandidaten an.

Bis Zemmour seine Kandidatur erklärte, deuteten die Umfragen darauf hin, dass Präsident Macron in der zweiten Runde gegen Marine Le Pen [antreten](#) und mit Leichtigkeit gewinnen würde. Ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, wurde mehrfach wegen [antisemitischer Äußerungen](#) verurteilt. Obwohl sie ihr Bestes getan hat, um zu zeigen, dass sie völlig anders als ihr Vater und keineswegs antisemitisch ist, trägt sie immer noch seinen Namen, was ein unüberwindbares Handicap zu sein scheint. Um ihr Image zu ändern, [verwässerte](#) sie sogar ihre Positionen, offensichtlich ohne Erfolg.

Von September bis Mitte Dezember 2021 [zeigten](#) Umfragen, dass Zemmour im zweiten Wahlgang durchaus Macrons Gegner sein könnte. Seit Mitte Dezember haben sich die Umfragen jedoch geändert, und Marine Le Pen, Valerie Pécresse und Éric Zemmour sind [gleichauf](#). Es ist daher möglich, dass Le Pen es in die zweite Runde schaffen könnte. Wenn das passiert, ist das Ergebnis dasselbe wie vor Zemmours Kandidatur – und Macron wird wiedergewählt. Wenn es Valerie Pécresse in die zweite Runde schafft, wird ebenfalls Macron wiedergewählt: Ihre Positionen liegen [nahe](#) bei denen von Macron, was bedeutet, dass die Wähler, die eine konservativere Politik wünschen, sie wahrscheinlich nicht wählen werden. „Valerie Pécresse hat die gleichen Ideen wie Emmanuel Macron und kann ihn nicht

besiegen“, [sagte](#) Guillaume Peltier, Vizepräsident der Republikanischen Partei am 10. Januar. „Nur Eric Zemmour hat eine Chance.“ Am Tag zuvor, am 9. Januar, verließ Peltier die Republikaner, um sich der Zemmour-Kampagne [anzuschließen](#).

Sollte Zemmour es in die zweite Runde schaffen, hat Macron immer noch gute Chancen auf eine Wiederwahl. Macron schürt die Angst vor Covid-19. Die Regeln, die der französischen Bevölkerung auferlegt werden, sind immer noch äußerst streng. Frankreich befindet sich in einem „gesundheitlichen Ausnahmezustand“, und die Polizei, die die Einhaltung durchsetzt, verfügt über umfassende Kontrollbefugnisse. Ein [Impfpass](#) wurde eingeführt; Nur vollständig geimpfte Personen können in Restaurants und Cafés oder ins Kino gehen oder den Zug nehmen. Die Polizei kann überall, außer in der eigenen Wohnung, Impfässe und Ausweisdokumente verlangen. Täglich widmen sich die Titelseiten der Zeitungen der Pandemie und den Fallzahlen. Menschen, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden, und Todesfälle werden in Großschrift angezeigt. Auch die Fernsehnachrichten widmen sich weitgehend der Pandemie. Wenn Macron [redet](#), geht es fast nur um die Pandemie. Politische Analysten glauben offenbar, dass seine Wiederwahl sicher ist, wenn er es [schafft](#), alle anderen Themen zu vermeiden. Tut er das nicht, könnte alles anders kommen.

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, dass eine große Mehrheit der Franzosen – 60 % – die Verwendung des Impfpasses und die geltenden strengen Vorschriften [befürworten](#). Die Angst vor Krankheit und Tod bleibt groß.

Die Umfragen zeigen jedoch auch, dass die Ideen, die Zemmours Wahlkampf zugrunde liegen, von den Franzosen weitgehend geteilt werden. Ein Meinungsforschungsinstitut hat kürzlich eine Stichprobe von Franzosen gefragt:

„Manche Leute sprechen von dem großen Austausch, bei dem die europäische, weiße und christliche Bevölkerung im Gefolge der muslimischen Einwanderung aus dem Maghreb und Schwarzafrika vom Aussterben bedroht ist. Glauben Sie, dass ein solches Phänomen in Frankreich auftreten wird?“

[67 %](#) der Befragten antworteten: Ja. Die Umfrage fragte dann, ob sich die Befragten Sorgen über die Möglichkeit eines großen Austausches machen. [67 %](#) der Personen antworteten: Ja. 63 % [antworteten](#), dass sie der Meinung seien, der Islam sei eine Gefahr für Frankreich.

Journalisten, die die Umfrage kommentierten, [sagten](#): „Der große Austausch ist eine Fantasie“. Viele Franzosen sind eindeutig anderer Meinung.

Zemmour [sagte](#) kürzlich während einer Radiosendung: „Nein, der große Austausch ist keine Fantasie“. Er gab [Zahlen](#) an:

„Jedes Jahr kommen 400.000 muslimische Einwanderer nach Frankreich. In fünf Jahren macht das zwei Millionen Muslime mehr. Diese Muslime ziehen in die muslimischen Gebiete und integrieren sich nicht ... Was glauben Sie, was das bedeutet?“

Anstatt zu antworten, wechselten die Journalisten, die ihn interviewten, das Thema. Die von ihm angegebenen Zahlen stammen aus amtlichen Dokumenten; sie stimmen.

Er [redete](#) auch von seinen eigenen Erfahrungen. Am 25. Oktober 2021 lud ihn Fernsehmoderator Jean-Marc Morandini ein, die Einwohner von Drancy zu [treffen](#), einer kleinen Stadt in den östlichen Vororten von Paris, in der Zemmour seine Kindheit verbracht

hatte. In den 1960er Jahren, erinnerte sich Zemmour, lebten dort Menschen aus der französischen Mittelschicht und viele Juden, die Algerien 1962 am Ende des Französisch-Algerischen Krieges verlassen hatten. Damals sei das Leben in Drancy ruhig und friedlich gewesen. Jetzt, sagte Morandini, gebe es in Drancy keine einzige jüdische Familie mehr; Es ist heute eine überwiegend muslimische Stadt, wie viele Städte in der Umgebung, und dass es 2017 zu [Unruhen](#) gekommen war, die von Behauptungen von „Polizeibrutalität“ begleitet wurden. In Aulnay-sous-Bois, einer Nachbarstadt von Drancy, hatte ein junger Krimineller afrikanischer Abstammung, Theodore Luhaka, sich gewaltsam gegen die Polizeibeamten gewehrt, die ihn verhafteten, und sie des sexuellen Übergriffs [beschuldigt](#). Die gesamten östlichen Vororte von Paris standen eine Woche lang [in Flammen](#). Die Polizisten wurden entlassen, angeklagt und dann von der Justiz [freigesprochen](#). Dann [unterstützte](#) Präsident François Hollande Luhaka, nicht die Polizei.

Zemmour konnte sich nur im Schutz eines Dutzends bewaffneter Polizisten durch die Stadt bewegen. Er traf nur ein paar Leute, alle feindselig. Eine Menschenmenge, die „Zemmour, geh weg“ und „Allahu Akbar“ schrie, folgte ihm. Als er eine muslimische [Metzgerei](#) betrat und den Metzger fragte, ob es in der Stadt eine nicht-muslimische Metzgerei gebe, antwortete der Metzger: „Eine französische Metzgerei? Ich glaube, es gibt noch eine im französischen Viertel.“ „Gibt es noch ein französisches Viertel in Drancy?“ fragte Zemmour.

Am 26. November 2021 versuchte Zemmour, Marseille zu besuchen. Überall, wo er hinging, wurde er mit „Allahu Akbar“-Rufen [begrüßt](#). Junge Muslime bedrohten ihn verbal. Das Restaurant, in dem er zu Mittag essen sollte, wurde vollständig [durchwühlt](#). Die Polizei versuchte nicht, es zu schützen. Die [Bevölkerung](#) von Marseille besteht heute zu 40 % aus Muslimen. Analysten sagen voraus, dass Marseille – die zweitgrößte Stadt Frankreichs – in weniger als einem Jahrzehnt mehrheitlich muslimisch sein wird.

Die öffentliche Versammlung, die Zemmour zum Start seiner Kampagne am 5. Dezember 2021 organisierte, wurde von Hunderten von Polizisten [beschützt](#). Die Menschen, die kamen, wurden von Gruppen begrüßt, die „Allahu Akbar“ und „Zemmour der Faschist“ schrien. In der großen Halle, in der das Treffen stattfand, [attackierte](#) ein Mann Zemmour und versuchte, ihn zu erwürgen. Zemmours Leibwächter übergaben ihn der Polizei; ihm wurde vorsätzliche Körperverletzung vorgeworfen. Dreizehntausend Menschen waren anwesend. In seiner Rede [sagte](#) Zemmour zu ihnen: „Sie hassen mich, weil sie euch hassen“.

Der Journalist Ivan Rioufol [schrieb](#) in *Le Figaro*: „Was sagt der Kandidat, außer dass es dringend erforderlich ist, zu versuchen, das sterbende Frankreich zu retten, und sich die Sorgen des verachteten französischen Volkes anzuhören?“

„Wenn Macron wiedergewählt wird“, [sagte](#) Zemmour am 13. Januar im Fernsehen, „ist der Bürgerkrieg fast sicher. Viele Franzosen wissen es.“

Am 21. April 2021 [veröffentlichten](#) 1.200 Berufssoldaten, darunter 20 Generäle, einen offenen Brief in der Wochenzeitschrift *Valeurs Actuelles*, in dem sie dasselbe sagten. Macron reagierte nicht, aber Verteidigungsministerin Florence Parly verkündete, die Unterzeichner seien „unverantwortlich“ und würden schwer sanktioniert. Viele der noch Aktiven wurden von ihren Aufgaben entbunden. Einen Monat später, am 11. Mai, [veröffentlichte](#) *Valeurs Actuelles* einen weiteren offenen Brief, der dieses Mal von Tausenden von Berufssoldaten unterzeichnet wurde, die darum baten, ihre Namen nicht zu veröffentlichen. Der Text ist explizit:

„Wir sehen Gewalt in unseren Städten und Gemeinden. Wir sehen, wie sich der Kommunitarismus im öffentlichen Raum und in der öffentlichen Debatte durchsetzt. Wir sehen, wie der Hass auf Frankreich und seine Geschichte zur Norm wird ... Ihr überlasst, ohne zu reagieren, ganze Bezirke unseres Landes dem Gesetz des Stärkeren ... wenn ein Bürgerkrieg ausbricht, wird die Armee auf ihrem eigenen Boden die Ordnung aufrechterhalten müssen ... Niemand kann eine so schreckliche Situation wollen ... aber ja, wieder braut sich in Frankreich ein Bürgerkrieg zusammen und ihr wisst es ganz genau.“

Valeurs Actuelles hat aus dem offenen Brief eine [Petition](#) gemacht. Innerhalb weniger Stunden hatten Tausende von Franzosen sie [unterzeichnet](#). Auch hier reagierte Macron nicht. Bis heute hat er seine Position nicht geändert. Von der Krise in Frankreich spricht er nicht.

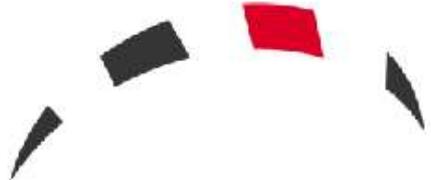
Journalisten der Mainstream-Medien und politische Feinde von Zemmour prüfen jedoch jedes Wort, um Ausreden zu finden, um ihn anzugreifen. Am 15. Januar [sagte](#) Zemmour während eines Treffens mit Lehrern und Eltern von Schülern, er denke, dass behinderte Kinder in speziellen Einrichtungen unterrichtet werden sollten, und fügte hinzu: „Diese Kinder sind völlig überfordert ... Also denke ich, dass wir spezialisierte Lehrer brauchen, die sich um sie kümmern.“ Anstatt über die tatsächlichen Schwierigkeiten nachzudenken, von denen er sprach, warf ihm die für Menschen mit Behinderungen zuständige Staatssekretärin Sophie Cluzel vor, „behinderte Kinder aus den Schulen der Republik [entfernen](#)“ zu wollen und „Unterschiede abzulehnen“. Marine Le Pen [beschuldigte](#) Zemmour, „durch eine Behinderung geschwächte Kinder angegriffen zu haben“. Valerie Pécresse [sagte](#): „Mein Projekt ist mehr Inklusion für behinderte Kinder“. Zemmour [antwortete](#) am 15. Januar, dass er die Unterstützung von Tausenden von Eltern behinderter Kinder erhalten habe, die sagten, sie hätten sich von der Regierung im Stich gelassen gefühlt. Er warf seinen Kritikern Heuchelei und Lügen vor und betonte, er wolle den Mangel an Schulen, die auf die Betreuung behinderter Kinder spezialisiert sind, beheben.

Andere Angriffe werden zweifellos seinen Äußerungen folgen, was auch immer er sagt. Am 17. Januar [verurteilte](#) ein Richter Eric Zemmour zu einer Geldstrafe (10.000 Euro) wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“, weil er am 29. September 2020 in einer Fernsehtalkshow [gesagt](#) hatte, dass ausländische „unbegleitete Minderjährige“ in Frankreich weder isoliert noch Minderjährige seien und viele Verbrechen begehen würden. Polizeiberichte zeigen, dass dies korrekt ist. Zemmour hatte nicht über Rasse geredet. Das Urteil wird zweifellos in der Revision aufgehoben, aber einige Tage lang hatten die Mainstream-Medien in Frankreich Gelegenheit, zu [sagen](#), dass Zemmour erneut wegen „Rassismus“ verurteilt worden sei.

Als Zemmour Journalist war, wurde er von Befürwortern der politischen Korrektheit allgemein gehasst. Sie versuchten unermüdlich, ihn zu zerstören, ohne Erfolg. Jetzt, da er ein Präsidentschaftskandidat ist, scheinen diejenigen, die ihn gehasst haben, ihn noch mehr zu hassen und sind bereit, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um ihn zu zerstören. Wenn im Februar der französische Präsidentschaftswahlkampf ernsthaft beginnt, werden sich die Angriffe höchstwahrscheinlich verschärfen.

Trotzdem haben sich ihm andere ernsthafte Politiker angeschlossen. Guillaume Peltier war nur der Erste: Jérôme Rivière, Fraktionsvorsitzender der Fraktion des Rassemblement National im Europäischen Parlament, [kam am 19. Januar](#) an Bord, [ebenso wie](#) Gilbert Collard, einer der Führer des Rassemblement National, am 22. Januar. Vielleicht nimmt ein Trend Gestalt an?

Dr. Guy Millière, Professor an der Universität Paris, ist Autor von 27 Büchern über Frankreich und Europa.



GATESTONE INSTITUTE

INTERNATIONAL POLICY COUNCIL

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [GATESTONE INSTITUTE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Bruno Gollnisch zur Wahl in Frankreich: „Es besteht die Gefahr einer Spaltung des patriotischen Lagers“

04. 02. 2022



Bruno Gollnisch legt hier ohne Zungenrede oder Vorspiegelung falscher Tatsachen seine Meinung als „Lepénologue“ dar. Die ehemalige Nummer zwei des FN und ehemaliger Konkurrent von Marine Le Pen um den Parteivorsitz im Jahr 2011 liefert seine Analyse der Kampagne von Marine Le Pen, aber auch der Kandidatur von Éric Zemmour und den Bestrebungen von Marion Maréchal. Die Conclusio: Durch das Antreten Zemmours und den verschiedenen Strategien im Lager von Le Pen sowie dem Wiedererstarken der Republikaner droht eine unüberwindbare Spaltung der Patrioten, die letztendlich nur dem Globalisten Macron in die Hände spielen wird. Alles hängt davon ab, ob sich das „rechte Lager“ auf eine gemeinsame Unterstützung im zweiten Wahlgang gegen Macron einigen kann.

<https://www.youtube.com/watch?v=PVDLnK5hd50>

Gollnisch : "Il y a un risque de fracture du camp patriote"

6.385 Aufrufe

02.02.2022

292

Mag ich nicht

Teilen

Speichern



[Boulevard Voltaire](#)

68.900 Abonnenten

L'ex numéro deux du FN et ancien concurrent à la présidence du parti livre son analyse sur la campagne de Marine Le Pen mais aussi de la candidature de Eric Zemmour et les velléités de Marion Maréchal. bvoltaire.fr



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Frankreich: Zemmour im Aufwind, Le Pen vor Péresse – Die Umfrage, die die Karten neu mischt

03. 02. 2022



FRANKREICH | Die jüngsten Umfragen lassen die Wahlabsichten zugunsten von Éric Zemmour wieder aufleben und sorgen dafür, dass die Spannung in einer Präsidentschaftswahl, die noch lange nicht entschieden ist, neu entfacht wird.

Am Dienstagabend, den 1. Februar, triumphierten die Anhänger von Éric Zemmour und brachten das Wort #DynamiqueZemmour an die Spitze der meist getwitterten Themen in Frankreich im sozialen Netzwerk. Der Grund für den Hype? Eine Umfrage von IFOP-Fiducial 2022 für Paris Match, LCI und Sud Radio brachte wieder einmal Ungewissheit. Die Wahl, die mit einem Sieg Emmanuel Macrons gegen Marine Le Pen als sicher galt, lässt immer mehr Szenarien zu. Wer könnte heute schon vorhersagen, wie sich die Franzosen in 67 Tagen entscheiden werden?

Die jüngste Umfrage mischt die Karten erneut neu. Das Zemmour-Lager triumphiert: Sein Champion legt zu (um 0,5 Punkte im Vergleich zur vorherigen Welle) und ist mit 14 % wieder im Rennen. Zemmour hat vielleicht noch nicht das letzte Wort gesprochen, um den Titel seines Buches zu paraphrasieren, zudem ist es recht selten, in diesem Stadium des Wahlkampfes noch einen Aufschwung zu beobachten. Er muss diesen Zuwachs jedoch in den nächsten Meinungsumfragen bestätigen, um die etablierte Ordnung zu bedrohen. In der Zwischenzeit finden seine Anhänger, die in den letzten Wochen Meister in der Kunst des Zweifels gegenüber den Umfragen waren, in den sozialen Netzwerken den Glauben der Bekehrten wieder.

Der Hauptschock dieses Thermometers, das von einem Institut mit dem Ruf der Seriosität (nicht alle sind seriös...) in die Meinungsforschung eingespeist wird, betrifft jedoch eher Marine Le Pen und Valérie Péresse. Die beiden Politikerinnen liegen weiterhin eine gute

Länge vor Éric Zemmour. Vor allem aber dominiert Marine Le Pen die LR-Kandidatin zum ersten Mal seit der Vorwahl der Republikaner deutlich. Mit 17,5 % der Wahlabsichten zu ihren Gunsten (auf Wochenbasis) erobert Le Pen ein Ticket für die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zurück, vor Valérie Pécresse, die mit 16 % angegeben wird und damit um einen halben Punkt zurückgegangen ist. Dies könnte den Stab von Pécresse, die wieder Hoffnung schöpfte, beunruhigen... und die Truppen des Rassemblement National, die von der Abwanderung ihrer Kader zum Rivalen Zemmour betroffen sind, wieder aufstocken.

Aber die drei Champions der Rechten, Zemmour, Le Pen und Pécresse, wurden in der ersten Runde weiterhin deutlich von einem immer noch soliden Macron mit 24 % dominiert. Die Anzeichen einer Schwäche in dieser Wählerbasis spiegeln sich noch nicht in den Umfragen zur Wahlabsicht wider. Um die Linke zu schlagen, muss die Rechte daher jetzt ernsthaft über die Einheit in der zweiten Runde nachdenken. Zusammen kommen die drei Kandidaten auf 47,5 % der Stimmen. Am 24. April kann Frankreich kippen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S p a n i e n (Seiten A 186 bis A 187)

09) Spanien: Rechtspartei VOX als klarer Wahlsieger der Parlamentsneuwahl in der Region Kastilien und León

Von Eduardo García Serrano

14. 02. 2022



SPANIEN| Die regierende sozialistische Partei PSOE des spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez musste bei der Neuwahl des Parlaments in der Region Kastilien und León eine herbe Niederlage einstecken. Klarer Wahlsieger des Abends wurde die patriotische Rechtspartei VOX. Nach den vorläufigen amtlichen Ergebnissen verbesserte sich die Partei von 5,5 auf 17,6 Prozent und damit auf 13 Sitze der 81 Sitze des Parlaments – zuvor hatten sie nur einen einzigen. Die Sozialisten kamen nur auf gut 30 Prozent, erster wurde die konservative Volkspartei (PP) unter Regionalpräsident Alfonso Fernández Mañueco, die nun mit der VOX eine Koalition eingehen muss, will sie weiter an der Macht bleiben.

In Madrid war es Ayuso und in León und Kastilien war es VOX, das die Linke und ihre Hinterbänkler in die Knie gezwungen hat. Die PP hat die Wahlen in quantitativer Hinsicht gewonnen. Ein Sieg, der eines Pyrrhus von Epirus würdig ist, mit der kleinen Abwechslung von zwei weiteren Sitzen, nur zwei mehr, als die, die es bereits hatte. Ein Sieg ohne Flügel und Lorbeeren, der in seiner Fanfare nicht die Souveränität trägt, seine Gerichtsbarkeit zu etablieren, egal wie sehr das genuesische Orchester unter der Leitung von Casados Soplaitas mit der Partitur von Teodoros Soplaitas die Dudelsäcke des Wahlepos bläst.

Der Sieg von VOX ist nicht nur ein qualitativer, sondern auch ein quantitativer, denn er vervielfacht sein Heer in den Cortes von León und Kastilien um das Dreizehnfache. Ein noch nie dagewesener Wahlsieg, der zudem durch die Ungerechtigkeit gegenüber der VOX-Kampagne begünstigt wurde: ein unbekannter Kandidat, das Schweigen der Medien, das nur durchbrochen wurde, um das Vademecum der Beleidigungen und Beschimpfungen

gegenüber VOX zu eröffnen, und der Ausschluss der Kandidaten von den Fernsehdebatten. Das allmächtige System und sein totalitärer Apparat sind dagegen, und das Volk ist dafür. Das ist keine Metapher, das ist die spanische Realität, die die Linke, die Separatisten und die PP fürchten. Deshalb wollen sie ihn zerfleischen, weil sie ihn nicht besiegen können, mit ihren dummen antifaschistischen Alarmen und ihren lächerlichen Ekelschreien über die Ultrarechten.

Der arme Mañueco befindet sich an einem Scheideweg, für dessen Lösung nur zwei Zutaten nötig sind: persönlicher Mut und Loyalität gegenüber der soziologischen Rechten in León und Kastilien, die ihm das Logbuch hinterlassen hat, in dem steht, was er mit ihren Stimmen an der Wahlurne tun soll. Wenn er zurückkehrt und den Auftrag des Volkes von León und Kastilien nicht beachtet, indem er den sozialistischen Freischärlern der PP kleinlaut gehorcht, wird Vellido Dolfos an der nächsten Wahlurne auf ihn warten.

Da die PP weniger wert ist als das Wort eines Sarazenen und ihre Verpflichtung weniger Karat hat als die eines barbarischen Piraten, sollte Juan García Gallardo in Santa Gadea vor Mañueco knien, nachdem er mit ihm verhandelt hat, um den Pakt mit dem Kreuz, dem Schwert und dem Pflug zu unterzeichnen, durch den León Kastilien und Kastilien Spanien gemacht hat.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPANA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten A 188 bis A 189)

01) Nächstes Desaster für UK-Außenministerin in Ukraine-Krise: Lavrov scherzte „als würde man mit einer Taubstummen debattieren“

11. 02. 2022



Die britische Außenministerin Liz Truss tritt von einem Fettnäpfchen ins nächste. Nachdem die offenbar völlig ahnungslose Politikerin im Zuge der aktuell anschwellenden Ukraine-Krise das Baltikum am Schwarzen Meer verortete – [wir berichteten](#) – geriet ihr Zusammentreffen mit dem abgeklärten und mit „allen Wassern gewaschenen“ russischen Außenminister Sergei Lavrov zum Desaster für Großbritannien. Nicht nur, dass die Britin russische Gebiete nicht kannte und in der Ukraine verortete, es soll auch sonst kaum möglich gewesen sein, mit ihr konstruktiv zu debattieren.

„Als würde man mit einer Taubstummen debattieren“

[Das ohnehin unterkühlte Zusammentreffen](#) der beiden Diplomaten verlief geradezu desaströs. Und das nicht nur aufgrund der innenpolitischen Turbulenzen in Großbritannien, von denen der angezählte Premier Boris Johnson mit seinem militärischen Säbelrasseln gen Russland im Zuge der Ukraine-Krise ablenken möchte.

Der russische Außenminister bekundete nach dem Treffen mit seiner britischen Amtskollegin gestern öffentlich, dass diese mehr als „unvorbereitet“ gewesen sei. Er verglich ihr persönliches Treffen zur Ukraine-Krise mit einem Gespräch mit einer taubstummen Person.

Die britischen Forderungen gerieten ob der Ahnungslosigkeit von Truss dabei völlig ins Hintertreffen. Lavrov ärgerte sich auch, dass bei dem Treffen nichts Produktives zur

Sprache kam, sondern lediglich die via Medien ausgerichteten Floskeln in Richtung Russland vorgetragen wurden.

Britische Außenministerin „glänzt“ erneut mit Geografiekenntnissen

Den Höhepunkt der Peinlichkeit erklomm die britische Außenministerin erneut mit ihren unzureichenden Geografiekenntnissen. Wohl aus diplomatischer Kalkül, ließ Lavrov [laut Insidern der Gespräche](#) die Britin bei einer Frage vollends auflaufen:

Lawrow sagte: „Erkennen Sie Russlands Souveränität über die Oblaste Rostow (Rostow am Don) und Woronesch an?“ Truss erwiderte, Großbritannien würde dies „nie“ tun – bevor der Botschafter ihr sagen musste, dass sich beide Gebiete nicht in der Ukraine, sondern in Russland befinden.

Dass Lavrov Truss sogar erklären musste, wie das Dolmetischung funktioniert, und sie erst reden sollte, wenn die Übersetzer fertig gesprochen haben, ist nur eine weitere Randnotiz des blamablen Auftritts der Briten in Moskau



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

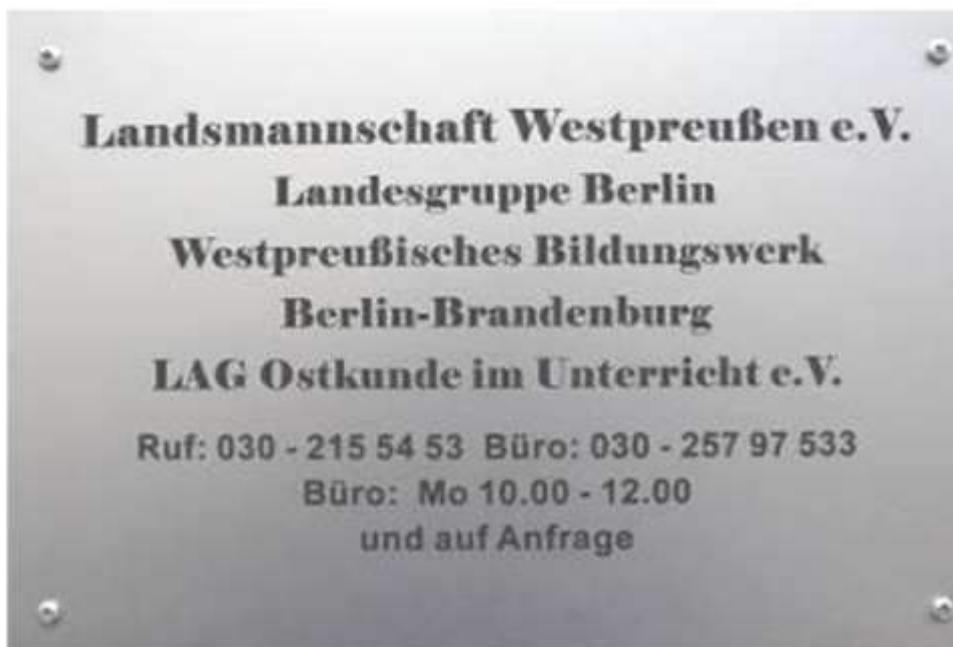
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

[<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>](mailto:agom.westpreussen.berlin@gmail.com)



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

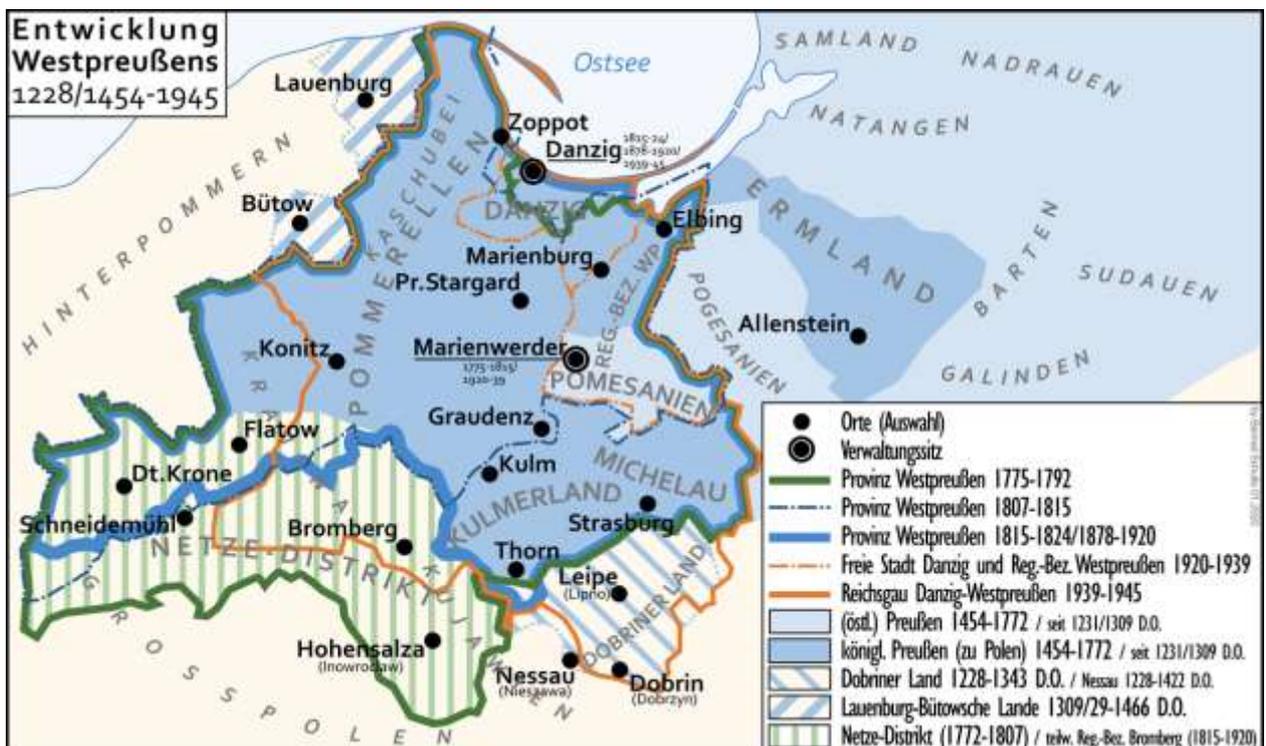
s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945



Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920